Kursbuch 50

Bürgerinitiativen / Bürgerprotest –
eine neue Vierte Gewalt?

W. Moßmann, Der lange Marsch von Wyhl nach Anderswo
H. Gollwitzer, Abenteuer des bürgerlichen Bewußtseins
Henkel/Taubert, Was läuft?
H. Pfütze, Zur Topografie des Protests
M. Gronemeyer, Aufgewacht aus dem Tiefschlaf
L. Mez, Bürgerprotest und Theorie
Hohmann/Ladeur, Eine neue Vierte Gewalt?
R. Jungk, Aus den Katakomben des Atomstaats
Below/Stubenrauch/Luther, Bürgerinitiativen von rechts
H. J. Benedict, Gebrauchsliteratur zum Thema

Kursbuch/Rotbuch Verlag 8 Mark

Kursbuch
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Harald Wieser
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

50 Bürgerinitiativen/Bürgerprotest – eine neue Vierte Gewalt?

Dezember 1977

Walter Moßmann, Der lange Marsch von Wyhl nach Anderswo 1
Helmut Gollwitzer, Citoyen oder Bourgeois. Über neue Abenteuer des bürgerlichen Bewußtseins 23
Martin Henkel / Rolf Taubert, Was läuft? Minima historica aus der politischen Werkstatt unserer Vorfahren 35
Hermann Pfütze, Zur Topografie des Protests. Historische Bilder und aktuelle Reflexionen 57
Marianne Gronemeyer, Aufgewacht aus dem Tiefschlaf. Von der Unzufriedenheit zum Protest 81
Lutz Mez, Bürgerprotest und Theorie. Thesen über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Bewegung 101
Eckart Hohmann, Bürger-Recht. Verfassungstheoretische Notizen zur Legalität von Bürgerinitiativen 113
Karl-Heinz Ladeur, Bürgerinitiativen – Vierte Gewalt? Eine verfassungspolitische Skizze 122
Robert Jungk, Aus den Katakomben des Atomstaats. Ein Brief an die Nachgeborenen, sofern es sie noch gibt 139
Peter Below / Herbert Stubenrauch, Mit Geld und Macht gegen die Zukunft. Anatomie einer Bürger-Initiative der Rechten gegen »das Bündnis mit den Faulen«, am Beispiel des »Hessischen Elternvereins« 149
Hans-Ulrich Luther, Zum Beispiel Singapur. Bürgerinitiativen als Ordnungsagenten. Über »Anti-Ausspucken«, »Schlange-Stehen« und andere Staatskampagnen gegen die Umweltverschmutzung einer Nation 167
Büchertisch. Gebrauchsliteratur zum Thema. Zusammengestellt und kommentiert von Hans Jürgen Benedict 179
Index Kursbuch 41 bis 50 187

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Harald Wieser. © 1977 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Beilagen: Frommann-Holzboog Verlag, Rotbuch Verlag, VSA

Goethe-Institut e.V. Bibliothek Düsseldorf
78 - 215
Goethe Institut e.V. Bibliothek
05 Kur V

Walter Moßmann
Der lange Marsch von Wyhl nach Anderswo

1 Von Anderswo nach Wyhl

»Oh, can't you see the wrong
she was a death ship all along
died before she had a chance to kill«
(Aus einem Lied des amerikanischen Bürgerrechts- und Antikriegs-Sängers Phil Ochs von 1963 über die Thresher. Die Thresher, ein Atom-U-Boot der US-Kriegsmarine, war seinerzeit als Spitzenleistung des technischen Fortschritts und Stolz der Nation gefeiert worden, bis sie nach einem Störfall in der Tiefsee still liegen blieb.)

»Sicher durch Still-Legen!«
(Parole der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen das Atomkraftwerk von Fessenheim am Rhein von 1976)

2 Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Die Bürgerinitiativen gegen Atom-Anlagen sind eine Bürgerrechts-Bewegung. Sie verteidigen das Recht, gesund zu leben. Bei Prüfung der Paragraphen stellte sich heraus, daß dieses Recht auch in der Verfassung steht, als Grundrecht, Artikel 2 GG (2): »Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit«.
Da nun einmal das, was wir wollen, verfassungsmäßig garantiert ist, stellt sich in der Anti-AKW-Bewegung die Frage nach Verfassungsfreundschaft oder -feindschaft überhaupt nicht. Diese Diskussion ist uns aufgedrängt worden, und zwar von zwei Seiten. Einerseits hat Ministerpräsident Filbinger versucht, die Bürgerinitiativen als ›Verfassungsfeinde‹ außerhalb der geltenden Rechtsordnung zu stellen. Die BI haben sich dagegen gewehrt, und die Konservativen in der Bewegung sahen sich genötigt, das Spiel mitzuspielen und sich von den ›Verfassungsfeinden‹ abzugrenzen. Die Abgrenzung rief wiederum die antikapitalistische Opposition auf den Plan, die die Verfassung zum negativen Fetisch machte, etwa in dem Sinn: ›Ein Instrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuteordnung‹.

Warum geht es nicht einfacher? Warum nicht sagen: Das ist ein von Menschen gemachtes Gesetz aus einer bestimmten historischen Situation, nämlich 1949; keine heilige Offenbarung, aber auch kein Teufelspakt. Es ist in sich widersprüchlich, aber die Grundrechte sind nützlich (wenn sie bloß verwirklicht wären!). Wie jedes Gesetz ist es strittig, deshalb gibt es den Rechtsstreit. Die Richter sind Menschen und parteiisch. Deshalb muß man ihre Urteile prüfen und nachschaun, ob man einverstanden sein kann.
Wenn es drauf ankommt, muß das Volk sein Recht verteidigen auch gegen Richter, die stellvertretend ›Im Namen des Volkes‹ Unrecht sprechen. Allerdings muß sich dann herausstellen, ob dieser Widerstand auch wirklich vom Volk ausgeübt wird, oder von isolierten Gruppen, stellvertretend ›Im Namen des Volkes‹.
Es besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Angst vor neuen Stellvertretern größer ist als die Angst vor Atomkraftwerken.
›Widerstandspflicht‹ kann keinem Menschen befohlen, aufgeschwätzt oder irgendwie untergejubelt werden. Die Parole »Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht« kam in Wyhl auf, als der Widerstand da war und Übereinstimmung darüber herrschte, woher das Unrecht kommt.

3 Die Partei, die Partei hat immer . . .

Siegfried Göpper, Landwirt und Müller, Weisweil bei Wyhl, vergleichsweise wohlhabend und konservativ, Gründungsmitglied der BI, in einem Rundfunkinterview Herbst 1973:

»Es ist tatsächlich so, daß unsere verantwortlichen Parteien und auch die Regierungsstellen anscheinend in der Zwischenzeit so ein bißchen das Augenmaß verlieren, was dem Volk dient und was dem Volk nicht dient. Und deshalb haben sich ja nicht nur in unserem Raum, sondern im ganzen Bundesgebiet, von der Nordsee bis an die österreichische Grenze, diese Bürgerinitiativen gefunden, die einfach überparteilich arbeiten, die es noch fertig bringen, die Wahrheit ungeschminkt zu sagen, die dadurch aber auch einiges auf sich nehmen müssen.«

Das ist, etwas vornehm und vorsichtig ausgedrückt, der Grund, weshalb es Bürgerinitiativen gibt. In der Frage der atomaren Aufrüstung haben Parteien *aller* Schattierungen, die bürgerlichen wie die kommunistischen, Staat und Wirtschaft machen lassen, was sie wollten. Die Volksvertreter haben den Vertretenen gegenüber deutlich erkennbar versagt, das verlorene Terrain können die Politiker nicht mehr zurückgewinnen.
Bürgerinitiativen sind eine nichtprofessionelle politische Selbstorganisation, mit jeweils einem Ziel, dem alle zustimmen. Im Gegensatz zur Parteipolitik ist alles übrige zunächst egal. In den Bürgerinitiativen um Wyhl arbeiteten von Anfang an Mitglieder und Sympathisanten ganz unterschiedlicher Parteien mit, und es war selbstverständlich, daß um der Einigkeit für diesen waghalsigen Kampf gegen das AKW willen jeder Parteienstreit unterblieb,

er wäre auch albern gewesen. Seither rennen die Parteiprofis der Bewegung hinterher.
Auch die kommunistischen Parteien kamen hinterher wie d'alt Fasnet. Sie haben drei besondere Schwierigkeiten: 1. Sie sind auch bloß Parteien, der AKW-Kampf wird von ihnen einem politischen Total-Programm untergeordnet. 2. Sie sind in jeder Region außerhalb der Universitäten Außenseiter, mißtrauisch geduldet bis gehaßt. 3. Sie sind nirgendwo an der politischen Macht beteiligt, man kann mit ihnen nicht verhandeln wie mit einem bürgerlichen Politiker, der unter günstigen Umständen vielleicht die Aggressivität der Regierung dämpft.
Infolgedessen besteht gar kein Grund, die BI-Bewegung für Parteipolitik zu öffnen. Wenn die Genossen dann etwa den badisch-elsässischen BI vorwerfen, sie unterdrückten die freie Meinungsäußerung, sind sie entweder Christkindchen oder Heuchler. Was sollen denn die Leute z. B. auf dem Land machen, wenn die organisierten Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler erscheinen? Sollen sie sich hinsetzen und auf jeden Zettel mit einem Gegenzettel antworten? Das ist an der Uni vielleicht üblich, aber den berufstätigen BIlern fehlen dazu Lust und Zeit. Also haben die Politgruppen auf diesem Sektor faktisch ein Monopol wie Springer bei den Sonntagszeitungen. Wie wehren sich die Leute gegen die Flugblattschwemme? Sie wollen nicht unter Hammer und Sichel mitgezählt werden und bleiben weg. Oder sie prügeln. Oder sie fassen antikommunistische Beschlüsse. Oder sie stimmen in die Hetze der Regierung mit ein. Spalten sich ab von den Spaltern. Oder übertragen ihre Initiative, des ganzen Streits müde, irgendwelchen Profis aus SPD, FDP, dubiosen Verbänden.
Jede Gruppe, die auf ihrer Parteipolitik in der BI-Bewegung besteht, hat den alternativen Charakter dieser politischen Selbstorganisation nicht begriffen und zertritt Keime, die mehr wert sind als die tollsten KPD-Parteitags-Shows in Offenbach oder anderswo.

4 Getarnt mit Wörtern

Die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen sind Teile einer Antikriegsbewegung. Im Herbst 1974, während der Platzbesetzung in Marckolsheim, hat Meinrad Schwörer von der BI Wyhl gesagt: ». . . dieser Krieg, der über uns geht . . .« Damals war noch keine Polizei da; weder Panzerwagen noch Wasserwerfer waren gemeint. Gemeint waren die Atomkraftwerke, die Umweltzerstörung, die ökologischen Katastrophen. In diesem Zusammenhang sind Polizisten nur Feldjäger, die dafür sorgen, daß sich alle am Krieg beteiligen.
Wer aufrüstet, spricht von Frieden und Sicherheit. (Wer sich kriegslüstern die Lippen leckt, wird nicht gewählt.) Die internationale Atom-Mafia

spricht unablässig von Friedens-Sicherung. Ihre militärischen Vertreter plaudern vom atomaren Patt, dem Gleichgewicht des Schreckens, das außen, an den Grenzen, den Frieden sichert. Ihre Geschäftsführer in Zivil reden von der friedlichen Nutzung der Kernenergie, die das Wachstum, also den inneren Frieden sichert.
Warum sollten wir ihnen nicht glauben, daß sie in beiden Fällen Krieg meinen? Besteht für die Betroffenen ein Unterschied zwischen der A-Bombe und einem AKW-Unfall? Was haben die Afrikaner in einem ihrer ›Bantustan‹-KZs, wenn die Regierung zur Vermeidung weiterer ›Unruhen‹ eine taktische Atombombe werfen läßt (zum Schutz der Sachwerte vielleicht eine Neutronenbombe)? Etwa nicht Krieg? Was haben die Leute im Rhônetal, wenn der Schnelle Brüter in Malville hochgeht? Etwa nicht Krieg? Wenn dann der Gefahrenherd abgeschlossen wird, von Polizei und Militär, wenn die drinnen elend verrecken, wenn die Zeitung draußen beschreibt, daß ein tatkräftiger Politiker (wie damals Helmut Schmidt in Hamburg während der Flutkatastrophe) die Gefahr begrenzt, eingedämmt, den Rest der Welt gerettet hat – und damit Karriere macht? Kein Krieg?
Worin unterscheiden sich Pläne für den ›Zivilschutz‹ im Atomkrieg von den Katastrophenschutzplänen im Umkreis eines AKWs? Steht da nicht Wort für Wort derselbe menschenverachtende Schwachsinn drin? Waren das nicht dieselben Spezialisten für Todesplanung, die beide Papiere verfaßt haben?
Es geht nicht darum, ob der verantwortliche Minister die Katastrophe will. (Wilhelm der Zweite 1918: »Das habe ich nicht gewollt«. Ein auftrichtiger Satz.) Er riskiert sie einfach.
Auch Generalfeldmarschall Leber will nicht töten lassen. Er muß es eben tun in bestimmten Situationen, um das System der Geldvermehrung und die Herrschaft der Wenigen zu schützen. Auch Generaldirektor Matthöfer wünscht keinen AKW-Unfall, er muß ihn riskieren, um das System der Geldvermehrung und die Herrschaft der Wenigen zu schützen.
Die ökologische Katastrophe (die Atomindustrie ist nur die Spitze des Eisbergs) ist ein Krieg gegen die Menschen. Die Radioaktivität bewegt sich ohne Kriegserklärung und ohne Marschmusik.

5 *»Dieser Krieg . . .*

Es wäre sehr achtlos und dumm, die Kriegserinnerungen der Älteren nicht ernst zu nehmen, die ihnen beim Thema AKW einfallen. Wenn z. B. am Kaiserstuhl über die Pläne der Technokraten geredet wurde, »die Funktionen Wohnen und Erholung in die Vorbergzone der Vogesen und des Schwarzwaldes« zu verlegen, sagten viele: »das kennen wir doch aus dem Krieg, das heißt Evakuierung«. Dieses »das kennen wir doch« wiederholten

sie mit bemerkenswerter Sturheit. Sie, die Grenzlandbewohner, die von keinem Krieg jemals verschont blieben, haben nicht vergessen, was das heißt, wenn Felder verwüstet und vermint, wenn Dörfer zerstört werden, wenn aus der Schule ein Lazarett wird, wenn es nur eine Frage des Zufalls ist, ob einer überlebt oder zum Krüppel wird oder elend verreckt. Und was es heißt, aus Ruinen neues Leben blühen zu lassen . . .

Ein regionalistischer Journalist, Stephan Walter, veröffentlichte unter dem Titel »Der Tod von Fessenheim« eine realistische science fiction auf der Grundlage des Katastrophenplans für das AKW Fessenheim. Er beschreibt ganz einfach als mögliche Erfahrung, was im Katstrophenplan mit dürren Worten, also unvorstellbar, abgehandelt wird: was passiert, wenn die radioaktive Wolke übern Rhein ins Badische kommt?

Seine Frau, die zwei Kinder und er sitzen im Auto, auf der Heimfahrt vom Wochenendausflug – wie tausend andere Freiburger auch. Dann bringt das Autoradio die Warnungen (was, wenn sie keinen Transistor hätten?), Fenster zu (draußen ist nichts zu sehen, drinnen wird es stickig), dann die Autoschlange vor den Sperren, die vermummten Polizisten, Fluchtgedanken, Panik, Angst, Ausweglosigkeit. Ein künftiger Kriegszwischenfall.

Die Geschichte, abgedruckt in der Sonntagsbeilage der *Badischen Zeitung*, tat ihre Wirkung. Sie hat den Schrecken, den die Technokraten kalt einkalkulieren, vorstellbar gemacht.

Die Behörden haben es sehr schwer, die Veröffentlichung dieses Katastrophenplanes als ›kriminelle Handlung‹ zu diffamieren. (Der Plan mußte vorher aus dem Aktenschrank einer Behörde in Lörrach geklaut werden.)In diesem Fall werden die Diebe von der Bevölkerung gedeckt. Und je deutlicher die Regierung das heiße Papier als militärisches Geheimnis behandelt, um so offener gibt sie zu, daß ein Unfall in Fessenheim Krieg bedeutet.

6 . . . »der über uns geht«

Kaum jemand aus den unteren Rängen der Militär-Hierarchie hat sich im Krieg als ›kriegführend‹ gefühlt. Aus der Perspektive von unten sind die meisten Kriegsopfer: im Schützengraben und im Luftschutzbunker, im Kasernenhof und im Gefangenenlager, beim Hamstern und auf der Flucht. Der Krieg kommt irgendwie ›da oben‹ zustande – wir werden ungefragt überrollt.

Gerade informieren die Nachrichten über die Opfer, über die der Krieg gegangen ist: 12 Tote beim Herbstmanöver »Reforger« und 96 Verletzte (wieviel davon verstümmelt fürs Leben?). Von der ›eigenen‹ Kriegsmaschine überrollt. Werden die Bilder dieser Soldaten in der Zeitung veröffentlicht? Gibt es ein Staatsbegräbnis? Werden die Verantwortlichen mit unerbittlicher Strenge bestraft?

Es gibt keine Schuldigen, schuld ist allein das Schicksal, das man heutzutage ›Restrisiko‹ nennt.
Es gab auch kein Staatsbegräbnis für die Arbeiter Otto Huber und Josef Ziegelmüller, die in Gundremmingen, im AKW getötet wurden, am 19. November 1975. Über die ist ein bißchen Krieg gegangen.
Sind wir uns der Tatsache bewußt, daß es seit Wyhl in Westeuropa eine Antikriegsbewegung gibt, die sich nicht mehr dem Schicksal ›Restrisiko‹ unterwerfen will?

7 Matthöfers Bungalow in Biblis

Der zuständige Minister hat versichert, er würde leichten Herzens ein Haus neben einem Atomkraftwerk beziehen. Das ist glaubwürdig. Auch Physiker und Ingenieure in den höheren Rängen betonen gern, daß sie ohne Angst vor Radioaktivität im AKW arbeiten (wenn auch nicht so gefährdet wie die Hilfsarbeiter, die die Dreckarbeit machen). Was lehrt uns das? Im Krieg kommt auch mancher Kriegstreiber um, weil er selber ein Getriebener ist.
Karl Liebknecht 1915: »Die herrschenden Klassen haben sich ihre Herrschaft schließlich stets etwas kosten lassen, wenn auch nie so viel, wie die Massen sich ihre Knechtschaft; und Blut, selbst ihr eigenes Blut, war der Bourgeoisie schon öfter minder wert als Gut, als kapitalistisches Gut, das Allerheiligste des Kapitalismus.«

8 Große andauernde Heiterkeit

Gehn wir mal davon aus, die Verantwortlichen, die politischen Fernsehstars, seien trotz ihrer allabendlichen Erhöhung etwa so klug und so dumm wie unsereiner. Aber im Gegensatz zu uns dürfen sie nie zeigen, daß sie nichts wissen, z. B. über das ›Restrisiko‹. Sie wurden fürs Kabinett engagiert, um Souveränität auszustrahlen, Sicherheit, Überlegenheit. Bei jedem Fernsehauftritt müssen sie beweisen, daß sie nicht überflüssig sind. Ob sie wollen oder nicht.
Die Kamera schwenkt hinüber, Ton ab, läuft: »Bitte Herr Minister, könnten Sie unser aller Sorgen zerstreuen . . .« Ernstes Gesicht: »Ja, ich darf Ihnen versichern, Ihre Sorgen ernst, haben die Sache im Griff, nein, keine Gefahr, die Wissenschaft ist sich einig, wir prüfen . . .«. Dann der Stichwortgeber: »nun meinen aber einige Kritiker . . .« Jetzt: lächeln! klein bißchen von oben herab lächeln! »Nun, irrationale Ängste, Chance, daß im Autoverkehr viel größer, sehn Sie«, und jetzt belustigt bis fröhlich: »einige Weltuntergangspropheten schon immer, und doch sitzen wir noch hier, nicht wahr . . .?« »Wir danken Ihnen, Herr Minister.« Klappe, Licht aus im

Studio, Gewusel, ein Schluck Mineralwasser, und: »Wie wars? Kam das rüber?« »Ja, es kam rüber, Sie haben Ihr Gehalt verdient.«
(Privat darf er zweifeln, leise.)
Karl Liebknecht im Preußischen Abgeordnetenhaus am 21. Januar 1913: »Ist es denn mit dem Wohlergehen der deutschen Industrie identisch, zu wünschen, gegebenenfalls einen Weltbrand zu entfesseln, in dem unsere ganze Kultur vernichtet werden müßte?«
Protokoll: »Lachen im Zentrum und rechts«.
Was sollten sie auch anderes machen als lachen? Da spricht der Systemveränderer vom Schrecken des kommenden Krieges, aber sie haben in diesem Hohen Hause über die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln zu befinden.
Am 21. August 1915 erklärt Liebknecht noch einmal, daß er als einziger Sozialdemokrat gegen die Kriegskreditvorlage, d. h. gegen den Krieg gestimmt habe. Das Protokoll verzeichnet *»Große andauernde Heiterkeit und Zurufe«*.
Diese Heiterkeit dauert noch an. Auf der Tagesordnung steht nicht mehr »Probleme der Exportindustrie 1915«, sondern »Energiewirtschaft 1977«.

9 *Die umgedrehten Gewehre*

Aus den Schulbüchern erfahren wir so gut wie nichts über unsere Geschichte, die Geschichte der Antikriegsbewegungen. Denn die bürgerliche Geschichtsschreibung interessiert sich nur für die Schachzüge der Mächtigen und die Perfektion des Kriegshandwerks. Erst langsam wird uns dank einer alternativen Geschichtsforschung bewußt, daß es in jedem Krieg Widerstand gegen den Krieg gab. Nur: das ist eben die uninteressante, alltägliche Geschichte der kleinen Leute.
Was wir oberflächlich wissen können, ist nicht viel:
1914. Der schreckliche Bankrott, in dem die Antikriegspropaganda der deutschen Sozialdemokratie zusammenbrach. Statt der groß angekündigten Verweigerung (Streik in Betrieben und Kasernen) die Mobilmachung unter der Parole der ›Vaterlandsverteidigung‹. Begründung: Der russische Imperialismus sei noch schlimmer als der deutsche, der Zar mit der Knute ein Hauptkriegstreiber . . .
1917 Rußland und 1918 Deutschland. Die massenhafte Meuterei, allerdings in einer besonderen historischen Situation: 3 bzw. 4 Jahre Weltkrieg, die Schlächterei ist das Normale geworden, die Menschen leben mit der Waffe in der Hand, Töten ist nichts Besonderes. Der revolutionäre Akt: die Waffen werden umgedreht, so wie es in der »Internationale« steht (Strophe 5): »Wenden wir den Streik an in den Armeen, Gewehrlauf in den Boden, sprengen wir die Marschordnung! Und wenn diese Menschenfresser darauf

bestehn, aus uns Helden zu machen, werden sie bald wissen, daß unsere Kugeln für unsere eigenen Generäle bestimmt sind!« Auch diese Strophe – im Krieg (1871) geschrieben – beschreibt die Logik des Widerstandes gegen den Krieg *im Krieg* an der Front. Das ist nicht unsere Situation.
1939 bis 1945, Deutschland. Im Schulbuch steht was über die idealistische Jugend (Weiße Rose) und die realistischen Militaristen (20. Juli). Neuerdings erfährt man zusätzlich auch im Westen etwas über den Arbeiterwiderstand. So z. B. die Anweisungen der KPD-Führung an die illegalen Kader in Deutschland.

»Antifaschistische Aufklärungsarbeit bis zur empfindlichen Störung der faschistischen Rüstungsproduktion, langsames Arbeiten mit verschiedenen Begründungen, häufige Krankmeldungen, längeres Fernbleiben von der Arbeit nach Luftangriffen, Produktion von Ausschuß, Beschädigung von Maschinen, Brandlegung, Herbeiführung von Zugausfällen und Zugentgleisungen, Verschwendung von Rohstoffen und Materialien, Übertreibung der Sparsamkeitsvorschriften, Arbeitsniederlegungen einzelner Arbeiter oder von Gruppen von Arbeitern, Durchsetzung der Freistellung von Antifaschisten vom Militärdienst wegen ›Unabkömmlichkeit im Betrieb‹, Solidaritätsaktionen für die Familien der verhafteten Antifaschisten und für die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, Abhören des Moskauer Rundfunks, des deutschen Volkssenders sowie des Senders ›Freies Deutschland‹ und Verbreitung ihrer Nachrichten, Verbreitung von Flugblättern, Klebezetteln und illegalen Zeitungen, Anschreiben von Losungen, Versendung antifaschistischer Feldpostbriefe und Briefe an die Angehörigen gefallener oder gefangengenommener Soldaten.«[1] (Aus: Barbara Mausbach-Bromberger, *Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main*, Roederberg Verlag 1976.)

Das ist immerhin etwas anderes als die Bombe in der Wolfsschanze. Aber (weil wir etwas lernen müssen): Wer hat bei solchen Aktionen mitgemacht, außer den Kadern? Wer hat denunziert, und warum? Wer hat nicht mitgemacht, und warum? Welche Frauen haben z. B. in den Munitionsfabriken nicht sabotiert, weil ihre Männer an der Front waren, wo die Gewehre nicht umgedreht wurden? Und: die nicht mitgemacht haben, waren sie bloß feige und verstockt, oder mißtrauisch der Partei gegenüber, die sich als Alternative anbot, der KPD? Wenn mißtrauisch, aus welchen Gründen? Wie attraktiv erschienen den Leuten die SU oder die West-Alliierten? Waren die Aktionen gegen die Wehrkraft der deutschen faschistischen Armee Anti-Kriegshandlungen, oder Kriegshandlungen im Interesse der gegnerischen Armeen?
Die alte Frage an unsere Eltern: Warum habt ihr da mitgemacht? ist immer noch nicht beantwortet. Kein Faschismus funktioniert, wenn er nicht von zu vielen gedeckt wird, die eigentlich in den Widerstand gehören. An der Grausamkeit und militärischen Stärke allein kann es nicht liegen. Auch Pinochet braucht Soldaten, kleine Leute.
Vietnamkrieg. An der Front gab es individuelle Verweigerungs-Aktionen: Flucht nach Schweden oder Canada, Desertion in die Drogen (eine zwiespältige Selbstverstümmelung: die einen wurden kampfunfähig, die anderen erst recht fähig zu den unvorstellbaren Grausamkeiten). In den USA die

Anti-Kriegsbewegung, gekoppelt mit der Bürgerrechtsbewegung gegen den Rassismus. Das Spektrum war etwa so breit wie bei uns jetzt. Von den liberalen Kriegsgegnern und den Gewaltfreien (einer von ihnen der ermordete Martin Luther King) bis zu den bewaffneten schwarzen Gruppen der Black Panther (militärisch vernichtet) und den weißen Weathermen (militärisch vernichtet). Aus dieser Bewegung kam das sit-in in die BRD (Wyhl, ein großes sit-in), aber auch die Idee, man könne sich am Krieg, der in der Dritten Welt stattfindet, in den Metropolen beteiligen, kriegführend also wie die RAF in Heidelberg und Frankfurt. (1975 ließen die Commandos »Puig Antich« und »Ulrike Meinhof« in der Baustelle des AKW Fessenheim zwei Bomben hochgehn. 1977 ermordete ein anderes Kommando einen EDF-Direktor.)

10 »Die Kanonen auf euch drehn . . .«

In Wyhl wurde das Lied »Resolution« von Brecht/Eisler aus dem Stück »Die Tage der Commune« mit neuen, der Situation angepaßten Strophen gesungen. Der originale Refrain blieb unverändert, aber die letzte Variation des Refrains blieb weg: »In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen / Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn / Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen / Die Kanonen auf euch drehn!«
Warum singt ihr das nicht? fragen die militanten Genossen.
Weil wir nicht über Kanonen verfügen.
Weil wir die Kanonen von heute, die AKWs, wie immer wir sie auch drehen wollten, immer auf uns selber richten.
Weil wir nicht Krieg führen, sondern den Krieg verhindern wollen.

11 Jauchespritze, Teppichklopfer, Wespennest

Die erfolgreiche Platzbesetzung in Wyhl war kein Bauernkrieg, die Bevölkerung hat niemals Waffen eingesetzt. Aber sie hat Waffen parodiert. Hinter den symbolischen Barrikaden (im Handumdrehen konnten die weggeschoben werden) stand tatsächlich eine Jauchespritze, die als Vergeltung gegen Wasserwerfer eingesetzt werden sollte (was aber dann nie geschah). Die Phantasie: Die kriegsmäßig anrückende Polizei, ritterlich gerüstet, sauber geordnet, Darsteller von Macht und Manneszucht, diese Helden werden einfach mit Jauche angespritzt, daß sie stinken. Mit dem Gestank gehen die Bauern täglich um, der gehört zu ihrer Arbeit, der stört eigentlich nur die Fremden, die hier nichts zu suchen haben. Oder: In Kiechlinsbergen demonstrierten einige Frauen gegen die CDU-Fraktion tatsächlich mit Teppichklopfern. Phantasie: Diese feinen Herren mal übers Knie legen und windelweich klopfen, wie den Teppich – oder das ungezo-

gene Kind. Oder: In Wyhl erschien (nachdem der Erörterungstermin schon vorbei war) ein Imker mit einem Wespennest im Eimer. Phantasie: Die Wespen, losgelassen im Verhandlungssaal, vertreiben sämtliche Repräsentanten von Staat, Industrie und Parteien nach der biologisch-dynamischen Methode.
In allen drei Fällen blieb es bei der Phantasie, der Demonstration. Das Volk hat nicht heldenhaft zugeschlagen, das waren nämlich ganz normale Leute. In allen drei Fällen stammen die ›Waffen‹ nicht aus einem Militär-Arsenal, sondern aus der ganz alltäglichen und sehr schweren Arbeit.
Wohlbemerkt: aus der Alltagsarbeit der Leute in den Dörfern! Nur keine Verwechslungen! Wir intellektuellen Stadtmenschen leben und arbeiten anders, wir haben ja noch nicht mal einen Teppichklopfer. Wir müssen uns schon was anderes einfallen lassen. Solange wir allerdings Legenden spinnen um das militante Landvolk, dem unerschöpfliche Riesenkräfte aus dem Boden zufließen, kann uns in unserer Alltäglichkeit nichts einfallen.

12 Der Traktor

Das Symbol für Militanz auf dem Land ist in unseren städtischen Augen der Traktor: ähnlich wie ein Panzer bewegt er sich nicht nur domestiziert auf den Straßen, sondern rollt unaufhaltsam über Stock und Stein. Das Gefährt sieht auch nicht so geleckt aus wie ein Opel Kadett, sondern grob, gefährlich, die großen Hinterräder wirken gewalttätig. Mehrere Traktoren hintereinander sehen aus wie die Kavallerie der Bewegung.
Aber uns gehört er nicht, der Traktor. Wir haben ihn nicht für unsere Arbeit gekauft. Wir tragen nicht die Schulden, wenn er noch abbezahlt werden muß. Wir reparieren ihn nicht. Wir fahren nicht täglich damit aufs Feld, im Winter in den Wald, frieren uns einen ab, lassen uns durchschütteln.
Die Traktoristen waren es in Wyhl, die dafür gesorgt haben, daß die Baumaschinen weitgehend unbeschädigt zurückgegeben wurden. Das konnten viele Nicht-Traktoristen nicht begreifen.
Die Frage: »Wieviel Traktoren waren bei der Demonstration?« heißt immer auch: »Wieviel Bauern waren da?« Wenn ein Traktor auf den Platz fährt, zeigt der Besitzer, daß er die Sache ernst nimmt als *seine* Sache, er riskiert was dafür. Er fährt eben nicht auf den Platz, wenn er sieht, daß es nicht seine Sache, sondern die der Studenten, Linken, mobilen Protestler ist.

13 ›Besetzt‹

Seit Marckolsheim und Wyhl hat sich das Wort ›Platzbesetzung‹ in seiner Bedeutung ziemlich gewandelt.

Zuerst klang es auf eine sinnfällige Weise gewichtig. Da haben sich Leute, und zwar Ansässige, breitärschig niedergleassen, mit einem großen Rechtsbewußtsein (wie die FAZ verwundert feststellte) und mit ziemlicher Ausdauer. Sie wohnten ja nicht weit weg vom Wyhler Wald. Diese Bedeutung hatte die Besetzung auch, wenn nur wenige Leute im Rundhaus saßen. Trotz der symbolischen Barrikaden hieß die Parole immer: die sollen uns doch erst mal wegheben, wir sind ja nicht bloß ein paar Wandervögel, die hier zufällig zelten.
Inzwischen klingt das Wort – nach Brokdorf, Grohnde, Malville – mehr wie ›Sturm, Angriff, Attacke, Eroberung‹, d. h. unsympathisch aggressiv. »Das Haupttor wurde geschleift« hat der KBW nach Grohnde berichtet und damit diese neue militaristische Prinz-Eisenherz-Mentalität ›korrekt‹ ausgedrückt.
Kein Wunder, daß sich hinter der Avantgarde die Bevölkerung immer mehr zurückhält.

14 Haltet den Dieb

Am politischen Stammtisch wird gewöhnlich die Lügerei der Regierung entlarvt, das gilt als sehr unterhaltend, und das Gefühl von Übereinstimmung wärmt ja auch.
Aber die Anti-AKW-Bewegung kann sich Stammtischpolitik nicht leisten. Sie kann es sich nicht leisten, über die Propaganda der Regierung zu jammern und sich damit zu stärken, daß unter uns ja alle wissen, wie sehr wir rechthaben. Wir wollen nicht bloß rechthaben, wir müssen Recht kriegen. Wir müssen diese Propaganda der Regierung analysieren, und zwar selbstkritisch, und daraus Konsequenzen ziehen. Sonst geht es uns wie jener Familie, auf deren Grabstein steht: »Hier ruht Familie Schulze. Sie hatte Vorfahrt«. Die Propaganda reagiert inzwischen sehr genau auf die Angriffe, die gegen die Atomindustrie geführt werden. Wir sagen z. B. zusammengefaßt: »Die Atom-Mafia arbeitet im *privaten* Profit*interesse* gegen die *Interessen* der *Bevölkerung*. Sie verheimlicht die *Wahrheit* und produziert extrem gefährliche *Waffen,* zu deren Erhaltung sie im Atomstaat die *Demokratie* zerstören muß.«
Diese Bälle werden mit hundertfacher Wucht zurückgeworfen, der große Räuber zeigt auf seinen Verfolger und schreit »Haltet den Dieb!«, oder im Polizei-Jargon: »Haltet die Störer!«
Und wie sehen die Störer im Bild der Propaganda aus?
– Sie verfolgen Privatinteressen, wollen Geld oder Macht. Da kann man z. B. die tatsächlich bestochene Bürgerinitiative Bergkamen vorweisen. Rosenthal verbreitet in Marckolsheim das Gerücht, die BI sei von der Konkurrenz bezahlt. Hohe Politiker erklären, die Brokdorf-Demonstranten wären aus

der DDR ferngesteuert. Da wo sich Parteien, meistens kommunistische, an die Spitze der Bewegung stellen, kann man aus deren Zeitungen zitieren, so z. B. aus dem *Arbeiterkampf:*

». . . Denn Tatsache ist, daß die Anti-KKW-Bewegung dem BRD-Imperialismus an einem wesentlichen Punkt seines aggressiv-expansionistischen Konzepts Sand ins Getriebe streut. Das *allein* ist schon ein wichtiger positiver Faktor. Hinzu kommt, daß an dieser Frage neue Schichten der Bevölkerung an den antikapitalistischen Kampf herangeführt werden, neue Menschen für die kommunistische Politik gewonnen werden . . .«

Zitiert nach einem Flugblatt der AKW-Reklame-Agentur, unter dem Motto »Vernunft nach vorn!« veröffentlicht. Das Flugblatt kommentiert den KB-Text: »Der ›Arbeiterkampf‹ . . . enthüllt mit zynischer Offenheit die Ziele der Kommunisten – und damit, wem diese Störung der Energieversorgung letzten Endes dient.«
Weiter: Die Störer
– blockieren lebensnotwendige Allgemeininteressen, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Verkehrswege, Eigentumsverbesserung, Sicherheitspolitik. Zertreten Wiesen und beschädigen Gebäude, machen Lärm, verursachen Kosten . . .
– lügen, verbreiten Gerüchte über geachtete Bürger und gefälschte Erfolgsmeldungen, instrumentalisieren die BI und nehmen das Problem der Umweltzerstörung gar nicht ernst: bekämpfen AKW im Westen und loben sie im Osten . . .
– sind aggressiv-militant, gefährlich bewaffnet, werfen Molotow-Cocktails und Stahlkugeln, greifen an . . .
– benutzen die demokratische Fassade, um dahinter intrigante und Machtkämpfe auszufechten, tricksen Unliebsame aus, interessieren sich einen Dreck für Demokratie . . .
Gewiß, das ist die Propaganda geübter Profis, die von der Gefahr der Atomindustrie, insgesamt der ökologischen Katastrophe, ablenken soll. Genügt uns diese Einsicht? Oder ist es nicht wichtiger zu fragen, warum sich die AKW-Bewegung durch Parteiegoismus, Desinteresse an der Realität in einer AKW-Region, Verleumdungen, militaristische Attitüde und undemokratische Techniken oft genug dieser Propaganda als kostenlose Statisten zur Verfügung gestellt hat?

15 Schalke oder der Vietcong

Während der Studentenbewegung und danach konnte man in linken Kinos oder in der Universität sehr viele Vietnam-Filme ansehen. Es gab allerdings sehr unterschiedliche. Einmal diese Action-Filme, die waren sehr beliebt. Irgendwann kam immer diese Szene: Vietnamesen an riesigen Flaks, getarnt, oder bewaffnete Bauern auf dem Feld schießen auf die amerikani-

schen Bomber. Plötzlich zieht ein Flugzeug eine Rauchfahne hinter sich her, trudelt nach unten, knallt ins Gelände. Und an dieser Stelle kam dann immer Beifall aus dem Publikum.
Manche Leute fanden diesen Beifall unangenehm, sie sagten: das klingt wie ›Tooooor!!!‹.
Andere Filme waren weniger massenwirksam: Sie versuchten z. B. so ausführlich wie möglich die Verhältnisse in einem Grenzdorf darzustellen; wie die Leute arbeiten, wohnen, miteinander diskutieren, lernen, reden (Originalton mit Untertiteln). Das Anschauen dieser Filme war sehr mühsam, und die Distanz zwischen uns im Hörsaal und den Leuten in Vietnam wurde ziemlich groß.
Wie gut kennen wir eigentlich die Wilstermarsch?

16 Demonstrations-Gefühle

Auch wenn wir nicht mehr mit Zinnsoldaten spielen, unsere Schädeldecke hat doch eine gewisse Ähnlichkeit mit einer Pickelhaube. Welche Gefühle breiten sich aus, wenn auf den Wiesen von Brokdorf ›die Bremer‹ aufmarschieren oder ›die Lüneburger‹, ›der KB‹ oder ›die aus Altona‹? Wenn Fahnen und Transparente anzeigen, welcher Verein in welcher Stärke und mit welcher Hauptstoßrichtung da ist. Nicht nur »Proletarier aller Länder . . .« oder »Hammer, Sichel und Gewehr«, auch die Sponti-Klumpen von da und dort. Welche Beziehung haben wir in diesem Augenblick zu dem flachen Land, das gegen die Atomindustrie verteidigt werden muß? Ist die Wiese bloß noch ein x-beliebiges Schlachtfeld?
Keine Frage, Polizeioffiziere und Kriegsberichterstatter der Presse picken sich gerade die militaristischen Aspekte solcher Demonstrationen heraus, weil sie nichts anderes wahrnehmen können, und übertreiben dann noch. Aber unser Problem mit unseren Gefühlen ist dadurch noch lange nicht erledigt, daß andere Unfug drüber schreiben, den wir leicht wegschieben können.
Und wie ist das mit dem Anblick der Polizeiketten, vor, während, nach dem Einsatz? Wie oft werden die fotografiert, vergrößert, gedruckt, ausgestellt? Manchmal könnte man eine gewisse Verliebtheit in dieses Sujet vermuten. Darüber sollten wir mal reden öfter.

17 Die Befehlszentrale

Von einem bestimmten Zeitpunkt an hat sich die Linke an Wüstenhagen als ›Feind in den eigenen Reihen‹ aufgegeilt. Der BBU-Vorsitzende hat aber nur gesagt, was sehr viele Leute in den betroffenen Regionen ohne Lautsprecher auch sagen: Wir wollen keine Gewalt, und wir wollen nicht von

den Kommunisten instrumentalisiert werden. Weil Wüstenhagen das gesagt hat, wurde er nun verdächtigt als ›Verräter‹, ›bestochen‹, ›U-Boot der Atomindustrie‹ und ›Spalter‹. Warum soviel Gift und Verleumdung gerade gegen Wüstenhagen? Weil er ein Chef war. Die Presse hat ihn zum Chef gemacht, und er war unfähig, sich dagegen zu wehren. Da war von der ›Befehlszentrale in Karlsruhe‹ die Rede, von den Bürgerinitiativen als ›Wüstenhagens Leute‹, vom ›Führer der Bewegung‹ und anderer Unfug. In Wirklichkeit gab es niemals eine solche Hierarchie, denn die Stärke der regionalen Bewegung war und ist ihre Autonomie. Aber: Wüstenhagen war Funktionär eines Dachverbandes, und somit Anlaufstelle für die uninformierten, autoritären Presseleute, die überhaupt keinen Draht haben für diesen komplizierten demokratischen Prozeß etwa der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Sie kennen nur Chefs und Verbände. Und so schallten schließlich Wüstenhagens Sprüche, die guten wie die schlechten, hundertfach verstärkt durch die Medien, und alle Bürokraten, Funktionäre, Schnellschreiber und Schnellschwätzer hatten endlich einen Turm, der aus dem schönen gallertartigen Gewabbel der BI-Bewegung herausragte. Es war natürlich ein Papierturm, aber in den Zeitungen wurde er als mächtig und bedeutend hervorgehoben.
Warum haben die Wüstenhagen-Kritiker nicht gesagt: »O ja, die Meinungen, die dieser Mann verbreitet, gibt es. Aber dieser Mann ist einer von vielen. Wir brauchen keine Chefs.« Warum haben die Linken so verbohrt darauf herumgehackt, daß er der ›falsche‹ Führer ist, der starke Mann, der das ›Falsche‹ sagt? Wollen wir etwa einen Führer, einen Chef, einen Obermacker, der das ›Richtige‹ sagt, und dann wirds auch so gemacht?

18 Goesgen – red & stoned

Julihitze in der Schweiz. In Olten versammeln sich 6-8000 AKW-Gegner, um gegen das fast fertig gestellte AKW Goesgen zu demonstrieren. Zwei Stunden und länger wird öffentlich über verschiedene Vorschläge diskutiert, was zu tun sei. Bei der Hitze und der Menge Leute eine mühsame, aber schöne Einübung in direkte Demokratie. Schließlich Abstimmungen: drei Eisenbahnunterführungen, die Zufahrtswege zum AKW, sollen blokkiert werden, und zwar durch ›absitzen‹, gewaltfrei, mit unseren Leibern. Jeder weiß jetzt, worauf wir uns einlassen.
Der Lange Marsch von Olten nach Goesgen findet nur auf einer Fahrbahnhälfte statt, wir wollen die Straße benutzen, nicht besetzen. (Im Ort wird der Lautsprecherwagen mit abgestelltem Motor geschoben. Einige finden das konsequent, andere spießig.) Wir haben nichts gegen die Familien, die uns in den Autos entgegenkommen.
Einer Gruppe ist das zu bürgerlich, zu wenig Revolution, zu wenig Zoff.

Sie nennen sich Rote Steine – und wollen fliegen. Sie stoppen Autos, drohen den Insassen, hauen aufs Dach, irgendwann splittert auch Glas. Grell geschminkt und auffallend kostümiert spielen sie uns ihre Freiheit vor – highsein, freisein, Terror muß dabei sein? Wo bleibt da das AKW? Warum die Feindseligkeiten gegen Leute aus der Gegend, von denen wir ernstgenommen werden wollen, und die wir ernst nehmen wollen, so wie sie sind, in ihren Wochenendautos? Die Red Stones kommen aus einem anderen Film.

Wie in Olten beschlossen, setzen wir uns bei Dulliken auf die Straße vor die Unterführung, in einem bewohnten Gebiet. Das bietet einen gewissen Schutz, die Leute dort sind uns zumindest nicht feindlich gesinnt, scheint es. Die Stones fordern, daß die Demonstration weiter geht, aufs freie Feld, dorthin, wo die Polizei wartet. Sie fordern tatsächlich ›Solidarität‹. Wer nicht mitmacht, ist ein Feigling, Verräter, Bourgeois . . . eben unsolidarisch. Das kenne ich doch, diese Forderung an die Anti-Kriegsbewegung, solidarisch zu sein mit denen, die Krieg spielen wollen. Oder auch nicht nur spielen, die Krieg führen wollen. Ich will nicht schießen. Kein Held sein. Nicht allein sein. Ich lese: »Stockholm, Drenckmann, Buback, Ponto: eine ununterbrochene Kette von Schreien, die mit den MP's abgegeben werden«. Wo bleiben die Menschen, wenn die Maschine das Schreien erledigt? Was macht die MP, außer Lärm? Kommen da keine Geschosse raus, die verletzen und töten? Ich lese: »Wir ermorden niemanden, wir räumen aus dem Weg, was tötet«. Ist das nicht die Sprache des CIA? Die Sprache der Einsatzkommandos, die euch dann aus dem Weg räumen, weil ihr tötet? Nein, ich vergesse nicht, daß diese Gesellschaft gewalttätig ist, terroristisch. Daß eure Aktionen nicht etwas Besonderes sind, wie die Zeitung schreibt, sondern etwas Normales. Aber gegen diese Normalität bewegen wir uns doch gerade, wir wollen uns nicht anpassen, weder als bewaffnete Supermänner noch als erkaltete Karrieristen.

Im Laufe des Abends greift die Polizei an zwei Unterführungen an, sie hält sich die Demonstranten vom Leib, schießt ihr Giftgas auf weite Distanz, treibt unsere Leute bei Däniken einen Bahndamm hoch, wo gerade ein D-Zug durchfährt. Ein purer Zufall, daß niemand von den halb blinden und taumelnden Flüchtlingen dort getötet wird. Dann die Nacht hinter der letzten Blockade, wo sich alle auf die Straße zum Schlafen legen, die noch geblieben sind, mehr als tausend. Die Situation ist völlig irreal, feldgrau, wir, Fremde nur, bedroht durch Ultimaten der Polizei, kaum verbunden mit der Region, in der wir heute liegen – unser Alltag, in dem wir ständig leben und uns auskennen, fängt Montag an ganz anderen Orten wieder an.

Zwischendurch ein Besuch zwei Dörfer weiter bei Leuten, die jemand kennt.

Die Leute, die Eltern von M., sind sehr freundlich zu uns, wir kriegen Brote

und Kognak und Obstwasser und Zuneigung. Sie haben im Fernsehen die Ereignisse des Tages verfolgt, mit Sympathie für uns und mit Zorn auf die verlogene Berichterstattung. Die Frau ist in der Nacht noch aufgestanden, obwohl sie am nächsten Morgen früh raus muß. Das Wohnzimmer ist so eingerichtet, wie es in der Gegend üblich ist, nicht wie bei mir zu Hause (aber das ist weit weg). Beim Schnaps wird mir für einen Augenblick diese ungeheure Bodenlosigkeit unserer Wochenendaktion bewußt, die mit dem Alltag der Leute hier nur übers Fernsehen verknüpft ist – und unseren zufälligen Besuch. Nicht, daß unsere Blockade unnütz war; aber sie ist nur eine kleine, bei weitem nicht die wichtigste Tätigkeit, wie uns das Fernsehen und unsere eigenen Schlachtenberichte einreden wollen.

19 Wenn einer eine Reise macht

Eine AKW-Veranstaltung in einem kleinen Ort in Schleswig-Holstein. Geredet wird über dies und das, eine Frau fragt: weiß eigentlich jemand Bescheid über die Situation in Grohnde? Einer, der dort war, berichtet vielleicht eine Viertelstunde lang, von der Repression: Polizei, Bürgerwehr, Hetze in der Presse, eigentlich alles das, was alle wissen, aber merkwürdigerweise immer wieder hören wollen. Ein einziges Mal kommen in diesem Bericht die Leute aus Grohnde vor: Da habe jemand behauptet, es hätten sich Leute beschwert, weil AKW-Gegner »alte Häuser« mit Parolen bemalt hätten. Allgemeines Gelächter.
Im Elsaß beteiligen sich die Ecologistes an einer Selbsthilfe-Organisation »Maison Paysanne«, die möglichst viele alte Fachwerkhäuser – z. B. in Ferienarbeit – renoviert. Für diese Elsässer ist es völlig klar, daß der achtlose und verschwenderische Umgang mit Sachen, z. B mit Häusern, derselben Haltung entspringt wie der bedenkenlose Umgang mit der Natur und der Gesundheit, mit Waffen und Radioaktivität.

20 C'est la guerre

Malville. Schrecken die denn vor gar nichts zurück? Nein, die schrecken vor gar nichts zurück. Macht es denen nichts aus, wenn ihre Waffen uns Füße oder Hände abreißen, die Lunge sprengen, töten? Nein, das macht ihnen nichts aus. Wenn es einem von ihnen was ausmacht, wird er entlassen. Wir haben das im Kopf gewußt seit Vietnam und Chile, aber viele haben es erst in Malville oder Brokdorf gespürt.
Obwohl wir diese Kälte jeden Morgen spüren können, wenn wir die kleinen Nachrichten lesen: Ein ›Stadtstreicher‹ auf der Straße erfroren. Eine Frau von ihrem Mann totgeschlagen. Ein Kind hängt sich vor der Zeugnisausgabe auf. Diese normale Kälte.

Michel Grandjean wurde am 31. Juli in Malville von einer Offensivgranate getroffen und verlor ein Bein. Der diensthabende Arzt schrieb auf seine Karte »c'est la guerre« – so ist das eben im Krieg.
Der Zyniker hat sich daran gewöhnt, an dieses schreckliche ›Amen‹, es ist, wie es ist. Wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß es ist, wie es ist, bevor wir sagen können: Und es wird nicht so bleiben.
In Malville haben sie nicht nur auf die Deutschen eingeschlagen, weil sie das in einer nationalistischen Hetzpropaganda ausnützen wollten. Sie wußten, daß die Deutschen als Fremde noch losgelöster von der Region sind als die Franzosen. Sie wollen offene Feldschlachten. Je mehr kleine Waffen von uns mitgebracht werden, um so besser für sie. Hinter jedem Molotow-Cocktail versteckt ihre Propaganda ein Atomkraftwerk. Können die sich solche militärischen Operationen leisten wie in Malville? Offenbar können sie sie sich leisten. Denn sie werden gedeckt, von zu vielen, die bei uns keinen Platz finden.

21 Die Mitbringsel

Das Schönste an den großen und kleinen Meetings sind nicht die Stärkegefühle, sondern was die Leute mitbringen. Einige Studenten und Techniker bauen mit viel Sorgfalt eine Anlage, die zeigt, wie ein Sonnenkollektor Wasser heizen und eine Birne zum Glühen bringen kann. Eine Landkommune verkauft Brot und Honig und berichtet, warum für sie biologische Anbaumethoden und Widerstand gegen die Atomindustrie zusammenhängen. Kaiserstühler Bauern bieten Wein an, Obstler, Schinken, KKW-Nein-Äpfel, Flugblätter, Liederhefte. Eine Gruppe aus dem Ruhrgebiet bringt eine Stellwand mit Fotos und Dokumenten von der Arbeit einer Arbeiterinitiative, die eine Zechenkolonie verteidigt. Das Pappedeckel-Theater aus dem Elsaß bringt die Masken, Quellköpfe, Musik und ein neues Stück, der Buki ein Lied mit Textblatt, Melodie und Guitarrengriffen.
Jeder bringt etwas aus seiner Arbeit mit, in der Hoffnung, daß es einigen anderen nützt und Spaß macht, stellt es zur Schau und zur Diskussion. Je mehr etwas mitbringen, desto besser.
Armselig dagegen, was die Parteibeauftragten mitbringen, diese Plastiktaschen voller Parteizeitungen. Warum wohl öden uns diese Zeitungen so an? Weil ihr *uns* nichts mitgebracht habt, weil ihr nichts beitragen wollt, weil wir nicht auf einer Ebene stehen: ihr steht über uns und wir spüren euren Zugriff. Die Embleme auf euren Zeitungen sagen: ›Lies das, erkenne das, schließ dich dem an, wir kriegen euch in Griff und auf Vordermann, richten euch aus, schätzen euren Kampf ein und ordnen ihn der allgemeinen Linie unter‹.
Was in euren Zeitungen steht, ist leblos, widerspruchslos. Diese flachge-

preßte Wirklichkeit hat ja selber keine Bedeutung mehr, wird doch nur noch ausgebreitet, um die Richtigkeit eurer fertigen Meinung zu beweisen. Keine Frage, ihr habt auch viel gearbeitet in dieser Bewegung, aber warum müßt ihr auf jedes Stück Arbeit euer Markenzeichen kleben? Warum kämpft ihr mit Zähnen und Klauen darum, daß euer Emblem möglichst oft und möglichst oben zu sehen ist? Geht es euch darum in erster Linie? Um Reklame, Eitelkeit, Selbstdarstellung? Ist euch klar, wie verzerrt eure Gesichter und eure Sprache sind, wenn ihr gegen andere Gruppen um die Macht kämpft, um Wörter in Resolutionen und Pöstchen in einem Gremium? Dieser ›Linienstreit‹, was ist das anderes als platte Konkurrenz? Eure Leute, die dem jeweiligen Anführer zujubeln, was sind die anderes als ein Fanclub?
Fällt euch nichts auf, wenn ihr lest, wie gut euch eure Gegner verstehen können? Ist dieser Drang nach Macht nicht der Motor der Atomindustrie, und das Prinzip der Konkurrenz nicht die Methode, nach der wir uns tagtäglich fertig machen?

22 Alle oder keiner

Metz 1975, Militärtribunal, Verhandlung gegen den Kriegsdienstverweigerer Raymond Schirmer aus der Gegend von Mülhausen im Elsaß wegen Totalverweigerung. Raymond, Mitglied einer gewaltfreien Ökologiegruppe, war ständig auf dem besetzten Platz in Marckolsheim und ist in der Region bekannt und beliebt wegen seiner freundlichen, konsequenten Arbeit. Unter den Zuschauern beim Prozeß ist eine ganze Bus-Ladung von badisch-elsässischen Umweltschützern. Das Militärgericht läßt Zeugenaussagen und Plädoyers ungerührt an sich abtropfen und verurteilt Raymond zu zwei Jahren Militärgefängnis. Umstellt von MP-bewaffneten Polizisten machen wir – die Jungen wie die Alten – ein sit-in. Marie-Reine, eine Umweltschützerin aus dem Elsaß, erklärt sehr ruhig unsere Beweggründe. Nach kurzer Pause kommen massenhaft kleine Busse mit behelmten und bewaffneten Bürgerkriegspolizisten, Garde Mobile oder CRS. Ihre Sirenen und Blaulichter locken Zuschauer vors Gerichtsgebäude, wir werfen Flugblätter aus dem Fenster. Dann werden wir aus dem Saal geräumt, so brutal wie üblich. 5 von uns werden als ›Rädelsführer‹ kassiert, sitzen einzeln in den Polizeibussen. Dann auf einmal die spontane Aktion: Ohne viel Aufhebens steigen alle Demonstranten, voran die Frauen, zu den herausgepickten Gefangenen in die Busse, und jetzt hat die Polizei 100 Rädelsführer anstatt bloß 5. Wir werden zu einer großen Halle gefahren, wo die Polizei ihre Fahrzeuge unterstellt, gefilzt, bedroht, das Übliche. Aber: wir sind einfach zu viele. Gegen Abend holt die Polizei unseren Bus aus der Stadt und eskortiert uns erleichtert mit vier Motorrad-Streifen aus dem Gebiet

von Metz. (Keine Frage: es hätte auch schlechter ausgehn können, aber das Prinzip dieser Aktion ist variierbar.)
Noch vor der Platzbesetzung in Wyhl erklärte Marie-Reine in einer Rede in Weisweil: »Es kann sein, daß die Polizei uns auf dem Platz verhaftet, wenn wir wenige sind. Dann müssen eben sofort die nächsten auf den Platz, bis sie abgeräumt werden, und dann die dritte Welle, und das so lange, bis ihre Gefängnisse platzen.«
In Wyhl wurden einige tausend Selbstanzeigen gesammelt, unter zwei Voraussetzungen: 1. Die Anzeigen werden erst dann eingereicht, wenn mindestens 1000 zusammen sind. 2. Das Vergehen, dessen sich alle gleichermaßen beschuldigen, ist die gewaltfreie Aktion zum Schutz eines höheren Rechtsgutes, nämlich Leben und Gesundheit.
In Marckolsheim haben wir trainiert, kollektiv auf die Polizei zu reagieren. Einer spielte den Polizeioffizier und versuchte, Rädelsführer zu finden. Kein Demonstrant sagte mehr als einen Satz, dann sprach schon ein anderer. Einigen von uns fiel es ungeheuer schwer, die Klappe zu halten.

23 Von Wyhl nach Anderswo: Gorleben

Den Startschuß für die Platzbesetzung in Wyhl gaben die Motorsägen, die im Rheinauewald im Höchsttempo Baum um Baum umlegten. Das war ein sehr sinnfälliges Beispiel für den zerstörerischen Charakter der Atomindustrie. In Gorleben brannten (vielleicht zufällig) riesige Flächen Wald nieder, bevor die Atomindustrie bekannt gab, daß sie der Region mit einer Atom-Müll-Deponie aufhelfen will. Was gibt es da schon zu verteidigen? Wir haben bei der Großdemonstration im Frühjahr das verkohlte Stangenholz gesehen und uns am Abend zu Hause die Asche aus den Haaren gewaschen. Aber die Leute, die dort an der Elbe wohnen, und einige Ehemalige (Hamburger, Berliner) versuchen jetzt mit Hilfe von Spezialisten und freiwilligen Helfern die Lage gründlich zu verändern. Zunächst: Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung. Das ist ein Programm, das sich nicht nur auf Bäume bezieht. Das ganze Gelände wird zu einem Zentrum, das die Umweltzerstörung kritisiert, nicht nur auf Papier. Statt der gefährlichen Atom-Stromerzeugung wird Energie in einer Biogasanlage produziert. Das Prinzip ist einfach: Aus den landwirtschaftlichen Abfällen (Mist, Kompost) wird in einem luftdicht abgeschlossenen Behälter Methangas gewonnen plus einem trockenen Dünger. Langfristig, schätzen Schweizer Forscher, kann dort der gesamte Energiebedarf der Landwirtschaft aus Biogas gedeckt werden. Warum nicht auch in der Bundesrepublik? Um Gorleben haben sich schon einige Bauern zusammengeschlossen, um diese Anlage zu bauen und zu nutzen (das wird keine Spielwiese, das Projekt hat Hand und Fuß!), einzig und allein, weil sie der Atomindustrie etwas entgegen setzen

müssen. (Auch die Kaiserstühler setzen sich Sonnenkollektoren aufs Dach, als Argumente gegen das AKW Wyhl.) So kommt Fortschritt zustande, alternativ und von unten. Biogas ist nichts Neues, aber wie viele andere nützliche Technologien den zerstörerischen Kräften der kapitalistischen Entwicklung zum Opfer gefallen. Unter dem Druck der Konkurrenz, die den Energie-Markt eroberte, dem Erdöl der großen Konzerne, sind die bisherigen Biogasanlagen nach und nach entschlafen. In der Konsumgesellschaft wird eben nicht gefragt: Wo führt eine bestimmte Technologie hin, was kostet sie langfristig, was zerstört sie? Sondern platt und dumm: Was bringt uns das ein, heute und jetzt; nach uns die Sintflut. Die Biogasanlage in Gorleben ist dreifach schön: Eine alternative Energieproduktion. Ein Protest gegen die Elektrizitätsmonopole (ein Sägewerkbesitzer in Gartow hat sich vom Stromnetz abgekoppelt und erzeugt Strom aus verbrannten Sägespänen). Und eine Demonstration von ökologischem Bewußtsein.
Ist das nicht phantastisch, was die Gruppen in Lüchow-Dannenberg planen und verwirklichen? Windräder mit besonders flotten Kugellagern, um Fischteiche zu beheizen, ein Freizeitgelände, Kinderdorf, Kulturzentrum . . . Und ist es nicht sehr logisch, daß die Leute dort auch auf dem Naturschutz beharren, auf ihren Vögeln im Elbholz? Wenn wir das ökologische Problem, zu dem die Atomindustrie gehört, ernst nehmen, ist auch jeder Vogel wichtig; es besteht gar kein Grund, die Vogelschützer in unseren Reihen auszulachen. Im Gegenteil, so sinnvoll wie jetzt war ihre Arbeit noch nie.
Gorleben kann ein wichtiges Beispiel werden für alle Initiativen, die Gefahr laufen, ihren Gesichtskreis auf Bauzäune zu verengen.

24 Stadt und Land – Hand in Hand?

Aber klar waren wir dabei bei den großen Demonstrationen, und wir haben dafür gesorgt, daß die Zahl derer, die gegen das Atomprogramm auftreten, groß ist. Und wir gehn auch, wenn es unsere Arbeit erlaubt, zur nächsten Demo. Und wir waren in Wyhl und Gorleben, haben uns angesehen, was dort gemacht wird, haben uns nicht verwechselt mit den Bauern, haben etwas gelernt und unaufdringlich dies und das beigetragen. Jetzt sind wir wieder zu Hause, in unserem Alltag.
Wir lehnen es jetzt z. B. ab, Einwegflaschen zu kaufen, uns an dieser idiotischen Verschwendung zu beteiligen. Wir flanieren nicht bewußtlos durch das Kaufhaus und lassen uns keine Plastiktüte in die Hand drücken. Wir versorgen uns bewußt und nehmen einen Korb mit oder ein Netz, weil wir diese einfache Kulturtechnik nicht verlernt haben. Wir wissen sehr wohl, daß unsere Provinz das Stadtviertel ist, daß Menschen wohnen im Haus, oben, unten, nebenan, sich treffen in den Kneipen und Läden. Wir

reden mit ihnen, haben ein Interesse, sie kennenzulernen. Die anderen, die vielleicht ganz anders leben und denken als wir. Vielleicht ist ein Strompreisboykott möglich, warum nicht? Ein Protest gegen den Lärm von der Straße, durch die jetzt der Durchgangsverkehr geführt wird. Ein Straßenfest. Nichts ist uns zu klein. Nichts ist ›unwichtig‹.
Wir gehen in den Betrieb, z. B. Großchemie. Wir holen uns Spezialisten, um herauszukriegen, was da so stinkt, oder: was nicht stinkt, aber noch giftiger ist. Wir reden mit den anderen darüber, wehren uns, auf allen Ebenen zwischen Gericht und Streik. Wir untersuchen die Berufskrankheiten und fordern, daß die Ursachen abgestellt werden.
Wir gehen in die Schule und legen Alternativen zum Erdkundelehrplan vor – statt Strategien zu lehren, wie man welche Bodenschätze raubt, ausbeutet und verschleudert, bringen wir Unterrichtseinheiten aus der politischen Ökologie, verfaßt von Spezialisten, die auch in ihrem Alltag weiter arbeiten, zwischen den Demonstrationen.
Die Wohngemeinschaft ist nicht nur eine Telefonnummer im Alarmplan, der Stadtteil nicht bloß eine Sammelstelle für die Demo-Busse, der Arbeitsplatz nicht bloß eine Behinderung der politischen Aktivität.
Wir nehmen uns, unsern Platz, unser ›Anderswo‹ genau so ernst, wie wir diejenigen respektieren, die mit ihren Mitteln an den Orten gegen die Zerstörung des Lebens arbeiten, wo das Fernsehen hinschielt, weil es da manchmal Getümmel gibt.
Na klar, machen wir das.
Aber selbstverständlich!
(Jedenfalls denken wir manchmal, das wär nicht schlecht.)

25 Adolf Hitlers Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Wenn von ›Nuklear-Faschismus‹ die Rede ist, dann kann ja wohl nicht nur die Abschaffung der demokratischen Rechte und die Diktatur des Kapitals gemeint sein, das wäre zu normal. Zum Faschismus gehören die mobilisierten Massen, die begeistert und formiert einer besseren Zukunft, ihrem Untergang, entgegenmarschieren. »Einerseits hat Hitler«, sagten unsere Lehrer, »die Arbeitslosigkeit beseitigt, andererseits den Krieg verbrochen«. Daß er die Arbeitslosigkeit durch den Krieg bekämpfte, mochten sie nicht wissen. Und warum sich die Massen den Nazis anschlossen, sagten sie auch nicht. Sie hätten ja von sich selber reden müssen.
Aber war das eigentlich etwas Neues, die faschistische Antwort auf die Arbeitslosigkeit? Die Menschheit hat ja wohl noch kaum eine der möglichen Katastrophen ausgelassen, in dem Wahn, einige Probleme der Menschen zu lösen. (Gelöst bzw. aufgeschoben wurden sie dann schon, aber nicht menschlich, sondern ›natürlich‹, Naturgesetzen folgend. Was küm-

mert die Natur, daß die Saurier oder eine lästige Insektenart verschwinden? Was kümmert die Natur, wenn die Menschheit sich selbst zerstört, wenn sie doch nur das Gefüge in Unordnung gebracht hat? Für die Natur ist der Untergang einer Art als Konfliktlösung normal. Wenn jemand etwas dagegen haben kann, dann allein die Menschen. Die Natur löst ihre Probleme, nicht die der Menschen, wenn es sein muß, auf Kosten der Menschheit. Dann dreht sie sich ganz ruhig weiter, Menschengeschichte war eine Episode . . .)

Um nochmal auf den 1. Weltkrieg zurückzukommen: Die Vorgänger unserer heutigen Arbeiter-Vertreter, die SPD, waren Kriegspartei. Solche Sätze z. B. waren gang und gebe: »Die Mehrheit erachtete jedes öffentliche Auftreten für den Frieden als eine Gefährdung der Interessen Deutschlands.« (Fraktionssitzung der SPD, 1914) Oder: »Von der Rückgabe irgendeines Stücks eroberten fremden Bodens könne nicht die Rede sein vor Erzwingung der ›Freiheit der Meere‹ und der vollen wirtschaftlichen Ellbogenfreiheit für Deutschland«. (Noske, Februar 1915)

Die begrenzte Forderung ›Mehr Arbeitsplätze!‹, verteidigt gegen die weitergehende Forderung ›Nieder mit dem Krieg!‹ (oder: ›Kein AKW in Anderswo!‹), ist offenbar nicht zu wenig, sondern sie wird falsch. Können wir Arbeitsplätze fordern, an denen die Arbeitenden verkümmern, krank werden, durchdrehen? Fabriken, die die Umgebung verseuchen? Branchen, die giftige, schädliche, menschenfeindliche Waren produzieren? Und trotzdem heißt die Alltagsnot ›Angst um den Arbeitsplatz‹ – und die Demagogen von oben haben die verführerische Antwort ›Arbeitsplätze in der Todes-Industrie‹. Viele Gewerkschafter sehen dieses Problem ganz genau und müssen dann doch den Ruf nach Arbeit unterstützen (= den Ruf nach Krieg, = den Ruf nach der ökologischen Katastrophe).

Offenkundig scheint dieses Problem so groß, und die logische Konsequenz, die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, so weit weg, so irreal, daß viele verzweifelt resignieren, oder sich nach China wegträumen.

Und trotzdem gibt es Betriebe, wo sich Einzelne überlegen, was man mit den Produktionsanlagen und dem know-how Nützliches herstellen könnte, statt Einzelteile für Atomkraftwerke.

Die Bürgerinitiative von Marckolsheim im Elsaß hat ein Bleichemiewerk bekämpft, weil der Bleiausstoß zu gefährlich ist. »Wir fordern«, sagten sie, »eine Schokoladenfabrik«.

Noch lachen wir, noch machen wir bloß Witze.

Bremen, 23. September 1977

Helmut Gollwitzer
Citoyen oder Bourgeois

Über neue Abenteuer des bürgerlichen Bewusstseins

Bürgerliches Bewußtsein wird am genauesten dann erfaßt, wenn jemand aus ihm aussteigt. Im Akt des Aussteigens werden seine Bedingungen, seine Struktur, seine Bindungskraft und Brüche transparent. Aussteigen?
Richtiger ist vielleicht, von einem Transzendieren oder Übersteigen seiner Grenzen zu sprechen. Denn die an einen Raum gemahnende Metapher des Ausstiegs könnte die Illusion eines mit Leichtigkeit und beliebig möglichen Verlassens erwecken, so, als ließe sich von einer Klasse in die andere durch quasi offene Türen wandern. So verbreitet diese Illusion auch sein mag, so beharrlich ist in der Tat die Zugehörigkeit zu der Klasse, deren Kind einer ist, und so zäh bestimmt deren Sein sein Bewußtsein auch dann noch, wenn er es lange hinter sich zu haben meint. Von demjenigen Verhältnis zum bürgerlichen Bewußtsein soll also zunächst gesprochen werden, welches entsteht, wenn es von einem überstiegen wird, der dazugehört. Dieses Übersteigen geschieht nicht schon in dem Augenblick, wenn einer aus dem bürgerlichen Leben ausbricht, indem er den Zwängen der Zivilisation entsagt und sich zu einem abenteuerlichen Dasein in exotischen Gefilden entschließt: Gauguin in der Südsee, Rimbaud als afrikanischer Händler. Es geschieht auch nicht in dem Moment, wenn der »mißratene« Sohn in die sichere Ferne abgeschoben wird oder dorthin flieht. Denn der »deutsche Lausbub in Amerika« fand meist schon bald wieder in jenes Zuhause zurück, von dem aus er aufgebrochen war: zurück zum bürgerlichen Leben.
Der Ausbruch, den ich meine, passiert vielmehr, wenn die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verneint und für überwindungsreif erklärt werden, und zwar um einer anderen, besseren Gesellschaft willen. Der hier gemeinte Ausbruch ist also revolutionär, er hat zuvörderst nicht die individuelle, sondern die gesellschaftliche Veränderung zum Ziel: zum *praktischen* Ziel, nicht nur zum Traum. Ein führender sozialdemokratischer Politiker gestand mir vor einiger Zeit: »Auch mein Ideal ist der Sozialismus«, und definierte sich, ganz in Übereinstimmung mit seiner politischen Praxis, eben damit als Nicht-Sozialist.
Der Ausbruch aus dem bürgerlichen Bewußtsein, im Sinne der Veränderung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirklichkeit, ist ein innerhalb

des Bürgertums tausendfach erlebter Vorgang, in diversen Memoiren beschrieben und in den Jahren der Studentenbewegung bis auf den heutigen Tag von ungezählten Jüngeren erlebt. Er dürfte sogar ein besonderes Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft sein.

Auch in vorbürgerlichen Klassengesellschaften war die Ideologie der Herrschenden die herrschende Ideologie, die, in freilich verschiedener Weise, das Denken aller Menschen bestimmte. Aber je starrer die Scheidung der Stände, je drastischer die Ausbeutung und je tiefer die Bildungskluft waren, desto *passiver* nahmen die unteren Klassen ihre Einordnung in die gegebene Gesellschaftsordnung hin, und desto weniger waren sie gezwungen, die herrschende Ideologie zu verinnerlichen und zu bejahen. Wenn sie rebellierten, war dies kein Ausbruch aus der Ordnung; denn diese war ihnen nur *äußerlich* auferlegt. Wenn aber Angehörige der Oberschichten mit der herrschenden Ordnung innerlich in Konflikt gerieten, dann war ihnen die Unmenschlichkeit ihrer Gesellschaft sofort identisch mit der Ungerechtigkeit der Welt als ganzer, jenseits derer sich keine innergeschichtliche Alternative, sondern nur die außergeschichtliche Transzendenz bot; so gab es für sie keinen Ausstieg aus ihrer Gesellschaft zugunsten einer besseren, sondern nur den Ausstieg aus der Welt ins Kloster, in die Einsiedelei. Einsiedelei und Kloster waren die von der Gesellschaft zur Konfliktdämpfung institutionell bereitgehaltenen und allgemein akzeptierten individuellen Ausstiegsmöglichkeiten.

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft dagegen ist begleitet von oppositioneller In-Frage-Stellung bis zur Negierung im Schoße der bürgerlichen Klasse selbst: und dies, je mehr ihre Grundbedingung, die kapitalistische Produktionsweise, sich universell durchsetzt. Nicht nur in der Arbeiterklasse bringt der Kapitalismus, dem *Kommunistischen Manifest* zufolge, seine Totengräber hervor, sondern auch im Schoße der besitzenden Klasse wachsen Menschen heran, die, ihre Klasse verratend, in das Lager der Totengräber wechseln. Diese Menschen brechen mit dem Leben ihrer Klasse und mit ihren Privilegien aber nicht, weil ihnen äußere Ehren schal geworden sind und ihnen in der Weltabkehr ein reicheres Leben winkt, sondern weil sie die Herrschaft ihrer Klasse und die Hierarchie ihrer Privilegien beendigen wollen. Sie sind zu ihrer Klasse in Widerspruch geraten, weil sie schlecht finden, was dort als gut gepriesen wird. Einige von ihnen – vor allem die große Zahl der jüdischen Intellektuellen, die Sozialisten wurden – waren zu diesem Schritt besonders disponiert, weil die mangelhafte gesellschaftliche Integration des wohlhabenden Judentums dazu führte, daß die jüdischen Intellektuellen das bürgerliche Leben von dessen Rand her betrachteten. Die vielen anderen aber, die ohne diese besondere Lage mit ihrer Klasse brachen und sich denen zugesellten, die an dem Aste sägten, auf dem sie saßen: was läßt sich bei ihnen – von den

individuellen Lebensläufen und Motivierungen einmal abgesehen – als gemeinsame Motivation erkennen?
Die gemeinsame Motivation ist ihren unmittelbaren materiellen Interessen, die sie an ihre Klasse binden, entgegengesetzt; sie ist eine moralische, ideelle Motivation. Die auf diese Weise aus dem Bürgertum kommenden Sozialisten erhellen durch ihren Schritt das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, welches diese von früheren Ordnungen unterscheidet: sie erhellen den revolutionären Charakter dieser Gesellschaft, wie er schon im *Kommunistischen Manifest* beschrieben wird. Dort wird dieser Charakter vor allem mit der aufgeklärten Respektlosigkeit des Gewinnstrebens, der Wachstumstendenz des Kapitals begründet, die alle für sie irrationalen Schranken traditioneller Ordnungen, Wertsetzungen und Verhaltensweisen niederwirft. Nicht zufällig greift auch Marx dafür oft zu religiöser Terminologie: Das Geld als oberster Gott duldet keine anderen Götter neben sich. Dieser prinzipielle a-theistische Monotheismus des Kapitalismus, der in der Geringschätzung aller dem Kapital entgegenstehenden Verbindlichkeiten besteht, ist von den mit dem Kapitalismus sich arrangierenden Kirchen in der Regel, mit rühmlichen Ausnahmen, bis heute nicht erkannt worden; es gehört zur ideologischen Funktion der Kirchen, daß sie ihre Polemik statt dessen gegen den Atheismus der Arbeiterbewegung richteten, der in Wirklichkeit eine Empörung gegen den kapitalistischen Gott und die ihm dienstbar gewordene Religion war.
Diese Empörung bezog ihren moralischen Impuls aber gerade aus denjenigen Zielsetzungen, die das an die Macht drängende Bürgertum proklamiert hatte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Solche Zielsetzung kam nicht nur daher, daß es, wie schon oft gesagt, einer an die Macht drängenden Klasse immer naheliegt, ihre partikularen Interessen mit dem Menschheitsinteresse zu identifizieren und sich dadurch ideologische Stoßkraft zu verschaffen. Sie war nicht nur Täuschung und Selbsttäuschung, sondern entsprach auch dem eigenen Interesse der Bürger und hatte durchaus ein partielles Wahrheitsmoment, das später die Selbsttäuschung beförderte. Aufhebung der Leibeigenschaft, Freiheit zum Verkauf und Kauf von Arbeitskraft, allgemeine Mobilität der Bevölkerung, auch über Landesgrenzen hinweg, allmähliche Verwandlung der fixen Berufe in mobile Jobs, Hebung von Bildung und Konsum, Angleichung von Sitten, Kleidung, Nahrung, Möblement, Tourismus (»Mittelstandskultur« genannt), demokratische Institutionen, Wahlrecht, Klagerecht des Bürgers gegenüber dem Staat, formale Gleichheit vor dem Gesetz, hohe Kultur der Individualität, weitgehende Freiheit der eigenen Lebensführung: all diese revolutionären Reformen waren Voraussetzung für die ungehinderte Akkumulation und Verwertung des Kapitals, und sie ließen eine Gesellschaft von bisher nie dagewesener Fluktuation, von ungezählten Aufstiegsmöglichkeiten entste-

hen. Der größte Teil des heutigen Bürgertums besteht aus Familien von Aufsteigern aus den früheren Unterklassen. Solcher Erfahrungsgehalt produzierte die Täuschung, die bürgerliche Gesellschaft sei eine klassenlose Gesellschaft; und die Täuschung wurde befestigt, als die dadurch entwikkelte Produktivkraft auch die Arbeiterschaft der Industrieländer in den Prozeß dieses Aufstiegs einbezog und sie an der Ausbeutung der übrigen Menschheit mit profitieren ließ. Den Widerspruch, daß die durch die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise gesetzten Grenzen durch die neuen Aufstiegsmöglichkeiten nur verschoben, nicht aber aufgehoben sind, bekommt diese Arbeiterschaft täglich zu spüren. Aber auch Mitglieder des zu höherem Privilegiengenuß aufgestiegenen Bürgertums spüren ihn, und zwar zuvörderst jene, die erkannten, daß die individuelle Realisierung des Freiheits- und Gleichheitszieles zugleich die Verschleierung der Nicht-Realisierung dieser Ziele für die Allgemeinheit bedeutet. Das Linsengericht der *bürgerlichen* Realisierung der edlen Ziele betrog um die wirkliche, die *allgemeine*. Dieser innere Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft gebar den Widerspruch gegen diese Gesellschaft selbst. Und er wurde in ihrer eigenen Mitte von denjenigen ihrer Glieder angesagt, die sich mit ihren »Totengräbern«, mit dem Proletariat verbanden.

In dieser Weise abtrünnig werdende Söhne und Töchter des Bürgertums sind also gerade seine legitimen Söhne und Töchter. Sie ziehen ihre Gesellschaft ja nicht vor den Richterstuhl einer von anderswoher oder aus einer überirdischen Utopie bezogenen Moral[1], sondern konfrontieren sie mit ihrem eigenen Anspruch und Versprechen. Dieser Anspruch aber ist für die bürgerliche Gesellschaft nicht eine Quantité négligeable, sondern wesentliche Legitimation. Fällt sie weg, dann ist damit der Zerfall der Gesellschaft im Gange. Im alten Stichwort »Sozialismus oder Barbarei« ist das angekündigt, und wir erleben heute diesen Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft: die Auflösung ihrer Integrationskraft mit ihren tragischen Formen im Inneren der bürgerlichen Familien, im Verhältnis ihrer Generationen, im Abdriften ihrer Kinder in die Drogenwelt und in den entsetzt beklagten Terrorismus. Das Versagen der gesellschaftlichen Legitimation durch den offenkundigen Widerspruch von Anspruch und Realität erzeugt einen allseitigen Nihilismus; einen Nihilismus der Eltern und der Kinder, für den der faschistische Nihilismus, d. h. der nackte Verzicht auf den ursprünglichen Anspruch nur ein kurzfristiger Ausweg ist; denn auch er führt aus der Zukunftslosigkeit, in der man nur noch in existentialistischer Verzweiflung – und selbst das nur in der Fiktion, nicht in Wirklichkeit – aus dem Materialismus vulgaris sich herauskatapultieren kann, nicht heraus. Was bleibt, das ist die materielle Effizienz der Wachstumsproduktion als letztes Legitimationsargument für diese Gesellschaft gegenüber jeder anderen gewesenen, vorhandenen oder denkbaren.[2]

Das ursprüngliche Legitimationsargument gegen den Nihilismus war das kühnste aller bisherigen Gesellschaften, ein Scheck auf die Zukunft, gedeckt durch den Fortschrittsglauben. Hier sind nicht dessen Herkünfte zu verhandeln[3], aber auf seine enorme Bedeutung für Lebensgefühl und Kampfbereitschaft, an welche seiner Gestalten man auch denken mag, sei hingewiesen: die frühe Aufklärung, Hegel, die bürgerliche Progressivität, die Arbeiterbewegung mit ihrem reformistischen und ihrem revolutionären Flügel bis hin zur trotzigen Aufrichtung der Fahne der Hoffnung gegen die Anfechtung des totalen Scheiterns in der Blochschen Synthese von Bibel und Marxismus. Erst vom heutigen Verlust dieser Legitimation her ist zu ermessen, wie die Richtung auf eine bessere Zukunft, zur Selbstverständlichkeit geworden wie nur je eine kulturbestimmende Religion, von den Denkern vorformuliert, von den Schulen vermittelt, die bürgerlichen wie die proletarischen Massen getragen hat, sie tröstete, ihnen Halt und Sinn gewährte. Die Geschichte als Weg zur Freiheit und Humanisierung: das war der Grundkonsens, der die Ideologen und die Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft vereinte. Blickt man vom heutigen Verlust dieser massenbewegenden Grundhoffnung zurück auf die Anfänge, dann beeindruckt deren stürmischer Impetus ebenso wie der geistige Aufwand, mit dem in immer neuen Anläufen versucht wurde, die darauffolgende Desillusionierung zu bewältigen; aber so zu bewältigen, daß dabei (mit der einen Ausnahme des Marxismus) die Existenzbedingungen dieser Gesellschaft nicht angetastet wurden: nicht die Struktur ihrer Produktionsverhältnisse, nicht die soziale Hierarchie.

Die feudale Hierarchie war im Namen des bürgerlichen Grundversprechens beseitigt worden, aber die offene des Feudalismus wurde nur durch eine verschleierte ersetzt. Die Geistesgeschichte der bürgerlichen Ära wird damit zur Geschichte der Bemühungen, das bürgerliche Grundversprechen mit der Weigerung, es einzulösen, auf verschiedenste Weise zu versöhnen, und zwar mit zunehmendem Verzicht auf die gesellschaftliche Dimension der bürgerlichen Ideale.[4] Nur auf diese Weise konnte die Versöhnung wenigstens scheinbar gelingen: durch Zurücknahme aus dem Gesellschaftlichen ins Individuelle, Private, Poetische oder Religiöse.

Immer aber läßt sie dabei zweierlei erkennen: 1. Die Versöhnung ist Resignation gegenüber der früheren Hoffnung, das Ganze mit Vernunft, mit Geist zu durchdringen; die Welt bleibt unversöhnt draußen: als feindliche Natur oder (geschichtlich) als unenträtselbare Macht des Schicksals; und Geist, Religion und Sittlichkeit sind reduziert auf das Glück des Individuums und seines Anspruchs auf ewigen Sinn inmitten der fremden, abgründig drohenden Macht des Geistlosen, ob es nun Kosmos oder Gesellschaft, Ökonomie oder Sachzwang genannt wird.

2. Die Versöhnung hebt den Dualismus des Individuums nicht auf, sondern

läßt ihn nur getröstet ertragen: als Zerspaltenheit in die äußere Unfreiheit als Naturwesen und Gesellschaftsglied *und* in die Freiheit der Erhebung zum höheren, geistigen Sein – früher einmal der Ansatz zur Durchdringung des Ganzen, jetzt eingestanden als Ohnmacht gegenüber der Realität, nichts mehr real verändernd, nur noch bestenfalls ein Trost oder die Larmoyanz des Fin de siècle.

»Doch wenn die Erfüllung ausgeblieben ist, stand wohl schon die Verheißung nicht im Einklang mit der Realität – und das liegt an der Ambivalenz des bürgerlichen Prinzips.«[5]

Dieses Prinzip hatte die Verheißung der Humanisierung des Ganzen ebenso nötig, wie es dieser Humanisierung entgegenstand; denn es ist, wie Hegel darlegte,

»die persönliche Selbstzwecklichkeit des Einzelnen in seinen Bedürfnissen, der gegenüber die anderen Einzelnen ein Fremdes, ja ein Nichts sind, jedoch als Mittel benötigt und benützt werden. Insofern ist die Vereinzelung ebenso wie die allgemeine gegenseitige Abhängigkeit Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Beides ist wesentlich abstrakt, damit tendenziell revolutionär und in der Realität voller Verheerungen.«[6] Oder: »Das Bürgertum, das sich anheischig gemacht hatte, das Allgemeine darzustellen, muß von seinem Prinzip her Allgemeines zerstören.«[7]

Die sozialistische Entscheidung ist also die Entscheidung für die Fortsetzung der bürgerlichen Revolution durch die sozialistische. Wie die bürgerliche, so ist auch die sozialistische Revolution durch die historischen Daten, auf die der Revolutionsbegriff oft verengt wird: Bastillesturm, Oktoberrevolution usw. nur unzulänglich markiert. In Wirklichkeit sind beide Revolutionen ein langer Prozeß. Die Umwälzungen der politischen Macht, für die jene historischen Daten stehen, sind bedeutsame Fakten, die aber weder in ihren Erscheinungsformen (Blut und Gewalt) unvermeidbar sind noch den Fortgang der Revolution schon garantieren. Der Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft hat sich in den meisten europäischen Ländern evolutionär vollzogen. Das oft geäußerte Bedauern, daß in Deutschland nie eine ordentliche Revolution sich ereignet habe, vergißt, daß in anderen Ländern, etwa in Holland und Skandinavien, für die das gleiche gilt, dennoch ein Bürgerbewußtsein sich entwickelt hat, dessen Fehlen in Deutschland mit jenem Bedauern gemeint ist. Die Niederschlagung der bürgerlichen Revolution von 1848/49 hat in Deutschland zwar einerseits die mangelhafte Entwicklung von Zivilcourage und Bürgermut zur Folge gehabt, andererseits die Durchsetzung der bürgerlichen Revolution nur verzögern, nicht verhindern können. Gesellschaftliche Revolutionen sind immer ein langer Weg und vollziehen sich, im Kern evolutionär, in vielen Reformschritten. Darum ist der Gegensatz von Reformismus und Revolution nur ein Tagesgegensatz. Die Anklage der Revolutionäre gegen die Reformisten hat ihre Wahrheit nur darin, daß die Reformisten das revolutionäre Ziel der Reformen aus dem Auge zu verlieren pflegen, zum »Ideal« verkommen lassen und schließlich streichen, wie etwa heute Egon

Franke anregt, das Wort »Sozialismus« aus dem *Godesberger Programm* zu streichen. Auch die sozialistische Revolution ist ein langer Weg, und die Differenz der Strategien, so wichtig sie für die Wachheit oder Schläfrigkeit des sozialistischen Bewußtseins ist, ändert nichts daran, daß die sozialistische Veränderung sich nicht an einem Tag, sondern in vielen Schritten ergibt. Für diese Veränderung ist aber das Vorhandensein von Bürgerbewußtsein, wie ich gleich zeigen möchte, ein wesentlicher Faktor.

Zuvor jedoch zwei überleitende Bemerkungen:

1. Bürgerliche Menschen, die durch ihre sozialistische Entscheidung aus dem bürgerlichen Bewußtsein aussteigen und ihren Widerspruch zu ihm praktizieren, erfahren die Ambivalenz dieses Bewußtseins auf vielfältige Weise. In der alten Diskussion über das Verhältnis der sozialistischen Intellektuellen zur Arbeiterklasse hat sich das niedergeschlagen. Diese Intellektuellen sind nicht nur durch ihre bürgerliche Herkunft bleibend geprägt, ob sie nun den bürgerlichen Lebensstil verlassen oder beibehalten (wobei im übrigen das Verlassen oder Beibehalten des bürgerlichen Lebensstils keineswegs ein Gradmesser für die Entschiedenheit ihrer Entscheidung ist). *Ihr Widerspruch selbst verklammert sie mit den besten Traditionen ihrer Klasse.* Ihnen stellt sich die Aufgabe, das »kulturelle Erbe« an die bisher von ihm Ausgeschlossenen weiterzugeben, wie es Peter Weiß[8] in der *Ästhetik des Widerstandes* dargestellt hat. Ebenso aber wird ihnen der bürgerliche Umkreis, in dem sie leben, zur täglichen Aufgabe. Vermeiden sie die Gefahr des Sektierertums, so wird ihr Umgang mit ihm dialogisch sein. Sie haben zu tun mit dem ganzen Spektrum von respektablen Konservativen über respektable Liberale bis zu ihren sozialistischen Genossen aller Schattierungen. Sie müssen ihre Position immer aufs neue in Frage stellen lassen und begründen. Von der sie umgebenden Skepsis, die mit der Entartungsgeschichte des Sozialismus ebenso argumentiert wie mit der angeblichen Unveränderbarkeit der menschlichen Natur, bleiben sie nicht unberührt. Diese Skepsis ist eine dem nihilistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Haltung, diesen als das non plus ultra der historischen Entwicklung darzustellen, nachdem die optimistische Haltung der Adam Smith'schen These von der bürgerlichen Gesellschaft als der der menschlichen Natur gemäßesten Gesellschaftsgestalt nicht mehr überzeugen will.[9] Dieser Skepsis nicht nachzugeben, sondern sie bei den Gesprächspartnern mit empirisch-negativen und phantasievoll-positiven Argumenten aufzulockern, ist das unaufhörliche Thema, dem sie sich nicht entziehen dürfen. Aus menschlichen wie aus politischen Gründen ist der bürgerliche Umkreis ebenso ihr Aufgabenfeld wie die Kampfgemeinschaft der Genossen.

2. Diesem Aufgabenfeld können sie sich nicht entziehen; alleine schon wegen der rapiden Veränderung nicht, die die Gesellschaft, die wir bürgerlich zu nennen gewöhnt sind, in der Kulminationsperiode des Kapitalismus

durchmacht. Diese Veränderung ist eine doppelte, gegenläufige: sie zeigt sich als »Verbürgerlichung« der Arbeiterklasse und als »Verproletarisierung des Mittelbürgertums«. Die These von der alle Klassenunterschiede ausgleichenden Mittelstandsgesellschaft, die in der bürgerlichen Soziologie vertreten wird, spiegelt den Oberflächeneindruck dieser Veränderung wider. In Ländern, in denen eine klassenbewußte Arbeiterbewegung entweder nicht entstanden ist (USA) oder zerschlagen wurde (Deutschland), ist dieser Eindruck am augenfälligsten. Es sind Länder, in denen der Massenkonsum die Angleichung des äußeren Lebensstils ermöglichte und die Arbeiterschaft in die Komplizenschaft der Ausbeutung fremder Arbeitskraft (Gastarbeiter) und fremder Länder (Dritte Welt) hineinzog, in denen also eine Arbeiteraristokratie gegenüber dem Weltproletariat entstand; diesem gegenüber hat sie sehr viel mehr zu verlieren als ihre Ketten, und von ihm sieht sie ihre Privilegien ebenso bedroht wie das Bürgertum. Andererseits ist das moderne Bürgertum längst nicht mehr mit der Bourgeoisie identisch, sondern es ist in seiner Mehrheit der enteignete Teil der Bourgeoisie, von dieser lohn-, gehalts- oder existenzabhängig, nicht anders als die Arbeiterschaft. Was ehedem »Arbeiterklasse« hieß, ist heute »nur eine bestimmte Fraktion des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters«, der nun auch die Mehrheit der sozialen Gruppen umfaßt, die sich noch »bürgerlich« zu nennen pflegen. Horst Mahler[10] hat diesen Prozeß und seine Bedeutung für jede sozialistische Strategie aus eigenem Erfahrungs- und Lernprozeß im *Kursbuch 48* eindringend beschrieben, so daß ich hier nur darauf zu verweisen brauche. Eben diesen Prozeß aber sich zu verheimlichen, ist ein Wesenszug des heutigen bürgerlichen Bewußtseins. Ermöglicht wird die Selbsttäuschung durch Übereinstimmungen im kulturellen Lebensstil, durch verwandtschaftliche Verflechtung, durch Aufstiegschancen, durch Teilhabe am Sozialprestige, kurz, durch die, trotz seiner Enteignung, noch privilegierte Stellung des Bürgertums. Auch sehr empfindliche Erfahrungen der veränderten Realität (etwa die Arbeitslosigkeit der eigenen akademischen Kinder, die Enteignung durch Kapitalkonzentration usw.) kommen gegen die Selbstidentifizierung des materiell verarmten Bürgertums mit dem Besitzbürgertum massenhaft nicht auf; denn von dieser Identifizierung lebt das bürgerliche Selbstbewußtsein und vermauert sich so gegen die Erkenntnis von der zunehmenden realen Identität der eigenen Interessen mit den Interessen der traditionell Lohnabhängigen gegen die Herrschaft der Bourgeoisie.

Und der Ausstieg aus diesem Bewußtsein? Der Ausstieg aus dem bürgerlichen Bewußtsein wird kenntlich gerade am Ausstieg aus dieser Selbsttäuschung über die Entbürgerlichung des Bürgertums, die als eine reale Entwicklung der scheinbaren, weil nur die Oberfläche betreffenden Entwicklung der Verbürgerlichung des Proletariats entspricht. Dem bürgerli-

chen Sprößling, der, indem er Sozialist wird, das bürgerliche Bewußtsein übersteigt, bringt dies heute freilich eine nicht geringe Schwierigkeit. In früheren Zeiten fand man, die bürgerliche Klasse verlassend, eine klar identifizierbare Arbeiterklasse samt ihrer organisierten Bewegung vor, mit der man sich nun seinerseits identifizieren konnte. Jener beschriebene doppelte Prozeß hat nun die zur Identifizierung nötigen Abgrenzungen verwischt; nur diejenigen Gruppen, die immer noch romantisch und nostalgisch den Mythos der Arbeiterklasse pflegen, um sich zu deren Avantgarde ernennen zu können, haben das noch nicht gemerkt. Mancherlei Orientierungslosigkeit und Frustration unter bürgerlichen Linken rührt her von dieser heutigen Identifizierungsschwierigkeit und kann nur durch Bewußtmachung dieses Prozesses überwunden werden.

Wichtiger ist der politische Gewinn dieses gesellschaftlichen Verschiebungsprozesses. Nirgendwo hat bisher die Arbeiterklasse allein die Macht ergriffen, wie sie es doch in ihren Liedern erhoffte. Ihre revolutionären Aufbrüche wurden entweder siegreich im Bündnis mit den Bauern oder scheiterten, weil sie allein immer zu schwach war und dies beim Rückgang der Bedeutung der manuellen Arbeit in Zukunft erst recht sein wird. Der soziale Abstieg des Bürgertums und die dadurch entstehende Bündniswilligkeit von Sektoren des Bürgertums mit der Linken sind für die sozialistische Umwälzung von entscheidender Bedeutung. Dafür entsteht heute die reale Voraussetzung im gesellschaftlichen Sein, die von den die sozialistische Entscheidung vollziehenden Bürgern früherer Perioden – Schwalben, die damals noch keinen Frühling ankündigen konnten – im Bewußtsein vorweggenommen wurde.

Auf diesem neuen Hintergrunde haben die Bürgerinitiativen ihre symptomatische Bedeutung, und zwar unabhängig davon, ob sie (was noch nicht auszuschließen ist) eine vorübergehende Erscheinung sind oder (was mir wahrscheinlicher erscheint) zunehmend zu einem die kapitalistische Krise vorantreibenden Faktor werden. *In ihnen geschieht punktuell die Verklammerung der ursprünglichen allgemeinen Zielsetzung der bürgerlichen Gesellschaft mit der Transzendierung der bürgerlichen Gesellschaft;* denn in ihnen wird der Widerspruch zwischen der allgemeinen und der partikularen Zielsetzung des »bürgerlichen Prinzips«, d. h. des Privategoismus, schmerzhaft erfahren; sie sind die Tendenz der Überwindung dieses Widerspruchs.

1. Bürger werden heute zu Menschen, die die Proletarier immer schon waren: zu den Betroffenen und Leidtragenden des »bürgerlichen Prinzips«. Der Fabrikgestank und die Umweltverseuchung erreichen über die Arbeiterwohnungen hinaus auch ihre Wohnviertel. Trotz ihrer Privilegien sind sie mit den anderen ins gleiche Boot der unbewohnbar werdenden Erde geraten.

Goethe Institut e. V. Bibliothek

2. Bürger erkennen dadurch am eigenen Leibe die Bedeutung des Vorranges der universalen vor den partikularen Interessen. Sie sehen, daß sie sich den Nihilismus, der ein kurzsichtiges Privileg ihrer früheren Generationen war, nicht mehr leisten können.
3. Der für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Dualismus zwischen dem Citoyen und dem Bourgeois, zwischen dem Teilnehmer am politischen Leben, und dem unpolitischen Betreiber der Privatgeschäfte, läßt sich nun nicht mehr fortsetzen. Dieser Dualismus entpuppt sich als das, was er ist: die Unterwerfung des allgemeinen Interesses unter das Privatinteresse, die Degradierung des »citoyen zum Diener des egoistischen homme«.[11]
4. Die Bürgerinitiativen werden deshalb, wie die Parteien inzwischen deutlich empfinden, zu Signalen der Krise des parlamentarischen Systems, in dem dieser Dualismus seine politische Organisation gefunden hat. In den Initiativen nehmen Bürger ihre Angelegenheiten selbst in die Hand, statt sie an politische Funktionäre abzutreten, und erkennen die Abhängigkeit ihrer vitalen Interessen von der Erfüllung des allgemeinen Interesses.[12] Die Tendenz ihres Tuns zielt auf bürgernahe und das kann heißen: in irgendeiner Form auf rätedemokratische Strukturen.
5. Im Rückgriff auf die ursprüngliche und allgemeine Zielsetzung des Bürgerlichen werden nun das Bürger-Bewußtsein und die Bürger-Tugend, also das Bewußtsein und die Tugenden des Citoyen gegen die Entpolitisierung des Bourgeois-Bewußtseins reaktiviert. Zum uneingelösten, bisher im Wahlrecht nur formal eingelösten Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft gehörte die Volkssouveränität, die reale Mitbestimmung der Bürger bei den Entscheidungen über das Gemeinwesen. Jetzt wird der Widerspruch zwischen diesem Versprechen und dem hierarchischen System der Klassengesellschaft und ihrer politischen Organisation erkannt, angemeldet und zum Kampfthema.
6. Wenn Bürger zu Citoyens werden, müssen sie kämpferisch werden. Die im Dualismus der bürgerlichen Gesellschaft Entpolitisierten aber sind dazu nicht in der Lage. Der Bürger pflegte der bürgerlichen Rechtsordnung zu vertrauen; das machte ihn friedlich. Jetzt entdeckt er die Klassengebundenheit dieser Rechtsordnung. Er kommt sich vor wie in einem gefahrenreichen Niemandsland, seine Aktivitäten tragen ihm ungewohnte Bedrohungen ein und implizieren Grenzüberschreitungen, Illegalisierungen, Kriminalisierungen. Die Diskussionen in den Bürgerinitiativen über Konfliktstrategien, Gewaltfragen u. ä. spiegeln die neuen psychischen Zumutungen.[13] *Die Beteiligten werden psychologisch in Kampfsituationen eingeübt, die bisher allein der Arbeiterbewegung eigen sind.*
7. Daß Bürger die Ambivalenz der bürgerlichen Rechtsordnung erfahren, hat aufklärende Wirkung. Ihre Klassengebundenheit sehen sie nicht nur an

der politischen Einseitigkeit mancher Gerichtsurteile, sondern auch an der Fixierung des bürgerlichen Rechts auf das egoistische Privatinteresse: So müssen sie sich in grotesker Disproportion der Betriebsinteressen eines anrainenden Bauern, eines Privatbesitzers also, bedienen, um für den Schutz kommender Generationen vor der Plutoniumbedrohung prozessieren zu können. Andererseits zeigen ihnen aber die Möglichkeit und einige Erfolge dieses Prozessierens den Wert der Errungenschaften des bürgerlichen Rechts: die in einigen Fällen *tatsächliche* Gleichheit vor dem Gesetz, die Unabhängigkeit der Richter von obrigkeitlichen Anweisungen, das Prozeßrecht des Bürgers gegen den Staat, die Öffentlichkeit der Verhandlung. Die undialektische Ablehnung von Rechts- und Staatsordnung in toto, als seien sie *nur* Instrumente der Herrschenden und nicht *auch* Waffen gegen die Herrschenden, wie sie in linken Kreisen oft genug unbedacht zu hören ist, wird durch solche Erfahrungen, die den bürgerlichen Hoffnungen entsprechen, aufgehoben: ein nötiges Lehrstück für manche Linke.[14]

8. Theoretisch, praktisch und psychologisch geraten somit auch Bürger auf die schiefe Ebene vom bürgerlichen Bewußtsein zur sozialistischen Erkenntnis: heute aber nicht primär aus moralischer oder ideeller Motivation, wie dies bei den früher zu Sozialisten werdenden Bürgern der Fall war, *sondern nun so, wie der Arbeiter zur Arbeiterbewegung stieß:* in Erkenntnis des Zusammenhangs des eigenen Interesses mit dem Interesse des Ganzen. Es ist ein Prozeß, der sich von Sozialisten befördern, nicht aber erpressen und oktroyieren läßt. Denn Erkenntnisse sind nur tragfähig und machen nur kampffähig, wo sie aus eigenen Erfahrungen entstehen.

Anmerkungen

1 So stellt es aber Carl Friedrich von Weizsäcker im *Merkur*, August 1973, dar. Diese Darstellung ist eine zäh sich haltende, zum Stereotyp gewordene Abwandlung von Max Webers irreführender, weil (ausgerechnet bei diesem großen Soziologen!) von der gesellschaftlichen Relevanz der Moral abstrahierender Entgegensetzung von Gewissensethikern und Verantwortungsethikern. Die bürgerliche Gesellschaft an ihren ursprünglichen Zielsetzungen zu messen ist so wenig und so viel moralisch-utopisch wie die heute die Länder des »real existierenden Sozialismus« beunruhigende Messung ihrer Systeme an der sozialistischen Zielsetzung. Als »ideologisch« kann man, wie bei uns heute üblich, diese Messung abtun, wenn man – schon in den Nihilismus der kapitalistischen Spätperiode eingesogen – auf gesellschaftliche Zielsetzungen überhaupt verzichtet.

2 Der ältere Zeitungsleser hat ein anschauliches Beispiel für diesen geistigen Verfall im Vergleich der einstigen *Frankfurter Zeitung* mit der heutigen *FAZ*, nachdem deren Versuch der Anknüpfung bei der Vorgängerin durch die Ausbootung von Paul Sethe und Jürgen Tern (nicht zufällig) aufgegeben worden ist.

3 Zum Überblick vergleiche den 4. Teil im *Prinzip Hoffnung* von Ernst Bloch und das Fortschritts-Kapitel in meinem Buch *Krummes Holz – Aufrechter Gang*, S. 122-160.

4 Als die Zersetzung des (optimistischen und universalistischen) Rationalismus durch den (nicht immer pessimistischen, immer aber partikularistischen, keine Hoffnung für alle aussprechenden) Irrationalismus, als »Zerstörung der Vernunft« hat Georg Lukács diese Geistesgeschichte beschrieben. Sein Tenor der Anklage läßt vielleicht nicht genug deutlich werden, daß es sich dabei um lauter Versuche handelt, die beiden unvereinbaren Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft zu versöhnen: ihre hierarchischen Produktionsverhältnisse und ihre antihierarchische Legitimation, die letztere so unverzichtbar wie die erstere.

5 Dieter Schellong, *Bürgertum und christliche Religion* (Theologische Existenz heute, Neue Folge, Heft 187), München 1975, S. 72. Schellongs Studie macht diese Entwicklung vom Impetus der legitimierenden Verheißung zur Resignation am Gang der protestantischen Theologie als einem besonders empfindlichen Ausdrucksorgan der bürgerlichen Gesellschaft hervorragend anschaulich.

6 Schellong, a.a.O., S. 9.

7 Schellong, a.a.O., S. 91.

8 Peter Weiß, *Die Ästhetik des Widerstands*. Roman, Frankfurt 1975.

9 Das Argument von der bürgerlichen Gesellschaft als Endgestalt formulierte kürzlich ein Berliner SPD-Senator: die freie Marktwirtschaft sei die zweitbeste Form der Gesellschaft; die beste kenne er nicht.

10 Horst Mahler, »Ausbruch aus einem Mißverständnis«, *Kursbuch* 48, S. 77-98.

11 Vergleiche dazu die heute wieder aktuell werdenden Marxschen Darlegungen »Zur Judenfrage« in: *Die Frühschriften*, hg. von S. Landshut, Stuttgart 1953, S. 181 ff., 198 f.

12 Nur von solchen Bürgerinitiativen ist hier die Rede, nicht von Zusammenschlüssen zur Verteidigung von Privilegien (z. B. von unangetasteten Villenvierteln), die sich mit dem modisch gewordenen Namen schmücken.

13 Die psychologische Contra-Disposition des bürgerlichen Menschen haben Ältere von uns in der illegalen Arbeit der Hitlerzeit erfahren. Für Zumutungen des Kampfes der Bürgerinitiativen ist deshalb aktuell, was der großartige Berliner Gefängnispfarrer Harald Poelchau, ein todesmutiger Helfer für alle Kategorien von Nazi-Verfolgten, dazu in seinen Erinnerungen schreibt (*Die Ordnung der Bedrängten*, Siebenstern-Taschenbuch 45, 1965, S. 81 f.).

14 Vgl. dazu das von Jürgen Seifert (*Kursbuch* 48, S. 51) zitierte Marx/Engels-Wort (MEW 17, S. 416 f.). Im gleichen Sinne schreibt Max Fürst in seinem Erinnerungsbuch *Talisman Scheherezade* (München 1976, S. 329 f.) als Leitlinie des später im KZ umgekommenen linken Rechtsanwalts Hans Litten bei der Verteidigung kommunistischer Arbeiter vor 1933: »Zwar war der Arbeiter seiner Überzeugung nach durch das Klassenrecht von vorneherein benachteiligt, aber zugleich war jeder Arbeiter auch ein Bürger, dessen Rechte in gewissem Umfange geschützt waren. Man mußte in Kenntnis der Gesetze die Richter beim Wort nehmen und sie dadurch zwingen zu tun, was ihnen vorgeschrieben war, nämlich Recht, gleiches Recht für alle zu sprechen.« Dieses Beim-Wort-Nehmen der fortschrittlichen, d. h. aufs Ganze zu ungunsten des Partikularen gerichteten, Intentionen in der bürgerlichen Rechtsordnung bringt heute entschieden bürgerliche Demokraten und Sozialisten in ein Bündnis, das keineswegs nur taktischer Natur ist; es gründet vielmehr in der ursprünglichen universalen Zielsetzung der bürgerlichen Revolution. Eine sehr repräsentative Gestalt dafür war Gustav Heinemann, der in den letzten Monaten seines Lebens den Zusammenschluß der Umwelt-Bürgerinitiativen befördert hat. Vgl. meinen Aufsatz über ihn: »Politik an den Grenzen des Bürgertums«, in: *Evangelische Theologie*, 1977/2, S. 185-197.

Martin Henkel / Rolf Taubert
Was läuft?

Minima historica aus der politischen Werkstatt unserer Vorfahren

Das erste Kapitel

»Eupen, 10. April 1821, 9 Uhr
Einer hochlöblichen Regierung beehre ich mich in aller Eile anzuzeigen, daß, soeben, bei der Gelegenheit wo die Tuchfabrikanten Gebrüder Stollé, eine neue Schermaschine aufsetzen wollten, sich eine Menge Scherer zusammen gerottet und versucht haben, jene Maschine in Stücken zu schlagen; vielleicht bereits auch wirklich zerstört haben.
Die herbeigeeilte Polizei hat es umsonst versucht die Rotte zu zerstreuen; diese hat sich vielmehr durch den Zulauf von einigen Hundert Menschen so vermehrt, daß ein förmlicher Aufstand und Tumult vorhanden sind, die einen gefährlichen Ausgang nehmen könnten.
Sogleich verfüge ich mich in Person nach der Stelle wo die Rotte sich gebildet, und werde die mir zu Gebot stehenden Mittel ergreifen, um die Ruhe wieder herzustellen, und heute Nachmittag über den Erfolg weiter berichten.
Einstweilen bitte eine Hochlöbliche Regierung ich gehorsamst die dortige Gendarmerie auf der Stelle hierher zu beordern, weil hier kein bewaffneter Mann der Art ist und auf die Bürgermiliz im Nothfalle sich nicht zu verlassen wäre, indem viele Bürger an jenem Aufstande selbst Theil nehmen.
(Eigenhändig:) In diesem Augenblick komme ich von dem Hause der Gebrüder Stollé, wo die zusammen gelaufenen Arbeiter die in dem Hofe gestandenen Kisten mit Maschinen gewaltsamer Weise erbrochen und die Maschinen zerstört und solche ins Wasser geworfen haben.
Zwar haben die Rotten sich wieder verlaufen; da sie indessen jetzt in den Wirthshäusern zerstreut sind und starke Getränke zu sich nehmen, steht zu befürchten, daß die Statt gehabten Auftritte sich erneuern werden. Die Bürgermiliz ist aufgeboten und versieht ihren Dienst; nichts desto weniger aber erwarte ich heute noch die erbethene Gendarmerie. von Scheibler, Königlicher Landrath des Kreises Eupen«[1]

Dieser Brief ist der früheste Bericht über eine gegen den Kapitalismus gerichtete Aktion deutscher Arbeiter. Es ist kein Zufall, daß es gerade die Stadt Eupen war, wo sich die Arbeiter zuerst wehrten. Auch in der Zeit, als sie zu Preußen gehörte, war die Stadt nach Westen orientiert. Die Fabrikherren trugen französische oder französisch klingende Namen (Stollé), die Maschine, die zerstört wurde, war aus Paris importiert. Auch die Arbeiter blickten nach Westen: die benachbarte Stadt Verviers in den damals noch vereinigten Niederlanden war schon früher ein Hort des Arbeiteraufruhrs gewesen. Am Tage, der dem Bericht des Landrats folgte, dem 11. April 1821, brachte die (offenbar falsche) Nachricht, 400 Arbeiter aus Verviers befänden sich auf dem Marsch nach Eupen, um den dortigen Arbeitern zu Hilfe zu kommen, diese dazu, ihre Aktionen fortzusetzen. »Einige Tausen-

de« stürmten das Haus des Fabrikanten Fremercy, ein anderer Kapitalist, der sich ihnen in den Weg stellte, wurde überrannt.
Die Firma Stollé beschäftigte etwa 700 Arbeiter und Arbeiterinnen; an der Maschinenzerstörung vom 10. 4. aber sollen beinahe 3000 Menschen teilgenommen haben (möglicherweise übertreibt allerdings der Landrat). Von den Rädelsführern, »unter welchen sich sogar einige Weibspersonen befinden«, wurden am Nachmittag des 10. Aprils bereits sechs festgenommen, die Stollé wiedererkannt zu haben behauptete, fünf Männer und eine Frau. Die Arbeiter, die »in kleinen Gesellschaften« auf der Straße »herumschwebten«, äußerten laut, »sie würden zur Nachtzeit ihre verhafteten Mitschuldigen schon befreien«. Deshalb werden die Gefangenen nach Aachen transportiert. Weitere Festnahmen wären wegen des »Verbrechens der Empörung« berechtigt, aber wegen der Stimmung »nicht rathsam«. Der Landrat requiriert die Grenzpolizisten, Zöllner und Förster als Hilfspolizisten und organisiert eine Nachtwache der Kaufleute, deren jeder von zwei handfesten Leuten begleitet wird, und fordert die Fabrikherren auf, in der Nacht eine Sonderschicht zu fahren.
Die am nächsten Tag verstärkt aufflackernden Unruhen werden durch die aus Aachen eingetroffene bewaffnete Polizei ohne Blutvergießen unterdrückt. Unter starkem Polizeischutz erklärt von Scheibler den Arbeitern,

»daß, wenn sie zu klagen hätten, sie sich nicht selbst Recht verschaffen dürften, sondern sie ihre Beschwerden bei der Regierung oder mir vorbringen müßten, wo dieselben untersucht werden sollten, und falls sie gegründet seyen, ihnen abgeholfen werden würde«.

Zurück bleiben erhobene Fäuste; im übrigen tritt wieder Ruhe ein, und von Scheibler ist froh, daß in seiner Stadt, von deren 9000 Einwohnern ⅔ Fabrikarbeiter sind, nichts Schlimmeres passiert ist.
Dann nimmt sich der Landrat Zeit für einen ausführlichen Bericht an seine Regierung. Er macht sich die Sache nicht leicht, besorgt sich einen französischen Werbeprospekt[2] für die Maschine, eine ›tondeuse hélicoïde transversale‹ der Maschinenbaufirma Magnan in Liège und Paris, und bringt zu Papier:

»Die erste Veranlassung zu dem Aufstande war . . . eine neu erfundene Scheermaschine, die 5000 frcs gekostet und, wie es heißt, die Arbeit von 14 Handscherern liefern soll. Die Arbeiter der Gebrüder Stollé, und andere mit ihnen, befürchten daher, daß, wenn diese Maschine aufgesetzt würde, deren bald noch mehre folgten und sie dadurch bei ohnehin nicht gutem Gange der Tuch- und Casimir-Fabriken außer Brod gesetzt werden würden.«

Einen weiteren Grund für den Ausbruch der Unruhen sieht der Landrat in dem Umstand, daß die Gebr. Stollé ohnehin unbeliebt waren, weil sie geringere Löhne als die übrigen Fabrikanten zahlten und weil sie durch Manipulationen mit den im Grenzgebiet gängigen verschiedenen Währungen die Arbeiter übervorteilten. Und dann folgt eine interessante Formulierung:

»Zu wünschen wäre es, daß, in der hiesigen Gegend und vielleicht auch in anderen Fabrikgegenden, keine Maschine mehr eingeführt würde, wodurch viele Menschen-Hände entbehrlich werden, weil die Population täglich zunimmt und der Absatz der Fabrikate dagegen nicht überall in solchem Verhältnisse steigen kann, daß dadurch alle Hände beschäftigt würden. Indessen kenne ich kein Gesetz, wonach die Einführung irgend einer zu einer erlaubten Fabrike dienende Maschine verboten werden könnte.«

Der Landrat fordert also *Investitionskontrolle*. Schließlich bittet er, mindestens *eine* neue Planstelle für einen Gendarmen in Eupen einzurichten, denn der bisher einzige Gendarm am Ort sei »platterdings nicht im Stande«, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Dieser Bitte aber wollte die Königliche Regierung in Aachen offenbar nicht entsprechen, denn der arme Scheibler muß sie im Laufe der folgenden Monate immer wieder neu vorbringen.

Das geschilderte Ereignis war für die preußische Regierung derartig neu, daß sich allerlei Unsicherheiten in der Behandlung des Falles einstellen. So muß Landrat Scheibler in Aachen anfragen, ob er zulassen könne, daß die Presse über die Ereignisse berichte, ob er selbst einen Bericht schreiben solle und wenn ja, wie: den Tatsachen entsprechend oder verharmlosend?

Die Arbeiter drückte ein anderer Schuh. Zwar konnten sie ihren Plan, ihre »gefänglich eingezogenen« Kollegen schnell zu befreien, nicht ausführen. Aber daß sie sie nicht vergaßen, zeigt ein Brief, den der Landrat am 14. August 1821 nach Aachen schreibt:

»Wenn mitleidige Menschen, in Untersuchung befindlichen oder verurtheilten Verbrechern, zur Erleichterung ihres Schicksals, Unterstützung an Geld oder Lebensmitteln in ihr Gefängniß zufließen lassen; so kann dieses im Allgemeinen nur als eine lobenswerthe Handlung angesehen werden, wo hingegen es aber auch Fälle gibt, in welchen dergleichen Unterstützung nicht nur eine Gutheißung des Verbrechens, sondern auch einen Tadel der Gesetze verrathen, welche den Verbrecher seiner Freiheit berauben. Dieser Fall scheint hier in Eupen zu existieren; indem, wie ich erfahre, den, wegen gewaltsamer Zerstörung der, den Gebr. Stollé zugehorig (sic!) gewesenen, Scheermaschine verhafteten und in dem dortigen (d. h. Aachener) Gefangenenhause befindlichen 17 hiesigen Fabrikarbeitern, von ihren Gewerbsgenossen – und wie es heisst, auch von einigen andern Bürgern – wöchentlich 10 rtr als Unterstützung regelmäßig zugesandt werden.« Zwar sei er zur Zeit nicht dafür, diese Unterstützung zu verbieten, aber es sei doch ein warnendes Zeichen dafür, »daß der Aufstand unter den hiesigen Arbeitern, und die von ihnen verübte gewaltsame Handlung, hier noch Vertheidiger genug findet«

Stimmungsbild: Der Herr Regierungsrat von Goerschen, den die Aachener Regierung nach Eupen geschickt hatte, um den Landrat zu unterstützen, hatte die Stimmung unter den Arbeitern schon lange vorher erkundet. Am 13. April 1821, zwei Tage nach dem Zusammenbruch des Aufstandes, stellt er erstaunt fest:

»Die Fabrikarbeiter fangen überhaupt an, sich freimüthig zu äußern: daß sie es doch eigentlich wären, die den Wohlstand der Fabrikherren größtentheils herbeiführen, keineswegs aber dafür

eine zweckmäßige Behandlung und angemessenen Lohn erhielten – sie glaubten allerdings, auf beides Ansprüche machen zu können.«

Übrigens: Im Jahre 1821 war weit und breit um Eupen selbstverständlich noch kein Kommunist gesehen worden, der in die Eupener Arbeiterklasse ein Klassenbewußtsein hätte hineintragen können.

Kurzer Lehrgang

Was hat nun die Schilderung eines Arbeiteraufruhrs, zumal aus dem 19. Jahrhundert, mit dem aktuellen Thema der Bürgerinitiativen zu tun? Nichts! werden manche unserer kommunistischen Kritiker sagen. Wir dagegen halten es, in diesem einen Punkt, mit dem Landrat von Scheibler, der von den rebellischen Arbeitern damals meinte, was auch für die Bürgerinitiativen von heute gilt: sie wollen »sich *selbst* Recht verschaffen«. Aber das, so hören wir, gehört doch in die Geschichte der Arbeiterbewegung und hat mit Bürgern nichts zu tun. Wer oder was ist das: *die* Geschichte der Arbeiterbewegung? Als ein einheitliches historisches Phänomen hat es die Arbeiterbewegung in Wirklichkeit nie gegeben. Ihre angebliche Einheitlichkeit ist vielmehr ein Produkt der Historiographie, die ihrerseits auf einer angenommenen Entelechie beruht, welche durch das jeweils akzeptierte heutige Zentralkomitee verkörpert wird. Oder: *die* Geschichte der Arbeiterbewegung ist in den meisten Fällen nicht mehr und nicht weniger als eine Projektion der politischen Ansichten des Geschichtsschreibers oder seiner Partei zurück in die Vergangenheit.
Für diese Art der Geschichtsschreibung ist charakteristisch, daß die Arbeiter selber lediglich als Statisten fungieren, und zwar als Statisten auf dem Schachbrett einer durch ihre angeblichen oder tatsächlichen Aktivitäten zu rechtfertigenden Ideologie. Shlomo Na'aman hat in diesem Zusammenhang pointiert behauptet, die Geschichtsschreibung der alten deutschen Sozialdemokratie unterscheide sich von der bürgerlichen in der Hauptsache dadurch, daß »jedem Kapitel . . . einige Angaben über Dampfmaschinen und Pferdekräfte vorangestellt« sind. »Helden – positive und negative – machen dann die Geschichte: der brave Wilhelm Liebknecht und der getreue Bebel gegenüber einem abscheulichen Johann Most und dem verräterischen Bernstein . . .«[3] Und Na'aman fügt mit Recht hinzu, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung so zur »reinen Geistes- und Persönlichkeitengeschichte« verkommt.
»In den Geschichtsbüchern stehen die Namen von Königen«, sagt Brecht. In den kommunistischen und sozialdemokratischen Geschichtsbüchern stehen die Namen von Klassikern, Parteiführern und ZK-Vorsitzenden. Beide Varianten sind Ausdruck einer metaphysischen Konstruktion: der

Konstruktion facettenreicher Geschichte zu einem möglichst widerspruchsfreien Kontinuum. Das jedoch heißt: eine einheitliche Geschichte der Arbeiterbewegung kann es nur für den geben, der sich selbst oder seine Organisation als Höhepunkt und das aufgelöste Rätsel der Geschichte betrachtet.

Wir wollen im folgenden von derlei Konstruktionen absehen und stattdessen Geschichten erzählen, Geschichten aus der Geschichte, Geschichten zu dem, »was lief«, hin und wieder unterbrochen von Überlegungen zu dem, »was (heute) läuft«. Manche dieser Überlegungen werden vielleicht als störend empfunden oder für einen verlegenen Umweg gehalten. Das ist der Preis dafür, daß wir der kürzesten Verbindung zwischen zwei Punkten mißtrauen. Wir haben uns bemüht, unsere Quellen möglichst unparteiisch auszuwerten, denn wir sind der Ansicht, daß Parteinahme ein Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung und nicht ihr methodisches Prinzip sein sollte. Die Auswahl der benutzten Quellen ist freilich kein Zufall: Wir haben einigermaßen sinnfällige Berichte ausgewählt.[4] Diese Berichte beziehen sich auf Ereignisse, die in der herkömmlichen Geschichtsschreibung entweder unter den Tisch fallen oder, ganz im Sinne der in Ost oder West herrschenden Ideen, verfälschend ausgewertet werden.

Vorgriff: Eine Übereinstimmung in der Struktur zwischen den heutigen Bürgerinitiativen und den Aktionen der Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts besteht in der Tatsache, daß gewisse politische Gruppen sich den Bürgerinitiativen von heute gegenüber ähnlich verhalten, wie gewisse Historiker der Arbeiterbewegung sich gegenüber den Aktionen der (frühen) Arbeiter verhalten haben. Dieses Verhalten kennt verschiedene Methoden:

1. Die politische Praxis – hier der Bürger, dort der Arbeiter – wird totgeschwiegen oder in ihrer Bedeutung heruntergespielt.
2. Die politische Praxis wird denunziert: sie geschehe »objektiv« im Interesse des politischen Gegners, der herrschenden Klasse usw.
3. Die politische Praxis wird als rückständig beargwöhnt: sie sei noch nicht up to date, noch nicht auf der Höhe der »objektiven« Möglichkeiten.
4. Der politischen Praxis – hier der Bürger, dort der Arbeiter – werden nachträglich die eigenen, die Ansichten der Geschichtsschreiber bzw. die der politischen Organisation unterschoben.

Autoriduzione oder Reform mit Gewalt

Was wird über die Revolution von 1848 gesagt? In den bürgerlichen Geschichtsbüchern ist darüber zu lesen: sie wollte die deutsche Einheit und den Parlamentarismus. In der parteikommunistischen Geschichtsschrei-

bung dagegen heißt es: die Arbeiter hatten die Mission, erst der Bourgeoisie die Demokratie zu erkämpfen, um dann, nach einer gewissen Zeit, der Bourgeoisie selber den Garaus zu machen.
Zwischenbemerkung: An dieser, vor allem von Marx vertretenen Politik haben, mit Ausnahme der von Marx direkt beeinflußten Kölner, so gut wie keine Arbeiter teilgenommen. Was aber bedeutete dann für die Arbeiter »Revolution«?

Beispiele: Solingen, Remscheid, Elberfeld
Die Metallarbeiter in und um Solingen[5] wurden sowohl durch die neue maschinelle Produktion von Messern und Scheren als auch durch das System des Warenzahlens (Truck) ins Elend gebracht. Es hatte bereits vorher Verhandlungen über die Einstellung des Warenzahlens gegeben, und auch einige Kapitalisten und staatliche Stellen hatten sich für seine Abschaffung eingesetzt. Bisher aber waren alle Verhandlungen ohne Erfolg geblieben.
Im März 1848 erfuhren die Solinger Arbeiter von der Revolution in Frankreich, Köln und anderen deutschen Städten. Der Chronist hielt fest:

»Eines Tages (am 16. März 1848) hielten die arbeitslosen Scheerenschmiede, Schleifer, Feiler, Nagler etc. auf dem damaligen Schützenfelde, südlich von der Stadt, eine Volksversammlung ab. Es wurden viele Reden gehalten, wodurch die Gemüter erhitzt wurden. Dann zog man zur Gießerei am Werwolf, ganz in der Nähe gelegen. Der Volkshaufen vermehrte sich durch viele Neugierige und junge Burschen. Kaum war man zur Fabrik gekommen, als die jungen Burschen mit Steinwürfen die Dachpfannen zerstörten und die Fenster einwarfen. Dann drang Jung und Alt in die Fabrik hinein, holten in Körben die fertigen und halbfertigen Waren heraus und machten dieselben mit Eisenstangen und Kolben in kurzer Zeit unbrauchbar. Nachdem das Zerstörungswerk im Innern der Fabrik vollendet, brachte man den großen Schornstein durch Einkerben am unteren Ende zu Fall.
Das ganze Werk der Verwüstung war in kaum zwei Stunden vollendet. Gegen die wütende Volksmenge war die Polizei ohnmächtig. Der Schützenverein wurde durch Alarmsignale versammelt, zog sich aber zurück, als die Massen des Volkes, bewaffnet mit allen möglichen Gegenständen aus der zerstörten Fabrik, eine drohende Haltung gegen ihn einnahmen. Die Menge zog nun zu der Gießerei am Platzhof, eine halbe Stunde südwestlich von Solingen gelegen. Hier und in einer Gießerei zu Vorspel, dicht bei Solingen, verfuhr man in der gleichen Weise. In der großen Fabrik zu Burg hatte man sich vorgesehen und war bereit, ernstlichen Widerstand zu leisten; auch einige Gendarmen hatten sich eingefunden. Aber in kurzer Zeit war mit den mitgebrachten Eisenstangen das Haupttor eingeschlagen, und nun wälzten sich die Massen in den Hof und in die Fabrik, alles zerstörend, was ihnen im Wege war; das andere wurde herausgeschafft und zerstört, vieles auch gestohlen und in Körben fortgeschafft. Der Kutschwagen des Fabrikdirektors wurde voll Scheeren gepackt und in den großen Teich gefahren . . . Nachdem das Volk fast alles zerstört hatte, versuchte man, die Fabrik anzuzünden; doch kam der Brand nicht recht zum Ausbruch. Als man das bemerkte, schob man zwischen die Wasserräder Stangen und Balken und öffnete das große Schott. Die große Gewalt des Wassers zerstörte die Räder . . . Nachdem die Zerstörung der Fabrik in Burg erfolgt war, kehrten die Teilnehmer an dem Zerstörungswerk am nächsten Morgen früh nach Solingen zurück. An langen Stangen trugen sie aufgeschnittene Strohsäcke als Fahnen. Sie hatten fleißig

gearbeitet, denn in einem halben Tag und einer halben Nacht waren vier verhaßte große Gießereien vollständig zerstört.
Der Aufruhr hatte bei den Warenzahlern geradezu Wunder gewirkt. Am anderen Morgen nämlich hatten die meisten derselben große Schilder über ihren Thüren angebracht, worauf stand: ›Es wird nicht mehr in Waren bezahlt!‹ Sie hatten Lunte gerochen, denn schon damals munkelte man davon, diesen Leuten auch das Handwerk zu legen.«[6]

Der Erfolg der Solinger Arbeiter sprach sich herum. Und so brechen auch im benachbarten Remscheid Anfang April unter den Feilenhauern ›Unruhen‹ aus. Auf Demonstrationen fordern sie Lohnerhöhungen und Senkung der Preise der Grundnahrungsmittel. Der Bürgermeister findet die Forderungen zwar ›nicht unbillig‹, sieht aber keine Veranlassung, etwa selbst zu vermitteln. So ergreifen die Feilenhauer die Initiative und beginnen am 5. April, eigenmächtig die Preise der Waren auf dem Markt herunterzusetzen. Militär wird eingesetzt und zerstreut die Arbeiter. Am 8. April versammeln sie sich vor der Stadt und drohen, in die Stadt einzumarschieren. Der Landrat, mehrere Kaufleute und der Bürgermeister gehen den anrükkenden Arbeitern entgegen und verhandeln. Ergebnis: es wird ein freiwilliger Verein zur Unterstützung wenigstens der Arbeitslosen gegründet. Die Angst der Kapitalisten macht ihr Geld locker: bereits nach wenigen Tagen ist die ungeheure Summe von 9033 Talern in die Kasse eingezahlt. Die Unterstützungskasse hat die Revolutionszeit überstanden: 1850 wird aus dem freiwilligen Verein eine Hilfskasse zur gegenseitigen Unterstützung; diese Hilfskasse ist eine der frühesten funktionierenden Arbeitslosenversicherungen.
Schließlich versuchen auch die Arbeiter im wenige Kilometer entfernten Elberfeld, die demokratische Revolution zu einer Verbesserung ihrer sozialen Lage zu mißbrauchen.
Der führende Elberfelder Kapitalist von der Heydt war am 3. März 1848 zufällig Zeuge des Arbeiteraufstandes in Köln geworden. Zurückgekehrt, geht er sofort an die Organisierung eines ›Bollwerks gegen das Proletariat‹: er veranlaßt die Verstärkung der Bürgerwehr und setzt sich für eine gewisse Milderung der Ausbeutung der Arbeiter ein. Offenbar zu spät: am 18. 3. ziehen Arbeiter nach einer Kundgebung zu der Fabrik des Unternehmers v. d. Beeck, zerstören sie und werfen die Fensterscheiben des Rathauses zu Bruch. Militär zerschlägt den Aufstand blutig. Der Oberprokurator erläßt für Elberfeld verschärfte Strafbestimmungen, die sehr modern wirken: das Mitführen von Waffen wie z. B. Steinen wird mit Zuchthaus geahndet.
Nunmehr gehen die Arbeiter zur Selbsthilfe über: an den Markttagen nehmen sie den Händlern die Waren weg und verkaufen sie zum Unterpreis oder zu einem Preis, bei dem der Händler keine Profite macht. Der alte Vorwurf ›Arbeiter stehlen‹ kann darum diesmal nicht erhoben werden, denn sie haben lediglich zu einem Mittel gegriffen, das man in Italien

autoriduzione nennt.[7] Am 12. April findet die spektakulärste dieser Aktionen statt, an der sich mehr als hundert Leute beteiligen.[7a]
Drei Tage später kommt Friedrich Engels in seine Heimat Barmen, wo es ähnliche Arbeiteraktionen gegeben hat. Engels ist in den folgenden Wochen täglich in Elberfeld oder in einer der umliegenden Städte, um Aktien der *Neuen Rheinischen Zeitung* zu verkaufen. Von den Aktionen muß er erfahren haben, denn sie sind in den Kreisen, in denen er verkehrt, *das* Gesprächsthema. Sein Kommentar in einem Brief an Marx: »Die Arbeiter fangen an, sich etwas zu regen. Sie haben sofort Koalitionen gemacht. Das aber ist *uns* gerade im Wege.«[8]

Unabhängig – Überparteilich

»Springerpreß
Halt die Freß
Bald wirst du zerschlagen vom SDS«
Historisches Volkslied demokratischen Charakters aus dem Jahre 1968.

Ein Typus von (Stadt-)Zeitungen , der mit dem *Kölner Volksblatt* seinen Anfang nahm, hat sich mittlerweile über die ganze Bundesrepublik verbreitet. In Wuppertal z. B. hat die Zeitung den nahezu genialen Namen *Wat löppt?*, in Erlangen heißt ihr Pendant *Was lefft?* Diese Zeitungen wollen informieren, nicht missionieren oder belehren. Sie sind, darauf deutet der (allerdings nur im Titel) erscheinende Dialekt hin, zwar ortsgebunden, (orts-)borniert aber sind sie darum keineswegs.
Über keine Zeitung aus dem 19. Jahrhundert ist mehr Kluges und Dummes geschrieben worden als über die von Marx und Engels redigierte *Neue Rheinische Zeitung* (NRhZ). Meist haben sich Leninisten mit ihr beschäftigt, und seinen Jüngern hat Lenin, der wahrscheinlich nie ein Exemplar der NRhZ in der Hand gehabt hat, Blindheit verordnet. Denn: Lenin zufolge war die NRhZ »das beste, unübertroffene Organ des revolutionären Proletariats«.[9] Diese Formulierung läßt im übrigen mehrere Auslegungen zu: genitivus subjectivus oder genitivus objectivus? Ist das Proletariat in seiner Gesamtheit revolutionär oder gibt es ein revolutionäres und ein anderes Proletariat? Aber wie dem auch sei, jede dieser Auslegungen führt in die Irre. Denn der Untertitel der NRhZ lautete »Organ der Demokratie«; mit »Demokratie« aber war damals eine bestimmte Fraktion der antifeudalistischen Opposition gemeint, zu welcher, nach Marxens Theorie, die Kommunisten lediglich *übergangsweise* gehören sollten. Das heißt: Marx hätte sich gegen Lenins Unterstellung heftig gewehrt. Aus gutem Grund. Wenn wir uns nämlich die NRhZ genauer betrachten, so stellen wir erstaunt fest, daß die deutschen Arbeiter in ihren Spalten so gut wie überhaupt nicht vorkommen. Die NRhZ bestand im wesentlichen vielmehr aus Berichten

und geistvollen Kommentaren über die Parlamente in Berlin und Frankfurt, obwohl, wie Engels später schrieb, sich um diese Parlamente »kein Mensch kümmerte«[10]. Arbeiter, die die NRhZ mit ihren intellektuellen Anspielungen, fremdsprachigen Zitaten und komplizierten Sätzen ohnehin nicht hätten lesen können, erschienen lediglich als Adresse häufiger Aufrufe, sich keinesfalls zu isolierten Aufständen provozieren zu lassen. Für diese Aufrufe hat sich Marx dann auch mehrfach das Lob des preußischen Stadtkommandanten Oberst Engels eingehandelt.[11] Trotz dieses Beifalls von der falschen Seite hat Marx mit seinen Warnungen freilich recht gehabt.

Summa summarum war die NRhZ ein Blatt von progressiven Intellektuellen für gebildete und aufgeklärte Bürger, im besten Sinne des Wortes radikal oppositionell, aber gerade in ihrer Kritik an den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft ein Vorbild und Musterbeispiel für *bürgerliche* Öffentlichkeit.

Nahezu unbekannt blieb dagegen ein anderes, zur gleichen Zeit erscheinendes Blatt: die erst von Mathilde Franziska Anneke, später von Fritz Anneke redigierte *Neue Kölnische Zeitung* (NKZ).[12] In ihrem Editorial betont die NKZ, daß ihr Ziel mit dem der *Neuen Rheinischen Zeitung* identisch sei, nämlich »Vernichtung der Herrschaft des Geldsacks und *gründliche* Verbesserung der *ganzen* Lebenslage des arbeitenden Volkes«.[13] Anders als die NRhZ war die NKZ aber tatsächlich ein »Kölner Volksblatt« (s. o.).

In einer ständigen Rubrik, dem »Register der Verhaftungen, Untersuchungen und Verfolgungen«, wurde über Berufsverbote, Polizeieinsätze, Zensurmaßnahmen u. a. informiert. Die Leser wurden aufgefordert, jeden Akt der Ungerechtigkeit und Repression öffentlich in der Zeitung anzuprangern. Besonders Soldaten sind dieser Aufforderung nachgekommen. Jeder wahre Bericht, der mit vollem Namen des Absenders einging, wurde (namenlos) veröffentlicht. Fremdwörter wurden in Klammern übersetzt. Und wann immer es möglich war, berichtete die *Neue Kölnische Zeitung* über fortschrittliche Initiativen, nicht zuletzt über Ideen und Aktionen zur Frauenemanzipation.

Sicherlich: ein Niveauvergleich fiele klar zugunsten der NRhZ aus, aber wer wissen will, *was* 1848/49 *lief*, erfährt viel mehr aus der kleinen, scheinbar unbedeutenden NKZ.[14]

Die Arbeiter selber aber hatten zunächst andere Probleme als die Herausgabe von Zeitungen. »Was geht uns die Preßfreiheit an. Freßfreiheit ist es, was wir verlangen!« riefen sie zum Entsetzen der bürgerlichen Liberalen auf einem demokratischen teach-in am 6. März 1848 in Elberfeld aus.[15]

Wo sie endlich doch versuchen, mit dem Mittel der bürgerlichen Pressefreiheit auch *ihre* Interessen zu vertreten, da sieht die Berichterstattung ganz anders aus als das abgehobene politische Räsonnement in der bürgerlichen Presse – einschließlich der *Neuen Rheinischen Zeitung*. Man kann das am

deutlichsten an der Stelle erkennen, wo in die NRhZ mehr oder weniger zufällig einmal ein Stück Arbeiteröffentlichkeit eingegangen ist.

»Lennep, 25. Jan. Unsere Wahlen für die 2. Kammer lieferten meistens unbekannte Namen als Wahlmänner – Arbeiter im Gegensatz zur durchgefallenen Bourgeoisie des Städtchens, die mit der Zeit wohl andere Seiten aufziehen wird, wenn ihr die Arbeiter nicht gänzlich entfremdet werden sollen. Das hier bei den Fabrikanten übliche vertrauliche ›DU‹ gegen ihre Arbeiter thut's nicht mehr. Gebt bessere Löhne, ihr Herren. Und noch eins! Aus der Spinnerei ›Blasberg und Keller‹ hier ist ein Arbeiter Wahlmann geworden, dem Herr Keller bei seiner Rückkehr gesagt haben soll, er werde dem ›Vogel nächsten Samstag schon ein Federchen ausziehen‹. Ist diese Äußerung gefallen, Herr Keller? Oui ou non? Soll das heißen, Sie wollen den Mann aus dem Verdienst setzen, weil er Wahlmann geworden? Oui ou non?«[16]

Dieser Bericht, der, wie wir vermuten, einen Auszug aus dem *Arbeiterblatt* des Lenneper Arbeitervereins[17] verarbeitet, steht in der *Neuen Rheinischen Zeitung* in einer langen Reihe von Erfolgsmeldungen der *Demokratie* bei den *Wahlen* und hebt sich von allen anderen Berichten dadurch ab, daß er Bruchstücke aus der Erfahrungswelt der Arbeiter einfließen läßt. Der Berichterstatter ist plötzlich ein Streikleiter (»Gebt bessere Löhne, ihr Herren!«), und dann wird die Szene zum Tribunal: der Arbeiterkorrespondent als Untersuchungsrichter, die in der Rheinprovinz seit Napoleon gültige französische Strafprozeßordnung (code d'instruction criminelle) in Händen, fragt: »Bekennen Sie sich schuldig? Oui ou non?« Und noch etwas unterscheidet den Lenneper Bericht von den in der NRhZ sonst üblichen: während die Arbeiter und die fortschrittliche Bourgeoisie für die NRhZ durchweg in der Fraktion »Demokratie« vereinigt sind, verlaufen die Fronten in Lennep ganz anders: auf der einen Seite die Arbeiter – auf der anderen Seite die durchgefallene Bourgeoisie. Wichtig ist dabei, daß dieser klare Gegensatz durchaus reformistisch verstanden wurde: wenn die Bourgeoisie nur bereit war, höhere Löhne zu zahlen, ist es möglich, daß die Arbeiter ihnen nicht entfremdet werden.

Neue Heimat

Im Ruhrgebiet arbeiten seit einigen Jahren Bürgerinitiativen, die sich für die Erhaltung abrißbedrohter Werkssiedlungen einsetzen. Über diese Bürgerinitiativen ist im vergangenen Jahr ein Buch[18] erschienen. Es trägt den Titel *Arbeiterinitiativen:* das Lay-Out ist, da es den Lesegewohnheiten der Arbeiter entgegenkommen soll, der *Bild-Zeitung* nachempfunden. Die Herausgeber nennen sich in einer Mischung aus Bescheidenheit und Arroganz »Sekretäre des Volkes«[19], deren Aufgabe darin bestanden hat, Äußerungen von Arbeitern zusammenzutragen, die an diesen Bürgerinitiativen beteiligt sind. Dieses Buch, ein Beispiel für andere, ist aggressiv bemüht, den Antagonismus zwischen Arbeitern und Bürgern selbst dort noch

aufrechtzuerhalten, wo Arbeiter und Bürger mit gemeinsamen Zielen zusammenarbeiten. Wie geht das vor sich und was passiert dabei?
Wer *die* Arbeiter von jenen Bürgern absetzt, die in Bürgerinitiativen engagiert auftreten, gerät, der marxistischen Absicht zum Trotz, unweigerlich in den Sog der bürgerlichen Schichtensoziologie. Die Methode ist, daß er alles, was die bürgerliche Soziologie unter Begriffen wie ›restringiert‹ und ›defizient‹ (ab-)wertet, kurzerhand zu positiven Werten macht, in proletarische Tugenden umdefiniert. Im besagten Buch z. B. brauchen die Arbeiter der ›Arbeiterinitiativen‹ keine Abstimmungen durchzuführen, denn die bürgerliche Sucht, sich durch die Artikulation abweichender Ansichten zu profilieren, ist ihnen fremd.[20] »Die Eltern- und Kinderzimmer sind gleich groß.« Daraus folgt: »Kinder wie Eltern haben die gleichen Rechte«. Wenn dann noch die Erziehungseinflüsse der proletarischen Nachbarn in der Siedlung hinzukommen, scheint garantiert, daß aus den Arbeiterkindern tolerante, aufgeschlossene und mit sozialer Phantasie begabte Menschen werden.[21] Und wenn die Arbeiter versuchen, aus den zweifelsfrei nicht im Sinne ihrer Bedürfnisse und Interessen gebauten Häusern etwas einigermaßen Lebenswertes zu machen, dann wird in besagtem Buch daraus die Schlagzeile: »Die Arbeiter machen ihre eigene Architektur.«[22] Und auch sonst kamen »buchstäblich alle fortschrittlichen Vorschläge« von . . .? Richtig! »Von-den-Arbeitern.«[23]
Kurzum: der Leser soll den Eindruck bekommen, als sei der Flöz Dickebank in Gelsenkirchen-Ückendorf nicht eine Wohnsiedlung, die gegenüber moderneren Formen des Wohnungsbaus weniger steril und weniger entfremdend ist, sondern das vorweggenommene kommunistische Leben in Eintracht und Humanität.
Diese Verklärung entspricht aber nicht der Wirklichkeit, sondern den Illusionen der intellektuellen ›Berater‹ der Initiativen, die im Proletariat ein heimeliges Zuhause suchen: eine neue Heimat.
In Wahrheit sind die sogenannten Arbeiterinitiativen Bürgerinitiativen von Arbeitern. Das ist kein Widerspruch!

Bürgerliches Trauerspiel

Die Frankfurter Kommunalpolitikerin Frolinde Balser will offenbar beweisen, daß die Arbeiter schon immer auf dem Boden des »Godesberger Programms« gestanden haben. Diesem Beweis zuliebe bemüht sie unter anderem das Argument, die Mitglieder der ersten nationalen deutschen Arbeiterorganisation, der ›Arbeiterverbrüderung‹, hätten sich, in Absetzung zur kommunistischen Bezeichnung ›Proletarier‹, mit ›Bürger‹ angeredet.[24] Frau Balsers Argument ist aber vor allem deshalb wenig bestechend,

weil die Kommunisten selbst sich damals mit ›Bürger Marx‹ usw. angeredet haben.

Die Anrede ›Bürger‹ ist eine französische Importware.[25] Der *citoyen* ist der Bürger im Unterschied, ja im Gegensatz zum Adel. Im Sinne dieses Gegensatzes hat Hegel zum ersten Mal von der ›bürgerlichen Gesellschaft‹ gesprochen, worauf sich Marx bekanntlich beruft.[26] Auch wir reden heute gern von der bürgerlichen Gesellschaft, von den bürgerlichen Parteien (alte Sozialdemokraten reden noch heute von den ›bürgerlichen‹ Parteien, wenn sie CDU und FDP meinen), vom bürgerlichen Staat – und wir meinen damit den Bourgeois-Staat, den Staat des Kapitals. Es ist zwar richtig: der *citoyen* ist nicht zu haben ohne den *bourgeois,* denn erst das Bedürfnis des Kapitals nach freien Arbeitern schafft die Notwendigkeit, allen Menschen die Rechte des *citoyen* zu geben. Aber eben darum ist der *citoyen* nicht allein in Pacht des *bourgeois,* sondern auch die Arbeiter sind in einem bürgerlichen Staate *citoyen;* daß die Bourgeoisie die Macht hat, ändert daran gar nichts. Sollten wir aber darum mit dem Ehren- bzw. Schimpfnamen »bürgerlich« nicht etwas differenzierter umgehen?

Die Bourgeoisie war niemals revolutionär. Die bürgerlich-kapitalistische Revolution war zwar im Sinne der Bourgeoisie, aber sie wurde von den *citoyens* gemacht. Marx' Interpretationen der Revolution von 1848, wonach die zunächst revolutionäre Bourgeoisie aus Feigheit oder Opportunismus die Demokratie und damit das Proletariat verraten hat, beruhen auf einem Irrtum, den Marx erst 1850 eingesehen hat. Die liberalen Kapitalisten, deren Interessen Marx als antagonistisch zum preußischen Königtum ansah, hatten längst beschlossen, mit diesem gemeinsame Sache gegen die *citoyens* zu machen.

Und heute? In demokratischen Staaten gibt es institutionelle Möglichkeiten für den *citoyen,* seine Interessen gegenüber dem mächtigeren ›capitalistate‹ wenigstens teilweise durchzusetzen: als radikale Opposition, als Presse, als *ombudsman.* Bürgerinitiativen als Massenbewegungen beweisen nun, daß die institutionelle Kontrolle der Macht schon wieder so wenig möglich ist wie zur Zeit des Gottesgnadentums.

Klassensprecher

Die Daseinsweise der deutschen Linken besteht darin, die Wirklichkeit nach ihrem Gedanken zu formen. Das heißt: die Linke ist eine pädagogische Veranstaltung. Jeder Linke ist ein Lehrer, oder richtiger, ein Nachhilfelehrer, denn außer den verstocktesten Dogmatikern unter ihnen wissen sie alle, daß der eigentliche Lehrer der Klassenkampf ist – aber offensichtlich ist der eigentliche Lehrer pädagogisch unfähig, und der Schüler braucht gegen-

wärtig Nachhilfeunterricht. Wenn nun die intellektuellen Linken mit einer Praxis in Berührung kommen, die solchen Aktivitäten ähnelt, welche das Proletariat (im Kopf der Linken) eigentlich unternehmen müßte, dann entstehen jene merkwürdigen Szenen, die wir aus den Parteizeitungen, aus Anti-Atom-Camps und aus Vorbereitungssitzungen für Demonstrationen kennen.

Da ruft die DKP der Bürgerinitiative zu: »Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug!« (vgl. Marx, Brief an Ruge aus den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern*, MEW 1, S. 345). Die KPD schwört: »Hier ist die Wahrheit, knie nieder!« (a.a.O.). Der KB dagegen herrscht die Bürgerinitiativen nicht an, sondern gründet, in der nächsten Universitätsstadt, selber zwei, überstimmt bei der folgenden Delegiertenkonferenz »demokratisch« die ursprüngliche BI und verteidigt sich im *Arbeiterkampf* gegen die »Vögel« aus der ML-Szene und ihren »Schnack«: »Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft« (a.a.O.). Und in der Zeitung *links* findet sich ein langer Artikel eines Professors einer neugegründeten Gesamthochschule, der mit den Worten schließt: ». . . und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen *muß*, wenn sie auch nicht will« (a.a.O.).

Dies ist in der Tat ein Dilemma der Linken: daß die Bürgerinitiativen sich das Bewußtsein, welches sie sich aneignen *sollen*, nicht aneignen *wollen*.

Für die Leninisten muß das Dilemma am schrecklichsten sein, denn der Leninismus beißt sich hier in den eigenen Schwanz: Dieselben Leute, die einerseits predigen, daß dem Proletariat das politische Bewußtsein von außen, von den leninistischen Kadern beigebracht werden müsse, bemühen sich nun andererseits, in die Bürgerinitiativen den proletarischen Standpunkt hineinzutragen. Ein schier unlösbares Problem, welches zur Frage führt: Wird man als Kommunist in einer Bürgerinitiative nicht schizophren?

Die deutschen Arbeiter vor und während der Revolution von 1848, soviel ist richtig, waren unpolitisch. Hat Lenin darum recht?

In England waren die Arbeiter dagegen gezwungen, schon sehr früh politisch Stellung zu beziehen. Die Fragen von Schutzzoll und Freihandel, das Für und Wider zum Korngesetz hatten unmittelbare Folgen für ihre soziale Lage. In Deutschland hat es solche Auseinandersetzungen öffentlich nie gegeben. Politik war den Arbeitern fremd, weil sie für sie überflüssig war. Die Wahrheit ist paradox: *die radikalen deutschen Arbeiter waren keine Linken, und die linken Arbeiter waren nicht radikal.*

Als Marx und Engels 1848 nach Deutschland kommen, haben sie, obwohl sie über ein internationales kommunistisches Korrespondenzbüro und neuerdings auch über den ›Bund der Kommunisten‹ verfügen, offenbar nur sehr wenig Informationen über die deutschen Arbeiter. Sie gehen davon aus, daß das Bewußtsein der Arbeiter von ihrer sozialen Lage ebenso

unentwickelt sei, wie der deutsche Kapitalismus noch unterentwickelt ist, und daß folglich die Arbeiter in der bevorstehenden Revolution gemäßigt demokratisch, kleinbürgerlich auftreten werden. Das *Kommunistische Manifest:*

»In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebensoviele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.«[27]

Selten ist ein Parteiprogramm mehr an der Wirklichkeit vorbeigegangen als das *Kommunistische Manifest*. Die *wirklichen* Arbeiter waren sich nur zu sehr der Tatsache bewußt, daß sie von den Fabrikherren und Verlegern ausgebeutet werden, und sie hatten keine Zeit, erst der Bourgeoisie zur Herrschaft zu verhelfen, um dann später etwas gegen ihren Hunger zu tun. Und ob in Berlin oder sonstwo ein König oder eine bürgerlich-demokratische Regierung im Sattel saß, das war ihnen zunächst einmal gleichgültig, denn an ihrer Lage änderte das nichts.

Am Beispiel Köln läßt sich zeigen, was passieren konnte, wenn Kommunisten und Arbeiter zusammentrafen. Köln hatte nicht nur den größten Arbeiterverein (bei 70 000 Einwohnern 7000 Mitglieder), sondern Köln war auch die Hochburg der deutschen linken Intelligenz. Fabrikarbeiter gab es kaum. Aber daß Maschinen Arbeitslosigkeit, Hetze und Lohnsenkungen mit sich bringen, wußten auch die Hafen- und Rheinarbeiter, die Landarbeiter und Handwerksgesellen. Der Feldzug Schappers, eines Mitarbeiters von Marx, *für* die Maschinen überzeugte daher nur einen kleinen Teil der Mitglieder des Vereins. Daß Marx für die Wahl bürgerlicher Demokraten ins Parlament eintrat und eine eigene Arbeiterliste bekämpfte, führte zur Spaltung des Kölner Arbeitervereins, und daß jedesmal, wenn die Situation in Köln sich zuspitzte und die Leute auf den Straßen Barrikaden bauen wollten, Marx sie wieder zurückpfiff, ist ein weiterer, bereits erwähnter Widerspruch.[28] Etwas überspitzt läßt sich darum sagen: Der Kommunismus war einerseits der radikalste Flügel der bürgerlichen Demokratie, aber andererseits ein Instrument zur Bändigung rebellierender Arbeiter: die Partei der Ordnung.

Am Beispiel des *programme commun* in Frankreich und des *compromesso storico* in Italien scheint die Marxsche Taktik von 1848 heute wieder aktuell zu werden. Wer sie aktualisiert, sollte allerdings nicht verschweigen, daß diese Taktik vollkommen gescheitert ist.[29]

Repetitorium: Die Borniertheit mancher linker Organisation den Bürgerinitiativen gegenüber hat ihr Gegenstück in der Borniertheit mancher linker Historiker gegenüber dem, *was lief.*
Wirklichkeit: Als die Firma Hennig und Völker in Ronneburg 1841 die ersten vier mechanischen Webstühle aufstellen will (als also in Sachsen eine Phase der Industrialisierung beginnt, die im äußersten Westen, in Eupen, mit der Einführung der zweiten Generation von Spinnmaschinen schon 20 Jahre vorher beendet war), da versammeln sich die Weber, die sich noch als Handwerker verstehen, in ihrem Innungslokal. Die Innung faßt einen Beschluß gegen die Einführung der verhaßten Maschinen und schickt ihn als Petition an die Landesregierung. Gleichzeitig fordert die Innung von der Stadt Ronneburg ein einstweiliges Verbot der Betriebserlaubnis für die neuen Webstühle. Die Innung der Zeugmacher unterstützt die Weber, und die Stadtverwaltung will der Forderung unter der Bedingung nachkommen, daß im benachbarten Gera ebenso verfahren wird. Als aber die Fabrikanten um Polizeischutz bitten, weil sie Gewaltaktionen befürchten, wird für die Innungen der Zeugmacher, Leineweber und Tuchweber ein Versammlungsverbot erlassen. Ungeachtet dieses Verbots versammeln sich die drei Innungen am 26. März 1841 zu einer gemeinsamen Sitzung und beschließen, die Maschinen zu zerstören. Dann rüsten sie sich mit Hämmern und Äxten aus, ziehen zur Fabrik, zerstören die Maschinen und kehren ins Versammlungslokal zurück. Ihr Lied:

»Seht ihr die alte Hütte an jenem Hügel stehn?
Da drinnen gibt's Maschinen, die sich von selber drehn.
Die wollen wir nicht haben!«

Was ist das Neue an diesem Ereignis? Das völlig Neue ist, daß zwar verelendete, aber doch biedere Handwerksmeister und Gesellen Gewalt ausüben, Gewalt gegen Sachen, wie wir heute sagen. Diese Gewalt-Tat aber ging auf einen formellen Beschluß der seit alter Zeit für die Regelung von Kooperation und Konkurrenz zuständigen Handwerksinnungen zurück. Das Neue drückt also etwas Altes aus.
Ideologie: Wenn aber z. B. die DDR-Historiker Puchta und Wolfgramm die Arbeiterbewegung in Sachsen vor 1848 untersuchen[30], dann anscheinend nicht, weil sie wissen wollen, wie die wirkliche Bewegung verlaufen ist, sondern um Lenins Wort aus *Was tun?* zu beweisen, nach welchem das »spontane Element« nichts anderes darstellt als die »Keimform der Bewußtheit«.[31] Dabei kommen dann so unfreiwillig komische Sätze wie diese heraus:

»Man(!) wird einen Maschinensturm(!) im allgemeinen(!) nur(!) als eine spontane Widerstandsaktion des(!) Proletariats auffassen können, die keineswegs(!) im Sinne des historischen

Fortschritts liegt(!?). Dennoch zeichnen sich auch in der Erhebung der Ronneburger Weber deutlich innerhalb der spontanen(!) Elemente(!) folgende Keimformen(!) der Bewußtheit ab:
1. Der geordnete Marsch der Gesellen zum Maschinensturm,
2. die Dokumentierung gemeinsamer Ansichten und Bestrebungen in dem Lied der Gesellen . . .,
3. das ständige Anschwellen der Protestbewegung und die daraus erwachsende Einsicht in die Notwendigkeit kollektiver Aktionen . . .«[32]

Die Dummheit der Argumentation ist konsequent: Wer mit Lenin in der Disziplinierung durch die Despotie der Fabrik einen zivilisatorischen Fortschritt sieht, der kann gar nicht anders, als Maschinenstürmer erst einmal für unzivilisierte Barbaren zu halten. Um sie aber trotz dieses Makels für die gradlinige Geschichte der Arbeiterbewegung zu retten, ist er gehalten, in ihrem »objektiv reaktionären« Handeln etwas zu finden, was *trotzdem* auf die Zukunft und das Neue hindeutet. Für unsere beiden findigen DDR-Historiker liegt dieses Neue endlich u. a. darin, daß, wenn schon Maschinensturm, dieser immerhin *geordnet* vor sich ging. Und dank dieser Tatsache können die Ronneburger Arbeiter, obwohl im Grunde Barbaren, schließlich doch guten Mutes in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen.[33]

P.S.: Das Wort vom Maschinenstürmer ist offenbar dem Muster des Wortes Bilderstürmer nachgebildet. Maschinen sind die Kultbilder des Kapitalismus. Wer ihrem Fetisch nicht verfällt, sondern durch seine Tat beweist, daß sie von Menschenhand gemacht und also auch von Menschenhand zu zerstören sind, der vergreift sich an den heiligsten Gütern der in West und Ost herrschenden Fortschrittsreligion.

»So ehren wir die Klassiker« (PP Zahl)

Die Initiative ergreifen vierundfünfzig ehrsame Bürger, darunter selbst die Fabrikbesitzer Siemens und Halske sowie der Herr Bankier Bleichröder, daneben einige Redakteure der *Vossischen* und der *Spenerschen Zeitung*, und auch Rechtsanwälte, Kaufleute und Handwerksmeister sind mit von der Partie. Sie gründen ein »Central-Comitee zu Schillers Säkular-Feier«.[34] Zum 100. Geburtstag des Dichters am 10. November 1859 wollen sie demonstrieren, daß es im Staate der preußischen Junker wieder eine Opposition gibt, deren politische Ziele noch immer die der gemäßigten Liberalen des Jahres '48 sind: politische Freiheiten und deutsche Einheit. Johann Jacoby schreibt den Festtoast und trägt ihn unter dem Titel »Schiller, der Dichter und Mann des Volkes« im Königsberger Handwerkerverein vor:

»So oft in unserem Land das Streben nach Freiheit und Einheit erwacht, erwacht auch Schillers Gedächtnis im Volk; mit erneuter Liebe blickt es auf seinen Dichter, blickt auf zu ihm, dem Leitstern in Nacht und Not.«

Für die Tage vom 9. bis zum 11. November hat das Central-Comitee ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt: Festveranstaltungen in Theatern, Medaillen, Statuen, Gedenkblätter, Beethovens neunte Sinfonie und die Illuminierung der ganzen Stadt Berlin stehen auf dem Programm.
Doch mit dem Verweis auf Sicherheit und Ordnung wird der schöne Plan vom Polizeipräsidenten wieder über den Haufen geworfen. Empört wendet sich das Central-Comitee an den Innenminister, den Grafen Schwerin. Der Graf versichert dem Comitee zwar sein Wohlwollen, aber es bleibt bei dem Verbot. Besonders brisant erscheint dem besorgten Innenminister die Idee eines öffentlichen Aufmarsches: die Demonstration vom Brandenburger Tor zum Platz vor dem Schauspielhaus. Denn zu leicht könnte die Demonstration angesichts der verhaßten Konstabler und des um nichts beliebteren Militärs in Gewalt ausarten. Und noch ist die Erinnerung an die Revolution und die Berliner Barrikadenkämpfe zu lebendig, und ein Aufmarsch im Namen von Einheit und Freiheit – das war zu gefährlich.
Nach einigem Hin und Her mit dem Innenminister wird schließlich die Einigung erzielt, daß es neben der öffentlichen Grundsteinlegung für eine Schiller-Statue nur geschlossene Veranstaltungen geben soll. Unter Dach und Fach und ganz unter sich gedenken die Bürger nun den Dichter zu ehren. Ein Maximum von 3500 ausgewählten Persönlichkeiten soll eingeladen werden. Aus den Reihen der Handwerker-Innungen, die die Vorbereitungen zur Feier mitgetragen haben, aber sollen, da sich zu viele unzuverlässige Elemente unter ihnen befinden, »nur Deputationen« dabei sein. Eins also ist klar: das einfache Volk soll vor den Türen bleiben. Der Lohn für so viel Bravheit der Organisatoren bleibt nicht aus: seine Hoheit der Prinzregent ist über das entschärfte Festprogramm derart erfreut, daß er sich nicht lumpen läßt und zum Gelingen der Schiller-Statue prompt 10 000 Taler als Zuschuß zeichnet. Es kann also losgehen, aber gewisse Vorkehrungen müssen noch getroffen werden. Um den Gendarmenmarkt, auf dem die Statue ihren Platz haben soll, gegen das aufdringliche Volk abzusperren, verfügt der Magistrat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen: 215 Mannschaften, 44 Wachtmeister und 20 Offiziere haben dafür Sorge zu tragen, daß die Honoratioren unter sich bleiben.
Indes hat die Obrigkeit die Verehrung unterschätzt, die die einfachen Deutschen ihren Klassikern entgegenbringen. So berichtet die *Vossische Zeitung* am nächsten Tag: »Die den Gendarmenmarkt begrenzenden Straßen waren aber schon lange vor Beginn der Feier mit dichten Menschenmassen gefüllt.« Und sogar der Polizeipräsident muß später zugeben, daß für seine Beamten die »Behandlung des Publikums schwierig« wurde, denn in der riesigen Menge ist die Ehrfurcht vor der Staatsgewalt, welche die preußische Polizei ansonsten so stark machte, offenbar vollends geschwunden.

Tatsächlich kümmert sich kein Mensch um die polizeilichen Anweisungen. Die Baugrube zur Errichtung der Dichter-Statue wie auch die Honoratorenbühne sind ebenso voller Menschen wie die Straßen. Die beste Stimmung beherrscht den Festplatz. Man ißt und trinkt viel, gegen Abend werden Fackeln angezündet, und in den angrenzenden Straßen illuminieren die Leute ihre Häuser.
Da kommt es, als die Feier den honorigen Veranstaltern schon ziemlich entglitten ist, während des Abends plötzlich zu Ausschreitungen. Sofort greift die Polizei ein, und zwar mit großer Brutalität: viele Verletzte und 44 Verhaftungen. Die Menschen wehren sich mit Steinwürfen, und im Nu entsteht, so der Polizeibericht, ein »allgemeiner Ungehorsam«. Wie der Bericht des Polizeihauptmanns Holbein später hervorhebt, müssen seine Leute so wuchtig vorgegangen sein, daß sich »nicht nur Arbeiter«, sondern »selbst gutgekleidete Bürger« über den Einsatz beschweren.
Nichtsdestoweniger kann die Prügelei dem Fest keinen Abbruch tun. Denn zwar sind 300 Polizisten aufgeboten, eine für damalige Verhältnisse recht imposante Demonstration staatlicher Macht (in Brokdorf werden es später 6000 sein), aber ihnen stehen 80 bis 100 000 feiernde Menschen gegenüber.
Die Maschinenbauer ziehen, trotz des Verbots, daß die Innungen organisiert auftreten, gegen Ende des Festes geschlossen vom Platz. Und von überall wird ihnen, von Schiller keine Rede, zugerufen: »Nieder mit den Fabrikherren – Die Maschinenbauer sollen leben!«'
Was zurückbleibt, ist die leere Baugrube für des Dichters Denkmal. Zu viele schlecht Gekleidete hatten sich in ihr getummelt, als daß die Grundsteinlegung der Statue hätte gelingen können.

Nachruf

Es ist noch gar nicht so lange her, da galt die »autogerechte Stadt« als eine fortschrittliche Planungskonzeption. Aber der Fortschritt veraltet rasch. Das Motto der Internationalen Automobilausstellung des Jahres '77 »Das Auto bringt uns vorwärts« mutet jedenfalls schon eher wie eine Beschwörungsformel an.
Der Zusammenbruch des Kapitalismus steht gewiß nicht auf der Tagesordnung; das Siechtum der kapitalistischen Fortschrittsideologie jedoch wird heute unter aller Augen sichtbar. Angesichts der schauerlichen Vorstellung einer möglichen ökologischen Katastrophe hat der ungebrochne Fortschrittsglaube des Bürgertums tatsächlich ausgedient.
Der Fortschrittsglaube der Marxisten dagegen war schon immer durch die Erwartung gebrochen, daß zwischen der gegenwärtigen Epoche der Welt-

geschichte und der sozialistisch-kommunistisch-künftigen ein Bruch liegen soll: die Revolution. Wir wollen jetzt nicht näher auf die Tatsache eingehen, daß es bei Marx mindestens drei verschiedene Revolutionsbegriffe gibt, die nur mit großer Kunst miteinander in Einklang zu bringen sind.
Fragen wir lieber: Läßt sich, wie allseits angenommen, aus der Kritik der Gegenwart tatsächlich etwas über die Zukunft aussagen? Ist die Marxsche Begründung wirklich schlüssig, daß die Arbeiterklasse den Kapitalismus ein- für allemal beseitigen wird? Ist es nicht ein bißchen Mythologie, wenn Paul Mattick, der Gralshüter der antileninistischen Orthodoxie, ex cathedra dekretiert, daß »der Arbeiterklasse ihre Revolution nicht erspart werden kann«?[35]
Fragen über Fragen, denen wir Linken nicht mehr lange werden ausweichen können.
Wenn »vor uns die Sintflut« liegt, wenn also der Kapitalismus unter Umständen nicht in einem Meer von roten Fahnen, sondern im radioaktiven Müll ertrinkt, dann muß diese Möglichkeit doch eigentlich Konsequenzen für unser Geschichtsbild haben. Neu wäre eine solche Umkehr nicht. Denn auch schon in den vergangenen Jahren sind die Zukunftsentwürfe der Linken rasend schnell gealtert. Wir haben in alten *Kursbüchern* geblättert:
Da gab es im *Kursbuch* 14, im August des Jahres '68, ein Gespräch zwischen Enzensberger, Dutschke, Rabehl und Semler. Wer dieses Gespräch heute liest, der muß sich ehrlich wundern, daß die linken Chefs damals allen Ernstes den Mut hatten, sich das Projekt eines befreiten, räteverfaßten Westberlin auszumalen. Zugegeben, eine Portion Ironie schwingt dabei schon mit. Aber dann fallen den radikalen Kritikern Sätze aus dem Mund, die ein geradezu naives Vertrauen in den technologischen Fortschritt offenbaren. Dutschke:

»Und wenn die Revolution in den Metropolen stattfindet, ist alles möglich. Man kann sich fast ausdenken, was man will, weil die Produktivkräfte (!) es ja hergeben.«

Und Christian Semler, der, auch das eine historische Entwicklung, im strengen Sinne des Wortes mit dem heutigen Parteisekretär gleichen Namens nicht identisch ist, führt aus:

»Wenn es die Computer nicht gäbe, müßten sie förmlich erfunden werden für die Räteverfassung . . . Zum Beispiel darf es nie mehr Richter geben, es darf nie mehr einen Justizapparat geben, und das ist meiner Ansicht nach durch Technologie erreichbar.«

Im *Kursbuch* 16 entwickelt Sweezy eindrucksvoll die Theorie, die allen internationalistischen Argumenten der Studentenbewegung zugrunde lag. Danach ist am Kapitalismus vor allem die Tatsache zu beanstanden, daß er die »Dritte Welt« ausbeutet. Der westliche Reichtum wird demgegenüber als »Schauseite der Medaille« vorgeführt und im Grunde akzeptiert. Das

Ende des Kapitalismus aber erwartet Sweezy von einem Krieg der »Dritten Welt« gegen die Industrieländer. Das heißt: die »Dritte Welt« übernimmt exakt die Rolle, die der traditionelle Marxismus bisher dem Proletariat zuwies.

Wolfgang Harichs »Kritik der revolutionären Ungeduld« in *Kursbuch* 19 gerät mit ihrer naiven Geschichtsmythologie an die Grenzen unfreiwilliger Komik. Er wirft den Anarchisten vor, daß sie sich zum »Gang der Geschichte« einfach quer legten und partout nicht abwarten könnten, bis der alte Kapitalismus seine Mission erfüllt habe. Originalton Harich:

»Dem kapitalistischen System seinerseits immanent zu sein, hat der reelle (reell ist der angemessene Preis einer Ware!) Klassenkampf nie verleugnet. (Denn der Klassenkampf lügt nicht!) Er hat jedoch – nach anfänglichen Verirrungen (!), nach der Maschinenstürmerei, nach Racheakten, verübt an einzelnen Unternehmern (Unternehmern!) u. dgl. (u. dgl.!) – vor nun fast 140 Jahren den einzig gangbaren Weg gefunden, das System wirklich zu durchbrechen. Dieser Weg führt über die Politik.«

War dieser Weg nicht vielleicht ein Umweg, Irrweg oder Holzweg? Denn wo ist das »System« wirklich durchbrochen?

Die Arbeiter, von denen unser Artikel berichtet hat, waren gegen den Kapitalismus. Sie wollten ihn, hier und jetzt, beseitigen, ändern, hemmen. Und die Kommunisten? Sie predigen – nach Harichs Zählung – seit nunmehr 140 Jahren, daß der Kapitalismus eine notwendige Epoche sei. Opium des Proletariats?

Wann war der Kapitalismus fortschrittlich? Seit wann ist er es nicht mehr? Was heißt das überhaupt: Fortschritt? Ein Schritt vorwärts? Oder zwei Schritte zurück?

Vorwärts-rückwärts, rechts-links – anscheinend sind das keine tauglichen Begriffe für eine politische Positions- und Richtungsbestimmung mehr. Die dritte Dimension oben-unten, scheint derzeit besser geeignet zu sein zur Erklärung dessen, *was läuft*.

Anmerkungen:

1 Dieses und die folgenden Zitate stammen aus der Akte des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Regierung Aachen, Nr. 231. Soweit wir wissen, hat bisher nur ein Historiker von dieser Akte Notiz genommen, und zwar: D. Dowe, *Aktion und Organisation*, Hannover 1970, S. 26 ff.

2 In dem Prospekt heißt es mit einer Offenheit, die den Stempel der Frühzeit des Kapitalismus trägt, »daß man nur noch eine kleine Anzahl von Arbeitern führen muß, deren Überwachung leicht ist und die übrigens auch kein Interesse mehr daran haben, Pfuscharbeit zu liefern«. Der Prospekt fügt hinzu, »daß jeder intelligente Arbeiter in wenigen Tagen lernt, mit der tondeuse hélicoïde umzugehen, deren Bedienung wie bei jeder guten Maschine so einfach ist wie ihre Arbeitsweise gleichmäßig«. Die beigefügte Kosten-Nutzen-Rechnung (im Vergleich zum Handweben und zum mechanischen Webstuhl) sieht

übrigens auch den Einsatz eines Kindes und damit eine weitere Reduzierung der Lohnkosten vor.

3 Rezension zu: Lange, *Geschichte des Materialismus*, in Archiv für Sozialgeschichte VIII, 1968, S. 549.

4 Vgl. R. Taubert, *Autonomie und Integration. Das Arbeiterblatt Lennep*, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 24, 1977, bzw. M. Henkel u. R. Taubert, »1848 – Arbeitergeschichte gegen den Strich gebürstet«, in: *Politikon* 56, 1977.

5 Vgl. zum folgenden: R. Taubert, *Autonomie und Integration*, a.a.O., S. 38 ff.

6 A. Peiniger, Persönliche Erlebnisse während der Revolution 1848/49, zitiert nach: H. Hethey, »Politisches Leben in Remscheid in den Jahren 1848/49«, unveröff. Manuskript im Stadtarchiv Remscheid, Nr. 72/67, S. 32 f.

7 Daß und wie solche Aktionen ganz aktuell sind, erzählt das Buch von Dario Fo, *Bezahlt wird nicht!* Eine Farce, Berlin 1977.

7a Diese außerordentlich erfolgreiche Aktion wurde allerdings, wie üblich, von einigen Beteiligten teuer bezahlt. Eine größere Anzahl von Arbeitern wurde mit Gefängnis bestraft. Aber als im Mai 1849 Solinger Arbeiter nach Elberfeld zogen, um auf Aufforderung der Elberfelder Bürger die Verfassung zu verteidigen, da befreiten sie erst einmal die im Elberfelder Gefängnis einsitzenden Maschinenstürmer. – Wie sehr die Arbeiter in Elberfeld die ihnen von den bürgerlichen Aufständischen in der Reichsverfassungskampagne zugedachte Funktion mißverstanden haben, zeigte sich aber nicht nur an dieser Aktion. Statt unter der Parole »Heilig sei das Eigenthum!« für die Reichsverfassung zu kämpfen, enteigneten die Arbeiter kurzerhand Haus und Besitz einer reichen Witwe. Eine Delegation des Central-Arbeiter-Vereins überbrachte dem Chef des Sicherheitsausschusses eine Liste mit Namen von Kapitalisten, die gehängt werden sollten.

8 Am 25. April 1848 an Marx, MEW 27, S. 126.

9 Lenin, *Werke*, Band 21, S. 70.

10 F. Engels, »Marx und die Neue Rheinische Zeitung«, MEW 21, S. 20.

11 Historisches Archiv der Stadt Köln, Akte Nr. 1149. Es ist wiederum kein Zufall, daß diese Akte, die vor allem Berichte des Kölner Stadtkommandanten Oberst Engels enthält, den meisten Marx-Forschern verborgen geblieben zu sein scheint.

12 Vgl. M. Henkel u. R. Taubert, *Das Weib im Conflict mit den socialen Verhältnissen. Mathilde Franziska Anneke und die erste deutsche Frauenzeitung*, Bochum 1976.

13 *Neue Kölnische Zeitung*, Nr. 1, vom 1. September 1848.

14 Den Untertitel »Organ der Demokratie« erhielt Mathilde Franziska Anneke für ihre Zeitung am 19. Mai 1849 von Marx geschenkt, als die NRhZ ihr Erscheinen einstellte. Am folgenden Tag allerdings legte Frau Anneke die Redaktion nieder und nahm am pfälzisch-badischen Revolutionskrieg teil. Ihre »Memoiren« aus diesem Feldzug haben wir in dem in Anmerkung 12 genannten Buch veröffentlicht.

15 C. Wittenstein, »Die Entstehung der sozialen Frage«, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins*, Band 54, 1924, S. 182.

16 *Neue Rheinische Zeitung*, 27. Januar 1849.

17 Vgl. dazu R. Taubert, *Autonomie und Integration*, a.a.O.

18 Boström u. Günter (Hg.), *Arbeiterinitiativen*, Berlin-West 1976.

19 A.a.O., S. 7.

20 A.a.O., S. 9.

21 A.a.O., S. 57, 61–66.

22 A.a.O., S. 70.

23 A.a.O., S. 123.

24 F. Balser, *Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation*, Stuttgart 1962, Band I, S. 52.

25 Vgl. H. Bartholmes, *Bruder, Bürger, Freund, Genosse und andere Wörter der sozialistischen Terminologie*, Stockholm 1971.
26 K. Marx, »Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort«, MEW 13, S. 7.
27 »Manifest der Kommunistischen Partei«, MEW 4, S. 492 f.
28 Zu all diesen Auseinandersetzungen vgl. vorläufig: D. Dowe, *Aktion und Organisation*, a.a.O.
29 Vgl. z. B. die Arbeiten des Projekt Klassenanalyse, Berlin-West.
30 Puchta u. Wolfgramm, »Spontaneität und Keimformen der Bewußtheit in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung«, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, Heft 6, 1956/57, S. 674 ff.
31 Vgl. a.a.O., S. 680.
32 A.a.O., S. 674.
33 Nicht untypisch für den Umgang marxistisch-leninistischer Historiker mit der wirklichen Geschichte und den Klassikern ist folgendes Beispiel: In einem Aufsatz schreibt Friedrich Engels, daß die proletarische Bewegung vor allem bei den sächsischen Kattundruckern Fuß gefaßt habe. Dies ist aber ein Irrtum, und Puchta/Wolfgramm deuten selber an, daß Engels bei seiner Behauptung eine Angabe von Lüning allzu frei bearbeitet hat. Anstatt jedoch zuzugeben, daß Engels irrt, schreiben die Wissenschaftler: »Dokumentarische Unterlagen für diesen Hinweis waren allerdings bisher(!) nicht aufzufinden.« Siehe a.a.O., S. 679.
34 Vgl. zum folgenden: K. Obermann, »Die deutsche Einheitsbewegung und die Schillerfeiern 1859«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Berlin-Ost, 3. Jahrgang, 1955, S. 705 ff.
35 P. Mattick, »Marxismus und die Unzulänglichkeiten der Arbeiterbeewegung«, in: *Arbeiterbewegung, Theorie und Geschichte*, Jb. 1, Frankfurt/M 1973, S. 215.

Rote Kalender sind wie Schmetterlinge

Sie kehren jedes Jahr wieder. Rot und lebendig wie immer. Manchem zum Ärger.

Diesmal gibt's was über:
Die Tvind-Schule, Kochrezepte, das Getrampel von Hornochsen, Richard, der einem was verklickert, Lieder, wie man Wandzeitungen macht, was über'n Studentenstreik, wieviel Sozialhilfe man kriegt, über Fußball, Jusos und Bologna, Prügel und Gewerkschaftsarbeit, über Albrecht Dürer, wie Mann zu Mann steht undnochvielmehr.

Hermann Pfütze
Zur Topografie des Protests

Historische Bilder und aktuelle Reflexionen

1 Hexenstoff

Ein Beispiel für die gegenwärtig wieder aufflammende Wirkungsgeschichte des Protests ist die Beschäftigung mit den Hexenverfolgungen des Mittelalters und die nicht nur von der Frauenbewegung behauptete Aktualität des Hexenbilds.[1] Als in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts die ersten, vorsichtigen und widersprüchlichen Proteste einiger freidenkerischer Ärzte, Juristen und Philosophen gegen die Hexenverfolgungen sich regten, herrschte diese »Zeit der Verzweiflung« (Michelet) schon mehr als 100 Jahre über Mitteleuropa und sollte noch weitere 200 Jahre andauern. Johann Weyer, Arzt im Niederrheinischen und einer der ersten öffentlich sich äußernden Gegner des Hexenwahns, machte 1563 dafür verantwortlich: das billigende Schweigen der Theologen, die erbarmungslose Justiz der Hexenprozesse und »die bei den Medizinern immer mehr um sich greifende Übung, alle nicht zu diagnostizierenden Krankheiten als angehext zu betrachten«[2]. Die Nähe zu ganz ähnlich massiven Widerständen gegen die Anfänge der Psychoanalyse springt ins Auge. Zugespitzt formuliert: Gegen die klinische Diagnostik verkörpert die analytische Therapie einen Protest, der durch das Ergebnis einer Heilung gerade nicht relativiert wird, sondern an ihr erst hervortritt. Es ist sozusagen der Hexenprotest z. B. des ehemaligen Heidelberger ›Sozialistischen Patientenkollektivs‹ und ähnlicher therapeutischer Kommunen gegen eine für krank erkannte, erbarmungslose und schweigend sich billigende Gesellschaft.

Man kann also nicht so einfach sagen, daß die Wirkungsgeschichte eines Protests sich in dem Maß erschöpfe, wie der Fortschritt ihn einvernimmt. Auch der Umkehrschluß, daß gerade der Fortschritt Protest hervorrufe, erklärt nur die instrumentelle Seite des Protests. Die Tatsache, daß der Strafvollzug nach wie vor inhuman ist, daß das Milieu insbesondere der psychiatrischen Kliniken selbst pathogen ist, und daß die dagegen protestierenden Resozialisierungs- und Therapieprogramme von Klassen- und Geschlechterdiskriminierungen selber nicht frei sind – das alles erklärt die kritikwürdigen Verhältnisse nur zum Anlaß für Protest und erklärt die Proteste nur zu Instrumenten der Kritik. Der gängige Vorwurf an die Protestierenden, ihre Aktionen überschritten die Verhältnismäßigkeit der Mittel und ihre Forderungen seien utopisch, weist dagegen auf den über-

schreitenden Charakter des Protests und auf seinen Ursprung in der Zukunft.

Das »Hexengeflüster« ist darum keine mythische Reaktionsbildung der Frauen gegen die erniedrigende Erfahrung, daß die seit dem Mittelalter herrschende männliche Allianz zwischen Justiz und Medizin auch mit dem reformierten § 218 ihre Macht nur erneuert hat. Das aktuelle Hexenbild beschwört nicht einen Archetyp der Weiblichkeit, sondern es überschreitet gerade die Prägeformen der Weiblichkeit, die Jahrhunderte lang »den Stoff für die Anklage lieferten«[3]. Wenn Frauen auf Demonstrationen gegen Abtreibungsverbote oder gegen Umweltverseuchung sich als Hexen verkleiden, protestieren sie auch gegen eine Tradition der »Psychosynthese« (Bloch) des aktuellen Frauenschicksals mit den Ursprungsmythen der Weiblichkeit. Sie wehren sich gegen die »genealogische Bindung« ihrer Erfahrungen, Ängste und Wünsche (des Hexenstoffs also) an die »ursprungsmythische Geisteslage« des Opfers und des Kults.[4] Hysterie stammt ab von Hexerei, wird aus dem Zusammenbruch des Weiberkults abgeleitet als Pathologie der Entzugserscheinungen; auf diesen Nenner gebracht, funktioniert der Hexenmythos genealogisch, als Erbübel der Frauen, an dem ihr Bewußtsein sich brechen soll.

Die meisten Gruppen der Frauenbewegung, die Patientenkollektive und Selbsterfahrungsgruppen, sowie die analytische Therapie erkennen diesen Urkonflikt, aber sie verklären ihn nicht zu Archetypen (wie C. G. Jung) oder Institutionen (wie Arnold Gehlen), sondern sie »übersetzen« ihn in die Praxis der Heilung und in die Programme der Veränderung. Darin folgen sie einer anderen Tradition: »der Tradition des Protestes gegen ein ursprungsmythisches Denken«, für die »Ursprung« nicht Herkunftsmacht heißt; sondern »Ursprung« dieser Tradition »ist der schöpferische Prozeß der Wirklichkeit, der sich mit immer wieder neu gesetzten Zielen offenbart«.[5] Nach diesen Zielen greifen die utopischen Forderungen, und daher ist es erlaubt zu sagen: *Proteste sind zukunftsmächtig*; die Zukunft – schöpferischer Prozeß der Wirklichkeit – ist eine ihrer Quellen.

2 Die Metapher der Reife

Wie verhalten sich die Geschichtswissenschaften zu den Revolutionen und Protesten, die ja ihr spannendes Element sind? Zunächst scheint klar zu sein, daß die Revolutionen und Aufruhre – die vielen niedergeschlagenen ebenso wie die wenigen siegreichen – den Bogen ihrer Zeit jeweils neu gespannt und das Teleskop ihrer wissenschaftlichen Betrachtung auf eine neue Sehschärfe eingestellt haben. Ebenfalls nicht zu leugnen ist ihre unerschöpfliche Wirkungsgeschichte, und zwar besonders dann, wenn sie

atemberaubend weit hergeholt erscheint. Aktuelles Beispiel dafür ist die Selbstverständlichkeit, mit der badisch-elsässische Bürgerinitiativen die bäuerlich-bürgerlichen Volkserhebungen aus 500 Jahren für sich in Anspruch nehmen. Auch der im erwähnten Sinn archetypische Sog des großen Bauernkriegs (1493–1525) ist spürbar, besonders in den Liedern und in der Besinnung auf die Heroen, aber er wird gebannt durch den überlieferten »Phantasiebestand« (Bloch), der in den Aktionen sich äußert, und durch die Unbeschränktheit der Zielsetzungen. Diese Wirkungsgeschichte der mittel- und süddeutschen Bauernaufstände scheint dennoch – oder deshalb? – aus dem Rahmen der historisch-materialistischen Geschichtserörterung herauszufallen. Sie erscheint wie eine Art urzeitlicher überraschend zäher Trieb am großen Stamm der ›Geschichte von Klassenkämpfen‹.

»Die These, alle Geschichte sei eine von Klassenkämpfen, setzt eine Lükkenlosigkeit, die nicht nur historisch zweifelhaft ist.«[6] Der Zweifel entspringt einem »Korrekturpotential« dieses Denkens. Es hat mit den Insurrektionen gemein, daß es sich sperrt gegen seine genealogische Bindung an eine historische Doktrin. Es protestiert gegen ein lückenloses Geschichtsbild, das die utopischen Forderungen und die überschreitende Aktion seiner »ursprungsmythischen Geisteslage« opfert. Dem doktrinären Geschichtsdenken liegt ein »Reifekonzept«[6a] zugrunde, das die Revolutionen und Protestbewegungen mißt an der Diskrepanz ihrer Ideen und Ziele zur jeweiligen Wirklichkeit. Diese wird zumindest für die Vergangenheit als empirisch vorgefunden behandelt und nicht als weiter wirkender Prozeß, der neuerlicher Deutung sich auch mit neu gesetzten Zielen offenbart. Wirklichkeit als Prozeß wird erst für die Gegenwart geltend gemacht, als Produktion des Fortschritts, in der Idee und Wirklichkeit zur Deckung gekommen sein sollen; als »Realer Sozialismus« etwa, dessen immer wieder neu gesetzten Ziele sich nur noch als Plan offenbaren. »Eine Idee ist bei uns nichts anderes mehr als eine Verbindung von zwei Zitaten.«[7]

Das Bild der Reife ist zunächst nicht mehr als eine Metapher für Verhältnisse, die umsturzbedürftig sind, unabhängig davon, ob die Revolution sich erhebt oder nicht. In diesem Sinn heißt es bei Rosa Luxemburg, »daß die Befreiung Rußlands . . . im eigenen Lande tiefe Wurzeln hatte und innerlich vollkommen reif war«[8]. Im Erklärungszusammenhang der internationalen Kriegsführung gegen Rußland benutzt sie die Metapher jedoch als Urteil: der Verlauf des Krieges habe »die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben erwiesen«[9]. Die Metaphorik der Erörterung wird damit zu ihrem methodischen Prinzip. Unreife Revolutionäre vermasseln den ›objektiv möglichen‹ Umsturz, und unreife Verhältnisse lassen die Ideen und die Gewehre der ungeduldigen Revolutionäre ins Leere schießen, schlimmer noch: werfen sie zurück hinter den Stand des bereits Erreichten. Nur die Überspannung des Bilds der Reife zum Konzept

evolutionärer Geschichtsbildung erzeugt so eine »relevante« statt einer protestierenden Beziehung des marxistischen Denkens zu dem, »was an Realpolitik unter seinem Namen läuft«. Da eine lebendige Beziehung zum Protest von der Realpolitik der meisten Staaten nicht für relevant erachtet wird, ist das seinem Wesen nach protestierende Denken gezwungen, ein anderes, ihm gerade noch erträgliches Verhältnis zur Realität einzugehen. Es erträgt sie, indem es sie als Entwicklungsstufe, als Etappe des historischen Prozesses begreift, die mit den Bedingungen ihrer Überwindung bereits schwanger geht. Die Schriften von Marx und Engels sind voll biologischer Metaphern, von der »Zeugung« bis zum »Tod«, und sie werden zum Begreiflichmachen des Gangs der Geschichte herangezogen. Begreiflichmachen heißt: die Reifungsmetaphern sollen und können die Niederlagen und das Ausbleiben der Revolutionen nicht erklären, sondern nur erträglich machen. Sie sind Ausdruck der ›Trauerarbeit‹ des protestierenden Denkens, die es nur leisten kann, wenn es den Blick nicht abwendet vom unerträglichen Elend, wenn es *die Bilder des Umsturzes* nicht verdrängt. Dagegen könnte eingewendet werden, daß dieses Bewußtsein nur den an einer Revolution teilnehmenden Zeitgenossen möglich sei, daß gerade die Einzigartigkeit ihrer Erfahrung der rückblickenden Erörterung sich verschließe. Die Stelle dieser Erfahrung werde bei uns heutzutage eingenommen von der beruflichen Trauer über Niederlagen und ausgebliebene Revolutionen. Dieser Einwand verdrängt jedoch unsere eigenen Erfahrungen und überläßt die Trauerarbeit dem kontinuierlichen Reifen der Zeit. Protestierendes Denken, auch als Trauerarbeit, lebt jedoch von der Vergegenwärtigung. Es muß dem auch ihm eigentümlichen Drang zur Lückenlosigkeit widerstehen.

Die in der Tradition des Protestes sich verstehende historische Theoriebildung wird also bedrängt vom Reifekonzept und von der dem Rückblick sich bietenden Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit der Revolutionszeiten. Daß sie dieser Bedrängung widersteht, ist nicht nur eine ihrer eigenen Quellen, sondern damit legt sie auch Quellen der Proteste selbst frei. Das Beispiel der wieder aufflammenden Wirkungsgeschichte der Bauernkriege steht dafür.

Die Zitatmontage Ludwig Fischers »zur Deutung Müntzers und seines Anteils am Aufstand«[10] zeigt, wie schwer gerade die mit Müntzer und den aufrührerischen Bauern sympathisierenden Historiker es sich mit dem Reife- und Diskrepanzkonzept machen. So fällt z. B. Wilhelm Zimmermann über Müntzers Aufrufe vor der Schlacht bei Frankenhausen mit der Karikatur des Schwärmers her, und Friedrich Engels behauptet, erschreckend abgeklärt, einen ›objektiven‹ Abgrund zwischen Müntzers Traum und den gegebenen Verhältnissen. Alfred Meusel und Manfred Bensing, Historiker in der DDR, protestieren hingegen gegen solche Karikaturen und

betonen weniger die Kluft als vielmehr die Nähe von Idee und Wirklichkeit. Bensing bemüht sich, die Übereinstimmung von Theorie und Praxis der Insurrektion gerade nicht als beengte Nachbarschaft »mittelalterlicher Sektenideologie« und »nur lokaler Erhebungen« abzutun, sondern als Überschreitung dieses üblichen Genrebilds der Bauernkriege zu begreifen.

Schließlich *Ernst Bloch*, bei dem die ›Verkennung der Realität‹ und die ›Fremdheit des Glaubens‹ sich lesen als Müntzers

»Vertrauen auf sich selber, auf die geneigte Reife der Zeit, auf die überwältigende Evidenz der Idee . . .; mit seiner Niederlage wurde von neuem einer echt verkörperten, richtig eingesetzten, adäquat erfaßten Idee der Weltweg verlegt.«[11]

Das von Melanchthon und Luther verspottete Predigtbild von Müntzers Ärmel, ›darin er alle Büchsenkugeln fangen wollte‹ und gegen die Feinde des Volkes und Gottes zurückschleudern werde, hatte zwar die militärischen Tatsachen gegen sich, es erfaßte jedoch adäquat die Evidenz der Idee: »Tatsächlich hat der ›kugelsichere‹ Müntzer den Weg durch die Jahrhunderte genommen«[12].

3 »Erledigte Illusionen«. Protest als Überschuß

Die Wirkungsgeschichte der ›Hexenkünste‹ und der Bauernaufstände sperrt sich offenbar gegen Historisierungen. Das Zeitalter der Hexenprozesse ist nicht ›aufgehoben‹ in der formellen Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau – die gegenwärtigen Frauenbewegungen nehmen das Hexenbild wieder auf. Ebensowenig sind die Ideen Müntzers und die Kämpfe der Bauern ›aufgehoben‹ in der förmlichen Beseitigung der Leibeigenschaft und des Standesrechts der Fürsten – sie erscheinen wieder in den Protesten gegen die Atomkraftwerke und gegen die Staatsgewalt, im energischer werdenden Widerstand gegen die Anmaßung des Großkapitals und der Regierungen, über Tod oder Leben von Millionen und Generationen zu verfügen.

Horkheimer schrieb 1935: Bei aller kritischen Vernunft in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen tauchen scheinbar »erledigte Illusionen« wieder auf, »bleibt ein Schein bestehen, der sich zwar widerlegen, jedoch nicht ganz verscheuchen läßt. Es ist das Bild vollendeter Gerechtigkeit. Diese kann in der Geschichte niemals ganz verwirklicht werden; denn selbst wenn eine bessere Gesellschaft die gegenwärtige Unordnung abgelöst und sich entfaltet haben wird, ist das vergangene Elend nicht gutgemacht und die Not in der umgebenden Natur nicht aufgehoben.«[13]

Es bleiben Narben in einem Bild, das sich durch sie nicht entstellen läßt. Das ist die Kraft des Bildes, sein Ausdruck. Auch das ›Bild vollendeter Gerechtigkeit‹ ist weder ein entrücktes Ideal noch ein Planziel. »Daß jedem das Seine zuteil werden muß und jeder ursprünglich ein gleiches Recht auf

Goethe Institut e. V. Bibliothek

Glück mitbringt«[14], ist sowohl ein Traum als auch wirkliche Kritik noch der sattesten und zufriedensten Verhältnisse.
Das Bild enthält, wie jeder Protest, einen *Überschuß*, eine *zunächst unscheinbare Veränderung*. Sie kommt nicht von außen hinzu, sondern wird in ihm geboren. Sie teilt sich mit und affiziert das Bewußtsein dadurch, daß sie sich nicht verscheuchen läßt. In ihr verkörpern sich der Protest und die Theoriebildung, sie drückt sich aus in der Vergegenwärtigung und Aktualisierung der Bilder des Protestes.
Ihr Überschuß hat nichts mit Überfluß zu tun, er entlarvt vielmehr die beschränkte Zweideutigkeit des Überflusses. Wolfgang Harich weist darauf hin, wenn er gegen den Wachstums- und Produktionswahn der kapitalistischen wie der planwirtschaftlichen Gesellschaften immer wieder Babeuf zitiert. Harichs Protest gegen die umweltzerstörerische Ökonomie der Verschwendung und des Überflusses macht nämlich zugleich deutlich, daß die Bilder der Gerechtigkeit und des Glücks *nicht überflüssig* werden, sondern mehr denn je notwendig und aktuell, »um die überlebenswichtigen Empfehlungen des Club of Rome durch einen Weltkommunismus rationierter Verteilung, nach Babeufschem Modell, zu verwirklichen«[15]. Eine globale Überlebenspolitik der gerechten und gleichen Verteilung auf der Basis ökologisch gedrosselter Produktion ist zwar dringend geboten, um Katastrophen größten Ausmaßes vielleicht noch abwenden zu können. Die Frage ist jedoch: Schafft die Überlebenspolitik nur den Überfluß ab, oder nimmt sie auch den Überschuß auf? Droht uns eine technokratisch-repressive Bedarfs- und Nutzungskontrolle der Menschen, der Dinge, des Raums und der Zeit, oder ist auch eine Politik vorstellbar, die von der Tradition des Protests sich leiten läßt? Sozialismus und Freiheit oder nur »Nullwachstum« auch der Freiheit und des Sozialismus?
Die Tradition des Protests ist also sein Überschuß. Er überschreitet immer wieder die Sache, um die es geht. Überschreiten ist mehr, als nur ein Ziel zu erreichen. Im Streit um die Sache mag ein Ziel mehr oder weniger erreicht worden sein, damit haben die Proteste sich jedoch nicht erledigt und sind in ihren Zielvorstellungen nicht ›aufgehoben‹. Auch im Falle des Scheiterns sind sie nicht einfach untergegangen, sondern haben etwas Neues belebt.

4 Die Gewalt der Reform

Die zunächst unscheinbare Veränderung macht sich bemerkbar, der Überschuß tritt hervor. Die Protestierenden haben sich artikuliert und verändert im Streit um die Sache. Sie haben sich selbst kennengelernt und können sich nicht mehr hinter der Sache verstecken. Sie haben sich nicht nur ein Bild

von der Sache gemacht, sondern sie haben ihrem Anliegen Recht verschafft. Und das ist nicht überflüssig, sondern höchst notwendig, damit die Machthaber nicht mehr so tun können, als ginge es jetzt weiter wie bisher, auf der Basis der ausgehandelten Kompromisse oder der neuen Gesetzlichkeiten. Wie sehr diese wirksamen, aber nicht dinglich faßbaren Veränderungen im Prozeß der Wirklichkeit sie beunruhigen, zeigen ihre hektischen Reaktionen auf die Bilder des Protests. Die Presse, die über den § 218 gebeugte Reformkommission und die Kirche scheinen geradezu affiziert zu sein von den Hexen- und Körperbildern, die die Frauenbewegung ihnen entgegenhält. Und die mit der Kernkraftindustrie paktierenden Landesregierungen lassen sich von den rasch zunehmenden und energischer sich äußernden Protesten gegen Atomanlagen dazu verleiten, die für den »Ernstfall« geheim gehaltenen Katastrophenschutzpläne bereits gegen Bauplatzbesetzer und Demonstranten zu erproben. Wenn es der Polizei und dem Bundesgrenzschutz gelingt, ein riesiges Gebiet so abzusperren, daß niemand hinein kann, gelingt es ihnen im Katastrophenfall auch, daß niemand mehr heraus kann.

Es geht in diesen Beispielen nicht mehr um Reformen und Kompromisse, sondern die patriarchalischen und kapitalistischen Mächte kämpfen für ihre Interessen und mithin gegen die Interessen aller Anderen. Das zwingt die Sphären der *Reform* und der *Gewalt*, sich gegenüber den Protestierenden zu erkennen zu geben. Es ist nicht mehr möglich, den Protest – und sei es mit Gewalt – in der Reform aufzuheben, oder die Gewalt durch Protest zu reformieren. Filbinger sagte bereits Ende Februar 1975, nach der Bauplatzbesetzung in Wyhl, im Fernsehen: »Und das Kernkraftwerk in Wyhl wird gebaut, und wenn es sein muß, mit aller Gewalt«.[16]

Wie der Überfluß und sein Gegenstück, die rationierte Zuteilung, ist jede Sache zweideutig. Zum Beispiel stützt sich die in der Liberalisierung des § 218 verkörperte Reform nach wie vor bei jedem neuen Protest, bei jeder weiteren Abtreibung, auf die Lebenswünsche der Frauen *und* auf die Produktionsverhältnisse, unter denen eine Schwangerschaft in den meisten Fällen eher ein Handicap als ein Lebenswunsch ist.

Die Sache bleibt strittig, solange sie besteht, solange Frauen und Männer die Probleme unter der Gewalt des Produktionswahns erfahren, gleichviel, ob als Entlassung oder Mutterschutz, ob als Wohnungsnot oder als Kinderaufzuchtsprämie, ob als doppelte oder ›nur noch‹ einfache Unterdrückung. Die Befürworter der Legalisierung der Abtreibung handeln ja nicht so sehr auf Druck der Frauenbewegung, als vielmehr im Blick auf einen Kompromiß mit den Produktionsverhältnissen. Ebenso haben die Energiepolitiker – Öl hin, Uran her – vor allem die Erzeugung und den Verbrauch von Energie im Auge und nicht die von den Protestbewegungen vorgetragenen Lebenswünsche.

Die Schauermärchen von der Übervölkerung der Erde und von der Energieverknappung sind Ausdruck extremer Gewalt. Die ›Reform‹ des § 218 kompromittiert sich mit massenhaften Zwangssterilisierungen von Indiofrauen in Bolivien und Peru durch US-Gesundheits›dienste‹. Und die sogenannte langfristige Sicherung der Energieversorgung kompromittiert sich als ›Überlebenspolitik‹ angesichts des mehrfachen Weltvernichtungspotentials, das im Namen dieser Politik bis heute produziert worden ist.
Die Reformen kompromittieren sich mit der Gewalt, in deren Sphäre sie gefangen sind. Sie bekämpfen nicht Gewalt, sondern setzen nur neue Gewalt, z. B. in Form ökologischer und bevölkerungspolitischer Globalstrategien, die Überfluß und Mangel nicht ausgleichen, sondern extrem polarisieren. Die Proteste können mithin kein Bestandteil von Reformen sein, sondern sich nur mit den Widersprüchen verbünden, die die Reformen selbst hervortreiben: Warum Abtreibungen, warum Kernenergie, warum Staatsgewalt – diese Fragen heften sich an jeden Kompromiß, ohne in seiner Sphäre aufzugehen, ohne durch eine Antwort erledigt werden zu können. Das ist ihr Überschuß, der die Fragenden selbst verändert; sie bergen den Protest und sperren sich gegen den lückenlosen Fortschritt zum Abgrund. Sie bewahren auch vor Kompromissen mit den Topoi des Fortschritts: der Staatsmacht und der Produktivität.

5 Geschichten in der »Geschichte«

Es wurde gesagt, daß die These, alle Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen, in der von ihr unterstellten Lückenlosigkeit nicht haltbar ist. Inmitten der Klassenauseinandersetzungen sind radikale Bewegungen hervorgetreten und haben die Interessen der Klassen irritiert. Sie überschritten und unterliefen auch die Programme der Klassen, mit denen sie gemeinsam für die Revolution kämpften. Sie sind weder Vorläufer oder Nachhut noch randständig-provinzieller Widerschein der großen und zentralen Revolutionen, sondern sie sind auf der Höhe der Zeit und in den Brennpunkten der Auseinandersetzungen präsent:
– die radikale Volksbewegung der »Enragés« während der französischen Revolution;
– die aufständischen Bauern und Soldaten in Baden und der Pfalz während des Bürgerkriegs von 1848/49;
– die Pariser Commune von 1871;
– die Anarchisten in Rußland und Westeuropa; fünfzig Jahre lang, bis zum 1. Weltkrieg und zur Oktoberrevolution die unzertrennlichen inneren Widersacher der Arbeiterbewegung und des Marxismus;

– die antibolschewistische Machno-Bewegung in der Ukraine während der russischen Revolution;
– die spanischen Anarchisten und ihre Gewerkschaft CNT; 1910 gegründet, tritt sie nach 40 Jahren der Verfolgung und des Exils jetzt wieder hervor;
– die Studenten-, Kommune- und Frauenbewegungen des jüngsten Jahrzehnts in allen Erdteilen;
– schließlich die sogenannten Bürgerinitiativen für Umweltschutz, die im Zusammenhang weltweiter ökologischer Proteste an Bedeutung zunehmen werden.

Diese Protestbewegungen wurden in der Vergangenheit jedoch niedergeschlagen und die gegenwärtigen werden mit Reformen und Kompromissen zu domestizieren versucht. Von den Tatsachen her betrachtet, haben sie keine Epoche und kein Land für sich erobert, den Sieg haben bisher immer andere davongetragen. Die Topografie dieser Proteste steht also vor der Schwierigkeit, haltbare Besonderungen für ihre Erörterung auszumachen. Ihre zeitlichen und räumlichen Spannen werden überdeckt von denen der ›großen‹ und stetigen Klassenauseinandersetzungen, der Kriege, Revolutionen und Kapitalbewegungen. Es bleibt die Frage nach ihrer sozialen Besonderheit. Wenn sie schon nicht Zwischenzeiten und Zwischenräume füllen, wenn sie in der Geschichte nur als *Geschichten* erinnert werden und von den Orten ihres Protests nur noch Friedhöfe und Fluchtlinien des Exils Zeugnis geben, so erscheinen sie wenigstens im sozialen Gefüge ihrer Zeit als Bündnis von Zwischenklassen, Minderheiten und radikalen ›Fraktionen‹. Ihre soziale und politische Zusammensetzung ist bekannt, sie heben sich auch ab von den namenlosen Elendsrevolten, die den hier erwähnten Protestbewegungen in Frankreich, in Deutschland, in Rußland und Spanien vorausgegangen sind.

Der Anarchismus, die stets naheliegende Jetztzeit-Idee herrschaftsfreier Ordnung, tritt wieder hervor aus den gespenstischen Parteidiktaturen und Vertretungskörperschaften; die Autonomiebewegungen der regionalen Minderheiten in Westeuropa, die Bürgerrechtsproteste in den Sowjetblock-Staaten, die ökologischen Protestinitiativen und der in allen europäischen Ländern zunehmende Widerstand gegen politische Verfolgung und Einschüchterung treten aus ihrer namenlosen Isolierung heraus.

Eine Soziologie der Protestbewegungen würde mithin genügend Stoff finden, um den Kalender der Geschichte und die Landkarten der Politik in diesem Sinn topografisch zu illustrieren. Es ist jedoch mit Daten und Fakten allein nicht getan.

Die empirische Soziologie der Protestbewegungen stimmt und stimmt nicht. Sie stimmt empirisch mehr oder weniger überein mit den Statistiken sowohl klassenanalytischer Forschungsprojekte als auch der Polizei. Aber

sie gleitet ab an dem Versuch, die Protestbewegungen durch ihre zeitlichen, räumlichen und sozialen Merkmale zu definieren. Die Zeiten ihres Auftretens waren zwar meistens kurz und auf wenige Orte beschränkt, dennoch sind die Bilder ihres Protests überall gegenwärtig, sobald man sich ihrer besinnt. Auch die Anzahl der Protestierenden ist meistens gering, verglichen mit den Klassen und Massen, innerhalb derer sie sich bewegen. Gerade in der marxistischen Geschichts- und Klassenbegrifflichkeit widerfahren ihnen deshalb häufig negative und einschränkende Bezeichnungen.
Selten genug, daß ein Historiker, wie Walter Markov über die ›Jaquesroutins‹, sagte:

Nach der Machtergreifung durch die Jakobiner 1793 »sind die Jaquesroutins . . . diejenigen, die verantwortlich fühlten, handelten und deshalb untergehen mußten, solange in der bürgerlichen Revolution die sozial-ökonomisch ausweglose Volksmajorität zwangsläufig der kapitalistischen Nahperspektive einer bourgeoisen Minderheit unterlag. Die Jaquesroutins sind aber mehr . . . Der feine, jedoch messerscharfe Strich zwischen der Soll- und der Habenseite der Republik, zwischen Besitz und Armut, verläuft zwischen ihnen hindurch« – zwischen den Jaquesroutins und der die Revolution konsolidierenden Politik Robbespierres.[17]

Viel häufiger jedoch bekommen die Niedergeschlagenen noch im Nachhinein den Stempel aufgedrückt, daß sie vor der Geschichte unbedeutender sind, als ihr Fühlen und Handeln während der Insurrektion sich dünkte. Friedrich Engels über die Reichsverfassungskampagne in der Pfalz 1849:

»Die Herstellung der Kneipfreiheit war der erste revolutionäre Akt des pfälzischen Volks: Die ganze Pfalz verwandelte sich in eine große Schenke . . . Alle Klassen der Gesellschaft kamen in denselben öffentlichen Lokalen zusammen, und ein sozialistischer Schwärmer hätte in diesem ungebundenen Verkehr die Morgenröte der allgemeinen Brüderlichkeit sehen können. Wie die Pfalz, so ihre provisorische Regierung. Sie bestand fast nur aus gemütlichen Schoppenstechern, die über nichts mehr erstaunt waren, als daß sie plötzlich die provisorische Regierung ihres bacchusgeliebten Vaterlandes vorstellen sollten.«[18]

Dieser Tenor der Abschätzigkeit durchzieht die Beurteilung aller Bewegungen und Gruppen, die nicht einer ›relevanten‹ Klasse zugeschlagen werden können. Für Lenins Klassentheorie waren zum Beispiel die durchaus als politische Kraft eingeschätzten russischen Bauern nur ein erkenntnistheoretisches Problem. Die Ideen der Volkstümler-(Narodniki-)Bewegung, in Rußland eine Art Dorf- und Agrarkommunismus aufzubauen und die kapitalistische Wirtschaft gar nicht erst ins Land zu lassen, galten als romantisch-rückwärtsgewandt. Die ländliche Markt- und Geldwirtschaft, die stets die Oberhand behielt gegen alle Versuche der offiziell dekretierten »proletarischen Naturalwirtschaft«[19], galt als Beweis für den Kleinbürger-Charakter der Bauern.
Die Tradition des landwirtschaftlichen Gemeinbesitzes und der Reproduktion auf Gegenseitigkeit wurde von der neuen ›Ursprungsmacht‹ des Privateigentums gebrochen. Dem privaten Grundbesitz kam dogmatisch und nur materiell die Funktion der »Klassenscheidung« in »ländliche Unterneh-

mer« und »Dorfproletariat« zu.[20] Die von Lenin seit 1905 entschieden vertretene Theorie von der Notwendigkeit des Kapitalismus für das Entstehen einer Arbeiterklasse und zur Überwindung der feudalen Agrarverhältnisse in Rußland hat einen zweideutigen Widerspruch hervorgetrieben: Sie hat den Kapitalismus *begünstigt,* um ihn zu *bekämpfen,* und sie hat zugleich als revolutionäres Programm des Neubeginns die vorkapitalistischen Traditionen des Protests zerstört.

6 Nacherzählung

Daß diese Probleme erörtert werden und daß dazu Bilder und Akteure der Protestbewegungen zitiert werden, ist nicht nur Ausdruck der interessierten Besinnung auf sie, sondern ist ein Teil ihrer Geschichte. Die Bauernaufstände in Rußland seit den Reformen Alexanders II. teilen sich der Gegenwart nicht durch bestimmte Epochen, durch eroberte Terrains oder durch Klassenfügung mit, sondern durch *Nacherzählung.* Gleichviel, ob die Quellenlage die Nacherzählung aufnötigt oder die Romanform begünstigt, wie bei den hier herangezogenen Berichten über die Machno-Bewegung in der Ukraine 1918-1921 und über die spanischen Anarchisten, die Nacherzählung der Proteste hat die eigentümliche Kraft, stets weitererzählt zu werden. Nach ihnen wird gefragt, sie werden tradiert, sie brechen Fugen und offenbaren die Risse in der bemühten Lückenlosigkeit offizieller Epochen- und Klassengeschichtsschreibung.
Nacherzählung ist mithin ein Leitfaden beim Versuch einer Topografie der Proteste. Der Erzähler ist dabei freilich stets nur ». . . der vorletzte in einer langen Kette von Nacherzählern dessen, was da vielleicht so oder vielleicht anders vorgefallen und im Verlauf des Erzählens zur Geschichte geworden ist«[21]. Der jeweils letzte ist der Leser, der fragt, dagegen hält, die Geschichte aufnimmt und weitererzählt im Sinne seiner Neigung zur Sache, auch in wissenschaftlicher Form.
Die Neigung, durch Geschichtenerzählen Geschichte zu überliefern, gemütlich entlastet durch die Versicherung, daß »niemals bisher in der Geschichte ein revolutionärer Impuls vollkommen liegengelassen und vollkommen vergessen worden ist«[22], ist verführerisch. So könnte sich zum Beispiel die Nacherzählung der russischen Bauernaufstände und ihrer Tradition arrangieren neben der ›offiziellen‹ Geschichte der Sowjetunion, und die Nacherzählung der spanischen Anarchie neben der Geschichte der Republik und der Diktatur in Spanien. Es bleibt jedoch ein Rest.

Warum hatten die Sowjetrevolutionäre ein so starkes Interesse, die vor- und zugleich antikapitalistischen Traditionen der Volkstümler und der Sozialrevolutionäre zu beseitigen? – Eine Tradition des Protests, die im Begriffe war, ihre genealogische Bindung an die mythische Ursprungsmacht des ›Mir‹ und der ›Obstschina‹ zu brechen, wurde verdrängt von der neuen Ursprungsmacht des Privateigentums, an dem die Klassengesellschaft sich erst herausbildete. Die antikapitalistische Begründung der Revolution wurde von Lenin und Trotzki zwar theoretisch festgehalten, die Absicht einer proletarischen Revolution der Dorfarmen scheiterte jedoch an der praktischen Ökonomie des Bauerntums. Mit der Neuaufteilung des Bodens und dem erklärten »Kurs auf den Mittelbauern« wurde im März 1921 schließlich der Vorrang der Politik an die Ökonomie verraten. Die Preisgabe der Tradition des Protests begründete die Bindung des Fortgangs der Revolution an die Neue Ökonomische Politik.

Verloren ging damit der Begründungszusammenhang der Revolution, ihr Ursprungsbündnis zwischen der Marxschen Lehre und den Aufständen der Bauern und den Verschwörungen der Anarchisten gegen den Zarismus. Die Neue, in der Tat Ökonomische Politik der Bolschewiki bricht mit den theoretischen und praktischen Traditionen der Revolution. Der Widerspruch, daß ›ausgerechnet in Rußland‹ die erste sozialistische Revolution ausbricht, wird zu einer Bedingtheit geplättet: es müssen Verhältnisse hergestellt werden, die vor der Partei und ihrer Klassendoktrin bestehen können. Im erwähnten Sinn ursprüngliche revolutionäre Bewegungen, die dieser Plättung widersprechen, gelten jetzt als konterrevolutionär. Mehr noch: hier wurde das Modell des Bürgerkriegs im Bürgerkrieg vorexerziert, der z. B. im Sommer 1936 in Spanien die Niederlage der Republik einleitete. Obwohl die Ukraine im Herbst 1919 nur noch von den Machno-Truppen gegen die ›Weißen‹ verteidigt wurde, nachdem die Provinz-Sowjetregierung geflüchtet war, lautete Trotzkis Ansicht:

»Es wäre besser, die ganze Ukraine an Denikin abzutreten, als eine Weiterentwicklung der Machnowstschina zu dulden. Die Denikinstschina ließe sich, da sie doch offenkundige Konterrevolution sei, immer durch klassenmäßige Agitation zersetzen. Die Machnowstschina aber breite sich in den niedrigsten Schichten der Massen aus und bringe ihrerseits eben diese Massen gegen die Bolschewiki auf.«[23]

Nachdem die Bolschewiki sich entschieden hatten, die Machno-Bewegung zu zerschlagen, anstatt sich mit ihr gegen die gemeinsamen Feinde im Bürgerkrieg zu verbünden, faßte Nestor Machno das Verhältnis der Regierung zur Aufstandsbewegung in der Ukraine in einen Satz: Es sei klar,

»daß diese Regierung die gesamte Aufstandschaft für eine Erscheinung hält, die sich mit ihrer staatlichen Wirksamkeit nicht vereinigen läßt«.[24]

Das ist der Punkt: mit der Protestbewegung kann es kein staatliches Bündnis geben, an keinem Ort, zu keiner Zeit und mit keiner Klasse. Der Raum, die Zeit und die ›relevanten‹ Klassen sind von staatlicher Wirksamkeit und offizieller Geschichtsbildung besetzt. Sie werden eher den ›Weißen‹, den Faschisten oder allgemein der Reaktion preisgegeben, als daß sie sich dem Protest verbünden. Die Ukraine sollte eher geopfert werden, als daß die Bolschewiki und die Machnowiki sich vereinigt hätten. Auch eine revolutionäre Regierung gibt ihrer »staatlichen Wirksamkeit« Vorrang vor dem Aufflackern der Herrschaftsfreiheit. Der kurze Winter der ukrainischen Anarchie (November 1918 bis Juni 1919) erschien der Sowjetregierung nur als ein bodensätziger Auswuchs der Revolution, der zu zerschlagen sei, bevor auch »höhere Schichten« sich darin verstricken.
Das aber heißt: Radikale Protestbewegungen durchdringen die Abdichtungen staatlicher Wirksamkeit und die Fugen der Zeit. Ende März 1977, kurz vor den ersten Parlamentswahlen nach Francos Tod, hatte sich die spanische Regierung nach langem Zögern dazu verstanden, auch wieder alle Gewerkschaften zuzulassen. Einen Tag nach der Ankündigung dieser Bereitschaft versammelten sich in Barcelona viele Tausend Menschen auf der nach 40 Jahren ersten geduldeten Demonstration der CNT. Die Hauptforderung war die sofortige Freilassung aller, nicht nur der sogenannten politischen Gefangenen. Sie alle seien unter Verhältnissen straffällig geworden und nach Gesetzen verurteilt worden, die es jetzt zu bekämpfen und zu beseitigen gelte; deshalb sei die Freilassung aller Gefangenen nichts weiter als ein Gebot der Glaubwürdigkeit der Regierung.
Diese Dauerhaftigkeit der CNT, auch die Ungebrochenheit und Unbestechlichkeit ihrer letzten noch lebenden Akteure des Bürgerkriegs[25], gründet in der Nicht-Einigung des Protests auf die Macht des Staats und den Gang der Geschichte, wie dauerhaft und dicht diese auch sein mögen und sich darstellen. Die Proteste bilden ein Bündnis der Unvereinbarkeiten. Darin sind sie genauer aufzusuchen, zu erörtern, am Leitfaden dessen, »was man sich merken kann und was dazu taugt, weiter . . . erzählt zu werden«[26].

8 Wissenschaftlicher Tourismus, Schlemihl, Vampirismus

Zur Topografie der Proteste wurde bisher nur erklärt, daß sie keine festen Orte haben in der Zeit, im Raum und im sozialen Gefüge. Ihre Daten: von dann bis dann, in diesem oder jenem Land rebellierten die Bauern, die Anarchisten oder die Studenten, diese Daten sagen noch nichts über die Bewegungen selbst. Ebensowenig verraten die nur Daten enthaltenden Geschichtsbücher, Atlanten und empirischen Untersuchungen. Die Daten

über die Zeit der Staufer, über den Langen Marsch oder über die Lage der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik teilen nichts mit über ihre Wirklichkeit. Was wir bei der Lektüre der Daten über sie zu wissen meinen (außer den Daten selbst, die wir natürlich vergessen hatten und schnell wieder vergessen werden), wußten wir schon vorher, es wird nur erinnert. Die Quellen der Erinnerung sind die Märchen über Kaiser Barbarossa und die normannischen Ritter, sind die Bilder des Langen Marschs aus Edgar Snows großem Epos, sind die Erzählungen der Älteren und die eigenen Erfahrungen.

Zweitens wurde erklärt, daß die Nacherzählung in ihren mannigfachen Formen des Märchens, des Bilderbogens, des Romans, der Kolportage, ein Leitfaden ist beim Versuch einer Topografie der Proteste. Das heißt, daß diese Topografie nicht beginnen kann mit den Daten, wie es in den Handbüchern der Geschichte, in der politischen Kartografie und in der empirischen Soziologie üblich ist. Sie muß beginnen mit den Erzählungen; mit denen, die erzählen und von denen erzählt wird: den Protestierenden. Das ist das Interesse der Protestbewegungen und darin gründet das Interesse an ihnen.

»Der wissenschaftlichen Recherche, die sich interesselos dünkt, verdanken wir vieles; doch sie bleibt Schlemihl, eine Kunstfigur. Einen Schatten wirft erst das wahre Subjekt der Geschichte. Es wirft ihn voraus als kollektive Fiktion.«[27]

Oder mit einem Bilde Höderlins: Die »Schatten der Erde« sind nicht die Schatten, die sie wirft, sondern die Schatten, die sie trägt und tragen wird: die Schatten des Lebens auf ihr, der Menschen und ihrer Bewegungen. Der wissenschaftliche Tourist, der alles beleuchtet und dennoch nicht sieht, was gewesen ist und was sich ankündigt, ist Schlemihl.

Warum verbünden sich wissenschaftliche Recherche und Nacherzählung so selten, obwohl sie doch aufeinander angewiesen sind? Besonders in unserer Zeit, im Vorausschatten drohender globaler Katastrophen, erscheinen Untersuchungen und wissenschaftliche Kenntnisse um so unabdingbarer als Voraussetzungen eines Protests, je komplexer sein Gegenstand ist. Im Zusammenhang mit der militärischen und der ›friedlichen‹ Verwertung der Kernenergie und den ihr folgenden ›Sachzwängen‹ des »Atomstaats«, angesichts von Verwüstungen großer Territorien und von Ausrottungen halber Völker rufen die Protestbewegungen selbst nach den Wissenschaftlern und Experten. Und diese folgen dem Ruf gern, besonders die Planer und Sozialwissenschaftler.

Es gehört sozusagen zu ihrer Natur, der Wirlichkeit auf den Fersen zu bleiben. Es ist ihre Mischung aus Berufsneugier und Eitelkeit, die Verhältnisse der Menschen kennenzulernen, sie auszuforschen und mit diesen Erkenntnissen ihre Expertisen danach abzufassen, ob das Kernkraftwerk, die ökologische Belastung, die Umsiedlung oder die Zwangssterilisierung

zu »rechtfertigen« sind, d. h. ob die Menschen sie sich gefallen lassen werden oder nicht. Die Experten saugen sich mit der Wirklichkeit der Menschen voll und pressen daraus Wissenschaft. Das ist der Vampirismus der Wissenschaften: aus den Verhältnissen viel Leben herauszuholen und festzuhalten, aber selbst nichts Lebendiges zu hinterlassen und nichts herzuschenken. So wird man Experte, vorausgesetzt, man hat den beruflichen und materiellen Raum, in dem das wissenschaftliche Beutegut ungestört verarbeitet werden kann. Durchaus nicht interesselos, hat sich die meiste Wissenschaft bislang als Teil staatlicher oder ökonomischer Wirksamkeit verstanden und gefügt. Allerdings hat sich stets auch eine Minderheit mit den Protesten und Revolutionen verbündet und hat sich in die Nacherzählung eingebracht: z. B. die Brüder Grimm, Walter Mehring und Otto Rühle, Bertrand Russell und Albert Einstein, Ernst Bloch und Paul Tillich. Und nicht wenige von Unseresgleichen machen gegenwärtig die Erfahrung im Bündnis mit den Protestierenden, daß man kein Experte zu sein braucht, um gegen die Zerstörung der Lebensverhältnisse sich zu wehren, und daß in diesem Bündnis die Wissenschaften ihre eigene Tradition des Protestes wieder entdecken.

9 Ursprungsmächtigkeit

Drittens wurde bisher erklärt, daß die Protestbewegungen sich von den herrschenden Mächten nicht vereinigen lassen auf einen Ort im zeit-räumlichen Sozialgefüge. Die Machnowiki entsprachen nicht der Politik des Mittelbauerntums, die Anarchisten der CNT ensprachen nicht der Koalition der republikanischen Parteien. Das Einschwenken in den »Kurs auf den Mittelbauern« lag den Machnowiki ebenso fern wie den spanischen Anarchisten ein Einschwenken auf den »loyalistischen« Mittelweg der Verteidigung der Republik und ihrer Institutionen. Die Machno-Bewegung, die zum größten Teil aus armen Bauern, Fabriktagelöhnern und einfachen Soldaten der Revolution bestand, hatte nicht die Absicht, die politischen und ökonomischen Positionen des Mittelbauerntums für sich zu erobern. Und im spanischen Anarchismus, sowohl unter den Landarbeitern Andalusiens als auch unter den Fabrikarbeitern Kataloniens, hat die CNT »sich nie als ›Sozialpartner‹ verstanden, der mit den Unternehmern verhandelt, um die materielle Lage der Arbeiterklasse zu verbessern«[28]. Sie wollen das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht mitbestimmen, sondern lehnen seinen Imperativ ab. »Sie hassen den Kapitalismus mit einem Haß, dessen ihre Genossen in Westeuropa nicht mehr fähig sind.«[29] Sie lehnen weder Arbeit ab noch Fabriken, sondern das Produktionsverhältnis. Sie lehnen weder Verwaltung noch Ordnung an sich ab, sondern ihre heterono-

me und zentralistische Form als Staatsgewalt; »sie wollen sich des Staates nicht bemächtigen, sie wollen ihn abschaffen«[30].
Die Machnowiki und die spanischen Anarchisten lehnen also die zwei zentralen Topoi unserer Zeit ab: das Produktionsverhältnis und den Staat. Das macht ihre Radikalität aus und begründet ihre spezifische Differenz auch zu Gruppen, denen sie politisch und ökonomisch nahestehen.
Daß die Machnowiki die Politik des privaten Grundbesitzes und der »Klassenscheidung« ablehnten, weil sie sich für ihre Anhänger davon keine Vorteile versprachen, und daß die Anarchisten nicht in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eintraten, liegt noch innerhalb des zeit-räumlichen Gefüges 1919 in Rußland oder 1936 in Spanien. Opposition gegen andere Klassen oder Parteien bewegt sich noch im Rahmen des Kampfs um Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht und an den wirtschaftlichen Erträgen, auch als Diktatur des Proletariats über die Macht und die Erträge der besiegten bürgerlichen Klassen und Parteien.[31] Auch die Diktatur des Proletariats als extreme Opposition gegen den ungleichen Gebrauch der Freiheit unter bürgerlicher Herrschaft anerkennt noch das »bürgerliche Prinzip«, wie Tillich sagt, »einer Garantie für das ungehinderte Wirken der Produktivkräfte und die ungehinderte Entfaltung der geistigen und politischen Freiheit«[32]. Diese Garantie können nur zentrale Instanzen geben, auf deren Wirksamkeit, in welcher Form auch immer, sich alle gesellschaftlichen Gruppen und Positionen einigen. Diese zentralen Instanzen sind für Rußland und für Spanien, und für fast alle Länder und Gesellschaften dieses Jahrhunderts, der Imperativ des industriellen Fortschritts und der Imperativ des Staats.
Die bürgerlichen und demokratischen Gesellschaften haben sich von den alten, absolutistischen Ursprungsmächten der Kirche, der Feudal- und auch der kolonialen Erobererherrschaft nach zwei Seiten hin entfernt. Einerseits wurden sie ihnen gegenüber selbständig »in einer Kette von Revolutionen«, andererseits minderten sie die »Ursprungsmacht in einer Kette von Degenerationen«[33], die hervortreten zum Beispiel in den religiösen, familiären oder sozialpsychologischen Riten der Erinnerung an die alten Ursprungsmächte. Der vierzehnte Juli, das größte Fest in Frankreich, oder der Jahrestag der Oktoberrevolution, die größte Waffenschau, beschwören mit der Erinnerung an den Ursprung zugleich die Entfernung von ihm. Die alten, inzwischen mythischen Ursprungsmächte werden dadurch jedoch nicht zerbrochen, sondern nur vielfältig gebrochen, es ist ein Prozeß der Loslösung und des Sich-Entfernens, aber kein Abschneiden und Verschwinden.[34] Damit dieser Prozeß gelingt, bedarf er jedoch der erwähnten Garantien, und die Gesellschaften bedürfen der Instanzen, auf die sich die politischen und ökonomischen Gruppen berufen können, wenn sie die Freiheit und die Gleichheit nach ihren Vorstellungen zu verwirklichen beginnen.

Der Staat mit seinen politischen Vertretungskörperschaften und das industrielle Produktionsverhältnis der Eigentümer des Kapitals mit den Eigentümern der Arbeitskraft erscheinen zwar als die neuen Ursprungsmächte, an denen keine Partei oder Klasse vorbeikann, »solange sie nicht in utopischen Anarchismus umschlägt«, wie Tillich am Rande bemerkt.[35] Aber sie sind selbst nur Etappen im Prozeß der Entfernung oder Emanzipation von den alten Ursprungsmächten. Deren Heteronomie ist zwar gebrochen, aber die Autonomie (Selbstmächtigkeit) der revolutionären Diktatur oder des sozialistischen Industrialisierungsprogramms lebt selbst von den alten Verhältnissen,

»an denen (sie) sich auswirken kann; . . . die industrielle Dynamik lebt von den vorindustriellen Gebieten, die sie erobert; die demokratische Herrschaft (lebt) von der . . . Unterwerfung unter den Staat um seiner Seinsmächtigkeit willen«.[36]

So sind Staat und Industrie selbst dem Ursprünglichen verhaftet, und ihre Wirksamkeit wird von denen, auf die sie trifft, als heteronomer Zwang erfahren. Mit diesen Mächten wollen die ›utopischen Anarchisten‹ kein Ursprungsbündnis eingehen. Sie wollen das bürgerliche Prinzip, Freiheit und Gleichheit an Instanzen zu ketten, in der Tat zerbrechen. Sie wollen für ihre gesellschaftlichen Vorstellungen keine Garantien reklamieren, sondern sie wollen nichts wissen von den Garantien des Staats und des Kapitalismus. Tillich bedenkt diese Möglichkeit wirklicher Anarchie – d. h. Herrschaftsfreiheit – in einem Abschnitt über »Erwartung und Tat« im sozialistischen Prinzip:

»Demgegenüber stellt die prophetisch-sozialistische Forderung jede Macht, ›Hohes und Niedriges‹ unter ihre Kritik. Da sie über das Ursprüngliche hinausgeht, ist sie unabhängig von jeder vorgegebenen Seinsmächtigkeit. Das ist der tiefere Sinn des ›Egalitären‹, der Gleichheitsforderung in Prophetie und Sozialismus.«[37]

Und er bedenkt auch, daß dies nicht nur »Seinsminderung« bedeuten kann auf das Niveau der Ärmsten und Niedrigsten, sondern auch »Seinserfüllung« für alle, die einander gelten lassen ohne Herrschaftsabsichten.

10 »Seinserfüllung«

Erfahrungen dieser »Seinserfüllung« werden erzählt in Arschinoffs zeitgenössischem Bericht über die Machno-Bewegung und in Enzensbergers Roman über den »kurzen Sommer der Anarchie« in Katalonien.
Arschinoff beschreibt die Elemente und den Gehalt der freien Kommunen der Bauern im Bezirk Gulai-Pole, dem Zentrum der Machno-Bewegung. Deutlich wird daran ihre spezifisch radikale Differenz zu den staatlichen Versuchen, das Landproletariat zu kollektivieren und in den ›Komitees der Dorfarmen‹ politisch anzuheben.

»Die Anhänger des Staates fürchten sich vor dem freien Volk. Sie behaupten, daß ein Volk ohne Regierung den Anker der Gesellschaftsordnung verlieren müsse . . . und verwildern würde . . . Am Beispiel der russischen Revolution ist (indessen) zu ersehen, wie Tausende von Familien der privilegierten Stände, die früher so gut gepflegt, so sauber und so satt waren, nun verfielen und verwilderten. Durch die Revolution gingen sie ihres Dienstpersonals verlustig . . . Die Befreiung des Volkes führt zur Verwilderung jener, die durch dessen Knechtung groß wurden . . . Die Bauernschaft des Gulai-Polsker Rayons . . . lebte vom November 1918 bis zum Juli 1919 ohne jede äußere Regierungsgewalt; dabei verlor sie keineswegs den gesellschaftlichen Zusammenhang in der eigenen Mitte, – im Gegenteil, sie schuf eine neue, höhere Gesellschaftsform, nämlich die freie Werktätigen-Kommune und die freien Sowjets der Werktätigen . . . Dieses Leben gründete sich auf *Prinzipien, die von keiner Regierungsgewalt wußten.*

. . . Das waren nicht künstliche Kommunen der Partei, in denen gewöhnlich ein zufällig gesammeltes Element arbeitet, das . . . die größtmögliche Hilfe des Staates in Anspruch nimmt . . . Hier handelte es sich um wirkliche Bauernkommunen, die aus der Arbeit heraus geboren waren . . .«[38]

Die freien Kommunen wußten natürlich von der Regierungsgewalt, und die Rayon-Kongresse befaßten sich hauptsächlich mit der Abwehr der Bolschewisierung und mit dem Kampf gegen die Denikin-Truppen. Bis zu ihrer Zerschlagung entfalteten die freien Kommunen sich in einem Prozeß stetigen Brechens der neuen Ursprungsmacht. Der Unterschied der Machno-Bewegung zum Programm der bolschewistischen Revolutionsregierung war, daß diese die noch nicht bolschewisierten Gebiete und Bevölkerungen erobern mußte, um z. B. die Neue Ökonomische Politik in Gang zu setzen und der Bauernschaft durch »Klassenscheidung« begrifflich und politisch habhaft zu werden. Die Machno-Bewegung dagegen bedurfte nicht der Voraussetzung ursprünglicher Verhältnisse, um sich an ihnen auszuwirken. Sie war in der Tat ›unabhängig von jeder vorgegebenen Seinsmächtigkeit‹. Sie hatte ihren gesellschaftlichen Zusammenhang in ihrer eigenen Mitte, inmitten der Revolution.

In Spanien stellte sich für die Anarchisten die Frage der Macht im Sommer 1936 in Barcelona.

Nach der Zerschlagung der asturischen Revolution Ende 1934 überschätzte die reaktionäre Regierung Gil Robles ihre Stärke derart, daß sie für den Februar 1936 Neuwahlen ausschrieb. Mit Hilfe der nach Millionen zählenden Anhängerschaft der CNT, die ihr bisheriges Prinzip des Wahlboykotts stillschweigend fallengelassen hatte, errang die ›Volksfront‹-Koalition der republikanischen und linken Parteien einen überwältigenden Wahlsieg. Als während des Wahlkampfes die Linke der Rechten die Revolution ankündigte und die Rechte der Linken den Bürgerkrieg, sagte Durruti:

»Wir stehen also vor der Revolution oder vor dem Bürgerkrieg. Jeder Arbeiter, der wählt und sich dann ruhig an seinen Küchentisch setzt, ist ein Konterrevolutionär. Und der Arbeiter, der nicht wählt und an seinem Küchentisch sitzenbleibt, ist nicht besser.«[40]

So wurde zwar die Republik wieder hergestellt; die Rechte, die sich auf den

größten Teil der Armee stützen konnte, war jedoch nach dem Vorbild und mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis zum Staatsstreich entschlossen. Am 17. Juli schlug sie los, zuerst Franco in Spanisch-Marokko, und drei Tage später war das südliche Drittel Spaniens in der Hand der Putschgeneräle.
Im halbautonomen Katalonien, wo die Gefahr am geringsten war, hatte der Präsident Companys am 16. Juli ein zentrales Verteidigungskomitee einberufen, in dem die CNT und die FAI (Federación Anarquista Ibérica, der konspirative Arm der anarchistischen Bewegung, 1927 von der CNT gegründet) mitarbeiteten, vor allem bei der praktischen Vorbereitung des Widerstands im Straßenkampf. Am 20. Juli war es soweit. Die in den Morgenstunden ausgerückten Putschtruppen waren bis zum Abend geschlagen, ein neues Bild des Umsturzes fügte die Geschichte: Die Erstürmung des zentralen Telegrafenamtes in Barcelona rückte neben den Sturm auf das Winterpalais, den Sturz der Vendôme-Säule 1848 und die Erstürmung der Bastille.

»Es lebe die FAI! – Es lebe die Anarchie! – Es lebe die CNT! Genossen, wir haben die Faschisten besiegt. Die kämpfenden Arbeiter von Barcelona sind mit der Armee fertig geworden. – Es lebe die Republik! – Meinetwegen. Auch die Republik soll leben. –«

»Über Nacht war in ganz Katalonien alle Macht der CNT und der FAI zugefallen. Die Anarchisten brauchten sie nur zu ergreifen . . .«

»Der Präsident empfing uns stehend. Er war sichtlich bewegt. Er drückte uns die Hand; beinahe hätte er uns umarmt. Die Vorstellung war kurz. Wir setzten uns hin. Jeder von uns hatte ein Gewehr zwischen den Knien. Companys hielt uns die folgende kleine Ansprache: ›Vor allem muß ich Ihnen eines sagen: die CNT und die FAI sind bisher noch nie so behandelt worden, wie es ihrer Bedeutung entsprochen hätte. Ihr seid immer auf das schwerste verfolgt worden, und ich, der einst auf eurer Seite stand, habe mich zu meinem Schmerz durch die Notwendigkeiten der Politik gezwungen gesehen, euch zu bekämpfen und zu verfolgen. Heute seid ihr die Herren der Stadt und ganz Kataloniens, weil ihr als einzige die Faschisten besiegt habt . . . Ihr habt gewonnen. Alles liegt in eurer Hand.‹« (Juan Garcí Oliver, enger Kampfgefährte Durrutis)

»Die verantwortlichen Führer der damaligen CNT waren sich ihrer Macht so sicher, ihr Selbstvertrauen war so groß, daß sie die Großzügigkeit bis ins Extrem trieben. Sie ließen es zu, daß die Revolution . . . durch neue Institutionen verwaltet wurde, in denen sie in der Minderheit waren. Dieses Vorgehen wurde damals so begründet: ›Diesmal soll es nicht wieder heißen, der große Fisch verschlinge alle kleineren.‹ Diese naive Phrase wurde in der politischen Wirklichkeit zu einer Waffe, welche die Politiker benutzten, um die Männer von der CNT zu neutralisieren und der Spanischen Revolution den Garaus zu machen.« (Cánovas Cervantes, Journalist der Exil-CNT in Frankreich)

»Am 21. Juli trat ein regionales Plenum der anarchistischen Bezirkskomitees zusammen, um die neue Situation zu prüfen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Frage des ›freien Kommunismus‹ bis zum Sieg über die Faschisten zurückzustellen. Das Plenum ratifizierte die Entscheidung für die Zusammenarbeit der CNT-FAI mit anderen gewerkschaftlichen Organisationen und mit den politischen Parteien im ZK der Milizen.« (Brademas)[41]

Vom Ausbruch des Bürgerkriegs an allen Fronten bedrängt, zogen die Anarchisten sich bald darauf mehr oder weniger zurück aus der ›eigentlichen‹ Politik, warben für die Milizen, stellten, wo sie konnten, Bataillone zusammen und zogen in den Kampf. Die anfänglichen Siege der antifaschistischen Koalition waren hauptsächlich ihrer Antriebskraft zu verdanken.

11 Die Ketten der Macht

Das Verhältnis der Anarchisten zur Macht und zur Republik war in jeder Hinsicht unverhältnismäßig. Sie hatten die Macht und verschenkten sie zugleich, das heißt, sie hüteten die Macht nicht wie Geschäftsleute oder Politiker, um damit anteilsmäßig Reichtümer oder Positionen zu erwerben, sondern sie verhielten sich wie Beschenkte unter Schenkenden. Die Arbeiter und Bauern Kataloniens standen nicht ›hinter‹ der CNT und der FAI, um von ihnen jetzt im Zuge einer Gegenleistung als »neue Klasse an die Macht gebracht« zu werden[42], sondern im Verhältnis der Anarchisten zur Bevölkerung »brach sich der Tausch« zwischen Gefolgschaft und Macht.[43] Und mit der Republik hatten sie alles andere im Sinn, als ihre Institutionen und die bürgerliche Klassenherrschaft wieder herzustellen. Sie wollten den »bürgerlichen Staat der Republik mit seiner politischen Administration, seiner regulären Armee und seiner kapitalistischen Eigentums- und Produktionsstruktur« abschaffen mit Hilfe der Milizen und der Produktionskollektive in Landwirtschaft und Industrie.[44] Indessen opferten sie sich für diese Republik im Kampf gegen den Faschismus, der ›freie Kommunismus‹ wurde zurückgestellt, blieb weiter Utopie.

»Von neuem, so scheint es, wurde einer echt verkörperten, richtig eingesetzten, adäquat erfaßten Idee der Weltweg verlegt.«[45]

»Von neuem« – dieses Wort ist zweideutig. Es zielt einmal ab auf die Geschichte der Niederlagen radikaler Protestbewegungen – eine Topografie, die mindestens ebenso ›lückenlos‹ ist wie die Geschichte der Klassenkämpfe und Revolutionen, inmitten derer sie freilich stets aufs neue die Brechung der Ursprünge verköpern. Zweitens zielt es ab auf die ›neuen‹ Ursprungsmächte: Sowjetdiktatur, bürgerlicher Staat, Privateigentum, die um ihrer ›Seinsmächtigkeit‹ willen den utopisch tätigen Protest nicht dulden können. Trotzkis Urteil über die spanischen Anarchisten drückt dies eindeutig aus:

»Wer auf die Eroberung der Macht verzichtet, schanzt sie denen zu, die sie immer schon gehabt haben, nämlich den Ausbeutern. Das Wesen einer Revolution besteht darin und hat immer darin bestanden, daß sie eine neue Klasse an die Macht bringt und es dieser Klasse erlaubt, ihr Programm zu verwirklichen.«[46]

Macht ist ›immer schon‹ und die Revolutionen erben sie, das ist ›immer‹ ihr

Wesentliches. Der Protest gegen die Einengung der Revolution auf die eine Dimension der Macht ist für Trotzki ausdrücklich »schon Beweis genug«, daß der spanische Anarchismus, wie siebzehn Jahre zuvor die Machno-Bewegung, konterrevolutionär sei. Eine derart einem Prinzip ergebene Geisteslage ist selbst degeneriert statt generativ; ist zur Doktrin heruntergekommen, statt sich mit dem ›schöpferischen Prozeß der Wirklichkeit‹ gegen die Ketten der Macht zu verbünden. Gebannt an das Ursprüngliche, hütet sie, was davon auf ihren Zeitraum herabgekommen ist.
Was Markov über die Jauqesroutins sagte, gilt für die manifeste Entwicklung der Sowjetunion und erst recht für die spanische Revolution: Die antikapitalistischen und anarchistischen Mehrheiten unterlagen der »kapitalistischen Nahperspektive« der herrschenden Minderheiten – der bürgerlich-republikanischen Koalition in Spanien, der staatlichen Doktrin vom ›Aufbau des Sozialismus in einem Land‹ in der Sowjetunion.

12 Protest als das »unentbehrliche Dritte«

Das gilt auch, aktuell modifiziert, für die gegenwärtigen Protestbewegungen und Bürgerinitiativen. Sie unterliegen den drückenden Nahperspektiven energiekapitalistischer Expansion und staatlicher Sicherheitspolitik. Zwischen ›Nutzen‹ und Gefahren der Kernenergie gibt es ebensowenig einen Kompromiß wie zwischen der inneren Sicherheit eines Jeden und der innerstaatlichen Aufrüstungsparole, die den Begriff in seinem Gegensinn benutzt. Solange die Kritik dieser Nahperspektiven sich auf deren Begriffe einläßt, bleibt sie ihrer Macht verhaftet. Damit die alten Mächte wirklich gebrochen werden und die neue Kritik ihre Ursprungsbindungen an sie wirklich lösen kann, bedarf sie eines ›unentbehrlichen Dritten‹. Dies Dritte sind die radikalen Protestbewegungen.
Sie sind der überschüssige Gehalt einer jeden Revolution, sind jenes »mehr«, das zwischen der »Soll- und der Habenseite« der Republik und gleicherweise jeder Herrschaftsform sich nicht verrechnen läßt.[47] Es trat in allen Revolutionen hervor, die nur darum Revolutionen sind. Die Verkörperungen und Forderungen der radikalen Protestbewegungen enthalten dies stets aufs Neue. Sie sind nämlich älter als die Paßformen und Nahperspektiven, in die die bürgerliche Gesellschaft, der Kapitalismus und der ›reale‹ Sozialismus sie jeweils gezwängt haben.
Das heißt nicht, daß sie nur vorbürgerlich oder vorkapitalistisch wären oder gar konterrevolutionär und sozialismusfeindlich. Nein: Sie halten die Erfahrungen der Niederlagen, Befriedungen und Kompromisse aus und machen die Gegenwart erträglich – freilich abgedrängt in Randgruppen, Provinzen und Zwischenwelten.

Das ist die zweideutige Ohnmacht der Proteste: Sie brechen den Bann der Macht, revoltieren gegen die Geisteslage des »immer Wesentlichen« und werden andererseits verbannt ins scheinbar Unwesentliche, in die *Provinz*. Das ist das gängige Stichwort für die Erörterung zeitgenössischer Protestbewegungen. Man kann nicht sagen, daß sie es leichter haben, sich in der Gegenwart zu behaupten, als ihre erwähnten Vorläufer in der Vergangenheit, unter den sie jeweils beherrschenden Verhältnissen. Die Impression, eine affektbelehrte These, daß die Protestbewegungen die jüngsten fünfhundert Jahre ausgehalten haben, d. h. sie ertragen und überdauert haben sowohl als Geschichte wie als Geschichten, bedeutet auch, daß die sogenannten ›wesentlichen‹ Ereignisse eine Kette der Degenerationen der Macht und unnötig waren, nicht notwendig, weil die Not nicht wendend.[48]

Anmerkungen

1 Becker, Bovenschen, Brackert u. a., *Aus der Zeit der Verzweiflung – Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes*, Ffm 1977, edition suhrkamp 840 / Manfred Hammes, *Hexenwahn und Hexenprozesse*, Ffm 1977, Fischer-Taschenbuch 1818 / Jules Michelet, *Die Hexe*, hg. von Traugott König, München 1974.
2 Hammes, a.a.O., S. 195.
3 Becker, Bovenschen, Brackert, a.a.O., S. 256 ff.
4 Klaus Heinrich, »Zur Genealogie des Mythos«, in: *Parmenides und Jona*, Ffm 1966, S. 22 f.
5 Kaus Heinrich, a.a.O., S. 27.
6 Martin Puder, »Marx und Engels als konservative Denker«, in: *Unter dem Pflaster liegt der Strand*, Band 3, Berlin 1976, S. 179.
6a Puder, a.a.O., S. 177 f.
7 Walter Ulbricht, zitiert in: *Gespräche mit Ernst Bloch*, hg. von Rainer Traub und Harald Wieser, edition suhrkamp 798, Ffm 1975, S. 133 f.
8 Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke Band 4*, Berlin-Ost, S. 332.
9 Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 333.
10 Ludwig Fischer, *Die Schlacht unter dem Regenbogen – Frankenhausen, ein Lehrstück aus dem Bauernkrieg*, Wagenbach Taschenbuch 13, Berlin 1975, S. 161 ff.
11 Ernst Bloch, *Thomas Münzer als Theologe der Revolution*, Ffm 1962, S. 114.
12 Max Steinmetz, *Das Müntzerbild von Martin Luther bis Friedrich Engels*, Berlin-Ost 1971, S. 24.
13 Max Horkheimer, »Gedanke zur Religion«, in: *Kritische Theorie Band I*, Stuttgart 1968, S. 376.
14 Horkheimer, ebenda.
15 Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? – Babeuf und der ›Club of Rome‹*, Reinbek 1975, S. 174.
16 Dokumentiert in: *Lieber aktiv als radioaktiv*, herausgegeben von Nina Gladitz, Wagenbach Politik 65, Berlin 1976, S. 95.
17 Walter Markov, *Volksbewegungen der Französischen Revolution*, Ffm/New York 1976, S. 96, 98.
18 Friedrich Engels, »Die deutsche Reichsverfassungskampagne«, zitiert bei: Wolfgang Dre-

ßen (Hg.), *1848-1849 Bürgerkrieg in Baden*, Wagenbach-Taschenbuch 3, Berlin 1975, S. 93 f.

19 Kurt Mandelbaum, »Das russische Agrarproblem bei Marx, Engels, Lenin«, in: Arschinoff, *Geschichte der Machno-Bewegung 1918-1921*, Berlin-Wldf, 1969, S. XXX f.

20 Mandelbaum, a.a.O., S. XXXIII.

21 Hans Magnus Enzensberger, *Der kurze Sommer der Anarchie*, Roman, Ffm 1972.

22 Ernst Bloch, in diesem Sinne zitiert bei: Peter Fischer (Hg.), *Babeuf – Der Krieg zwischen Reich und Arm*, Wagenbach-Taschenbuch 9, Berlin 1975, S. 9.

23 Arschinoff, a.a.O., S. 155.

24 A.a.O., S. 159.

25 Enzensberger, a.a.O., S. 283 f.

26 A.a.O., S. 13.

27 A.a.O., S. 13.

28 A.a.O., S. 33.

29 A.a.O., S. 37. Zum Haß der CNT auf den Kapitalismus, zu dem westeuropäische Gewerkschaften nicht mehr fähig seien, eine aktuelle Differenzierung: In einem Bericht über eine Unterhaus-Nachwahl in Birmingham Ende März 1977 wird folgendes Gespräch zwischen dem BBC-Fernsehkommentator Robin Day und dem Labour-Innenminister Merlyn Rees zitiert: Day berichtete von der deutsch-britischen Konferenz in Königswinther: »Alle deutschen Gewerkschaftsführer, die an dieser Konferenz teilnahmen, haben uns britischen Teilnehmern immer wieder versichert, daß die deutschen Gewerkschaften ein direktes Interesse am Erfolg des Kapitalismus haben.« Darauf Rees, ein ›gemäßigter Sozialdemokrat und Sohn eines Bergarbeiters, ziemlich verärgert‹: »Wenn Sie meinen, daß die britischen Gewerkschaften ebenso an den veralteten Kapitalismus glauben sollen, dann irren Sie sich.« (*Tagesspiegel* vom 3. 4. 1977, S. 3)

30 Arschinoff, a.a.O., S. 32.

31 Paul Tillich, *Die sozialistische Entscheidung*, geschrieben 1932, Offenbach 1948, S. 53.

32 Tillich, a.a.O., S. 51.

33 Klaus Heinrich, a.a.O., S. 16.

34 Heinrich, a.a.O., S. 27.

35 Tillich, a.a.O., S. 51.

36 A.a.O., S. 54.

37 A.a.O., S. 89.

38 Arschinoff, a.a.O., S. 106-109.

39 Enzensberger, a.a.O., S. 80 f.

40 Zitiert bei: Enzensberger, a.a.O., S. 104.

41 Alle Zitate bei: Enzensberger, a.a.O., S. 125-137.

42 Trotzki, zitiert bei: Enzensberger, a.a.O., S. 139.

43 Vgl. dazu Pierre Clastres, »Tausch und Macht: Theorie des indianischen Häuptlingstums«, in: *Staatsfeinde, Studien zur politischen Antrhopologie*, Ffm 1976, S. 46.

44 Enzensberger, a.a.O., S. 232.

45 Ernst Bloch, vgl. Anmerkung 11.

46 Trotzki 1937 in der Schrift »Lesson of Spain. The Last Warning!«, zitiert bei: Enzensberger, a.a.O., S. 139.

47 Markov, vgl. Anmerkung 17.

48 Vgl. dazu Lars Gustafsson u. Jan Myrdal, *Die unnötige Gegenwart – Acht Unterhaltungen über die Zukunft der Geschichte*, Reihe Hanser 193, München–Wien 1975, S. 8 ff.

Catherine Gipoulon

QIU JIN

„Die Steine des Vogels Jingwei"

Qiu Jin: Eine rebellische junge Frau in China zu Beginn unseres Jahrhunderts, Revolutionärin und Feministin zugleich. *„Die Steine des Vogels Jingwei"*: Die Geschichte von Jurui, einer jungen Chinesin, die sich ihrem als Frau vorbestimmten Schicksal nicht beugt ...
Qiu Jin schreibt diese Geschichte, um das Elend der chinesischen Frau anzuprangern und ihre Schwestern zum Widerstand aufzufordern. Der Text bleibt unvollendet, da Qiu Jin im Alter von 32 Jahren öffentlich hingerichtet wird.
Catherine Gipoulon hat die Erzählung von Qiu Jin zusammen mit einer ausführlichen Biographie in den historischen Kontext des im Niedergang begriffenen feudalen China eingeordnet. Aus dem Französischen, 227 S., DM 16.50

Charlotte Wolff

FLICKWERK

Roman

Eine ungewöhnliche Liebesgeschichte zwischen Caroline, Christabel, Emma und Charlotte, in der das Alter der vier Frauen (zwischen fünfundsechzig und fünfundsiebzig), die leidenschaftlichen Gefühle, die ihr Leben beherrschen, nicht schmälert. In ihren sozialen Konventionen gefangen, ignorieren sie die Wahrheit über ihre sexuelle Neigung ...
Umfassend schildert die Autorin, wie Liebe, Abhängigkeit, Vernunft und religiöser Glaube, die Frauen beeinflussen. Durch die dargestellte Vielschichtigkeit der Beziehungen, erhält dieser Roman seine immense und eigentümliche Kraft. Aus dem Engl., 189 S., DM 13.50

Frauenoffensive
8 München 80 • Kellerstr. 39

neue frau

erzählt:
was sie denkt,
was sie fühlt,
was sie will

Eine neue Reihe im Rowohlt Taschenbuch Verlag.
Herausgegeben von Angela Praesent.
Erzählende Texte aus den Literaturen aller Länder über die Wandlung der Geschlechterbeziehung und das Selbstverständnis der Frau.

Die ersten Bände:

Elisabeth Albertsen
Das Dritte
Geschichte einer Entscheidung
4134/DM 3,80
Die schmerzende Entscheidung gegen »das Dritte«, die die Autorin hier eindringlich schildert, bedeutet mehr als nur eine Reise nach Holland – zur Schwangerschaftsunterbrechung, nicht der Tulpen wegen. Erzählend, mit sich zu Rate gehend, zeichnet Elisabeth Albertsen hier die innere und äußere Ansicht einer jungen Frau, die entschlossen ist, aus der passiven Schicksalsergebenheit der Mütter zu lernen.

Evelyne und Claude Gutman
In der Mitte des Betts
Roman 4143/DM 4,80
Nach der Geburt von zwei Kindern suchen Muriel und Sébastien einen Ausweg aus der Einsamkeit zu zweit: in abwechselnden Aufzeichnungen beginnen sie ein Buch über ihre schwierige junge Ehe. Unsentimental vereinigen sich ihre Mitteilungen zum faszinierenden Dokument über die Schwierigkeit, in einer Beziehung intellektuelle Einsicht und widerstrebende Empfindung zu verschmelzen.

ro
ro
ro

Marianne Gronemeyer
Aufgewacht aus dem Tiefschlaf
Von der Unzufriedenheit zum Protest

I. Vom Leben hinter den Kulissen der Statistik

Die Bürgerinitiativen sind, »um es geradeheraus zu sagen, zu einer Landplage geworden«. FAZ[1]
»Fast alle Dummheit ist eine ›Verteidigung‹.« Paul Goodman

»Beihilfe zum Mord«

»Die Außerparlamentarische Opposition ist heute eine organisierte Fundamentalopposition, für die Gewalt Prinzip und nicht Ausnahme ist«[2], schreibt Ralf Dahrendorf, der liberale Liberale, in der *Zeit* im August '77. Getrübte Urteilskraft oder Demagogie im Gewand der Analyse? Immerhin gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik eine Außerparlamentarische Opposition, und sie ist zahlenmäßig die weitaus stärkste, für die *nicht* Gewalt, sondern Gewaltlosigkeit Prinzip ist, und die in ihrem Willen zur Gewaltlosigkeit beinahe alle staatstragenden Instanzen hinter sich läßt. Wer dies unterschlägt, zeigt sich in gefährlicher Nähe zu jener völlig ungeschminkten Demagogie, nach welcher die (auch Bonner) Unterstützung der südafrikanischen Befreiungsbewegungen »Beihilfe zum Mord« ist. Demagogie: denn mit voller Absicht werden hier die destruktiven Kräfte einer Gesellschaft mit den Kräften ineins gesetzt, die für Freiheit und Leben eintreten, die also die Sehnsucht nach einer Erde, die bewohnbarer ist als der Mond, nicht aufzugeben bereit sind. Auf diese Weise wird die Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit, sich gegen Gewalt zu empören, schamlos als »Argument« gegen die unbequemen, besten Kräfte der Gesellschaft, ihre kritischen Kritiker mißbraucht.

Aufwiegelei ins Leere

Ein immer häufiger gegen die radikaldemokratischen Kritiker erhobener Vorwurf ist, sie riefen auf zum Widerstand »gegen die angebliche (!) Unterdrückung in den Betrieben und anderswo«[3]. Da werde unerträgliche Ungerechtigkeit im rechtsstaatlichsten aller Rechtsstaaten beklagt, nach Art verwöhnter Kinder, die überzogene Forderungen stellen. Das sei darum nichts weiter als Widerstand um des Widerstands willen, Unfriedensstiftung aus Langeweile am Frieden, Aufwiegelei ins Leere.

– Ist jener Gießer, der seit 15 Jahren auf die ihm versprochene Entlüftungsanlage wartet, und der sich mit seinen Phosphorverbrennungen nicht zum Arzt traut, aus Furcht, es könne sich wiederholen, was ihm schon einmal widerfuhr: daß der ihn krankschreibt oder ihm, schlimmer noch, die Invalidenrente und damit den sicheren sozialen Abstieg beschert, nur *angeblich* unterdrückt?[4]
– Ist Frau U. aus dem Neubauviertel, das sie bald wird verlassen müssen, weil sie die Miete nicht bezahlen kann; die also auch die Hoffnung fahren lassen muß, sie könnte mit ihren vier Kindern, von denen sie wegen der beengten Wohnverhältnisse bisher zwei in einem Heim hat unterbringen müssen, unter einem Dach leben: ist Frau U. nur *angeblich* unterdrückt?[5]
– Oder wie steht es mit den Lebensinteressen der mehreren Millionen alter Leute, Kleinrentner und Kleinverdiener, die von täglich 5 Mark 37 Pfennig Sozialhilfe leben und sich dessen auch noch schämen müssen? Sind auch deren Lebensinteressen in einem der reichsten Länder der Erde nur angeblich unterdrückt?[6]
– Oder das Lebensrecht der älteren Arbeitnehmer, der über Vierzigjährigen, die nach einem Vorschlag der Arbeitsmediziner statt ihrer jüngeren Kollegen in krebsfördernde Berufe einrücken sollen: Ist auch die Bedrohung dieser Lebensrechte nur ein Hirngespinst?[7]
– Und was ist schließlich mit den 500 Schülern, die in der Bundesrepublik alljährlich Selbstmord begehen und als Hauptmotiv dafür Schulsorgen nennen? Keineswegs scheiden sie ja, wie eine harmonisierende Formel glauben machen möchte, ›freiwillig‹ aus dem Leben, sondern als Opfer von Gewalt, einer Gewalt allerdings, die wir uns abgewöhnt haben, so zu nennen. Wenn aber 500 Schüler pro Jahr die Schule nicht überleben[8] und wenn zwei Drittel aller Kinder in Gefahr sind, sie nicht gesund zu überleben[9], dann stehen doch wohl Schule und Gesellschaft zur Kritik und nicht die, die ihre Inhumanität kritisieren.

Karrieren der Unzufriedenheit

Was steckt dahinter, daß all dieses Elend verleugnet, in die Angeblichkeit verwiesen oder doch zumindest für schicksals-, nicht machtbedingt erklärt wird.
So wie der Glaube an die allgemeine Chancengleichheit ins Wanken geraten ist, so ist auch die allgemeine Zufriedenheit brüchig geworden. Eine Umfrage in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ergab, daß die Bürger der Bundesrepublik nicht zufrieden sind. »Mit 40 Prozent liegt der Anteil der Zufriedenen an der Bevölkerung eindeutig unter dem Durchschnitt anderer Länder.«[10] Und das, obwohl sich die Bundesbürger im Ländervergleich nach wie vor des größten Wohlstands erfreuen.

Nun hat es in Deutschland immer schon Millionen Menschen gegeben, die keine Veranlassung hatten, in die alle Miesmacherei vom Tisch wischende Feststellung einzustimmen: ›Uns ist es noch nie so gut gegangen‹. Aber die fehlenden Zufriedenheitsbekundungen bei den Ärmsten mußten nicht beunruhigen. Denn es ist eine geschichtliche Erfahrungstatsache, daß die ganz und gar Deklassierten nicht zum Aufruhr neigen. Fehlende Zufriedenheitsbekundung ist eben etwas anderes als geäußerte Unzufriedenheit. Woran also hat die jetzt neu aufkeimende Unzufriedenheit Anhalt? Es ist die Angst vor Arbeitsplatzverlust bei gleichzeitig mäßigem Interesse an Arbeit und Beruf. Acht von zehn Bundesbürgern haben Angst, nachts allein auf die Straße zu gehen. Jeder fünfte fühlt sich nicht einmal in den eigenen vier Wänden sicher, denn selbst ohne die hohen Dunkelziffern werden in der Bundesrepublik in jeder Minute fünf Straftaten begangen.[11] Das ist Unzufriedenheit, die aus der Angst kommt, aus der bedrohten Sicherheit. Es ist dies eine diffuse, *unkundige Unzufriedenheit*, die jetzt die ebenso *unkundige Zufriedenheit* ablöst. Aber auch sie setzt noch keine eigenen Ziele wie die »kundige Unzufriedenheit« (Bloch). Und deshalb läßt sie sich vor beinahe jeden Karren spannen.

Die Zufriedenheit war Ergebnis eines ›Stillhalteabkommens‹ mit dem Wohlfahrtsstaat, in dem das Recht auf Beteiligung an allen öffentlichen Entscheidungen, die immerhin Entscheidungen über Leben und Tod sind, welche das Leben jedes Einzelnen bis in die privateste Privatheit betreffen, gegen staatliche Versorgungsleistungen und gegen ein wenig Autonomie-Illusion im Konsumbereich eingetauscht wurde. Was nun aber, wenn die eine Seite ›vertragsbrüchig‹ wird, wenn die Versorgungsleistungen zu teuer werden, wenn der Konsum an unverrückbare Grenzen gerät? Wie nun, wenn sich die Sicherheit, in der man sich gewiegt hatte, als Traumtanz erweist? Könnte es nicht sein, daß da auch die andere Seite die ›vertragliche‹ Bindung löst, die schweigende Loyalität aufkündigt? Solche Aufkündigung von Loyalität, partiell und problembezogen, ist keine Seltenheit mehr in der Bundesrepublik. Häufiger aber gelingt der Versuch, die Unzufriedenheit, noch ehe sie Richtung gewinnt und sich in Beteiligungsansprüche umsetzt, durch Schein-Beteiligung zu besänftigen. Für die Schein-Beteiligung gelten erniedrigte Einlaßbedingungen. Die Aussperrung von der *wirklichen* Beteiligung der Betroffenen an ihren Angelegenheiten wird begründet mit dem Komplexitätsargument und der Sachzwanglogik. Die geringe Reichweite der Durchsicht, der Urteilskraft und der Problemlösungsfähigkeit der Vielen seien mit der Komplexität der anstehenden Probleme eben unvereinbar. Dabei weiß man nie ganz sicher, ob vielleicht die Komplexität eben deshalb so komplex werden mußte, damit das unkomplexe Jedermannsbewußtsein nicht Schritt halten könnte.

Bei der Schein-Beteiligung ist das anders, da ist auf einmal alles ganz

einfach, da sind die Dinge ganz klar, Verursachungen und Ziele sind eindeutig. Wo eben noch der mangelnde Sachverstand beklagt wurde, da wird auf einmal dem gesunden Menschenverstand (oder sollte das gesunde Volksempfinden gemeint sein?) alles zugetraut.
Dabei weiß man dann ganz sicher, daß die Simplizität kalkuliert *gemacht* wurde, damit das Jedermannsbewußtsein nicht etwa zur Diskussion, sondern nur noch zur Zustimmung fähig sei.
Und ins Kalkül geht auch die Gewißheit ein, daß Unzufriedenheit Neigung zur Aggression hat. So gilt es denn, Schuldige zu benennen. Das ist ein wesentliches Element der Scheinbeteiligung in Krisenzeiten, daß sie breite Empörung gegen Sündenböcke mobilisiert: Diese Schuldigen sind zur Zeit die Lehrlinge, die zu träge seien, sich eine Lehrstelle zu suchen, die als Drückeberger diffamierten Arbeitslosen, endlich alle, die sich nicht mit der Scheinbeteiligung zufriedengeben und statt dessen Realbeteiligung verlangen: in Bürgerinitiativen, in den Hochschulen, in Zeitungsverlagen, Rundfunkanstalten, Schriftstellerverbänden, in Betrieben und Gewerkschaften und auch in den Schulen. Und wenn man sich erst auf die Schuldigen geeinigt hat, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt, um die Unzufriedenheit von der Sache, an der sie sich entzündet hatte, weg- und auf die vermeintlichen Urheber hinzulenken.
Die Verhältnisse bleiben unbehelligt, diesbezüglich wird ›von oben‹ Zufriedenheit beschworen. Die Beschwörung reicht aber offensichtlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe nicht mehr hin, und so wird sie dann, z. B. qua Landesparteitagsbeschluß, *verordnet,* und tatkräftig werden Maßnahmen zur Durchsetzung ergriffen. Um das Übel an der Wurzel zu packen, wird die junge Generation zum Drehpunkt der Bemühungen.

»Ohne Gegenstimmen wurde . . . (auf dem niedersächsischen Landesparteitag der CDU) beschlossen, daß alle Lehrpläne ›von bildungspolitischem Wunschdenken befreit‹, ›vorwiegend problem- und konfliktorientierte Themen gestrichen‹ und ›statt dessen mehr wertorientierte Inhalte‹ vermittelt werden sollen.«[11]

Nun ist gegen eine Wertorientierung der Lehrpläne nicht viel zu sagen, nur: welche Werte können wohl zur Sprache kommen, nachdem die Problem- und Konfliktorientierung erst einmal aus den Lehrplänen verbannt worden ist? Wer von Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sprechen will, wer Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Frieden meint, der weiß zugleich, daß ihre auch noch so bruchstückhafte Verwirklichung noch niemals ohne Widerstreit mit den Machthabern gelungen ist. Wer die Einübung in Konfliktfähigkeit in den Schulen verbieten will, hat alle diese Hoffnungen und Werte mit in Acht und Bann getan.

We only love winners

Was bleibt, sind Werte wie ›friedlicher Wettbewerb‹ und ›Leistung‹. Davon einmal abgesehen, daß selbst deren Verwirklichung nicht ohne Konflikte auskommt (leise Konflikte, deren zuweilen katastrophale Folgen der Einzelne allein zu tragen hat), ist, was friedlicher Wettbewerb genannt wird, im Klima des Kapitalismus in aller Regel erbitterte Konkurrenz; alles kommt darauf an, als Sieger über Besiegte zu triumphieren und als Stärkerer von den Schwächen anderer zu profitieren. Dabei werden auf ihre Weise alle Verlierer sein. Auch die Sieger werden um ein Stück Menschlichkeit gebracht: um die Erfahrung der Gemeinsamkeit mit Anderen, um die Fähigkeit des Leidens mit Anderen.

Und die Verlierer? Sie verpassen allemal ihre Lebenschancen. Sie werden sich dem Leistungskampf, da sein Ausgang gewiß ist, auf je eigene Weise entziehen. Sie werden zu Drop Outs werden oder sich das Leben nehmen, als verhaltensgestört auffallen oder in ›reaktive Dummheit‹ verfallen. Das sind die sichtbaren Folgen des unsichtbar gemachten Konflikts. Sie werden alle – Sieger und Verlierer –, selbst wenn sie nach bestem Vermögen leisten und konkurrieren, der Gesellschaft ihre besten Kräfte entziehen, die Ich-Stärke, die Phantasie und die Kritik.

Wer also Problem- und Konfliktorientierung aus dem Lernen heraushalten will oder den Konflikt dem Einzelnen zuschiebt, der kann eigentlich nur noch die Zurichtung der Lernenden für die Zustimmung zur ›von oben‹ verordneten Realität wollen.

Die Alternative dazu ist der Dialog. Er sollte mit allen *verfügbaren* demokratischen Mitteln teils erhalten, teils erst gewonnen werden. Eben dies, den Dialog mit der Macht und in den eigenen Reihen zu eröffnen, unternimmt derzeit ein gut Teil der – so lese ich – 38 000 Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik. Zur Rede gestellt wird die Macht nicht mehr nur mit *papiernem* Protest, sondern mit *gehandeltem*. Und was sich da als Kontrahent anbietet, sind nicht mehr nur versprengte Einzelne, sondern hat sich zur Gegenmacht[13] zusammengefunden. Trotzdem: auch ihr Kampf bleibt ein Kampf zwischen David und Goliath, aber die Geschichte erzählt uns Davids Sieg.

II. Wer hat die Bürger wachgeküsst?

38 000 Bürgerinitiativen: das sind über 2 Millionen Bürger, die sich in ihnen organisiert haben (nach anderen Angaben sind es 4000 Initiativen mit 3 Millionen Mitgliedern); mehr also, als alle Parteien zusammen an Mitgliedern zählen. 15 Millionen Unterschriften, so sagen sie, könnten sie für

bestimmte Maßnahmen zusammentragen. So gewichtig sind sie inzwischen als politische Kraft geworden, daß auch die Warnungen vor ihrer Einflußnahme sich mehren:

»Die Bürgerinitiativen erhalten unversehens das Gewicht einer systemsprengenden Bewegung, deren Gefahr heute größer erscheint als der gestern noch gelobte demokratische Gewinn einer direkten Beteiligung an der Politik.«[14]

Oder:

»Die Initiativen sind auf dem besten Weg, zu einer ›vierten Gewalt‹ im Staat (Institut der Deutschen Wirtschaft) zu werden. Und angesichts einer Million Arbeitsloser kursiert ein für die Bürgerinitiativen geradezu tödlicher Vorwurf: Sie seien die ›Arbeitsplatzkiller‹ der Nation . . . die meisten Bürgerinitiativen (sind) heute nichts weiter als ›Projektverhinderungsgesellschaften‹.«[15]

Oder, in der FAZ:

»Das Ganze ist, um es geradeheraus zu sagen, zu einer Landplage geworden. Freilich, wenn profitgierige Unternehmer oder reaktionäre Politiker dieses konstatierten oder gar Widerspruch einlegten, dann wurde ihnen unter allgemeinem Beifall und freundlicher Assistenz der Gerichte eins draufgegeben. Jetzt aber meldet sich ein Gegner aus anderem Holze zu Wort . . .: die Gewerkschaften . . . Der organisierte Umweltschutz-Klamauk hat seine besten Zeiten hinter sich. Denn der neue Gegner, der da antritt, versteht keinen Spaß.«[16]

Diese Anfeindungen zeigen, daß die Bürgerinitiativen *einer* Gefahr nicht erlegen sind. Der Gefahr nämlich, die ihnen noch vor 2 bis 3 Jahren von ihren Kritikern prophezeit wurde:
– sie werden lautlos zugrundegehen an der tödlichen Umarmung der planenden Verwaltungen[17];
– sie werden nur dazu herhalten müssen, die Legitimationsdefizite der Administration decken zu helfen;
– sie werden einer Beteiligungsillusion aufsitzen;
– sie hätten einerseits nur ›Feuerschutz‹ für längst beschlossenes Verwaltungshandeln zu gewähren;
– sie wären andererseits ein hochwillkommenes ›Frühwarnsystem‹, das die Entscheidungsinstanzen rechtzeitig auf mögliche Unruheherde aufmerksam machen und so einen wertvollen Beitrag zur Sicherung von Massenloyalität liefern könnte.
All dies wurde den Bürgerinitiativen vorausgesagt, es sei denn, sie würden sich *radikale* Ziele setzen, die innerhalb unseres Systems nicht mehr befriedigt werden könnten. Aber die Prognosen haben sich nicht bestätigt. Ich behaupte sogar – und will das nachfolgend auch begründen –, daß es zu den Erfolgsbedingungen der Bürgerinitiativen gehört hat, daß sie *keine* »radikalen« Ziele verfolgt haben.

»Es gibt . . . eine große Gruppe von Bürgerinitiativen, die auch ängstlichen Anhängern der repräsentativen Demokratie keine Sorge bereiten dürften: Es sind die Organisationen der sozialen Selbsthilfe . . . Natürlich fallen auch diese Initiativen den etablierten Institutionen hie und da auf die Nerven – durch Hartnäckigkeit oder Sachverstand, manchmal auch durch

Gruppenegoismus und Unbelehrbarkeit. Insgesamt aber sind sie ebenso notwendig wie hilfreich . . . Wo Bürgerinitiativen . . . Aufgaben, die vom Staat weder vollständig gelöst werden könnten noch sollten, aufgreifen, kann man ihnen eigentlich nur dankbar sein.«[18]

Wieweit Bürgerinitiativen zur Gegenmacht taugen, hängt, so meine ich, von zwei wichtigen Grundentscheidungen ab:
– von der Art ihrer Ziele; dabei sind beileibe nicht alle für integriert gehaltenen Selbsthilfeorganisationen untauglich zur Gegenmacht;
– von ihrer Einstellung zur Gewalt; dabei spielt Gewaltbereitschaft, die auf keinen Fall mit radikaler Zielsetzung zu verwechseln ist, den bürokratischen Vereinnahmungstendenzen auf eigene Art in die Hände. Sie verringert den Legitimationszwang der Verwaltung und erleichtert so die Rechtfertigung von weitausholenden Gegenmaßnahmen gegen *alle* fundamentaldemokratischen Ansprüche. Sie verhindert darüber hinaus einen breiten Konsens in der Öffentlichkeit.
Fragen wir also nach den Entstehungs- und nach den Erfolgsbedingungen von Bürgerinitiativen.

Der schöne Schein der Ruhe und sein häßlicher Preis

»Der Hunger und das Elend in der Welt lassen mich schlafen.«
(Marie Luise Kaschnitz)

Die erste Voraussetzung für den ›gehandelten Protest‹ ist, daß Menschen durch irgend etwas um den Schlaf gebracht werden. Der papierne, ohnmächtige Protest mag noch ohne Schlaflosigkeit auskommen. Der andere bedarf der Entschlossenheit, Unzufriedenheit unzensiert zuzulassen, und das ist in der Lebensgeschichte fast eines jeden schon beinah eine kopernikanische Wende. Zensierte Unzufriedenheit ist eine solche, mit der ich gerade noch umgehen kann, ohne mein Leben durchgreifend zu ändern. Das ist dann die Verdoppelung der Kriseneindämmung ›von oben‹ in der Selbstzensur; das ist der subjektive Beitrag zur Sicherung der Massenloyalität. Solche Selbstzensur dient der Lebensbewältigung auf doppelte Weise: Sie dient der Leidabwehr: Wenn ich schon nichts ändern kann an meinen Lebensumständen, dann werde ich mich mit ihnen versöhnen. Und so leugne ich dann
– mein Bedürfnis nach dem anderen Menschen und sage: »Am liebsten habe ich meine Ruhe.«
– mein Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit und sage: »Hauptsache Geld verdienen, das zählt. Vor allem das.«
– mein Bedürfnis nach Beteiligung und sage allenfalls: »Irgendwas mach ich mal, irgendwann . . .«
– mein Bedürfnis nach moralischer Aktivität und sage: »Jeder ist sich selbst der Nächste, und das Hemd sitzt einem näher als der Rock.«[19]

Die Selbstzensur dient aber auch der Aufrechterhaltung des schönen Scheins. So gaben etwa die Hälfte der in einer Untersuchung über Arbeitslosigkeit Befragten an, daß es ihnen schwer falle, die Arbeitslosigkeit gegenüber Freunden und Bekannten zuzugeben.[20] Zum Beispiel die Familie K.:

Herr K. hat sich als gelernter Friseur zum Einkäufer in einer Chemiefirma hochgearbeitet, gilt als Spezialist für Kunststoffe und erhält für seine Arbeit einen Barnettobetrag von durchschnittlich 3100 DM monatlich. Als er arbeitslos wird, bricht über die Familie die Katastrophe herein. Frau K. schärft den beiden Töchtern ein, in der Schule anzugeben, der Vater habe Sonderurlaub wegen Kreislaufbeschwerden. Als sie schließlich keinen anderen Ausweg mehr sehen, als daß Herr K. sich in seinem gelernten Beruf als Friseur umsieht, fordert Frau K. von ihrem Mann, »wenn er als Friseur arbeite, müsse er erstens eine Stellung ›außerhalb‹ annehmen, wo ihn niemand kenne, und zweitens müsse er das Auto zum Fortfahren und Heimkehren benutzen, ›. . . und wenn du es an der nächsten Omnibushaltestelle stehen läßt . . . Man kennt uns doch . . . Was sollen die Leute hier sagen.‹«[21]

Offenbar ist für viele der Widerspruch gut miteinander vereinbar, sich einerseits die Schuld an der Arbeitslosigkeit nicht selbst zuzurechnen (das tun nur noch 17% der Arbeitslosen) und andererseits gleichwohl so zu handeln, als sei man an ihr schuld. Der Glaube, daß bei uns jeder nach seiner Façon selig werden könne, sitzt wohl tiefer, als wir uns eingestehen. Diesem Glauben zufolge verschweigt man die Unzufriedenheit besser, denn sie signalisiert Scheitern in eigener Verantwortung. Wenn jeder seines Glückes Schmied ist, dann versteht der Unglückliche eben sein Handwerk schlecht.

Wir haben also allen Grund, der Zufriedenheit zu mißtrauen.

Aber auch die Unzufriedenheit ist nicht allemal Produktivkraft für den Protest. Nicht nur, daß die Betroffenen alle die Mißstände mit ihrer Unzufriedenheit verschonen müssen, von denen sie argwöhnen, sie könnten in die eigene Verantwortlichkeit fallen. Sie sind auch da zur Zufriedenheit oder wenigstens zur Gleichgültigkeit verurteilt, wo sie gegen die Verhältnisse machtlos sind oder zu sein glauben. Was als Unzufriedenheit sich meldet und in demoskopischen Untersuchungen seinen Niederschlag findet, ist darum oft zugleich uneigentliche und wehrlose Unzufriedenheit. Denn die ungekonnte hilflose Unzufriedenheit hält niemand lange aus. Ihr auf kürzestem Weg ein Ende zu setzen, ist beinahe jedes Mittel recht:

– Aggression gegen sich selbst. Man gibt, wie berechtigt sie immer sein mögen, die unerfüllbaren Ansprüche auf und übt sich im Verzicht, in, allerdings pervertierter, Selbstbegrenzung. »Zufriedenheit kann durch Vermehrung der Ressourcen . . . entstehen oder durch ein geringeres Bedürfnisniveau.«[22]

– Der Griff nach Ersatzbefriedigungen. Auch sie sind ja ein Stück Selbstaggression.

– Aggressionen gegen andere; die Suche nach Sündenböcken.

– Identifikation mit dem Aggressor. Da werden absurde Koalitionen begründet, bei denen der Feind als Gönner erscheint und der Freund als Rivale. Solche selbstzerstörerischen Bündnisse hat es in den Konzentrationslagern gegeben.
Angst und *ungekonnte Unzufriedenheit* liegen nahe beieinander. ». . . und lange bevor man über Faschismus spricht, und nicht nur über den potentiellen, auch den historischen, muß man wissen, daß Angst eine der Ursachen des Faschismus ist.«[23] Zur Angst und zur ungekonnten Unzufriedenheit gehören Egozentrismus, rücksichtsloser Konkurrenzkampf um die knappen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung, kurzatmige und unkomplexe und also unangemessene Lösungsversuche[24]; oder auch die resignierte Unterwerfung: »In Kiel hat ein Krankenpfleger drei Morde vorgetäuscht, um sich den Anforderungen des Lebens zu entziehen und im Gefängnis Ruhe zu finden.«[25]

Nein gegen die Ohnmacht

»Wissend-konkrete Hoffnung also bricht subjektiv am stärksten in die Furcht ein, leitet objektiv am tüchtigsten auf die ursächliche Abschaffung der Furcht-Inhalte. Mit der kundigen Unzufriedenheit zusammen, die zur Hoffnung gehört, weil sie beide aus dem Nein zum Mangel entspringen.« (E. Bloch)

»Wir wollen nicht abwarten, bis die Gegenseite vollendete Tatsachen des Todes geschaffen hat, wir wollen selbst vollendete Tatsachen des Lebens schaffen.« (Aufruf: »Gorleben soll leben«).

Nein zum Mangel sagen kann nur, wer einen Ausweg weiß. Mehr noch: nur wer irgendein Mittel gegen ihn in der Hand hat, kann den Mangel überhaupt beim Namen nennen. Betroffenheit kann sich nur leisten, wem guter Rat nicht unerschwinglich ist. Denn zur Betroffenheit gehört beides, die Mangelerfahrung und die Bereitschaft zur Gegenwehr. Ohne das letzte gibt es wohl Opfer, aber keine Betroffenen. Kurz: Zur Produktivkraft für die Durchsetzung von Lebensinteressen wird die Mangelerfahrung, die enttäuschte Erwartung nur, wenn zugleich Kompetenz verfügbar ist – oder wenigstens Zutrauen in die eigene Fähigkeit, gegen Mißstände etwas auszurichten. Aber daran fehlt es eben. Denn gerade die Enteignung der Kompetenzen gehört zu den Verelendungserscheinungen mitten im Überfluß. Die wachsende Komplexität der Probleme auf der einen Seite und die immer feinsinnigere Parzellierung der Tätigkeiten auf der anderen Seite machen, daß dem Einzelnen im Angesicht der zur Lösung anstehenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben das, was er selbst vermag, so minimal, so unzureichend, so unbedingt nichtig erscheinen muß, daß ersichtlich nur zu sagen übrig bleibt: »Der Hunger und das Elend in der Welt lassen mich schlafen.«
Wie die Kompetenzen zerstört sind, so sind auch die Beziehungen der

Menschen untereinander derart zerstückelt, daß sie sich nur noch als Funktionsträger begegnen, nicht als ganze Menschen. Dieser Verlust bedingt ein strukturelles Desinteresse aneinander und die Degradierung von Menschen zu Mitteln; für Zwecke, die außerhalb ihrer selbst liegen. Denn das Bedürfnis nach dem anderen Menschen kann ja nur dem ganzen Menschen gelten, nicht seiner Funktionstüchtigkeit. An die Stelle dieses höchsten Bedürfnisses des Menschen (K. Marx) tritt das Interesse am Beherrschen, an die Stelle des gleichen Austausches tritt die Sucht nach Aneignung, an die Stelle von »Verlaß und Freundlichkeit« (H. v. Hentig) treten das Mißtrauen und die Isolation.

Anfänger. Bitte Vorsicht!

Woher aber dann den Mut und die Kraft nehmen?
– Wenn die Entbehrung und der Mangel *allein* entmutigen und kraftlos machen (das absolute Elend sowieso, aber auch das relative),
– wenn man den eigenen Fähigkeiten nicht über den Weg trauen mag,
– wenn die Beziehungen so verstümmelt sind, daß niemand mit den Talenten der anderen rechnen kann,
– wenn als gemeinsames Interesse nur noch die Addition der Handgriffe gilt:
Wo ist dann der soziale Ort für ein so tollkühnes Unterfangen: »Möglichkeiten zu entwickeln, die die Welt versagt. Ziele zu setzen, die die Welt verneint, Haltungen zu bestärken, die die Welt bestraft . . .« (H. v. Hentig). Genau das aber meint: Gegenmacht bilden.
Wenn die Beschädigung der Menschen total wäre, die Mutlosigkeit, die Kraftlosigkeit, die Kompetenzlosigkeit und die Beziehungslosigkeit und bei alledem noch die blind entschlossene Zufriedenheit, dann gäbe es keine Bürgerinitiativen, denn dann gäbe es keine ›Anfänger‹. (Anfänger zunächst in dem emphatischen Sinn, daß da Leute sind, die einen Anfang machen): Solche, die durch Unrecht, Enttäuschung, Elend, Bedrohung sich wohl empören, aber nicht paralysieren lassen und denen die Sorge die soziale Phantasie nicht stumm macht, sondern gerade herausfordert. Die Sorgen jedoch, die die Menschen bei uns zu Anfängern des Protestes werden lassen, sind aber in aller Regel nicht Sorgen um den Hunger und das Elend in der Welt, sondern Sorgen um den nächsten Tag, um den unmittelbaren Nahbereich, um den eigenen Alltag. Mitnichten also »radikale« Ziele, sondern Störungen und Bedrohungen des Alltags, auf die ich reagieren kann, ohne gleich das ganze Leben umkrempeln, ohne gleich alles, was bisher Gültigkeit hatte, in Frage stellen zu müssen. Der Protest richtet sich zunächst nur gegen das eine: das gewohnheitsmäßige, stillschweigende Erdulden *aller* Zumutungen. Dies zu verkennen, daran sind die Studenten in der Protest-

bewegung der späten 60er Jahre gescheitert: daran, daß sie meinten, erst müßten sich die Menschen radikal bekehren, ehe sie dann ans Handeln gehen könnten, weil nur der ›neue Mensch‹ das Richtige wollen könne. In den Bürgerinitiativen geht es oft umgekehrt zu. Da handeln die Betroffenen und machen Erfahrungen, die Schritt um Schritt auch die Menschen verändern. Auch in diesem Sinne also sind die Anfänger Anfänger, daß sie klein anfangen. Dabei kann es durchaus passieren, daß ihnen der Anfang *zu* klein gerät. So wollte eine Initiative von einigen Hausfrauen und Arbeitern im Rotterdamer citynahen ›Oude Westen‹ den Kampf gegen den menschenunwürdigen baulichen Zustand des alten Arbeiterviertels aufnehmen; gegen die Rattenplage, gegen die Spielplatznot, gegen die völlig unzureichende Ausstattung der Häuser mit sanitären Anlagen; sie wollten die Straßen entrümpelt und neu gepflastert und die Kanalisation modernisiert sehen. Doch während sie für diese Ziele eine Menge Mitbürger gewannen, während sie in ernsten Auseinandersetzungen den administrativen Entscheidungsinstanzen kleine Zugeständnisse abrangen und diese als Erfolge feierten, fanden einige engagierte Journalisten heraus, daß ihr Viertel mit planerischem Vorbedacht der Verwahrlosung preisgegeben worden war. Lautlos sollte das Sterben des Viertels befördert werden, damit die Leute von selber gingen und nicht vertrieben werden müßten. Dann, nach 10 Jahren, sollte der gestorbene ›Oude Westen‹ saniert werden, und zwar so gründlich, daß nichts von ihm übrig blieb. Denn er war ausersehen als Banken-, Büro- und Einkaufsstadt. Auf einmal also hatten es die Frauen nicht mehr mit den Ratten und den Autowracks zu tun, sondern mit der Großraumplanung der Region für die nächsten 20, 30 Jahre. Damit war sowohl ihre Handlungskompetenz als auch ihre Protestmotivation überfordert, und sie zogen sich aus der Initiative zurück.

Tabelle der kleinen und großen Talente

Sowenig aber der ›neue Mensch‹, sowenig kann auch die komplette Information über ein Problem Voraussetzung für politisches Handeln sein. Zwar würde die komplette Information verhindern, daß die Anfänge zu klein geraten, aber zugleich, daß sie überhaupt geraten. Auch hierin liegt eine Fehleinschätzung vieler Konzepte z. B. der politischen Erwachsenenbildung, nach deren Auffassung mit der Bewußtseinsbildung bereits die ganze Arbeit getan ist. Wie kommen denn Menschen freiwillig ans Lernen? Doch nur, wenn sie von ihrem Alltag her ein Bedürfnis danach haben. In Bürgerinitiativen ist in der Tat eine Unmenge an Lernstoff bewältigt worden, aber dieses Lernen war kein Lernen vorab und an sich, sondern stets auf die nächsten Schritte der Praxis bezogen, so daß das Handeln das Lernen bestimmt und das Lernen umgekehrt das Handeln.

Aus dieser Dialektik von Handeln und Lernen *können* alle Aspekte des ›kleinen Anfangs‹ Schritt um Schritt, Rückschritte eingeschlossen, zu einem Stück wirklicher Gegenmacht zusammenwachsen: die Bedürfnisse und die Erfahrungen, das Wissen und die Fähigkeiten, die Ängste und das Miteinander-Umgehen. Idealtypisch fasse ich diese mögliche, aber auch schon stattgehabte Entwicklung in der folgenden Tabelle zusammen:

Elemente des Lern- und Handlungszusammenhanges	Stadien der Entwicklung
Erfahrung erweitert sich	Von der unmittelbaren Nahbereichs-/Alltagserfahrung, die Abbild der Realität ist, zur Gewinnung von Gegenerfahrung und Einsicht in makrostrukturelle Zusammenhänge.
Bedürfnisse verändern sich	Von egozentrischer Partikularität zur Verallgemeinerungsfähigkeit; im Verfolg des Sachziels: Entwicklung ›eigentlich menschlicher Bedürfnisse‹ – sinnvolle Tätigkeit, Bedürfnis nach dem andern Menschen, Beteiligung, Selbstverwirklichung, moralische Aktivität.
Informationsbedarf steigert sich	Von geringer zu hoher Komplexität; von solcher Information, die man sich von außen beschafft, zu solcher, die man selber für andere macht.
Konfliktreichweite und -intensität wird erhöht	Von vorsichtigem, punktuellem Ungehorsam zur Ausdehnung des Konflikts auf immer weitere Bereiche; Eskalation der Mittel des gewaltfreien Widerstandes.[16]
Eigenkompetenz wird ausgedehnt	Immer neue Arbeitsbereiche werden von den beteiligten Bürgern erschlossen; die Lerninitiatoren werden zunehmend überflüssig gemacht; das Prinzip der stellvertretenden Interessenwahrnehmung wird abgelöst durch die autonome Interessenvertretung.
Heterogenität der Aktionseinheit wird verstärkt zugelassen	Vom Bedürfnis, unter sich zu bleiben, zum Bedürfnis nach Einbeziehung vielfältiger Kompetenz von draußen, nachdem die Gefahr der Überfremdung aufgrund der Gruppenidentität der Akteure verringert ist.
Angst wird abgebaut	Vom angstvollen Vermeiden des Risikos zur Risikobereitschaft.
Partizipation verändert sich	Von der passiven Partizipation des Zuhörens und Zustimmens zur aktiven Partizipation der Eigenverantwortung, des Impulsgebens, der Kritik; von geringer zu hoher Komplexität in der Aufgabenstellung.
Kommunikative Kompetenz wird erhöht	Vom Mißtrauen gegenüber den gleichermaßen Betroffenen zum Vertrauen; vom Schweigen zum Sprechen; vom Rückzug in die Privatheit über öffentliches Engagement in der Handlungsge-

	meinschaft zur Vermittlung an die breite Öffentlichkeit draußen (= Ingebrauchnahme von öffentlichen Medien).
Prinzip der Konsensbildung wird durchgesetzt	Von der Niederstimmung von Minderheiten zur Herstellung eines von allen getragenen Konsenses (und für alle tragbaren Konsenses); Vermeidung von Überforderung.

Rehabilitation der Nichtigkeiten

Um der Gefahr entgegenzuwirken, daß das Handlungskonzept
– wegen des Zeitdrucks,
– wegen der ständig wachsenden Fülle von Problemfaktoren,
– wegen der immer komplizierter werdenden Informationserfordernisse,
– wegen des zahlenmäßigen Wachstums und des erhöhten Organisierungsgrades,
– wegen des Verlustes an Anschaulichkeit,
– wegen des gesteigerten Konfliktrisikos,
– wegen des Verlustes an direkter Einflußnahme eines jeden an allen Entscheidungen
den Beteiligten über den Kopf wächst, ihre Beteiligungsmotivation und -kompetenz überfordert und alte Ängste neu belebt, bedarf es in jedem Stadium neu der Herstellung eines differenzierten Handlungsfeldes, in dem jeder, der guten Willens ist, seinen Ort finden kann. Das erste Handlungsfeld wird entworfen und zur Verfügung gestellt von den ›Anfängern‹. Es muß ständig revidiert werden – denn auch darin sollten die Anfänger Anfänger sein können, daß sie ihre Funktion abgeben und sich selbst überflüssig machen – nach Maßgabe der sachlichen Notwendigkeit und der Bedürfnisse der Beteiligten. Wo eines das andere auf Dauer dominiert, ist das Scheitern kaum abwendbar. Es kommt darauf an, daß sich möglichst viele, und sei es nur mit einem vielleicht kläglichen Beitrag, in das Handlungsfeld einfügen können. Was objektiv kläglich sein mag, eine Unterschrift unter einen Aufruf beispielsweise, ist für den, der sie leistet, vielleicht lebensgeschichtlich ein bedeutsamer Schritt: die Abkehr vom gut trainierten ›Ohne-mich‹ und die Hinwendung zur vorsichtigen Einmischung. Die eben noch in ihrer Vereinzelung ganz und gar nichtig scheinende eigene Kompetenz erhält auf einmal einen eigenen Glanz, den der *Nützlichkeit*.
Ein auf ein gemeinsames Ziel hin entworfenes Handlungsfeld gibt alltäglichen, gewohnten Verrichtungen, Tätigkeiten, Kenntnissen, Sorgen eine neue, nicht-alltägliche Deutung und Gewichtigkeit:
Die alltägliche Sorge der Frauen von Wyhl um ihre Kinder macht die Frauen im Kampf gegen das Kernkraftwerk zu Anwärtern der Zukunft und

verleiht ihnen damit nicht zuletzt eine überwältigende moralische Überlegenheit über die kurzatmigen, am 4-Jahres-Rhythmus orientierten Politiker-Interessen und erst recht über die augenblicksorientierten Profitinteressen der Energieindustrie.
Die Bereitschaft der Bürger aus dem Arbeiterviertel Flöz-Dickebank im Ruhrgebiet, sich ein paar Nachtstunden um die Ohren zu schlagen, um die Wasserleitungen in den schon zugemauerten, aber noch nicht zum Abbruch freigegebenen Häusern gegen klirrenden Frost zu schützen, bewahrt nicht nur die Häuser vor dem Zugriff einer fehlplanenden Verwaltung und einer gewinnplanenden Wohnungsbaugesellschaft. Sie rettet ein Stück Tradition, ein Stück intakter sozialer Lebenswelt vor sinnloser Zerstörung und hält auf diese Weise ein Stück kritischer Erinnerung daran im Umlauf, daß es zu den Städten, in denen heute ihre Bewohner krank, einsam, heimatlos und unglücklich werden, Alternativen gibt.
Wo mit Hammer, Nagel und Säge ein *Freundschafts*haus gebaut wird, wo Bäume gepflanzt werden, um Zeichen des Lebens zu setzen, wo Lieder gesungen werden, um den Mut und die Kraft zu bestärken, da wird die Banalität der Alltäglichkeit aufgehoben. Auch lassen sich die verschiedenen Formen des Dabeiseins kaum mehr nach Wichtigkeiten aufrechnen. Das wissenschaftliche Gutachten ist nicht wichtiger als die Sorge für die praktischen Erfordernisse auf dem besetzten Platz; die Kenntnis des Verwaltungsrechts ist nicht wichtiger als das Flugblätter-Schreiben, -Drucken und -Verteilen; die zündende Rede auf der Großkundgebung ist nicht wichtiger als das zähe Durchhalten im Kleinen.
Wichtig ist lediglich, die Zergliederung der Gesamtaufgabe nicht so weit zu treiben, daß sich die Teilziele verselbständigen und nicht mehr zum Gesamtbild zusammenfügen lassen. Nur die Transparenz des Ganzen konstituiert die Sinnerfahrung und hilft verhindern, daß die Einzeltätigkeit wieder in eine neue destruktive Arbeitsteilung einmündet, in der die Beteiligten von der Verantwortung und der Entscheidung wie eh und je entfernt sind. Nur dann läßt sich eine *funktionale Aufgabenteilung* gegen alle Tendenzen zur Hierarchisierung wirklich durchhalten. Nur der Zusammenhang der Tätigkeit in der Gemeinschaft der Beteiligten erlaubt die Hoffnung, daß die Erfahrung der Nützlichkeit eine *Gegenerfahrung* wird, eine politische Kraft, die sich nicht so schnell zufriedengibt.
Der Aufruf »Gorleben soll leben« bietet einen solchen Zusammenhang:

»›Gorleben soll leben‹, heißt die neue Devise. Wir wollen ernst machen mit der wichtigen Forderung, Energie zu sparen. Wir wollen zusammen mit alternativen Technologien auch soziale Alternativen entwickeln. Und wir wollen der radioaktiven Arbeitsbeschaffung der Atomindustrie entgegentreten, indem wir selbst Arbeitsplätze schaffen, punktuell und dezentralisiert, orientiert am Bedarf der örtlichen Bevölkerung:
– Energiegenossenschaften in kleinen, überschaubaren Einheiten (Betrieb, Gemeinde), die

einen Teil der Energie, die sie verbrauchen, auf schonende Weise selbst erzeugen (Biogas, Recycling, Nutzung von Müll und Abwärme);
– Baufirmen und Handwerksbetriebe, die neue ›sanfte‹ Technologien für den Hausgebrauch herstellen (Sonnenkollektoren, Wärmepumpen usw.);
– Landwirtschaftsbetriebe, die sich auf biologischen Anbau spezialisieren (ohne traditionelle Anbauweisen zu verketzern) und neue Formen gesunder Ernährung entwickeln;
– Kindergärten und Kinderdörfer, in denen Gesunde und Behinderte gemeinsam aufwachsen und den Umgang miteinander lernen;
– neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung: gesunde Ferien, die den Alltagsstreß nicht durch den Urlaubsstreß ersetzen; Gesundheit nicht als mechanisches Trimm-dich-Produkt, sondern als Ausdruck körperlich seelischen Wohlbefindens;
– mobile Kulturzentren nach dem Vorbild der Volkshochschule Wyhler Wald, in denen nicht nur Argumente gegen Atomanlagen vermittelt werden, sondern auch wissenschaftliche und künstlerische Kenntnisse und Interessen.
. . . Durch sinnvolle Nutzung von Sonne, Wind und Wasser soll der verbrannte Wald von Gorleben zu einem Modell des neuen Lebens umgestaltet werden . . . Jeder einzelne kann mithelfen, indem er seine Ferien in unserm Landkreis verbringt, mit der Bevölkerung hier und zu Hause über die Gefahren der Wiederaufbereitungsanlage spricht, auf dem Baugelände Bäume pflanzt oder einfach nur Geld spendet.«[17]

Die Leute, die dieses Handlungsfeld entworfen haben, sind auch in einer anderen Hinsicht der Gefahr entgangen, zu wenig zu wollen und einen zu kleinen Anfang zu machen: Sie sagen nicht mehr nur Nein zum Mangel, sie lesen die Ziele ihres Kampfes nicht mehr nur ›von den Lippen ihrer Gegner‹ ab (Peter Schneider), sie haben vielmehr auch Einigkeit darüber gewonnen, *wie* sie Ja zur Zukunft sagen wollen. Oft zerbrechen Initiativen, wenn die Einigkeit in der Negation nicht mehr ausreicht, am Dissens über die Konstruktion des Neuen.

Gefährliche Bedürfnisse

»Schlage vor, was man auch durchführen kann, ruft man mir unaufhörlich zu. Das ist, als ob man mir sagte: Schlage das zu tun vor, was man zur Zeit tut, oder zum mindesten: Schlage etwas Gutes vor, das sich mit dem gebräuchlichen Schlechten verbinden läßt.« (J.-J. Rousseau, Vorwort zu »Emil oder Über die Erziehung«)

Anders als das Lernen in der Schule ist das Lernen der Erwachsenen auf Freiwilligkeit gegründet. Alles Lernen im Erwachsenenalter muß darum strikt auf die Bedürfnisse der Lernsubjekte bezogen sein, weil sie sich sonst gegen das Lernen entscheiden werden. Das hat aber unvermeidlich zur Folge, daß jeder Lernvorschlag ›sich mit dem gebräuchlichen Schlechten verbindet‹. Denn die Bedürfnisse sind keine Fiktionen oberhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse. Insofern Bedürfnisse gelernt sind, sind sie in doppelter Weise Abbild der Realität:
– Zum Bedürfnis kann nur werden, wovon ich auf irgendeine Weise eine Erfahrung gewonnen habe, was also in meiner Wirklichkeit irgendwo vorkommt.

– Zum Bedürfnis wird nur, was absehbar die Chance hat, befriedigt zu werden.

Darum ist die ›Bedürfnislosigkeit‹ der Benachteiligten vielleicht die elendeste Form der Benachteiligung. Ihre Bedürfnislosigkeit rührt daher, daß sie weniger Lebensmöglichkeit in Erfahrung bringen können, und sie führt dahin, daß sie sich mehr Lebensmöglichkeit nicht werden erstreiten können. Wenn aber die Realität die Bedürfnisse bestimmt und die Bedürfnisse wiederum die Realität bestätigen, wo ist dann der Ausweg aus diesem Teufelskreis? Es gibt zwei Sorten von Bedürfnissen. Solche, die über die vorgefundene gesellschaftliche Wirklichkeit hinausweisen können, und solche, die zur Gänze in ihr aufgehen. Es gibt heute zunehmend mehr Bedürfnisse, die sich dem herrschenden Muster, durch individuellen sozialen Aufstieg die private Kaufkraft und also auch das Niveau der Bedürfnisbefriedigung zu erhöhen, entziehen.

Auf den Verlust des Arbeitsplatzes kann ich noch privat reagieren: ich kann mich einschränken und ›Hering und Weißkäse‹ essen; ich kann mich in den Institutionen der Erwachsenenbildung beruflich fortbilden lassen in der Hoffnung, daß ich dann durch Höherqualifikation auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig werde und meine Rivalen aus dem Felde schlage. Diese Lösungsversuche bleiben gefesselt an die Wirklichkeit, so wie sie ist, also an die Entfremdung. Der Mensch bleibt des Menschen Wolf.

Saubere Luft und reines Wasser aber, Sicherheit vor atomarer Zerstörung, sei es durch Kernkraftwerke oder Neutronenbombe, Städte, die bewohnbar sind, lassen sich nicht mehr privat und in Konkurrenz, sondern nur noch gemeinsam mit andern erkämpfen. Diese Lebensinteressen sind auf dreifache Weise gefährliche Bedürfnisse, Bedürfnisse gegen den Strich:

– In ihnen melden sich Sehnsüchte nach Lebens*qualität*. Darin findet die irrige Hoffnung ihr Ende, die Erfüllung des Lebens ließe sich durch Immer-mehr-Haben einholen. Das stellt viel geltende Übereinkunft über Wachstum und Fortschritt und Kapitalismus in Frage.

– Ihnen wohnt ein gewisser Zwang zu gemeinsamem Handeln und zur Sozialität inne. Es könnte immerhin sein, daß bei solchem – um der Sache willen – gemeinsamen Handeln soziale Erfahrungen gemacht werden, die ein selbständiges ›Bedürfnis nach dem andern Menschen‹ begründen. Das stellt dann viel geltende Übereinkunft über Konkurrenz, Leistung und falsch verstandene Individualität in Frage.

– Wenn sich im Verfolg des gemeinsamen Ziels ›Anders leben‹ die Erfahrung der Nützlichkeit einstellt und dabei sinnvolles Tun zu einem eigenen Bedürfnis wird, dann stellt das viel gängige Praxis in Frage, in der den Menschen verweigert wird, Produzenten ihrer Lebensumstände zu sein.

Radikale Ziele

Vor falsch verstandener Radikalität wurde gewarnt. Die eben beschriebenen Bedürfnisse jedoch streben Zielen zu, die radikal sind: radikal im besten Wortsinn. Denn in ihnen sind Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten verborten, die sie zu verallgemeinerungsfähigen, eigentlich menschlichen Bedürfnissen machen können, auch wenn, wie ich gezeigt habe, sie einen partikularistischen Anfang nehmen. Ihre Vollendung aber ist nur gegen das System des Kapitalismus denkbar. »Kein KKW in Wyhl« hieß zu Anfang die Parole. Aber es dauerte nicht lange, bis sich das Ziel änderte und aus seiner regionalen Begrenzung heraustrat: »Kein KKW in Wyhl und auch nicht anderswo!«

Die Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative mitzumachen, hängt aber nicht nur von den Bedürfnissen ab, sondern auch von den *Erfolgen*. Mißerfolge auf Dauer, mehr Rückschläge als Zugewinne, können sich Bürgerinitiativen nicht erlauben. Das heißt: sie müssen lernen, ihre Erfolgschancen zu kalkulieren, und sie müssen sich befähigen, Mißerfolge durch Teilerfolge zu kompensieren. Aber auch hierbei kommt alles darauf an, Fernziele und Nahziele des Protestes in der Waage zu halten und den Zusammenhang zwischen Bedürfnisorientierung und Sachzielorientierung nicht aus dem Blick zu verlieren:

»Wenn die Nahziele nicht Momente des Sozialismus enthalten, sich von den Fernzielen her bestimmen, reparieren sie das Bestehende. Umgekehrt verwandeln sich die Fernziele in leere Forderungen, wenn sie nicht mit aktuell politischen Nahzielen verknüpft werden können.«[28]

Bürgerinitiativen müssen darum, auch um weniger mißerfolgsabhängig zu sein, auf drei Ebenen kämpfen:

– auf der Ebene des konkreten Ziels mit all seinen Verästelungen (Sachziel);
– auf der Ebene der eigenen Sozialisation. Das ist der Kampf gegen die Deformation des Denkens, Wollens und Handelns in den eigenen Reihen (neue Sozialisation);
– auf der Ebene der Beteiligung der breiten Öffentlichkeit draußen (Veränderung des politischen Klimas).

Auf allen drei Ebenen können sie Erfolge und Mißerfolge haben. Die Verfehlung des Sachzieles muß noch nicht totales Scheitern anzeigen. Umgekehrt können Bürgerinitiativen trotz eines Sieges in der Sache ihre eigene Lerngeschichte verfehlen; oder die Lerngeschichte der Öffentlichkeit.

1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. September 1976.
2 R. Dahrendorf, »Wanken die Fundamente unseres Staates?«, *Die Zeit*, 12. August 1977.
3 »Schuld sind die ›sogenannten Intellektuellen‹«, *Frankfurter Rundschau*, 12. September 1977; aber auch: »Friedensforscher grenzen sich nach links ab«, *Die Welt*, 31. August 1977.
4 Vgl. Werkkreis (Hg.), *Ihr aber tragt das Risiko. Reportagen aus der Arbeitswelt*, Reinbek 1970.
5 Vgl. G. Weber, »Die Neubürger«, in: H.-E. Bahr (Hg.), *Politisierung des Alltags*, Neuwied 1972.
6 Vgl. »Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel«, *stern*, 10. März 1977.
7 Vgl. »Wer älter ist stirbt ohnehin«, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 28. August 1977.
8 Vgl. *Fischer Almanach* 1977.
9 Vgl. »Ich bin ruhig, entspannt, warm und schwer«, *stern* 22/1975.
10 »Bundesbürger im ›inneren Exil‹«, *Frankfurter Rundschau (FR)*, 10. September 1977.
11 Ebenda.
12 »Schuld sind die ›sogenannten Intellektuellen‹«, *FR*, 12. September 1977.
13 »Macht entspringt der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln« (H. Ahrendt). »Das Grundphänomen der Macht ist nicht die Instrumentalisierung eines fremden Willens für eigene Zwecke (das ist vielmehr Kennzeichen der Gewalt), sondern die Formierung eines gemeinsamen Willens in einer auf Verständigung gerichteten Kommunikation.« J. Habermas, »Hannah Ahrendts Begriff der Macht«, in: *Merkur*, Oktober 1976, S. 947.
14 »Wenn Bürger sich erheben . . .«, *Die Zeit*, 11. März 1977.
15 »Gefährden Bürgerinitiativen zu viele Arbeitsplätze?«, *Stuttgarter Nachrichten*, 13. September 1977.
16 »Die Landplage«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. September 1976.
17 C. Offe, »Doppelstrategie der planenden Verwaltung«, in: H.-E. Bahr / R. Gronemeyer (Hg.), *Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit*, Darmstadt 1974. Ders., »Demokratische Legitimation der Planung« und »Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus«, in: ders., *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972.
18 »Anschlag auf die Parteien oder Ventil der Verdrossenheit?«, *Die Zeit*, 5. August 1977.
19 Vgl. dazu: A. Heller, »Theorie und Praxis: ihr Verhältnis zu den menschlichen Bedürfnissen«, in: G. Lukács u. a., *Individuum und Praxis*, Frankfurt 1975. Dies., *Theorie der Bedürfnisse bei Marx*, Berlin-West 1976.
20 Vgl. »Seelische Belastung ist größer als die finanziellen Sorgen«, *FR*, 10. September 1977.
21 »Jetzt muß ich meinem Mann beistehen«, *Frankfurter Rundschau*, 23. Februar 1974.
22 J. Galtung, »Eine strukturelle Theorie der Revolution«, in: M. Jänicke (Hg.), *Herrschaft und Krise*, Opladen 1973, S. 140.
23 H. Böll, »Die Angst der Deutschen und die Angst vor den Deutschen«, in: M. Krüger (Hg.), *Tintenfisch* 9, Berlin-West 1976, S. 14.
24 M. Gronemeyer, *Motivation und politisches Handeln. Grundkategorien politischer Psychologie*, Hamburg 1976, S. 64-74.
25 »Von einem der gern ins Gefängnis wollte«, *Deutsches Allg. Sonntagsblatt*, 10. Juli 1977.
26 H.-E. Bahr, »Konflikt und Versöhnung. Zur Dialektik von instrumenteller Protestgewalt und emanzipativem Ziel«, in: ders./R. Gronemeyer (Hg.), a.a.O., S. 34.
27 »Lieber die Wälder um Gorleben wieder aufforsten«, *FR*, 6. September 1977.
28 D. Horster / J. Perels, »Utopie und Klassenkampf, Ernst Bloch zum 90. Geburtstag«, *links*, Juli/August 1975.

fischer alternativ

Die neue Reihe des Fischer Taschenbuch Verlags. Monatlich ein Band.

Die Umweltdiskussion beweist es immer mehr: Wer Ökologie sagt, muß auch alternativ sagen. Zielsetzung von „fischer alternativ" ist es einer breiten Öffentlichkeit Informationen über alternative dezentralisierte Lebensformen in allen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft zu vermitteln.

Lewis Mumford
Mythos der Maschine
Kultur, Technik und Macht
4001/DM 14,80

Die umfassende Darstellung der Entdeckung und Entwicklung der Technik. Eine fundierte Studie des berühmten amerikanischen Historikers über die Entfesselung des Prinzips „Maschine".

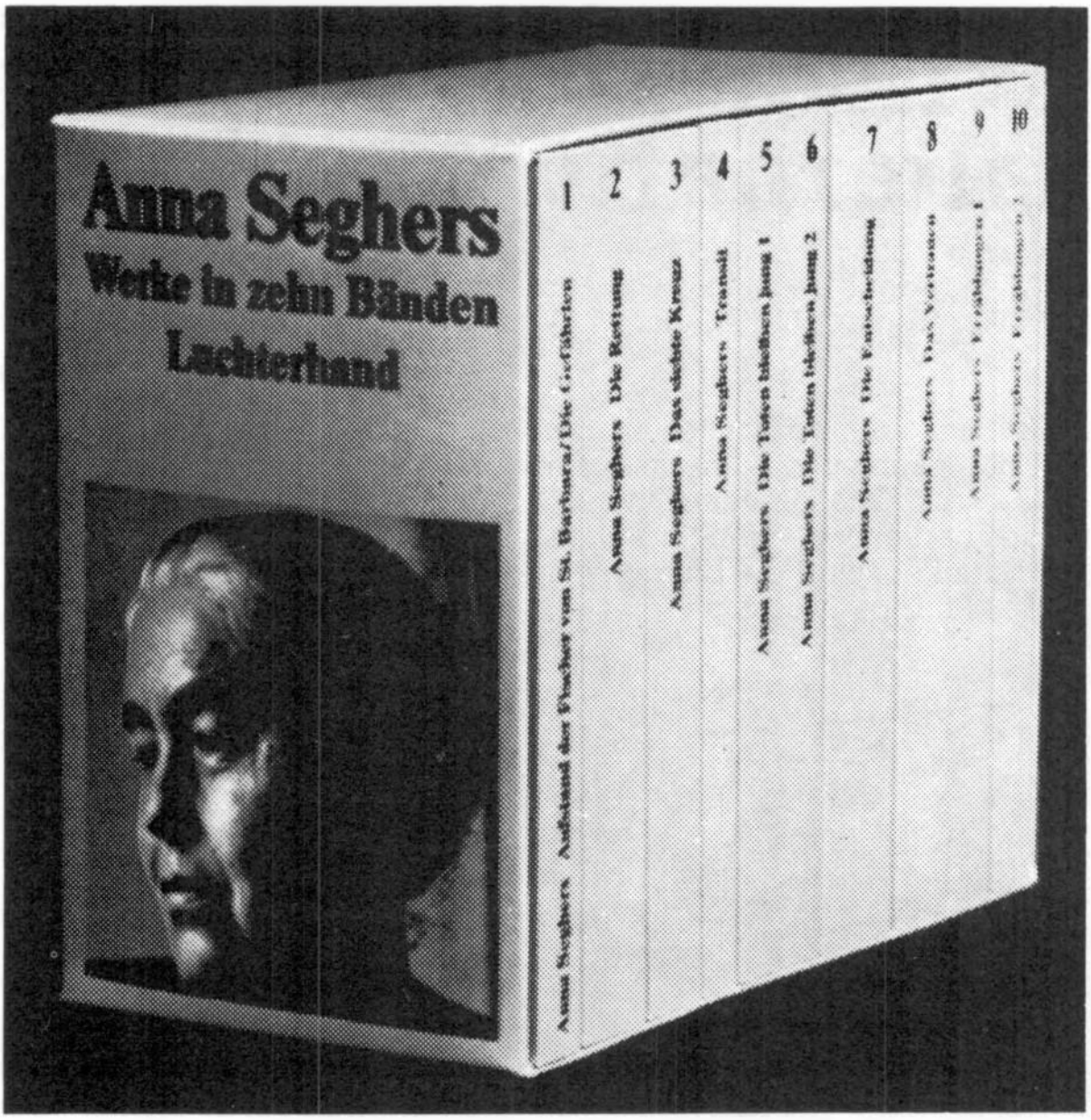
Anders leben – überleben
(Im Taschenbuch-Magazin „Brennpunkte")
4002/DM 7,80
(Dezember '77)

Helmut Swoboda
Der Kampf gegen die Zukunft
Ein Report über die Widerstände gegen das Verändern
4004/DM 7,80
(Januar '78)

Carl Amery/P. C. Mayer-Tasch/Klaus Meyer-Abich
Energiepolitik ohne Basis
4007/DM 5,80
(Februar '78)

Die tägliche Revolution
(Im Taschenbuch-Magazin „Brennpunkte")
4005/DM 7,80
(März '78)

Herbert Gruhl
Ein Planet wird geplündert
Die Schreckensbilanz unserer Politik
4006/DM 5,80
(April '78)



Broschiert in Kassette. Insgesamt 2.700 Seiten. Subskriptionspreis bis 31.12.1977 DM 120,–. Ab 1.1.1978 DM 150,–. Diese Ausgabe wird nur geschlossen abgegeben. ISBN 3-472-86444-3

„Bisher einzig dastehender Versuch, das Schicksal der Deutschen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in einem umfassenden epischen Werk darzustellen." Christa Wolf

Bd. 1: Aufstand der Fischer von St. Barbara/Die Gefährten / Bd. 2: Die Rettung / Bd. 3: Das siebte Kreuz / Bd. 4: Transit / Bd. 5: Die Toten bleiben jung (I) / Bd. 6: Die Toten bleiben jung (II) / Bd. 7: Die Entscheidung / Bd. 8: Das Vertrauen / Bd. 9: Erzählungen (I) / Bd. 10: Erzählungen (II)

Luchterhand

Lutz Mez
Bürgerprotest und Theorie

Thesen über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Bewegung

> »Ich habe bemerkt«, sagte Herr Keuner, »daß wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, daß wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst scheinen?« (Brecht)

Mißverständnisse

Bürgerinitiativen sind »eine neue Form *politischer* Selbstorganisation«[1] und ein »*politisches* Symptom«.[2] Auf diese Formel haben Politiker und Sozialwissenschaftler das Phänomen gebracht. Solcher Einhelligkeit zum Trotz stellt dieser Aufsatz die Frage: ist die Aktivität der Bürgerinitiativen, die gegen bestehende Strukturen und Entwicklungstendenzen in kapitalistischen Industriegesellschaften protestieren, Widerstand leisten und dabei emanzipatorische Ziele anstreben, nicht vielmehr ein *soziales* Phänomen, ein neuer Ausdruck der *sozialen*[3] Bewegung?
In der Beurteilung der politischen Bedeutung von Bürgerinitiativen lassen sich im wesentlichen zwei Positionen unterscheiden[4]:
– zum einen werden Bürgerinitiativen an ihrem Stellenwert als Transformationsfaktor gemessen, d. h. daran, inwieweit sie in der Lage sind, zu einer sozialistischen Transformation des Staates beizutragen;
– zum anderen wird mit dem Auftauchen basisdemokratischer Inseln, wie sie die Bürgerinitiativen sind, die Wiederbelebung der Demokratie von unten gefeiert.
Die politische Bedeutung der Bürgerinitiativen läßt sich aber nicht aus der Verallgemeinerung ihres empirischen Vorkommens schließen.[5] Denn die Durchsetzungschancen ihrer Ziele hängen mit der Konfliktursache bzw. dem Konfliktstoff eng zusammen. Diese Chancen steigen mit der Entfernung des Ziels von zentralen Stellen des Gesamtsystems, das heißt: sie sind am größten bei peripheren oder »Randgruppen«-Problemen. Und umgekehrt gilt: je zentraler der Konfliktgegenstand für das System ist, desto geringer sind die Erfolgsaussichten der Bürgerinitiative. Entsteht ein substantieller Konflikt mit den Interessen und Organisationen des politischen und sozialen Systems, so entscheiden Machtkategorien.
Damit wird deutlich, daß bei der Vielzahl der Organisations- und Aktionsformen von Bürgerinitiativen eine klare und handliche Definition kaum möglich ist. Sie ist für die Bürgerinitiativbewegung auch nicht sinnvoll, denn alle »Eingrenzungen« widersprechen von vornherein den beiden wesentlichen Triebkräften der Bewegung: ihrer Spontaneität und Flexibili-

tät. Mit anderen Worten: eine umfassende, allgemein gültige und anerkannte Definition des Begriffs Bürgerinitiative ist entbehrlich, obwohl es an Vorschlägen nicht fehlt.[6]
Wenn man von der Hypothese ausgeht, daß es sich bei den Bürgerinitiativen um einen neuen Ausdruck *sozialer* Bewegung handelt, so greifen alle Einschätzungen, die lediglich die politische Dimension betreffen, ohnehin zu kurz. Bei einer sozialen Bewegung sind die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung mehr als gleichgewichtig. Deshalb dürften eigentlich alle bisher vorliegenden Analysen des »Phänomens« als Fehleinschätzungen gelten.

Bürgerinitiativen als »Zweitorganisationen«?

Eine wesentliche Frage ist, welche Kampfformen und -organisationen unter den gegebenen Bedingungen in kapitalistischen Gesellschaften emanzipatorisch wirken und wie ein permanenter Umsetzungsprozeß zwischen theoretischer Erkenntnis und gesellschaftlich notwendiger Praxis stattfinden könnte. Ausgangsthese ist, daß eine mehr oder weniger zufällige Akkumulation von Initiativen dem Anspruch einer zielgerichteten und zielbewußten Systemüberwindung ebensowenig gerecht wird, wie die Nachahmung spezifisch historischer und somit gesellschaftlich bedingter und zeitlich begrenzter (und nur dadurch funktionsfähiger) Organisationsmodelle. Daraus läßt sich folgern, daß basisorientierte Initiativen zur Zeit realere Organisations- und Mobilisierungsfaktoren sind als enthistorisiert übertragene und dazu oft mißverstandene Parteikonzepte, wie sie insbesondere als Kopie des Leninschen Parteimodells en vogue sind.
Ein weiterer, wesentlicher Themenbereich ist die Mittel-Zweck-Beziehung zur Erreichung sozialistischer Zielvorstellungen. Der Stellenwert dieses Themas wird momentan durch den Terrorismus zusätzlich unterstrichen. Bei dem Ziel der Befreiung des Menschen von äußeren und irrationalen Zwängen wird der interne Lernprozeß sowie die Lernfähigkeit der Initiativen von der sozialen Funktion der Aktions- und Organisationsform beeinflußt, wenn nicht gar bestimmt, da das Mittel-Zweck-Verhältnis – Organisation und Revolution – gesellschaftlich bedingt ist. Schließlich scheinen in hochentwickelten Industriegesellschaften bereits Voraussetzungen gegeben zu sein, wonach der Verzicht auf die Anwendung physischer, bewaffneter und personaler Gewalt nicht länger nur erstrebenswert und erwünscht, sondern vielmehr entwicklungsbedingt notwendig ist.[7]
Es ist eine erkenntnistheoretische Binsenweisheit, daß eine Strategie der Veränderung eine reale Erkenntnis der Wirklichkeit voraussetzt. Diese Realanalyse beinhaltet die Erkenntnis der objektiven Bewegungen, der

Entwicklungstendenzen, der Gesellschaftsstruktur und des sich vollziehenden Wandels, der vorhandenen Bewußtseinsformen und ihrer Verankerung, der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung, der eigenen Position und der Möglichkeiten des handelnden Subjekts.
Diese Analyse ist unabdingbar, um nicht aus Verständnislosigkeit für diese Tendenzen einer unrealistischen Praxis zu verfallen. Ebenso notwendig müssen vor »Abschluß« der Realanalyse handlungsorientiert Ergebnisse verbreitet und umgekehrt theoretisch relevante Praxis aufgearbeitet werden.
Im Zusammenhang mit der Organisationsfrage gilt die Kritik vor allem dem Selbstverständnis jener Gruppen, für die »das richtige Klassenbewußtsein« schon immer in der Gestalt der Partei des Proletariats existierte und für die somit die Organisationsfrage »jeglicher geschichtlicher Bestimmung transzendental enthoben« wird.[8] Dem dabei produzierten Übersoll an Organisierung und Zentralisierung sowie der daraus folgenden Entpolitisierung der Revolutionsstrategien entspricht das Minus an Koordination und Konzeption im Bereich der Bürgerinitiativen. Diese Beobachtung traf für die frühen Bürgerinitiativen mehrheitlich zu, die nichtsdestoweniger eine gewisse Politisierung bewirkten.
Ein weiterer Kontrast zwischen Kaderorganisationen und den frühen Bürgerinitiativen springt geradezu ins Auge: einerseits Proletkult und Überbetonung des Produktionsbereiches bei den Avantgarde-Organisationen und andererseits »Bürgeraktivitäten«, die vor allem im Reproduktionsbereich periphere Probleme angehen.
Diese praktisch-politische Begrenzung der Aktivitäten der ersten Bürgerinitiativen ist dann auch bei den theoretischen Versuchen über das Phänomen durchgeschlagen. So schließt z. B. Claus Offe aus der konstatierten »relativen Distanz« der kollektiven sozialen Reproduktionsbereiche zu »den Zentralbereichen von privater Wirtschaft, Politik und Militär«[9] gleichzeitig auf eine relative Ferne zum kapitalistischen Verwertungszusammenhang. Unter Bürgerinitiativen versteht Offe alle Aktionen, die sich auf eine Verbesserung der »disparitären Bedürfnisbereiche« richten. Sie suchen nicht die betrieblichen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse selbst, sondern die politischen Rahmenbedingungen zu ändern, unter denen die Reproduktion des Lebens steht.[10] Abgesehen davon, daß diese Einschätzung für den heutigen Stand der Bürgerinitiativbewegung nicht mehr zutrifft und damit grundsätzlich hinterfragt werden kann, ist auch immanent zu kritisieren, daß Offe im Anschluß an André Gorz und Herbert Marcuse, dem Mentor der Studentenbewegung folgend, eine Überbewertung der Aktionen im Reproduktionsbereich vornimmt. Damit vollzieht er eine Begrenzung der Revolutionsstrategie auf die Distributionssphäre, weil sich dort für Initiativen mit systemtransformatorischen Aktivitäten scheinbar mehr Handlungsspielräume ergeben.

Das Offe'sche Disparitätenmodell beruht letztlich auf einem verkürzten Kapital-Begriff.[11] Die zunehmende Disparität von Reichtum und Lebenschancen ist eine Erscheinungsform des in seiner inneren Dynamik fortwirkenden Kapitalverhältnisses und seiner Bewegungsgesetze und nicht das konstitutive Element einer neuen Struktur.[12] Aufgrund dieser relativen Ferne von einer theoretischen Einsicht in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang geht Offe die Einbeziehung der Arbeiterklasse in sein Revolutionsmodell verloren. Als revolutionäres Subjekt bleiben nur jene Gruppen übrig, die aufgrund ihrer sozialen Funktion im Reproduktionsbereich über genügend Qualifikation und Erfahrung verfügen, um die bestehenden Mißstände zu erkennen, zu untersuchen und zu erklären, und die mit den Betroffenen Protest- und Widerstandsaktionen organisieren.
Diese Überbetonung der Rolle der technischen Intelligenz und der Aktionen im Reproduktionsbereich kritisierte bereits Heinz Großmann:

»Unsere These ist, daß Bürgerinitiativen vielmehr als Zweitorganisationen anzusehen sind. Zweitorganisationen heißt dabei, daß sie im Stellenwert hinter den primär politischen, auf gesellschaftliche Veränderung zielenden Organisationen zurückzutreten haben, hinter Organisationen also, die vor allem auf den Produktionsbereich gerichtet sind (Parteien, Gewerkschaften). Zweitorganisationen heißt aber auch, daß ihnen von vornherein nicht Ansprüche auferlegt werden, denen nur jene primär genannten Organisationen zu genügen hätten, und man nicht verkrampft von ihnen die Lösung von Problemen etwa im Produktionsbereich erwartet, weil die anderen Organisationen zu dieser Lösung (noch) nichts leisteten.«[13]

Diese bewußt »bescheidene« Definition von Bürgerinitiativen als Zweitorganisationen soll helfen, der in den klassischen Organisationsmodellen der Arbeiterbewegung anzutreffenden Lähmung und politischen Funktionslosigkeit zu entgehen, welche durch den theoretisch-praktischen Führungsanspruch der Parteien – sei es nun die SPD oder eine Kaderorganisation – erzeugt werden.
Aber der sicherlich gut gemeinten Degradierung von Aktionsgruppen zu »Zweitorganisationen« widerspricht nicht nur die empirisch vorfindbare und in Form von Aktivitäten der »Erstorganisationen« erkennbare praktische Solidarität, Bündnis- und internationale Aktionsfähigkeit. Bereits am Beispiel des Putsches in Chile ließ sich für die Erstorganisationen der BRD nachweisen, daß der Chile-Schock zwar spontane Solidaritätsäußerungen bei zahlreichen Parteigruppierungen ausgelöst hat, sich praktische Solidarität jedoch fast ausschließlich bei Basisgruppen ohne parteipolitische Bindung zeigte. Langfristig wurde deshalb den Basisgruppen neben den Gewerkschaften eine Trägerfunktion im sozialen Emanzipationsprozeß zugewiesen.[14]
In Anbetracht des Kampfes der Bürgerinitiativbewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken mutet die Großmann'sche Überbetonung der politischen Organisationen jedoch erst recht überholt an. Die »Erstorganisationen« stellten sich dem Problem zunächst gar nicht, der DGB beispielsweise

hoffte, der Kelch möge an ihm vorübergehen. Dann aber, als die Schwierigkeiten in der Kapitalverwertung der Atomindustrie durch die Verzögerung bzw. Verhinderung von AKW-Bauten nach dem Motto »Die Arbeitsplätze sind in Gefahr« eine Stellungnahme erheischten, bequemten sich die traditionellen Verbände und Parteien ebenfalls zu einer Diskussion: mit jahrelanger Verspätung gegenüber der Bürgerinitiativbewegung, und auf einer einseitigen Informationsgrundlage, die sich in den inzwischen erfolgten Stellungnahmen deutlich ablesen läßt.
Parteien und Verbände in der Bundesrepublik sind in der Regel bereits so systemimmanent und -integriert, daß sie nahezu total in den kapitalistischen Verwertungsprozeß eingebunden sind. Durch diesen Prozeß haben sie einerseits ihre soziale Konfliktfähigkeit verloren – sie sind ein relativ kalkulierbarer und machtmäßig gestutzter Gegner – und andererseits sind sie kaum noch in der Lage, relevante Konflikte rechtzeitig zu signalisieren. Damit werden die Erstorganisationen für das System tendenziell dysfunktional, verstärkt durch die Unfähigkeit, die Bürgerinitiativbewegung für eine systemimmanente Politik zu absorbieren bzw. gleichzuschalten.

Entstehungsursachen

Bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre erkannte der SDS in seiner Strategiediskussion, daß Veränderungen im politischen System Bürgerinitiativen auf den Plan rufen, die in ihrer historischen Form Resultate des wachsenden Loyalitätsverlustes des politisch-administrativen Systems sind. Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung, die durch den Konzentrations- und Zentralisationszwang vor allem der multinationalen Kapitale gekennzeichnet ist, tauchte das Phänomen in den meisten hochentwickelten Industriestaaten auf.
In der Bundesrepublik und in Westberlin sind Bürgerinitiativen als Aktionsgruppen gegen administrative Maßnahmen, meist im Erziehungsbereich oder in der Kommunalplanung, gegen Ende der 60er Jahre entstanden. Ihr Rahmen war zeitlich und örtlich eng begrenzt und die Mitglieder dieser »Einpunktbewegungen« waren in der Regel Bewohner des betroffenen Stadtteils. Einige der Ursachen dafür, daß nach und nach Hunderttausende von Bundesbürgern ihre politische Apathie abstreiften und sich in Bürgerinitiativen für ihre Interessen selbst einzusetzen begannen, dürften im wesentlichen folgende sein:
– Die Wirtschaftskrise von 1967 nahm einem Großteil der Bevölkerung den Glauben an ein dauerhaftes deutsches Wirtschaftswachstum. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die seit 1973 anhaltende Massenarbeitslosigkeit in allen kapitalistischen Industriestaaten: Weltwirtschaftskrise.

– Die immer deutlicher werdenden Strukturprobleme in den verschiedenen Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand (Städtebau, Nahverkehr, Umweltschutz, Bildung) sowie die immer unzureichender werdende soziale Infrastruktur (Kindergärten, Jugendheime, Altenversorgung) führten bei den Bürgern zu einem »Ohnmachtsgefühl« gegenüber der Technokratenallmacht.
– Die politische Situation in der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre verstärkte die Legitimationsdefizite der politischen Parteien. Die Große Koalition von CDU und SPD zementierte das Mißtrauen der Bürger in das Parlament als Kontrollinstanz der politischen Macht, weil eine Opposition praktisch fehlte. Dieser Tatbestand gilt auch für die sozial-liberale Koalition, weil die überwiegende Mehrzahl aller Gesetze vom Bundestag nahezu einstimmig verabschiedet wird.
– Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition machten jene Aktionsformen »salonfähig«, die als Möglichkeiten für politische Willensäußerung und Interessenartikulation von den Bürgerinitiativen übernommen werden konnten. Die außerparlamentarische Politisierung erreichte bei der Kampagne gegen die Notstandsgesetze – nicht zuletzt wegen der aktiven Beteiligung der Gewerkschaften – größere Bevölkerungsteile.
– Die Widersprüche innerhalb der Gewerkschaften, etwa im Bereich des Umweltschutzes, zwischen beschlossener Gewerkschaftspolitik und Betriebsräteforderungen zur »Erhaltung der Arbeitsplätze«, oder zwischen Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit, vermitteln den Eindruck der Konzeptionslosigkeit bei der traditionellen Organisation der Arbeiter im Hinblick auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme.
Die ersten Bürgerinitiativen wurden von Behörden und Politikern als Aktivitäten »mündiger Bürger« begrüßt, die mit demokratischem Verantwortungsgefühl der öffentlichen Hand Probleme abnahmen und in Eigeninitiative die Misere der Kindergärten, Spielplätze, Obdachlosen und Alten für die Administration kostenfreundlich lösten und außerdem als »Frühwarnsystem« für Konflikte im politischen System fungierten.
Dieses traute Verhältnis begann sich zu trüben, als die Ziele der Initiativen von Rand(gruppen)problemen in zentrale Bereiche der bestehenden Gesellschaftsordnung vorstießen. Nachdem sich der Aktionsradius der Bürgerinitiativen nicht länger auf die Kommunalpolitik beschränkte, gerieten sie zusehends mit stark organisierten ökonomischen, militärischen und politischen Interessen in Konflikt. 1973 manifestierte sich diese Entwicklung beispielsweise im Widerstand gegen den NATO-Übungsplatz Nordhorn-Range, als betroffene Anwohner das Gelände zeitweilig besetzten und von der Polizei gewaltsam vertrieben wurden. Auf die härter werdenden Sank-

tionen der Staatsadministration antworteten die Bürger mit bewußten und begrenzten Gesetzesübertretungen – wie einst die Studentenbewegung.
Die Veränderung von Quantität und Qualität des Bürgerwiderstandes läßt sich exemplarisch an den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen verdeutlichen: Hier ist bereits offensichtlich, daß für die Motivation der Betroffenen die Konfliktstruktur der Ökonomie entscheidend beigetragen hat. Es handelt sich dabei schließlich um die Vernichtung der vorwiegend agrarischen Produktionsweise bei gleichzeitigem Aufbau einer industriellen Produktion, die durch einen extrem hohen Automationsgrad gekennzeichnet ist. Die sich spontan und naturwüchsig entfaltende Bewegung des Widerstandes gegen Atomkraftwerke erfordert deswegen eine Analyse ihrer Entstehungsbedingungen, und zwar auf der ökonomischen, politischen und sozialen Ebene, wobei es auf eine Verklammerung der Ebenen untereinander ankommt.

Untersuchungs-Programm

1. Auf der *ökonomischen* Ebene ist herauszuarbeiten, welche spezifischen Erscheinungsformen und Bewegungsgesetze des Wirtschaftssystems mit der Atomindustrie als einer der am stärksten monopolisierten und kapitalintensiven Sparte in den Industriegesellschaften zusammenhängen. Die in diesem Prozeß – der durch eine nahezu vollständige Ambivalenz zwischen Produktivkraft- und Destruktivpotential der Atomtechnologie gekennzeichnet ist – zutagetretenden Widersprüche müssen für die aktuellen Auseinandersetzungen schon allein deswegen aufgedeckt werden, weil sie für die Frage der Bündnispolitik von entscheidender Tragweite sind. Solange die Gewerkschaften dem »Wachstumspakt« verschworen sind und die historische Notwendigkeit einer ökologisch sinnvollen Produktion anzweifeln und somit der Kapitalanhäufung und nicht der Produktion von Gebrauchswerten Priorität beimessen, kommen sie als Bündnispartner nicht in Frage.
Die *politische* Ebene der Untersuchung erfordert nicht nur die Analyse der Legitimationskrise des politischen Systems in bezug auf die Funktionsverluste des Parlaments, sondern eine Darstellung der Interessenstruktur, wie sie etwa an der Rekonstruktion der Symbiose von Großindustrie und kapitalistischem Staat verdeutlicht werden kann. Dabei kann nachgewiesen werden, wie der kapitalistische Staat seine eigenen, unzureichenden Investitionen den Interessen der Monopolindustrie unterordnet, indem er ihr zu einem Markt verhilft – z. B. für die Atomindustrie durch Energie- und Forschungspolitik, allgemein aber durch Preis-, Steuer-, Finanz- und Rüstungspolitik. Die konkreten Auswirkungen der »Involution« im repräsentativ-parlamentarischen System lassen sich nach Johannes Agnoli unter dem

Nenner zusammenfassen, daß das politische System den Interessen des Kapitals untergeordnet ist.[15] Deswegen ist jeder Versuch, dem Staat ein Kernstück seiner Entscheidungsmacht zu entreißen, auch dahingehend zu untersuchen, ob er sich gegen die Legitimität des politischen Systems richtet, dessen Macht u. a. auf der politisch-ideologischen Fähigkeit beruht, »als legitimer Vermittler zwischen antagonistischen Klassen zu erscheinen«.[16]

Auf der *sozialen* Ebene ist eine Analyse der Veränderung der Beziehungen gesellschaftlicher wie auch zwischenmenschlicher Art vonnöten.[17] Hierbei ist die lerntheoretische Annahme hilfreich, daß politisches Bewußtsein zwar vom gesellschaftlichen Sein bestimmt wird, aber durch kollektive Aktion veränderbar ist. Gerade diese Wechselbeziehung müßte bei der Bestimmung der sozialen Funktion von Bürgerinitiativen eine analytische Priorität[18] genießen. Denn auf der individuellen Ebene kann eine Analyse zu den Rückkoppelungseffekten dieser drei Ebenen auf das Individuum Aufschlüsse darüber geben, in welchem Ausmaß eine objektive Bedrohung der materiellen und physischen Existenz auch subjektiv empfunden wird.

2. Um den Nachweis zu erbringen, daß in Bürgerinitiativen die Entwicklung eines Bewußtseinsprozesses möglich ist, der den Klassencharakter des kapitalistischen Staates und auch das Profitprinzip der kapitalistischen Produktionsweise in Theorie und Praxis erkennt und darauf reagiert, ist es sinnvoll, auf der individuellen Ebene anzusetzen und folgende Analyseschritte zu vollziehen:

– Im Rahmen einer Gewichtung der Beweggründe wäre die individuelle Motivation zu untersuchen. Die soziale Funktion ergibt sich dann aus der Kanalisierung und Bündelung individueller Motivation in Form von Bürgerinitiativen, wenn die Individuen in etablierten Organisationen nur beschränkt oder gar nicht aktiv werden können.

– Der Anstieg des Aktivitätsniveaus kennzeichnet die Mobilisierung, was zweierlei bedeuten kann: einmal eine Veränderung des Engagements des Einzelnen und zweitens eine Steigerung der Zahl der Beteiligten. Bereits eine relativ geringe Anhebung des Aktivitätsniveaus kann die Handlungsfähigkeit einer sozialen Einheit spürbar erhöhen, wobei die Macht der sozialen Bewegung am Mobilisierungsgrad abgelesen werden kann. Auf dieser Ebene wäre die soziale Funktion aus dem Verhältnis zur allgemeinen politischen Aktivität der Gesamtbevölkerung, die durch Apathie, Abstinenz und Inaktivität gekennzeichnet ist, zu bestimmen.

– Die Artikulation von Protest und die organisatorische Zusammenfassung mobilisierter Betroffener zu Aktionen muß in der Analyse gekoppelt sein mit der Beeinflussung des Bewußtseinstandes durch die Aktionserfahrungen. Als soziale Funktion sind dann Fortschritte bei der individuellen und kollektiven Emanzipation feststellbar.

– Im Rahmen der Analyse der organisatorischen Entwicklung ist der Herausbildung von Entscheidungsstrukturen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. An den innerorganisatorischen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen läßt sich zeigen, ob und in welchem Ausmaß emanzipatorische Ziele bereits praktiziert werden. Ein weiterer Maßstab ist der Charakter der artikulierten und in Aktionen umgesetzten Protestforderungen, die sowohl systemimmanenter als auch systemüberwindender Natur sein können.

Die soziale Funktion von Bürgerinitiativen besteht als spontane Form von *Alternativorganisationen* zum gegenwärtigen System mit alternativen sozialen Beziehungen. Um dies zu veranschaulichen muß versucht werden, Vermittlungszusammenhänge zwischen der Untersuchung ökonomischer Entwicklungen und Bewegungstendenzen, der sozialen Lage und den dadurch bedingten Bewußtseinsformen herzustellen. Die gegenwärtige Situation in Westeuropa und insbesondere der BRD ist dadurch gekennzeichnet, daß derartige Vermittlungszusammenhänge nur postuliert und noch kaum analysiert worden sind. Das kennzeichnet den Mangel der materialistischen Wissenschaft schlechthin. Zudem scheint evident zu sein, daß eine »offene« Erkenntnis der realen Entwicklung und ihrer Erscheinungsformen durch verschiedene Formen der Reduktion der Komplexität auf historische Lösungsversuche und somit ahistorische Analogien einerseits sowie durch die Ausklammerung einer Analyse der ökonomischen Entwicklung andererseits jeweils unmöglich gemacht wird. Beim gegenwärtigen Forschungsstand ist es deswegen sinnvoll und notwendig, zunächst einmal das historisch-empirische Material sowie die sich zeitlich-parallel entfaltenden Aktionen und Initiativen typologisch-deskriptiv zu erschließen, um dann in einer weiterführenden Analyse, wie oben skizziert, theoretische und politische Einschätzungen sowie die Bildung einer Strategie möglich zu machen.

Anmerkungen

Bei dem Beitrag handelt es sich um ein überarbeitetes Referat, das der Autor auf dem 7. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung gehalten hat und das im Bd. VII des Jahrbuchs dieser Vereinigung unter dem Titel »Zur Funktion von Basisinitiativen – Soziale Bewegung der Macht von unten« demnächst erscheint.

1 Vgl. z. B. Hanspeter Knirsch / Friedhelm Nickolmann, *Die Chance der Bürgerinitiativen*, Wuppertal 1976. Hervorhebung LM.

2 So Achim v. Borries im Editorial der Themanummer von *Vorgänge* zu Bürgerinitiativen. H. 27, 1977, S. 27.

3 »Soziale Bewegung ist *Emanzipations*bewegung«, lautet die knappe Definition von Werner Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, 4. Aufl., Berlin-New York 1971, S. 7. Hervorhebung im Original.

4 Vgl. Marianne Rodenstein, »Bürgerinitiativen – ein neues Phänomen politischer Beteiligung« in: *arch +*, H. 28, 1976, S. 44.

5 Etwa wie Theodor Ebert, »Bürgerinitiativen« in: Wolfgang Pehnt (Hrsg.), *Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1974, S. 107-125.

6 Vgl. hierzu unter anderem: Heinz Großmann (Hrsg.), *Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung*, Frankfurt/M. 1971, S. 7 ff. Hanspeter Knirsch / Friedhelm Nickolmann, a.a.O., S. 10 ff. Peter-Cornelius Mayer-Tasch, *Die Bürgerinitiativbewegung*, Reinbek 1976. Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M. 1973, S. 161 f. Horst Zilleßen, »Bürgerinitiativen im repräsentativen Regierungssystem« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 12/1974, S. 3 ff.

7 Im Zusammenhang mit dieser These sind die Selbstdarstellungen und Kontroversen aktiver Gruppen und Organisationen im sozialen Kampf um die Erringung, Absicherung und Erweiterung gesellschaftlicher Freiräume zu untersuchen, wie es teilweise bereits im Rahmen der Forschung zur Theorie der gewaltfreien Konfliktaustragung geleistet wurde.

8 Vgl. Hans-Jürgen Krahl, *Konstitution und Klassenkampf – Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution*, Frankfurt/M. 1971, S. 336.

9 Claus Offe, »Sachzwang und Entscheidungsspielraum« in: *Stadtbauwelt*, H. 38/39, 1969, S. 187.

10 Vgl. Claus Offe, »Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus« in: Heinz Großmann (Hrsg.), a.a.O., S. 159.

11 Diese Verkürzung drückt sich unter anderem in der These aus, daß die Erscheinungsform des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs nicht mehr der Konflikt zwischen wachsendem Reichtum und progressiver Verelendung, sondern der zwischen erweiterter Reproduktion des Kapitals und einfacher Reproduktion der Arbeitkraft ist, noch dazu »in exakt der Menge und Qualität, wie sie vom Kapital jeweils benötigt wird«. A.a.O., S. 158. Diese These ist auch durch die Tatsache zu widerlegen, daß die gegenwärtige Kapitalstrategie, eine erweiterte Reproduktion des Kapitals durch Risikotechnologien zu gewährleisten, langfristig und tendenziell die Arbeitskraft durch die Ambivalenz zwischen Produktiv- und Destruktivkraftentwicklung gefährdet und somit nie exakt abschätzbar ist.

12 Vgl. auch Claudia von Braunmühl, »Weltmarktbewegung des Kapitals, Imperialismus und Staat« in: *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*, Frankfurt/M. 1973, S. 11.

13 Heinz Großmann (Hrsg.), a.a.O., S. 169.

14 Lutz Mez, »Schlußfolgerungen aus dem Putsch in Chile für westdeutsche Verbände und Parteien« in: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. V, Opladen 1977, S. 116-126.

15 Vgl. Johannes Agnoli (zusammen mit Peter Brückner), *Die Transformation der Demokratie*, Berlin 1967.

16 André Gorz, *Die Aktualität der Revolution*, Frankfurt/M. 1970, S. 54.

17 Vgl. Joachim Israel, *Die sozialen Beziehungen*, Reinbek 1977, S. 29 f.

18 Vgl. Wolfgang Beer, *Lernen in Bürgerinitiativen*, Hamburg 1977.

DER ATOMFILZ

Gewerkschaften und Atomkraft

Mit Beiträgen von: R.Havemann, O.K.Flechtheim, E.Schmidt, H. Alfven, V. Brandes, A. Brock, H. Brandt, L. Mez,M. Wilke,u.v.a.

220 Seiten
DM 12.80

Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

ÖKOLOGIE ~ REGIONALISMUS ~ VOLKSMUSIK

Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner — Leitfaden für den Widerstand

Dieses Buch will die wesentlichen Aspekte und Argumente für eine Kritik an dem geplanten Ausbau der Energieversorgung durch Atomkraftwerke aufzeigen. Die Konzeption dieses Handbuchs geht davon aus, daß Diskussion und Entscheidung nicht sogenannten Experten überlassen werden dürfen. In einfacher und prägnanter Form geschrieben, ist es vor allem für den praktischen Gebrauch in Bürgerinitiativen, Schulen und Ökologiegruppen gedacht.

220 Seiten 10 Mark

David Dickson
ALTERNATIVE TECHNOLOGIE und Strategien der technischen Veränderung.

David Dicksons Analyse beschäftigt sich vor allem mit der ideologischen Deformation der Geschichte von Technologie und versucht aufzuzeigen, wie technologische Innovationen in einer unmittelbaren, politischen Weise gehandhabt werden.

ca. 250 Seiten 18 Mark
erscheint im Januar 1978

Vine Deloria — NUR STÄMME WERDEN ÜBERLEBEN
Indianische Vorschläge für eine Radikalkur des wildgewordenen Westens

124 Seiten 12 Mark

UNSERE STIMME

VERTRIEB

Walter Mossmann, NEUE FLUGBLATTLIEDER

US-31 LP* 18 Mark

Walter Mossmann, FLUGBLATTLIEDER

US-10 LP* 18 Mark

„...Man ist es nicht gewohnt, daß politische Lieder so nützlich sein können, so ‚einschlagen', daß plötzlich viele Lust bekommen, ‚mit ihnen zu arbeiten'..."

Neue Lieder aus dem DREYECKLAND

Wyhl + Marckolsheim + Kaiseraugst + Fessenheim

US-26/27 DoLP* 25 Mark

Dieter Kolbe, MER SPIELE DE BLUUS
— Hess. Dialektblues —

L.US-28 LP* 18 Mark

Sparifankal BAYERNROCK

L.Ap-18 LP* 18 Mark

Bayern-Rock mit Texten über das Leben heutzutage und morgen (nicht nur) in Bayern.

Roland Kroell D' SALPETERER

L.US-37 LP* 20 Mark

Lieder der Hotzenwälder Freiheitsbewegung der Salpeterer im 18. und 19. Jahrhundert.

Fiedel Michel LIVE

L.St-140 LP* 22 Mark

Die neueste (5.) LP dieser bekannten deutschen Folkgruppe.

1. Österreichische Anti-AKW-Platte

L.Ep-142 LP* 18 Mark

Herausgegeben von österreichischen AKW-Nein-Gruppen

Europäische Regionen

Wales: Dafydd Iwan, Feuerzungen, Ar Lan y Mor

Okzitanien: Marti, Rosina de Peira, Maria Roanet, Jacmelina, Los de Nadau

Bretagne: Kristen Nogues, Diaouled ar Menez, Melanie Favennec, Gerard Delahaye, Youenn Gwernig, Manu Lanhuel u.a.

Elsaß: Roland Engel, Rene Egles, Roger Siffer, Le Folk de la Rue des Dentelles, Franz Brumbt, Geranium, Jean Dentinger

Schweiz: Aernschd Born, Folkfestival Lenzburg-Gurten.

jede Platte kostet 19.50 Mark

Ausführlich informiert unser Almanach 10 Jahre Trikont und die Musikzeitung UNSERE STIMME. Kostenlos anfordern! Kauft Bücher und Schallplatten in den Läden des Verbandes Linker Buchhändler (VLB), anderen alternativen und progressiven Läden — Adressen bei uns — oder direkt vom Verlag. Trikont-Verlag, Kistlerstr. 1, 8000 München 90.

Syndikat

„In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u.a."

Dokumente aus dem Prozeß, herausgegeben von Ulf G. Stuberger
Etwa 320 Seiten. Großformat. Kartoniert, ca. DM 16,–

Der Stammheimer Prozeß ist zu Ende: nicht durch ein rechtskräftiges Urteil, sondern durch den Tod der Angeklagten. Nicht zu Ende ist – darf sein – die öffentliche Diskussion insbesondere der formalrechtlichen Fragen, die sich durch diesen Prozeß aufgedrängt haben. Für eine distanzierte Analyse und Interpretation des langwierigen Prozeßgeschehens mag es zu früh sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint es jedoch dringend geboten, durch die – jetzt mögliche – Veröffentlichung wichtiger Dokumente aus dem Prozeß eine differenzierte Beurteilung überhaupt zu ermöglichen.

Fritz Kramer
Verkehrte Welten

Zur imaginären Ethnographie des 19. Jahrhunderts
136 Seiten. Großformat. Kartoniert. DM 20,–

Das europäische 19. Jahrhundert „entdeckte" fremde Völker und ihre Kulturen als Verkehrung der eigenen – ebenso vertrauten wie schon entfremdeten – bürgerlichen Welt. Fritz Kramer interpretiert diesen Prozeß der „Aneignung durch Negation" als *imaginäre Ethnographie*, die ihr Gegenstück hat in den von den kolonialisierten Völkern gezeichneten Bildern der Europäer, die nicht der Aneignung, sondern der Abwehr dienten.

Georges Duby
Krieger und Bauern

Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter
Aus dem Französichen von Grete Osterwald
288 Seiten. Großformat. Halbleinen. DM 48,–

Schon seit den 30er Jahren bemühen sich die Historiker im Umkreis der Zeitschrift *Annales* um eine Alternative zur etablierten, auf die große historische Persönlichkeit, auf Haupt- und Staatsaktionen fixierten Historiographie. Ihnen geht es um die langfristigen ökonomischen, sozialen und demographischen Veränderungen, um die Rekonstruktion des Alltags und der Geisteshaltungen jener Überzahl von Menschen, deren Stimme sich in den überlieferten Dokumenten nicht erhalten hat.

Bitte fordern Sie Informationen aus dem Syndikat an.

Syndikat
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Savignystraße 61-63
6000 Frankfurt am Main

Eckart Hohmann
Bürger-Recht

Verfassungstheoretische Notizen zur Legalität von Bürgerinitiativen

I.

Der Bürger als Anathema des deutschen Staatsrechts seit der 48er Revolution ist der obrigkeitlichen Tradition deutschen Staatsdenkens liebe Gewohnheit gewesen. Als citoyen dagegen hat sich der Bürger in Deutschland nicht durchsetzen können; zu früh verbündete er sich mit den »Kartätschenprinzen«, um den aufkommenden vierten Stand niederzuhalten, und entmündigte sich so selber. Vom citoyen, dem Bürgerstolz vor Königsthronen ist nur seine Filzpantoffel-Karikatur geblieben. Die Doppelexistenz des Bürgers als citoyen und bourgeois war in Deutschland-Preußen seit jeher im ›Staatsbürger‹ aufgehoben, vaterlandstreu und obrigkeitsgläubig.
Nun, aktuell, tritt der Bürger auf den Plan und klagt neben seinem egoistischen Interesse auch das allgemeine an der Erhaltung seiner Umwelt ein. Die Spitzwegkarikatur des Kleinbürgers, des Spießers, verblaßt zunehmend. Das Phänomen einer demokratischen Levée en masse, in der Intention des guten Lebens angetreten, macht das Paradigma des Filzpantoffel-Daseins problematisch. Bürger schließen sich zusammen, um initiativ, nicht reaktiv die Angelegenheiten der Allgemeinheit zu artikulieren.
Die Bürgerinitiativbewegung ist bisher verfassungsjuristisch nicht begriffen. Die Ursache hierfür liegt in einem staatsbürgerlichen Privatismus, der diese Bewegung für das Verfassungsrecht nicht in Frage kommen ließ. Die (unbewußte) Prämisse bürgerlichen Staatsdenkens, der possessive Individualismus, konnte sich auf den Bürger als Monade beschränken, der seine Besitz-Interessen verfolgte. Bürgerrechte waren Bedingung des ökonomischen Handelns im System des als gerecht erscheinenden Äquivalententausches, sie signalisierten idealtypisch die Grenzen staatlichen Handelns in der juristischen Form von staatlichen Kompetenzen und bürgerlichen Besitz- und Freiheitsrechten. Die versäumte bürgerlich-demokratische Revolution hat eine demokratietheoretische Diskussion in der deutschen Staatsrechtslehre zumeist erst gar nicht aufkommen lassen. Das funktionale Äquivalent für die institutionell nie wirklich eroberte demokratische Kontrolle des Bürgertums über die Monarchie in Preußen wurde der Kampf um rechtsstaatliche Bindungen staatlicher Gewalt, die die ökonomische Macht des Bürgertums sichern sollten. Repräsentiert wird diese Tendenz in der Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts in der Konzentration auf die organi-

satorischen und formellen Erfordernisse des Rechtsstaats: symptomatischerweise macht sie den Gesetzesbegriff, den formellen wie materiellen, und die Organisation staatlicher Gewalt zum Paradigma. Die Diskussion der institutionellen Formen politischer Beteiligung der Bürger an staatlicher Macht blieben demgegenüber sekundär. Der Bürger als citoyen, das Subjekt idealistischer Geschichtsphilosophie, wird in der Staatsrechtswissenschaft nur im status negativus, seinen subjektiven Abwehrrechten gegen den Staat registriert. Diese Tradition eines Konzeptes von Bürgerrechten als privaten Rechten, und eben nicht als demokratischen Rechten der politischen Beteiligung, hat sich nach der Liquidation sozialistischer und sozialdemokratischer Theorie in der Zunft bis heute als dominant erwiesen. Die dominierende Begriffslosigkeit macht zugleich das verfassungs- und staatstheoretische Konzept des mündigen Bürgers unmöglich, zumal wenn er nicht als isolierter Einzelner, sondern als radikaldemokratisches Kollektiv auftritt.

Die Bürgerinitiativen – dieser Kampf der Bürger gegen die Bürgermeister (Mayer-Tasch) – sind solche radikaldemokratischen Kollektive; sie sind ein Symptom für die Krise der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie und zugleich manifeste praktische Kritik an der Erscheinung des heutigen Parlamentarismus. In der sorgenvoll intonierten Sprache deutscher Politiker heißt diese Erscheinung »Staatsverdrossenheit«. Die im Bundestag vertretenen Parteien vermitteln den Eindruck hilfloser Geschäftigkeit, ohne den Bürgern noch Sinn und Ziel ihrer Politik vermitteln zu können. Die SPD vermag ihrer klassischen Klientel, der in der überwiegenden Mehrheit sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft, die Gratwanderung zwischen offen kapitalorientierter Tagespolitik und dem davon abgelösten Überbau der demokratisch-sozialistischen Fernziele nicht mehr zu vermitteln. Der sogenannte Renteneklat und die gleichzeitige Diätenerhöhung für die Parlamentarier haben dazu beigetragen, die Distanz zwischen Wählern und Gewählten zu vergrößern, und sie haben eine ohnehin vorhandene Haltung verstärkt: daß nämlich die da oben doch nur in die eigene Tasche wirtschaften. Da kann es nicht wunder nehmen, daß die Bürger, zunächst in one-purpose-movements und regional begrenzt, in neuen Organisationen zusammenfanden, um sich gegen staatliche Planungsvorhaben und legislative oder administrative Unterlassungen zur Wehr zu setzen.

Eine neue Qualität bekamen diese Zusammenschlüsse aber erst durch den Kampf gegen die Kernkraftwerke. Vorher hatten die Bürgerinitiativen lokale Mißstände kritisiert und im Bündnis auch mit den etablierten Parteien gemeinsam nach Lösungen gesucht. Dieser Partikularismus aber machte sie für die Parteien funktionalisierbar. Welchem Politiker war es nicht eine Ehre, die letzten Pfennige zur Errichtung eines Kindergartens bei der nächsten Gebietskörperschaft loszueisen, zusammen mit den Bürgern ener-

gisch gegen den geplanten Großflughafen anzutreten oder ein Jugendzentrum mit der offiziellen Weihe zu versehen. Insofern blieben die staatlichen Institutionen und die Parteienstruktur vom Bürgerprotest völlig unberührt, weil man seinen Partikularismus zum größten Teil mit den Bestrebungen der Parteien harmonisieren, die Bürgerinitiativen also integrieren konnte. Anders beim Problem um KKW's, auf welches die Regierenden zwar technisch, keinesfalls aber politisch vorbereitet waren.
Die Ereignisse um Wyhl haben die Krise des politisch-administrativen Systems und der politischen Kultur der bürgerlich-repräsentativen Demokratie in der BRD verdeutlicht. Ohne die mit der politischen Meinungsbildung primär beauftragten Parteien und nahezu ohne Repräsentanz und Unterstützung in den Medien hat die Bevölkerung eine Frage, die das politische System nur als administratives und technisches Problem propagiert hat, in eine zentrale Frage praktisch politischen Handelns übersetzt. Zugleich dekouvrierte sie die verfilzten Strukturen eben dieses politischen Systems, indem einem großen Teil der Bevölkerung die Funktionalisierung des Staatsapparates durch das Interesse des Kapitals vor Augen geführt wurde. Dem Bürger wurde vorexerziert, wie sehr der Staat die Interessen der »Industrie« mit offener Gewalt zu schützen bereit ist und wie sehr er sich darauf verstand, die Bürgerbewegung durch den Griff in die Klamottenkiste des Antikommunismus als »gelenkt« zu stigmatisieren und sie auf diese Weise mundtot und handlungsunfähig zu machen.
Wyhl war der Kristallisationspunkt für die neue Dimension einer Bürgerbewegung, die aus der Phase der one-purpose-movements heraustrat und ein allgemeines Ziel proklamierte, den Kampf für eine lebenswerte Umwelt, der in der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung gipfelt. Diese Bewegung definiert ein politisches Ziel, das die allgemeine Strategie staatlichen Handelns im Kapitalismus, die Universalisierung der Warenform konterkariert. Die blinde Exekution des Wertgesetzes durch die Fremdinstrumentalisierung der Individuen in der Form des Warentausches ist gebrochen zugunsten eines nicht durch die Warenform gefilterten Verhältnisses zur Natur. Die Gebrauchswertorientierung der Strategie der Bürgerinitiativen macht deutlich, daß die bessere Beherrschung der Natur auch die Herrschaft von Menschen über Menschen intensiviert. In der geschädigten Natur erkennt der Bürger sein beschädigtes Leben. Die klassische bürgerliche Politiktheorie, die das Interesse des Allgemeinen gegenüber dem besonderen Interesse des gesellschaftlich handelnden Individuums im Staat verortet, ist ihres partiell ideologischen Gehalts entkleidet: der Staat hat ganz offenkundig die Vertretung eines besonderen Interesses übernommen: das Interesse der Energie-Elektro-Kraftwerkindustrie, ohne dabei die sozialen und ökologischen Kosten für die Allgemeinheit in sein Kalkül genügend mit einzubeziehen. Die Bürger spüren dies und treten jenseits prätendierter Institutio-

nen für ein altes Ziel der praktischen Philosophie ein: das »gute« Leben in Harmonie mit einer »unzerstörten« Natur.

Der Staat wird von dieser gebrauchswertorientierten Praxis der Bürgerinitiativen mitten ins Herz seiner ideologischen Legitimation getroffen: der Legitimation über den Fetisch eines quasi unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums. Denn denkt man sich die Forderungen der Atomkraft-Gegner als Realität, so hätte dies, infolge der erhöhten Kosten für umweltfreundliche Energien, Technologien und Sicherheitsmaßnahmen, zum einen ein sinkendes Wirtschaftswachstum zur Konsequenz und zwänge zum anderen zu einer gebrauchswertorientierten Planung des wirtschaftlichen Prozesses. Insofern haben die Forderungen der gegen die Atomkraft gerichteten Bürgerinitiativen auch dort, wo sie sich mit sozialistischen Zielen ausdrücklich nicht verbinden, eine Kraft, die das System der Profitgesellschaft potentiell durchbricht. Sie sind, im Sinne Althussers, eine Art *Überdeterminierung* des Systems. Ihre Absicht ist das, wie gesagt, in den meisten Fällen nicht. Sie reflektieren zunächst nur die selbstdefinierten Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft und prüfen durch ihre Tat die Möglichkeiten, sie zu verwirklichen. Und in diesem Sinne sind sie ihrem Wesen nach dem »engen bürgerlichen Rechtshorizont« durchaus verhaftet.

Die Legalität von Bürgerinitiativen sollte in unserer Verfassungsordnung demnach eigentlich völlig unbestritten sein. Zwar existiert der Begriff ›Bürgerinitiative‹ nicht als Rechtsbegriff, aber er ist z. B. in der 1971 vollzogenen Umbenennung des Petitionsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags in »Ausschuß für Bürgerinitiativen und andere Eingaben« fixiert. Die Tätigkeit und Organisation von Bürgerinitiativen sind verfassungsrechtlich durch das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Grundrechte der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Petitionsrecht geschützt. Als Auffangrecht fungiert das allgemeine Freiheitsrecht des Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG). Interpretiert man zudem den Art. 2 Abs. 2 GG, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, als prozessuales Teilhaberecht eines jeden Bürgers auf Schutz des Staates vor gesundheitsgefährdenden Umweltschäden, so sind vor allem Bürgerinitiativen, die sich auf ökologische Probleme, insbesondere also Kernkraftwerke richten, auch in ihrer inhaltlichen Tätigkeit geschützt. Die Staatsstrukturprinzipien *Demokratie, Sozialstaatlichkeit* und *Rechtsstaatlichkeit* garantieren den institutionellen Rahmen der Betätigung und Organisation von Bürgerinitiativen auf Verfassungsebene. Dieses Verfassungsprogramm ist vom Normentext her klar, bedarf aber insofern der Präzisierung, als alle Grundrechte, bis auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit, die immanenten Schranken des Art. 2 Abs. 1 GG teilen:

»Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte

anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt«

und obendrein einen einfachen Gesetzesvorbehalt haben oder, polemisch formuliert, unter dem Vorbehalt der polizeilichen Generalklausel stehen. Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit ist überdies durch die Legitimitätsklausel des Art. 9 Abs. 2 GG relativiert:

»Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung . . . richten, sind verboten.«

Allerdings gibt es bundes- und landesrechtliche Normen nicht-verfassungsrechtlicher Art, die Partizipationsformen von Bürgern in Gestalt von Hearings und Erörterungen, Gemeindeversammlungen und Bürgerentscheiden sowie andere planungsrechtliche Beteiligungsverfahren vorsehen, die hier nicht weiter berücksichtigt werden sollen, aber von P. C. Mayer-Tasch erörtert worden sind.

II.

Verfassungsrechtlich entscheidend aber ist die Frage der Legalität von Bürgerinitiativen im System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat die Legitimität in einem Vorlagebeschluß im Prozeß um die Genehmigung des »Schnellen Brüters« in Kalkar gerade in die rechtswissenschaftliche Diskussion gebracht. Das OVG bezieht sich dabei auf Art. 100 GG, in dem es heißt:

»Hält ein Gericht ein Gesetz . . . für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und . . . die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.«

Vom Bundesverfassungsgericht will das OVG nun klären lassen, ob Entscheidungen von solcher Tragweite wie die Genehmigung zur Errichtung und Inbetriebnahme von Atomenergieanlagen, die große Sicherheitsrisiken für die Bevölkerung mit sich bringen, schon dann ausreichend demokratisch legitimiert sind, wenn sie von der Verwaltung getroffen werden, oder ob diese Entscheidungen nicht vielmehr in die Zuständigkeit der Parlamente gehören.

Die Erwägung erscheint plausibel. Was aber könnte passieren, wenn das Bundesverfassungsgericht die bisher zuständigen Verwaltungsgerichte tatsächlich »entmachtet« und die großen »Energieentscheidungen« in die Zuständigkeit der Parlamente verlegt? Einmal würde dadurch der heute noch mögliche Rechtsschutz gegen die Errichtung von Atomanlagen minimiert. Da das Parlament nur das Bundes- oder Landesgesetz als Handlungsform zur Verfügung hat, wäre Rechtsschutz gegen die Errichtung von Atomanlagen für Betroffene nur durch eine Überprüfung der formellen und

materiellen Vereinbarkeit dieser Gesetze mit verfassungsrechtlichen Bestimmungen vor den Landesverfassungsgerichten bzw. dem Bundesverfassungsgericht möglich. Die bisher mit solchen Klagen befaßten Verwaltungsgerichte würden damit de iure aus der Überprüfung des Standortes, der Errichtung und des Betriebes von Atomanlagen ausgenommen: je nach Detailfreudigkeit des Gesetzgebers , der in der BRD im allgemeinen in dieser Hinsicht nichts zu wünschen übrig läßt, dürfte die Verwaltungsgerichtsbarkeit allenfalls noch verwaltungsspezifische Modalitäten der Gesetzesausführung beurteilen. Das De-facto-Moratorium für den Kernkraftwerkbau, das wir heute großenteils ja gerade aufgrund von Verwaltungsgerichtsurteilen haben, wäre damit völlig unmöglich gemacht.
Die verfassungsrechtlichen und politischen Folgen einer solchen Kompetenzverlagerung sind heute konkret kaum übersehbar; dennoch sollten wir ein Folgenkalkül ruhig riskieren: Beim heutigen Rechtszustand hat die Verwaltungsgerichtsbarkeit, so sympathisch einige ihrer Urteile den AKW-Gegnern sein müßten, eine stabilisierende weil entpolitisierende Funktion. Sie hat sich, systemtheoretisch gesprochen, als Subsystem ausdifferenziert und die Funktion erhalten, das politische System von Entscheidungen zu entlasten und damit konfliktabsorbierend zu wirken. So wurde in mehreren Fällen, bei denen es um die Genehmigung der Errichtung von Atomkraftwerken ging, von Bürgerinitiativen darauf verwiesen, man wolle nur die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abwarten; einer solchen Entscheidung werde man sich fügen. Die politische Exekutive, im besonderen die Regierung, hat infolge der ständig zunehmenden Juridifizierung von politischen Streitanlässen (z. B. Mitbestimmung, Berufsverbote und § 218) eine Konfliktabsorption über die dritte Gewalt nicht zuletzt aufgrund der durchweg legalistischen Haltung der Bevölkerung erreicht. Die unmittelbare Entscheidung über Errichtung, Standort und Betrieb eines Kernkraftwerks durch die Parlamente aber hätte einen doppelten Effekt: sie bedeutete einerseits eine unmittelbarere Legitimation, würde jedoch andererseits die weitere Politisierung des Konflikts um KKW's hervorrufen, welche die bisherigen Strategien der Konfliktabsorption zunichte machten. Die Legitimität von Bürgerinitiativen würde unmittelbar mit der Legitimität parlamentarisch-repräsentativer Instanzen konkurrieren und eine hohe Destabilisierung des politischen Institutionensystems nach sich ziehen. Eine weitere Folge wäre die tendenzielle Auflösung der Gewaltenteilung als wesentlichen Bestandteils bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit. Denn in dem Augenblick, wo das Parlament genuine Einzelfallentscheidungen zwecks qualitativ höherwertiger Legitimation an sich zieht, vollzieht es im Grunde materielle Verwaltungstätigkeit in Form des Gesetzes. Die funktionelle Trennung von Gesetzgebung und Gesetzesausführung würde damit bei gleichzeitigem Ausschalten des Rechtsschutzes tendenziell aufgehoben. Der

Parlamentarismus würde damit, anstelle einer kontrollierenden und programmierenden Funktion gegenüber der Exekutive, ganz offen zum Legitimationsorgan exekutiver Entscheidungen. Wenn dann, als Folge davon, auch der Legitimitätsglaube an die bestehende Ordnung schwindet, so wird die im Institutionensystem versteckte strukturelle Gewalt, wie sie im Normensystem verkörpert ist, nach außen treten und manifest werden. Der Konflikt wird dann nicht mehr, wie bisher, auf temporäre Anwendung anonymer staatlicher Gewalt reduziert werden können, sondern muß notwendigerweise zu einem Dauerkonflikt auswachsen, da der konfliktabsorbierende Weg über das Verfahren einer, wenn auch nur scheinbar neutralen, dritten Gewalt weitgehend verschlossen bleibt. Oder aber die Einschränkung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes müßte ein funktionales Äquivalent in den Massenbewegungen der Bevölkerung selbst haben, indem diese die Entscheidungen des politischen Systems unmittelbar beeinflussen können.

Die »herrschende Lehre«: von Forsthoff zu Mayer-Tasch

Die bisher unterstellte Legitimität von Bürgerinitiativen im Rahmen des politischen Systems unserer Verfassung ist im Staatsrecht nicht unbestritten. Zwar ist der Satz aus Herbert Krügers Staatslehre:

»Der Bürger spricht sein Wort zu den Entscheidungen der Staatsgewalt in der Wahl und durch das Parlament –, der Rest ist schweigender Gehorsam«

eine karikaturhafte Apotheose des Obrigkeitsstaates, allerdings verdient Beachtung, daß dies bis auf das Adjektiv ›schweigend‹ zur Zeit noch die überwiegende Meinung der Staatsrechtler sowie namhafter konservativer Politikwissenschaftler ist. Die Diskussion beschränkt sich auf rein institutionelle Argumente, die sich etwa folgendermaßen paraphrasieren lassen: Art. 20 Abs. 2 Satz 1 GG enthält den Grundsatz der Volksstaatlichkeit, nach dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG präzisiert den modus der Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen, d. h. entscheidet sich für das Repräsentationsprinzip, und verfügt, daß diese Ausübung der Staatsgewalt durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung geschehen soll. Volksstaatlich und demokratisch legitimiert sind daher trotz ihres hohen Mediatisierungsgrades nur verantwortliche Entscheidungen, die von den aus der Volkssouveränität abgeleiteten Verfassungsorganen getroffen werden. Bürgerinitiativen sind daher so lange für das Verfassungsrecht unproblematisch und daher legitim, wie sie jenseits von »Interessenartikulation, -aggregation und -präsentation« nicht in unzulässiger Weise den Entscheidungsprozeß der Verfassungsorgane beeinflussen bzw. jene Entscheidungen durch eigene ersetzen wollen. Die Legitimität von Bürgerini-

tiativen bemißt sich also nach herkömmlichem Verständnis der Verfassungsrechtsdoktrin daran, ob ihre Tätigkeit die verfassungsrechtlich verbürgte Entscheidungsstruktur des politischen Systems rechtswidrig tangiert. Der Staatsrechtler Mayer-Tasch, der als einziges Mitglied der Zunft das Phänomen der Bürgerinitiativen intensiver untersucht hat, bezeichnet diesen Umfang der legitim zulässigen Tätigkeit von Bürgerinitiativen als »Systemkongruenz« und führt noch einen weiteren Faktor für die Legitimität der Bürgerinitiativbewegung ins Feld: die von ihm so bezeichnete »Systemeffizienz«, d. h. die Effizienz von Bürgerinitiativen zur Stabilisierung des Gesamtsystems. Dem liegt der organisations- bzw. demokratietheoretische Gedanke zugrunde, daß durch die erhöhte demokratische Beteiligung von Bürgern an öffentlichen Angelegenheiten die Störvariablen in der Umwelt des politischen Systems schneller identifiziert und Konterstrategien entwickelt werden können. Pathologien des politischen Systems, die auf unzureichender Umweltwahrnehmung beruhen, könnten infolge der Erhöhung der Eigenkomplexität des politischen Systems durch erweiterte Partizipation weitgehend vermieden werden. Formal sind Bürgerinitiativen also dann legitim, wenn sie zwei grundlegende Voraussetzungen erfüllen: einmal, wenn sie die Geltung der legitimen Ordnung nicht in Frage stellen, zum anderen, wenn sie durch ihre inhaltliche Tätigkeit die Staatstätigkeit optimieren. Diese Interpretation der verfassungsrechtlichen Stellung von Bürgerinitiativen überschreitet insofern traditionelle Auffassungen, als sie dem Bürger jenseits des *status negativus* über den Wahlakt hinaus ständige Beteiligung an der Staatswillensbildung garantiert; sie ist technokratisch insofern, als sie den Bürger zum Zwecke der Stabilisierung des Systems funktionalisiert. Die autoritären Positionen Forsthoffs, die dieser vor allem in seinem Gutachten zum politischen Streik vertreten hat, sind damit immerhin verlassen. Forsthoff hatte damals die repräsentative Stellung des Parlaments als »notwendig ausschließlich und absorptiv« gekennzeichnet. Wenn die Parlamentarier »durch den Druck einer sozial mächtigen Organisation in der Freiheit der Mandatsausübung beschränkt« würden, bedeutete dies nach Auffassung Forsthoffs den »Eingriff in das verfassungsmäßig geordnete Verfahren der Staatswillensbildung unter allen Umständen« und wäre »offensichtlich verfassungswidrig«. Nach dieser Auffassung wäre die Bürgerinitiativbewegung gegen KKW's, wie sie in Wyhl, Brokdorf und Kalkar aufgetreten ist, verfassungswidrig.

Mit »Weimar« in die Zukunft?

Doch auch die technokratische Konzeption von Bürgerinitiativen verfehlt die notwendige Kritik des politischen Institutionensystems selbst, dessen strukturelle Defizite zum Gegenstand verfassungspolitischer Überlegung

gemacht werden müssen. Wenn es richtig ist, daß die Bürgerinitiativen die Schwächen des politischen Institutionensystems zum Ausdruck bringen, kann die Lösung nicht in der Anpassung der Bürgerinitiativen an eben dieses Institutionensystem der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie gesucht werden. Vielmehr müßte die Bürgerinitiativbewegung Anlaß sein, die Mediatisierung basisdemokratischer Elemente im Repräsentativsystem durch den Einbau plebiszitärer Mechanismen, wie die Weimarer Reichsverfassung sie kannte, aufzuheben und an lebenspraktischen Problemen sich bildende Gegenöffentlichkeiten in einem Konzept von Gegenmachtstrukturen, die das enge, auf den Staatsapparat bezogene Gewaltenteilungsparadigma überschreiten, zu integrieren.
Im so verstandenen Sinne muß Ziel der Bürgerinitiativbewegung letztlich die Schaffung von politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen sein, deren Garantien politischer Beteiligung die Existenz von Bürgerinitiativen keineswegs ausschließen, aber obsolet werden lassen.

Bochumer Friedens- und Partizipationsforschung Neue Titel

Marianne Gronemeyer / Hans-Eckehard Bahr (Hg.) Erwachsenenbildung. Testfall Dritte Welt

Kann Erwachsenenbildung Überlebensprobleme lösen helfen?
Opladen 1977 (UTB Leske) DM 19.80

Reimer Gronemeyer / Hans-Eckehard Bahr (Hg.) Nachbarschaft im Neubaublock

Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit
Theoretische Materialien zur Wohnsituation
Weinheim 1977 (Beltz Studienbuch) DM 28.–

Hans-Eckehard Bahr / Reimer Gronemeyer (Hg.) Anders leben – überleben

Grenzen des Wachstums als Chancen der Befreiung
Frankfurt 1977 (Fischer Taschenbuch) DM 7,80
mit Beiträgen von Heinrich Dauber, Paolo Freire, Johan Galtung, Marianne Gronemeyer, Ivan Illich, Robert Jungk, Dieter Senghaas, Dorothee Sölle

Marianne Gronemeyer Motivation und politisches Handeln

Grundkategorien politischer Psychologie
Hamburg 1976 (Hoffmann und Campe) DM 20,–

Karl-Heinz Ladeur
Bürgerinitiativen – Vierte Gewalt?

Eine verfassungspolitische Skizze

Die Bürgerinitiative »als Rechtsbegriff«

Auf den »Rechtsbegriff« gebracht – die *förmliche* Nobilitierung ist schon von einigen Landesgesetzgebern ausgesprochen worden[1] –, erscheint die Bürgerinitiative auf den ersten Blick problemlos: Es geht schließlich, »juristisch gesehen«, in der Regel um nicht mehr als die kollektive Ausübung der Freiheit der politischen Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 GG) und der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit (Art. 8, 9 GG) zur Artikulation von Bedürfnissen in »disparitären« Lebensbereichen (Umweltschutz, Raumplanung, Verkehr, Gesundheit etc.), die als *staatliche* Aufgaben wahrgenommen werden.
Wenn die Bürgerinitiativen trotz ihrer augenscheinlichen Legalität auch juristisch »Unbehagen« auslösen, so liegt das daran, daß sie zwar nicht das Recht, aber die in die Verfassungspraxis »investierten« Verfassungs- und die sie abstützenden politischen *Ideologien* in Frage stellen. Um dies näher zu erläutern, versuche ich im folgenden zunächst in groben Strichen eine Skizze der herrschenden Verfassungsideologie zu entwerfen.

Das Volk als Staatsorgan

Die Partizipationsbewegungen der Schüler, Studenten, Lehrer (Vorgesetztenwahl), der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes (Personalrat, Mitbestimmung in kommunalen Betrieben etc.), von Personengruppen also, deren kollektive Interessen durch die staatlich vermittelte Qualifikation bzw. die Konsumtion von Arbeitskraft bestimmt wird, beanspruchen ein institutionalisiertes Mit*entscheidungs*recht über staatliche bzw. öffentlich-rechtlich definierte Interessen. Gegenüber diesen Bewegungen hat die Verwaltungs- und Justizpraxis verschiedene Varianten einer Verfassungsideologie mobilisiert, die die – durch Parlament und Regierung nur vermittelte – Selbstbestimmung des ganzen Volkes vor der Entfremdung durch partikulare Gruppen zu bewahren vorgibt: Nur die Alleinverantwortlichkeit der Regierung für Verwaltungsaufgaben erlaube ihre Kontrolle durch das Parlament und diese wiederum sei Voraussetzung für die Kontrolle durch das ganze Volk.[2]

Daß es nicht um die tatsächliche Kontrolle der Verwaltungstätigkeit durch das Parlament geht, läßt sich schon daraus entnehmen, daß die Verwaltung zugleich durch das »Amtsgeheimnis« vor einer allgemeinen, d. h. über konkrete Auskünfte durch die Regierung und parlamentarische Untersuchungen (Untersuchungsausschüsse) hinausgehenden »Ausforschung« geschützt ist. Wenn auch die Veröffentlichung von Verwaltungstätigkeit durch Partizipation gerade auch die *tatsächliche* parlamentarische Kontrolle durch den höheren Informationsgrad erleichtern würde, so muß diese bloße »Tatsache« angesichts der *rechtlichen* Unterbrechung des Verantwortungsstranges (Verwaltung – Minister – Parlament – Volk) jede Relevanz verlieren.

Das Volk wird so in ein Organ der Rechtspersönlichkeit des Staates verwandelt, die sich wie weiland Münchhausen (vermittels des von ihr selbst geschaffenen Rechts) aus dem Sumpf (der Tatsachen) in die reine Gedankenwelt des Rechts zu entheben scheint. Auch das Volk selbst ist (als Staatsorgan) an die staatlichen Kompetenzen gebunden: In den Volksbefragungsurteilen hat das Bundesverfassungsgericht[3] auch ein bloß konsultatives Referendum über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den Ländern Bremen und Hamburg sowie in einigen hessischen Kommunen mit der Begründung für verfassungswidrig erklärt, das betreffende »Volk« sei für Verteidigungsfragen nicht zuständig, diese oblägen vielmehr allein dem *Bundes*volk. Dies ist aber, weil es Organ einer anderen Rechtspersönlichkeit, nämlich der Bundesrepublik, ist, nicht mit dem jeweiligen Landes- bzw. Gemeindevolk als Organ einer jeweils anderen Rechtspersönlichkeit identisch.

Daß auch die Herrschaft des Volkes, weil es ja selbst Organ einer *Rechts*persönlichkeit ist, wiederum im Recht selbst seine Schranken finden muß, ist danach nicht mehr verwunderlich: Die Rechtspersönlichkeit des Staates bewegt sich auch bei der Änderung des Rechtes selbst innerhalb der Welt des Rechts, aus ihr gibt es kein Entkommen. Alles was sie tut, ist entweder Recht oder Unrecht. Die Sicherung der »langsamen und gleichförmigen Entwicklung des Rechts« (M. Hauriou), seine Kontinuität, ist in der Bundesrepublik durch die verfassungsgerichtliche Kontrolle der parlamentarischen Gesetzgebung auch formell in einem besonderen Staatsorgan institutionalisiert worden. Die Bundesrepublik ist eben ein »freiheitlicher Staat«, in dem der »Mehrheitswille in den Grenzen der Rechtsstaatlichkeit entscheidet«. Interessanterweise gibt es wie für »das Recht als Recht« ein eben solches Ausgenommensein von der parlamentarischen Kontrolle auch für das andere Medium, in dem sich der Tausch als Vergesellschaftungsform der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht, nämlich: das Geld. Die Funktionsfähigkeit des Geldsystems, des »Geldes als Geld« (Marx), wie sie in der Bundesbank institutionalisiert ist, muß vor einer Politisierung durch die

parlamentarisch-gesetzlich vermittelten sozialstaatlichen Verteilungskämpfe bewahrt bleiben. Die Bundesbank ist deshalb aus den Verantwortungssträngen des parlamentarisch-demokratischen Systems ausgegliedert, sie ist in ihrer Geldpolitik rechtlich weitgehend unabhängig.

Die Trennung von Staat und Gesellschaft

Die Staatsfixierung der Rechtsideologien, die die »Vermittlung« von Staat und Gesellschaft durch die öffentliche Meinung im allgemeinen und die Parteien im besonderen betonen[4], läßt sich bis in den deutschen vormärzlichen Liberalismus zurückverfolgen: Die Presse wurde geradezu als Ersatz einer institutionalisierten Volksrepräsentation angesehen. Josef Görres etwa betrachtete die Zeitungen als »Tribunen«, die die große Macht des Volkes vertreten, sie sollen der »Mund des Volkes und das Ohr des Fürsten seyn«. Andere Publizisten sprechen von einem »öffentlichen Mandat«, von der »öffentlichen Magistratur« der Presse, sogar vom »öffentlichen Amt des Journalisten«. Die auf den Staat fixierte Konzeption einer Öffentlichkeit, in der die *Trennung* von Staat und Gesellschaft stets in einem vorgängigen *Entsprechungs*verhältnis aufgehoben war, schlug sich etwa bei J. H. Zirkler, einem reaktionären Ideologen, schließlich in der Vorstellung nieder, daß die meinungsbildende Funktion von Vereinigungen auch juristisch auf die Bildung der *individuellen* Meinung des Einzelnen zu reduzieren sei, wenn einmal eine »Volksrepräsentation« bestehe. Das Staatsmonopol auf Politik wird hier derart verallgemeinert, daß dem Volk »neben dem gesetzlichen Organe« die Bildung weiterer »verfassungsmäßiger Versammlungen und Gesellschaften« versagt bleibt.
Neben der »Volksrepräsentation« soll es also keine politisch vermachteten Vereinigungen geben, sondern die Vereinigungen dürfen nur als Informationskanäle des Einzelnen fungieren, da ja die »Volksrepräsentation« selbst schon die Meinung des Volkes insgesamt zum Ausdruck bringt. In der Retrospektive erscheint diese Konzeption als ein durchaus nicht nur kurioser Versuch, die Effekte der Rechtsideologie, die von der Rechtspraxis reproduziert werden – ohne mit ihr identisch zu sein –, wiederum in Rechtssätzen zu normieren: Die Anrufung der Individuen als Subjekte ihrer »eigenen« freien Meinung, »Individuierung und Subsumtion« (J. P. Arnason) als *politischer* Effekt der ideologischen Praktiken des Rechts, werden selbst rechtlich *angeordnet*, ein Phänomen, das wenn auch nicht in dieser, so doch in anderen Varianten durchaus von aktueller Bedeutung ist (vgl. etwa die Rechtsprechung zum politischen Mandat der Studentenschaften, das »neue« politische Strafrecht, §§ 88 a, 130 a StGB etc.).

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur politischen Meinungs- und Willensbildung

Auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und deren theoretischer Verlängerung durch die gegenwärtig herrschende Rechts- und Verfassungsideologie macht sich die Staatsfixierung der »Öffentlichkeit« darin geltend, daß sich immer der Staat als »Entscheidungszentrum« und Adressat der öffentlichen Meinungs- und Willensäußerungen darstellt. Zwar erscheint die Ausübung von Druck nicht mehr als illegal oder illegitim, der Staat selbst wird sogar als Objekt und Produkt von Kompromiß- und Koalitionsbildungen in den und zwischen den gesellschaftlichen »Gruppen« gesehen, aber die Einheit des Staates als »Entscheidungszentrum« bleibt stets erhalten: Die früher hermetisch abgedichtete, statische »Einheit« der Staatspersönlichkeit wird jetzt als Funktion von »einheits*bildenden*« Ausgleichsprozessen der »Gruppen« selbst angesehen. Dabei muß stets vorausgesetzt werden, daß diese »Gruppen« einen bestimmten Grundkonsens reproduzieren, insbesondere, daß sie Interessen in einer *Form* artikulieren, die mit denen anderer Gruppen vereinbar bleibt. Oppositionelle Gruppen dürfen also nicht Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur im Interesse der Arbeiter*klasse*, sondern nur höhere Sozialleistungen für Arbeitnehmer verlangen, eine Forderung, die zwar den Interessen der Gruppe der Unternehmer widerstreitet, aber doch der Form nach, durch ihren Ausdruck in Geld, mit diesem Interesse vereinbar bleibt. Denn:

»Dieses Ringen der Gruppen spitzt sich zu einem Kampf um die politische Macht im Staat zu . . . Im Ringen um die Macht spielt sich aber gleichzeitig ein Prozeß der Klärung und Wandlung dieser Vorstellungen ab . . . die Tendenz der Ordnung und die in ihr angelegte Möglichkeit der freien Auseinandersetzung zwischen allen realen und geistigen Kräften wirkt aber in Richtung auf Ausgleich und Schonung der Interessen aller.«

Das Bundesverfassungsgericht hat die an diesen Prozeß der Einheitsbildung zu stellenden Funktionsanforderungen im KPD-Urteil prägnant auf die folgende Formel gebracht:

»Diese freiheitliche demokratische Ordnung nimmt die bestehenden, historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen zunächst als gegeben hin. Sie sanktioniert sie weder schlechthin noch lehnt sie sie grundsätzlich und im ganzen ab; sie geht vielmehr davon aus, daß sie verbesserungsfähig und -bedürftig sind.«[5]

Damit ist zugleich schon die Frage nach den strukturellen Bedingungen, die die Zusammenfassung von Millionen Individuen zu einer »Wirkungseinheit« ermöglichen, »beantwortet«: Die Einheitsbildung funktioniert, weil die Individuen und Gruppen es wollen, und sie wollen sie, weil sie funktioniert.
Die Abstraktheit des Staatsbürgers, der sich in der Abstraktheit des Staats

wiedererkennt, ist aber keine problemlos sich einstellende Bedingung von »Einheitsbildung« mehr. Sie bedarf vielmehr der *Reproduktion*, die sich – wenn auch nicht ausschließlich – vor allem durch die Praxis der »ideologischen Staatsapparate« (L. Althusser) vollzieht. Unter diesem Begriff werden auch die nicht explizit in öffentlich-rechtlicher Form institutionalisierten Medien wie die Presse oder die Parteien zusammengefaßt, weil ihre Funktionsweise um den Staat zentriert ist und weil sie eben die staatlich-rechtlichen Ideologien der abstrakten Freiheit und Gleichheit im praktischen Zustand realisieren, indem sie die Individuen stets als Staatsbürger »anrufen«.

Wenn das Bundesverfassungsgericht meint, die Presse wirke als »ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung«, sie fasse die »unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen« und trage sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran[6], so handelt es sich dabei keineswegs um eine bloße Mystifikation. Das Gericht verlängert und sanktioniert hier nur in einer verallgemeinerten Form Praktiken der ideologischen Reproduktion, insbesondere der politischen Verhältnisse, wie sie sich in der Presse vollziehen. Der Begriff der politischen Legitimation ist zur Kennzeichnung dieses Vorgangs deshalb problematisch, weil er eine bloße passive, »verfälschte« *Darstellung* von Politik assoziieren läßt, während es doch um den Prozeß der aktiven »Indoktrinierung«, der »Normalisierung« von Individuen geht. Auch im Bewußtsein etwa eines nicht-klassenbewußten Industriearbeiters sind nicht alle gesellschaftlichen Widersprüche durch erfolgreiche Legitimation des status quo »stillgelegt«. Politische Legitimation bedeutet eben nicht, wie Luhmann meint, das »motivfreie« Akzeptieren von einem Ergebnis nach nicht im voraus festgelegten Entscheidungen des Staates. Auch politische Passivität ist, so paradox es klingt, eine in den ideologischen Praktiken *aktiv* und in der Gewalt der Produktionsverhältnisse *stumm* produzierte und reproduzierte Verhaltensweise, die durch die Formierung von Abstützungs-, Dominanz- und Blockierungsverhältnissen zwischen verschiedenen Subideologien und Ideologiefragmenten etc. zusammengehalten wird. So wird etwa der Effekt der durch die Erfahrung in den Betrieben produzierten Haltung, daß »die da oben herrschen«, durch den Effekt der Individuierung und der Subsumtion unter bestimmte Funktionen zurückgedrängt (»da kann man nichts machen«) und in diversen politischen Gleichwertigkeits- oder Kompensationsideologien überhöht (»jeder an seinem Platz« / »Politik ist ein schmutziges Geschäft« / »arm, aber ehrlich« etc.).

Auch die Parteikonzeption des Bundesverfassungsgerichts läßt sich von diesem hier nur grob angedeuteten Ansatz her als eine theoretisch verallgemeinerte Form der *aktiven* Reproduktion des parlamentarischen Repräsentationsprinzips begreifen. Gerade die Parteien wirken an der Herstellung und Erhaltung des abstrakten Staatsbürgers mit, der sich im Parlament wiedererkennt. Die Beschreibung der Funktion der Parteien in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist dabei so verkehrt nicht: In einer neueren Entscheidung zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung heißt es:

»Die politischen Parteien sammeln und leiten die auf die politische Macht und ihre Ausübung in Wahlen und Staatsorganen gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen, gleichen sie in sich aus und formen sie zu Alternativen, unter denen die Bürger auswählen können.«[7]

Hier ist die Oberfläche eines Prozesses abgebildet, dessen Kernstruktur sich allerdings nur durch die Analyse der Konstitutionsbedingungen des abstrakten Staatsapparates selbst rekonstruieren ließe. Die *Reproduktion* des abstrakten Staatsbürgers setzt voraus, daß der »Block an der Macht« (N. Poulantzas) durch den »Zement« (A. Gramsci) einer Ideologie zusammengehalten wird, in der sich auch die konkreten Interessen der Beherrschten zugleich darstellen und unter ein Gesamtkonzept eines die »Einzelinteressen« überwölbenden »Gemeinwohlinteresses« *aller Bürger* subsumieren lassen. Und genau diesen Effekt produzieren unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien als »Volksparteien«. Schon in den Parteien muß ein Abstraktionsprozeß geleistet werden, in dem sich die konkreten Klassen-, Gruppen- und Individualinteressen aneinander abarbeiten und sich zu einem für das Volk »im ganzen« akzeptablen »Gemeinwohlentwurf« aggregieren.
Derselbe Vorgang, die *Verwirklichung* einer juristisch-politischen Abstraktion in einer institutionalisierten Praxis, vollzieht sich in ihrer höchsten Form als »Repräsentation des Volkes« in der parlamentarischen Gesetzgebung.
Repräsentation hat neben dem juristisch-symbolischen Aspekt der Produktion eines Gesetzes, in dem das »Volk« sich selbst wiedererkennt, weil es durch seine »Repräsentanten« gehandelt hat, einen ganz realen Aspekt, nämlich die reale Präsenz des »Volkes«, sei es als Zuhörer im Parlamentssaal, als Fernsehzuschauer oder als Zeitungsleser.[8] Die im Parlament inszenierte *Diskussion* hat durchaus etwas Reales, indem sie das Machtwort des Gesetzes mit einem im Parlament institutionalisierten »Wissen« verbindet. Das Gesetz als Identifikation eines für das Volk gebildeten »Willens« bedarf stets der Diskussion, die das Gesetz selbst als Resultat eines »Wahrheitsanspruchs« darstellt. Dieser durch die Gesetzesbegründung im Parlament

erhobene Anspruch wird sogleich durch die Mehrheitsentscheidung vom »Volke« angenommen. Die Geschichte des Parlamentarismus beweist die kaum zu überschätzende Elastizität dieser Institution: Von einer Honoratiorenversammlung, die sich in früheren Zeiten durch eine konsequente, juristisch fixierte Ausschließung der nicht-herrschenden Gruppen und Klassen auszeichnete, hat sich das Parlament in eine nach allgemeinem Wahlrecht gebildete »Volksvertretung« verwandelt. Der Parlamentarismus konnte schließlich sogar systemfeindliche »Volksvertreter» verkraften, weil die Ausschließung von unvereinbaren Klasseninteressen auch durch politische Selektionsfilter und nicht nur durch juristische Verbote besorgt wird. Unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts, d. h. der politischen Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament, haben sich vielfältige Umstrukturierungsprozesse innerhalb der juristischen Ideologien vollzogen, ohne daß dadurch aber die Elastizität der um die Freiheit und Gleichheit des Bürgers zentrierten juristischen Ideologieformation insgesamt überstrapaziert worden wäre.

Erschienen dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts Kapitalismus und Demokratie unvereinbar, so erscheint heute umgekehrt die Demokratie als das dem Kapitalismus und *nur* ihm adäquate politische System.[9] Das allgemeine Wahlrecht hat das Parlament verändert, hat es aber keineswegs, wie das Bürgertum befürchtet und wie die Sozialisten des 19. Jahrhunderts gehofft hatten, zu einem Instrument der Machtergreifung durch die Massen werden lassen. Es hat neue Formen und Institutionen der Erzeugung von Massenloyalität, insbesondere die Massenpresse, die Massenparteien und -verbände und damit neue Mechanismen der Reproduktion des politischen Alltagsbewußtseins hervorgebracht. Aber diese neuen Mechanismen haben durch Paraphrasierung und Reformulierung von Freiheit und Gleichheit der Bürger und ihrer »Repräsentation« im Staat die Kernstruktur der bürgerlichen Öffentlichkeit und ihrer Konstitutionsform nur reproduziert: Die Rechtsgleichheit der Bürger wird durch soziale *Chancen*gleichheit, die politische Freiheit der Wahl durch politische Bildung verdoppelt, das Neue stellt sich also als Wiederherstellung des Alten oder als Einlösung aller Verheißungen dar:

»Je mehr der einzelne auf diese Weise [durch Presseinformation und staatliche Öffentlichkeitsarbeit] zur eigenen Beurteilung aufgerufen und in ihm das Bewußtsein wachgehalten wird, als selbstverantwortliches Glied der Rechtsgemeinschaft die Gestaltung, Ausformung und Konkretisierung der für alle verbindlichen Rechtsordnung zu beeinflussen und an den grundlegenden politischen Entscheidungen beteiligt zu sein, um so leichter wird es ihm, den vom GG verfaßten Staat, der ihm diese Möglichkeit eröffnet, als seinen Staat anzunehmen« (!).[10]

Wohlgemerkt: Der Bürger muß nicht *wirklich* an allen »grundlegenden politischen Entscheidungen beteiligt« sein, in ihm muß vielmehr nur das »*Bewußtsein*« dieser Beteiligung gerade so weit »wachgehalten« (!) werden,

daß er bereit ist, den Staat als »seinen Staat anzunehmen«. *Darauf*, nämlich auf die Identifikation mit dem Staat und mit sich selbst als Staatsbürger, kommt es an; und diese Identifikation bedarf eben der aktiven Reproduktion in der und durch die Öffentlichkeit.
Die Staatsfixierung der Öffentlichkeit und ihre Wirkungsweise als »ideologische Staatsapparate« kommt sinnfällig in Martin Löfflers[11] Wort von der Presse als »vierter Gewalt« zum Ausdruck. Die Parteien sind vom Bundesverfassungsgericht sogar explizit in den Rang von »Verfassungsorganen« erhoben worden, während Löfflers Charakterisierung der Presse nicht beim Wort genommen werden wollte.

Bürgerinitiativen und Öffentlichkeit

Das hier skizzierte repräsentative Verfassungssystem scheint sowohl nach seinem Normenbestand wie nach der »Matrix« seiner Funktionsweise durchaus genügend Elastizität aufzuweisen, um auch die Bürgerinitiativen als eine neue Form der *Wieder*herstellung von Öffentlichkeit »einfunktionieren« zu können. Auch die Bürgerinitiativen (BI) haben eine schon in ihrer Bezeichnung zum Ausdruck kommende Tendenz, sich auf den Staat zu fixieren. Sie organisieren Personen und Gruppen, die sich vornehmlich durch Leistungsdefizite des politisch-administrativen Systems in »disparitären« Lebensbereichen als *Individuen* betroffen fühlen und sich als *Staatsbürger* gegenüber dem Staat und nicht, oder jedenfalls nicht primär, als Lohnabhängige gegenüber dem Kapital organisieren. Sie erheben *konkrete* sozialstaatliche Leistungsansprüche, die sich direkt an die Verwaltung wenden. Genau darin besteht der entscheidende Unterschied zu politischen single-purpose-movements, die, wie etwa die »Kampagne für Demokratie und Abrüstung«, generalisierbare politische Ansprüche an eine Öffentlichkeit adressieren, deren Paradigma, eine durch den (Meinungs-) Austausch freier und gleicher Bürger gestiftete, von Privatinteressen prinzipiell getrennte Sphäre vernünftiger Allgemeinheit, nicht in Frage gestellt wird. Diese Bewegungen glauben an die Rationalität ihrer Forderungen; die Betroffenheit, die sie artikulieren, ist die von Staatsbürgern, ihre Forderungen klagen die Einlösung des Rationalitätsanspruchs des als Handlungszentrum konstituierten *Parlaments* ein.
Die BI wenden sich demgegenüber direkt an die *Verwaltung*, sie betreiben eine Handlungsstrategie des begrenzten Konflikts, deren Mobilisierungswirkung sich gerade der Unmittelbarkeit der betroffenen Interessen wie der beanspruchten Unmittelbarkeit ihrer Befriedigung durch die Verwaltung verdankt. Nach den oben gemachten Ausführungen erscheint es kaum verwunderlich, wenn U. Barschel, Vorsitzender der CDU-Fraktion im

schleswig-holsteinischen Landtag, die Differenz der Interessenvertretung durch BI und Parteien wie folgt auf den Begriff zu bringen versucht:

»Bürgerinitiativen haben ein Ziel oder eine Zielgruppe, für deren völlige Verwirklichung sie eintreten. Ihre Ziele sind in der Regel nicht gemeinwohlorientiert . . . Wenn eine Bürgerinitiative sich einem egoistischen Ziel verschreiben kann, so muß eine Partei, in deren Reihen mehrere egoistische Ziele vertreten werden, einen Ausgleich anstreben, kann jedenfalls keines der egoistischen Motive voll übernehmen.«[12]

Das Auftreten von BI im allgemeinen wie die Unmittelbarkeit der Interessenvertretung im besonderen signalisieren eine *Umstrukturierung des Verhältnisses von Parlament und Verwaltung* wie eine damit einhergehende *Krise der Öffentlichkeit:* Die permanenten wirtschafts- und strukturpolitischen Interventionen des Staates, die sich in parlamentarisch-gesetzlich definierten Handlungs- (= Vollzugs-) Programmen nicht mehr fixieren lassen, führen zu einer »zwangsläufig ›bürgernah‹ werdenden Verwaltungspolitik«.[13] Lebensbereiche, in denen sich die Reproduktion von Arbeitskraft bisher in privater Form vollzogen hat, werden in zunehmendem Maße zu Verwaltungsaufgaben und lösen durch die damit einhergehende »Politisierung« auf der Seite der Adressaten, der Bürger, ebenfalls Politisierungsprozesse aus, die sich allerdings innerhalb der durch den Staat selbst gesetzten Darstellungsbedingungen, eben als *Bürger*initiative artikulieren.[14]
Die fragmentarische, partikularistische Verwaltungs*politik* (für die traditionelle »unpolitische« Verwaltungskonzeption wäre dies schon eine widersprüchliche Begriffsbildung gewesen) produziert neue partikularistische Konsensbedürfnisse, die von den »alten« Institutionen der Öffentlichkeit nicht, oder jedenfalls nicht in vollem Umfang, befriedigt werden können. Die Identität von »legal authority« (Entscheidungszuständigkeit) und »political authority« (Entscheidungs*fähigkeit*) von Verwaltungsbehörden wird in zunehmendem Maße prekär, weil die Verwaltung nicht mehr umstandslos den im Gesetz kanonisierten Konsens in Anspruch nehmen kann, sondern sich insbesondere für ihre Planungsaktivitäten selbst Konsens beschaffen muß.
Der Partikularismus der BI, die Mobilisierung der »Basis«, ist ihre Stärke; er ist jedoch zugleich auch ihre Schwäche nicht zuletzt deshalb, weil die von ihr geltend gemachten Ansprüche durch die Fixierung auf die im Rechtssystem definierte »Verantwortlichkeit« einer bestimmten Verwaltungsbehörde die tiefer liegenden strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen staatlichen Handelns häufig verfehlen. So reagieren Kommunalbehörden, die die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel erhöhen, mehr oder weniger unfreiwillig auf Zwänge, die andernorts gesetzt worden sind und denen sie sich kaum entziehen können. Die Strategie der Verhandlung mit Verwaltungsbehörden kann auch zu Kompromißbildungen zwingen, weil die BI, wenn sie sich nicht durchsetzen kann, zugleich ihr Mobilisierungs-

und Sanktionspotential verliert: Das Interesse erscheint »endgültig« als frustriert, die Bewegung zerfällt.
Die BI können daher zwar eine ganz erhebliche Militanz entwickeln, weil die Bewegung ihr Ziel »vor Augen« hat (oder zu haben glaubt). Eine das politische System insgesamt verändernde Brisanz können sie aber mangels eines generalisierbaren Interesses, das den politischen »Zement« einer dauerhaften politischen Organisation bilden könnte, nicht selbst aus sich heraustreiben. Die sich in BI vollziehenden politischen Lernprozesse sollen damit keineswegs abgewertet werden, im Gegenteil: sie können potentiell über das verfolgte »Interesse« hinausweisen, weil durch die »Veröffentlichung« von Verwaltungsverfahren strukturelle Handlungs- und Systemschranken im praktischen Zustand und nicht durch theoretische »Ableitungen« entdeckt werden.

Bürgerinitiativen: »vierte Gewalt« oder »Grundrechtsinitiativen«?

BI können für die Verwaltung zum willkommenen Bündnispartner werden, wenn bornierte Eigentumstitel einzelner Bürger sich einer Durchsetzung von strukturpolitischen Interessen widersetzen. Die Verwaltung kann dann eine politische Kostenrechnung aufmachen, in der private Widerstände gegen den Abbau von »Vollzugs- und Implementierungsdefiziten« (z. B. im Umweltrecht)[15] gegen Widerstände von BI verrechnet werden.
BI können so eine, nicht wie die Presse auf das Parlament, sondern auf die Verwaltung bezogene »Partizipationsöffentlichkeit« herstellen, die aufs neue als *Wieder*herstellung von »wirklicher« Demokratie unter den Bedingungen des Sozialstaats idealisiert wird. Wegen dieser durchaus realen Möglichkeit erschien mir die Beibehaltung des von den Herausgebern vorgesehenen Titels dieses Beitrags, insbesondere die Verwendung des Begriffs »vierte Gewalt« durchaus reizvoll.
Angesichts der Ambivalenz des erhobenen Befundes ist es nicht verwunderlich, wenn die fast durchweg – selbst bei konservativen Juristen und Politikern – vorherrschende positive Bewertung der BI sehr häufig mit einer Einschränkung versehen wird, wie sie in der Regierungsbegründung zum Entwurf einer neuen Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz exemplarisch zum Ausdruck kommt: Das dort unter der Bezeichnung »Bürgerinitiative« vorgesehene Antragsverfahren, in dem Gemeindebürger die Befassung des Gemeinderats mit einem bestimmten Gegenstand erzwingen können, wird damit begründet, daß »solche Aktivitäten . . ., solange sie nicht zu anderen Zwecken mißbraucht werden (!), zu begrüßen (seien) . . . Bürgerinitiativen . . . sollen die repräsentative Form der Demokratie nicht ersetzen, sie können nur ergänzend wirken.«[16]

Demgegenüber spricht W. Hennis schon eine deutlichere Sprache: Wenn er ein allmähliches »Herausdrängen des Amtsgedankens aus dem Demokratiebegriff« beschwört[17], so ist damit die Gefahr eines unter dem Druck von BI möglichen Auseinanderfallens von »legal authority« und »political authority« benannt. Denn auch ein hohes Maß von nicht prinzipiell systemkritischer Beteiligung von Massen droht das Funktionieren der um die Staatsapparate zentrierten Institutionen und Kanäle politischer Willensbildung und damit das mit der Ausdifferenzierung eines spezialisierten politischen Systems erreichte Niveau der »Reduktion von Komplexität« (Luhmann) zu gefährden.[18] Denn die Notwendigkeit permanenter Kompromiß- und Konsensbildungen auf der Verwaltungsebene stellt implizit zugleich die Möglichkeit eines im Staat institutionalisierten allgemeinen Interesses in Frage.
Konservative Juristen, die die »›Modeformeln‹ ›Demokratisierung‹ und ›Partizipation‹« vermeiden und sich nur mit »den Sachproblemen als solchen befassen«, sehen hier nur eine durch »Richtigstellung« zu korrigierende falsche politisierte und ideologisierte *Sicht*weise von allein juristisch definierbaren Problemen: Danach geht es hier nur um den »Rechtsschutz« einerseits und die »Anhörung« der in ihren Rechten Betroffenen andererseits.[19] Aber auch bei Autoren, die die mit der Abnahme des Grades »konditionaler Programmierung« des Verwaltungs*rechts* einhergehende strukturelle Veränderung der Verwaltungs*tätigkeit* zur Kenntnis nehmen, reduziert sich die sozialwissenschaftliche Analyse lediglich auf eine Höherlegung der Rationalität der Verwaltung: diese sei jetzt nicht mehr allein aus dem Gesetz abzuleiten, sondern durch eine komplexe *Entscheidungstheorie* zu rekonstruieren. Die Einheit der Verwaltung erhält sich durch den »prozeßhaft gewonnenen *Begründungs*zusammenhang der konkreten Entscheidung«.[20] Die Rationalität des allgemeinen Gesetzes und seines Universalitätsanspruchs wird abgelöst durch die Rationalität des Entscheidungsprozesses, in dem die vom Gesetz bestimmten Parameter nur Entscheidungskriterien neben anderen sind. Daß Verwaltung hier auf einen rationalen Diskursprozeß reduziert wird, schlägt sich exemplarisch in W. Schmidts Empfehlung nieder, den Begriff des »Vollzugsdefizits«, der – wenn auch selbst nur unzulänglich – strukturelle Probleme der Durchsetzung von Verwaltungsrechtsnormen etwa im Umweltrecht benennt, durch den Begriff »*Begründungs*defizit« zu ersetzen: Strukturmängel, asymmetrische Effekte von Verwaltungstätigkeit stellen sich nur als Abweichung von dem je normativ vorausgesetzten Verfahrensmodell eines rationalen und argumentativen »Staatsdiskurses« dar!
Dieses »dynamisierte« Verfahrensmodell politisch-administrativen Handelns findet sein Pendant auf der Seite der »privaten« Bürger in einer sozialstaatlichen Vergabe von »dynamisierten« Grundrechten auf Teilhabe an staatlichen Leistungen sowie auf Beteiligung an Verwaltungsverfahren

durch Selbst- und Fremd*information*. Das Referat von P. Häberle[21] ist geradezu ein Füllhorn neuer Teilhaberechte, die sich an fast allen Grundrechten festmachen lassen: »Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben heute ist vor allem Erfüllung grundrechtlicher Aufgaben«. »Daseinsvorsorge wird zur ›Grundrechtsvorsorge‹«. Auf die »soziale Grundrechtswirklichkeit« soll es jetzt ankommen, nicht nur auf die formale Rechtsgleichheit und Freiheit! Doch da das soziale Grundrechtsgold an alle Staatsbürger gleichmäßig verteilt wird, wird damit letzten Endes nur der Effekt erzielt, der auch bei der Erhöhung des Geldvolumens bei gleichbleibender oder abnehmender Wertsubstanz eintritt: Inflation. Da alle Bürger mehr sozialstaatliche Grundrechte bekommen, stehen alle Grundrechte unter dem staatlichen »Maßgabevorbehalt«: Grundrechte nach Maßgabe des dem Staat »Möglichen«. »Grundrechte im Leistungsstaat heißt sowohl Leistungsstaat durch die und dank der Grundrechte als auch Grundrechte durch den und dank des Leistungsstaates« (sic!). So wie jeder Abiturient ein Grundrecht auf das Studium seiner Wahl hat – nach Maßgabe der im nc-Verfahren institutionalisierten »Möglichkeit« – so hat auch jeder ein Grundrecht auf saubere Umwelt[22] – nach Maßgabe . . .! Häberles Wort von den »Bürgerinitiativen als Grundrechtsinitiativen« bleibt unter diesen Bedingungen nichts als ein Bonmot. Der einzige Effekt dieser Inflation von Teilhaberechten besteht in der massiven Ausweitung des gerichtlichen Rechtsschutzes, so daß letzten Endes die Gerichte eine »Abwägung« vorzunehmen haben, eine Abwägung, deren »Maß« zwangsläufig von der Normalität der »Verhältnisse« gesetzt wird. Diese Version der »Verrechtlichung« der Auseinandersetzungen um die *kollektive* Aneignung von Lebensverhältnissen, die sich der juristischen Fixierung in individuellen Eigentumsbeziehungen gerade widersetzen[23], entpolitisiert die in der Kollektivität der Interessendurchsetzung enthaltene Brisanz, indem sie die Interessen auflöst in eine Fülle von *Individual*ansprüchen auf grundrechtliche »Sozialhilfe« zur Verwirklichung des je *eigenen* Rechts auf gesunde Umwelt etc.

Wie widersprüchlich diese Verrechtlichungsprozesse verlaufen, läßt sich z. B. an der gerichtlichen Beurteilung des »Bergkamener Umwelt-Skandals« erkennen[24]: Das Landgericht Dortmund hat den »Verkauf« von Einspruchsrechten der Mitglieder einer Bürgerinitiative an ein Kraftwerksunternehmen als »sittenwidrig« und damit als nichtig bezeichnet. Hier deutet sich eine mit dem groben Raster des moralischen Unwerturteils kaum zureichend erfaßbare »Umwertung« des Umweltschutzes an: Die mit dem bestehenden Rechtssystem durchaus zu vereinbarende Ökonomisierung der Einspruchsrechte als *Eigentums*titel wird wegen der damit verbundenen gesellschaftlichen Allokations- und Distributionseffekte der alleinigen privaten Verfügung der Betroffenen entzogen. In der juristischen Literatur wird gerade auch am Beispiel des Umweltschutzrechtes diskutiert,

wieweit das durch umweltschädliche Betriebe gefährdete Eigentum Dritter künftig auch durch *Einspruchsrechte* tituliert werden kann – damit wird privaten Dritten jedenfalls ein in zeitlicher Hinsicht weitreichendes Recht der Mitverfügung über ökonomische Investitionen eingeräumt. Die Alternative dazu wäre eine weitgehende Konzentration der Entscheidung bei der Verwaltung, verbunden mit der Kompensation von Nachteilen Dritter durch Begründung von *Schadensersatz*ansprüchen.

Legitimation durch Verfahren? Die Rechtsprechung in Atomsachen

Die bisherige, den Bau von Kernkraftwerken sehr weitgehend einschränkende Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte widerlegt die oben geäußerte Skepsis gegenüber der Charakterisierung von BI als »Grundrechtsinitiativen« nicht. Die Legitimationsfähigkeit des gerichtlichen Verfahrens ist dort vor allem dadurch überstrapaziert worden, daß die in der Rechtsprechung stets offen oder latent als Verhaltensmaßstab in Bezug genommene Kontinuität einer vorausgesetzten »Ordnung« gerade deshalb kaum mit Überzeugungskraft angerufen werden konnte, weil die staatliche Handlungsstrategie hier auf die Einführung einer ganz neuartigen Technologie zielt. Deren Tragweite entzieht sich sozusagen naturwüchsig dem Maßstab des Herkömmlichen in einem solchen Umfang, daß hier der Gesetzgeber zur Ergänzung des sehr dürftigen Wortlauts des Atomgesetzes angerufen werden muß. Es ist daher kein Wunder, daß das Oberverwaltungsgericht Münster[25] nunmehr, vermittelt über einen Vorlagebeschluß zum Bundesverfassungsgericht, den Gesetzgeber auch explizit in Pflicht nehmen will. In diesem vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren wird es wohl kaum darum gehen, die Zuständigkeit zur Erteilung von Genehmigungen zum Bau von Atomkraftwerken bei den Parlamenten zu konzentrieren. Dies würde – abgesehen von den verfassungsrechtlichen Bedenken (Rechtsschutz, keine unmittelbare Beteiligung der Betroffenen etc.) – wiederum die Legitimationskraft des Parlaments überstrapazieren, weil dann in jedem Einzelfall alle Entscheidungskriterien »politisiert« wären (der Gesetzgeber wäre ja an vorangegangene eigene Gesetze nicht gebunden). Wahrscheinlich wird das Ergebnis dieses Verfahrens, wenn nicht der Gesetzgeber einem Urteilsspruch schon selbst zuvorkommt, in einer Pflicht zur Präzisierung der Genehmigungsvoraussetzungen bestehen. Vor allem wird der Gesetzgeber selbst die Grundentscheidung darüber treffen müssen, welches mit der Verwendung von Kernenergie verbundene Risiko er den Bürgern zumuten will. Die gegenwärtige Fassung des Gesetzes ist so unbestimmt, daß mangels näherer Angaben über die zur Erhaltung der »erforderlichen« Sicherheit notwendigen Anforderungen sogar ein grund-

sätzliches Verbot der Errichtung von Kernkraftwerken mit dem Gesetzeswortlaut vereinbar wäre.[26]

Die Lösung wird also sicher nicht in einer Konzentration der Entscheidungszuständigkeit bei den Parlamenten, sondern in einer »differenzierenden« Regelung bestehen, die die Legitimationsfähigkeit sowohl des legislativen, des administrativen als auch des gerichtlichen Verfahrens kombinieren wird.[27]

Die seit Jahren heftig geführte Diskussion über die gesetzliche Einführung einer *»Verbandsklage«*[28], mit der die Kontrolle von Verwaltungsverfahren auch unter Berufung auf kollektiv wahrgenommene, aber nicht durch subjektive *Rechte*[29] geschützte Interessen begehrt werden könnte, wird ebenfalls durch die Ambivalenz der Bürgerinitiativen bestimmt: Einerseits könnte die Verbandsklage die Verwaltung von einem starken Legitimationsdruck befreien, weil ja die Richtigkeit der »Interessenabwägung« in einem »objektiven« Gerichtsverfahren überprüft würde und so die von der Verwaltung frustrierten Erwartungen auf die Verwaltungsgerichte umgeleitet werden könnten. Andererseits erlaubt aber die Militanz der BI und ihre gerade wegen der sehr diffusen Erscheinungsform kaum prognostizierbare Entwicklungsperspektive keine zuverlässige Einschätzung, ob nicht – wie schon in der Rechtsprechung zum Bau von Kernkraftwerken – auch in anderen Fällen die Legitimation durch (Gerichts-)Verfahren sich als zu schwach erweisen könnte. Außerdem hat sich die Konkurrenz eines effektiven Verbandsklagerechts mit dem Schutz des planungsbegünstigten Dritten[30] als schwer lösbares Problem erwiesen. Entsprechend dieser Ambivalenz setzen »moderne« Juristen auf die Integrationswirkung, während den konservativen – wenn auch nicht explizit – die mit der Transformation des bestehenden Klagesystems verbundenen Wirkungen politisch riskant erscheinen.

Anmerkungen

1 Vgl. nur § 17 rheinland-pfälzische Gemeindeordnung; weitere Nachweise bei P. C. Mayer-Tasch, *Die Bürgerinitiativbewegung*, Reinbek 1976, S. 56 ff.

2 Vgl. nur BVerfGE 9, 268 ff. (Personalrat) und 35, 79 ff. (Hochschule).

3 Vgl. BVerfGE 8,42 und 104 ff. und 122 ff.

4 Vgl. dazu allgemein B. Blanke, »Theorien zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft«, in: Blanke/Jürgens/Kastendiek, *Kritik der Politischen Wissenschaft*, Frankfurt/New York 1975, S. 126 ff., bzw. B. Zeuner, »Verbandsforschung und Pluralismustheorie«, in: *Leviathan* 1976, S. 137 ff.

5 Vgl. BVerfGE 5,85 ff. u. 197.

6 Vgl. BVerfGE 20, 162 ff. u. 175.

7 Vgl. BVerfGE, in: *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)* 1977, 282 ff. u. 285.

8 Vgl. dazu allgemein E. Landowski, »Le débat parlementaire et l'écriture de la roi«, in: *Revue française de science politique*, 1977, S. 428 ff.

9 Zu dem hier nur angedeuteten Problem vgl. allgemein G. Therborn, »The Rise of Capital and the Rise of Democracy«, in: *New Left Review* Nr. 103 (1977), S. 3 ff.

10 Vgl. BVerfGE DÖV 1977, 285.

11 *Der Verfassungsauftrag der Presse. Modellfall »Spiegel«*, Karlsruhe 1963, S. 4.

12 »Bürgerinitiativen und parlamentarische Parteiendemokratie«, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* (ZRP) 1977, S. 129 ff.

13 Vgl. C. Offe, »Rationalitätskriterien und Funktionsprobleme politisch-administrativen Handelns«, in: *Leviathan* 1974, S. 333 ff. u. 342.

14 Vgl. zur politischen Einschätzung der Bürgerinitiativen einerseits C. Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Ffm 1972, S. 153 ff. und andererseits M. Rodenstein, »Bürgerinitiativen – ein neues Phänomen politischer Beteiligung«, in: *Arch. + Nr. 28, 1975*.

15 Vgl. nur G. Winter, *Das Vollzugsdefizit im Wasserrecht*, Berlin 1975.

16 Vgl. rh-pf LT-DS 7/1884, S. 70.

17 Vgl. Cappenberger Gespräch, Bd. 6, 1971, S. 55 f.

18 Vgl. dazu P. C. Mayer-Tasch, a.a.O., S. 85.

19 Vgl. W. Blümel, »›Demokratisierung der Planung‹ oder rechtsstaatliche Planung«, in: *Festschrift für Ernst Forsthoff* (zum 70. Geburtstag), S. 9 ff. u. 23.

20 Vgl. W. Schmidt, »Rechtsschutz gegen ein Begründungsdefizit bei den Verwaltungsentscheidungen über öffentliche Interessen«, *DÖV* 1977, S. 577 ff. (Hervorhebung von mir).

21 *Grundrechte im Leistungsstaat*, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Bd. 30 (1972). S. 43 ff.

22 Vgl. nur J. Lücke, »Das Grundrecht des einzelnen gegenüber dem Staat auf Umweltschutz«, *DÖV* 1977, S. 289 ff.

23 Vgl. P. H. Chambart de Lauwe, »Aneignung, Eigentum, Enteignung«, in: *Arch. + Nr. 34* (1977), S. 2 ff.

24 Vgl. dazu A. Endres, »Der Umwelthandel von Bergkamen«, in: *Umwelt* 1977, S. 274 ff. bzw. allgemein: R. A. Posner, *Economic Analysis of Law*, Boston/Toronto 1972.

25 Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 41 (1977), S. 122 f.

26 Vgl. H. Lecheler, »Zur Reform der atomrechtlichen Anbau- und Betriebsgenehmigung«, in: *ZRP* 1977, S. 241 f. u. 245.

27 Vgl. dazu auch den Beitrag von Bundesjustizminister H. J. Vogel, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24. Oktober 1977, S. 10.

28 Vgl. nur W. Schmidt, a.a.O. und Rehbinder/Burgbacher/Knieper, *Bürgerklage im Umweltrecht*, Berlin 1972.

29 Die Befugnis des einzelnen Bürgers zur Klage gegen die Genehmigung von Kernkraftwerken ist bisher aus dem »Recht auf Leben« (Art. 2 Abs. 2 GG) abgeleitet worden.

30 Vgl. F. Weyreuther, *Verwaltungskontrolle durch Verbände?*, Düsseldorf 1975.

Ossip Ottersleben
Der Mord am Bürgermeister
Ein Heimatroman

Braun

Ossip Ottersleben. „Der Mord am Bürgermeister". Roman. Linson mit Schutzumschlag. 208 Seiten. DM 26,—.
ISBN 3-88097-060-2

Ein realistischer, packender Roman: In einer Kleinstadt, die durch eine Firma und eine Partei beherrscht wird, beginnen sich die Gesellschaftsstrukturen zu ändern: Arbeiter wollen streiken, Jugendliche ein Jugendhaus erkämpfen, soziale Aufsteiger drängen in Führungspositionen. Erbittert setzen sich die Etablierten, unterstützt durch die lokale Presse und die Kirche, zur Wehr — diese Vorgänge eskalieren bis zum Mord am Bürgermeister.
Eine große, gelungene Satire: In gekonnter Überzeichnung werden die Mechanismen des Zusammenspiels zwischen politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Macht bloßgelegt. Die Hilfsdienste der Medien, Kirchen und Institutionen gleiten ins Lächerliche, ihre Kriecherei um des eigenen Überlebens willen entlarvt sie.

Literarischer Verlag Helmut Braun KG
Dünnwalder Mauspfad 390
5000 Köln 80
Telefon 0221-601457

»Das Denken Schopenhauers ist unendlich aktuell. Seine Philosophie spricht in Vollendung aus, was die Jugend heute ahnt.«
Max Horkheimer

Arthur Schopenhauer
Zürcher Ausgabe

Die Volks-, Studien- und einzige Taschenbuchausgabe: jeder Band bringt nach dem letzten Stand der Forschung den integralen Text in der originalen Orthographie nach der historisch-kritischen Edition von Arthur Hübscher. Übersetzungen fremdsprachiger Zitate und seltener Fremdwörter sind in eckigen Klammern eingearbeitet. Mit einem Glossar philosophischer Begriffe, editorischem Bericht, Chronik und Register.

10 Bände Werke + 1 Band »Über Schopenhauer« in Kassette, zusammen 3720 Seiten, nur 98.–
Alle Bände auch einzeln:
detebe 140/I-X und 153, je 6.80–12.80

»Tiefer ethisch sozial hat keine sentimentale Regung das Gebot der Nächstenliebe verkündet.« **Karl Marx**

»Er war ein Aufsässiger – im Vergleich zu ihm war Marx nur auf kleine Reformen aus. Nicht Marx, Schopenhauer ist in einem sehr ernsten Sinn subversiv.« **Ludwig Marcuse**

»Ein ausgesprochener *Mann*, dessen gewaltige Ehrlichkeit & bullige Wucht mich auf ewig für Nietzsche verdorben haben.« **Arno Schmidt**

»Es ist gar nicht einzusehen, warum Du nicht viel mehr Schopenhauer liest.« **Kurt Tucholsky**

Diogenes

Rotbuch

Der SDS, meist nur bekannt aus seiner ›revolutionären Epoche‹ Ende der Sechziger Jahre, wird von den Autoren in einer umfassenden Gesamtdarstellung von der Gründung 1946 bis zur Selbstauflösung 1969 dargestellt. Die Geschichte des SDS gewinnt, von heute aus betrachtet, zunehmend den Charakter eines Lehrstückes für eine alternative und sozialistische Hochschulpolitik.
Rotbuch 174. 192 S. DM 8 (7)

Wagner beschreibt vor allem die Ängste vor der Uni und die als Abwehr gegen die Ängste entwickelten ›Bluff‹-Techniken. Wie man heute studieren kann, ohne Angst zu haben, ohne zu bluffen oder sich bluffen zu lassen. wie man sich an der Universität zurechtfindet, wie man lernt, Ängste zu verlieren.
Rotbuch 172. 112 S. DM 7 (6)

Die Autoren sind aktive Mitglieder von sog. K-Gruppen gewesen. Sie haben am eigenen Kopf und Leib erfahren, wie ihr Denken und Handeln begrenzt, ihre Bedürfnisse deformiert, ihre subjektive Existenz eingeschnürt wurde. Sie beschreiben die Gefahren sektiererischer Politik und die verschiedensten Formen von Realitätsverlust und pol. Unterdrückung, auch ihren eigenen Anteil hieran.
Rotbuch 177, DM 7 (6)

edition suhrkamp

M. Bloch, F. Braudel, L. Febvre u. a.
Schrift und Materie der Geschichte
Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse. Herausgegeben von Claudia Honegger, es 814. DM 14,–

Alexander Kluge
»Unheimlichkeit der Zeit«,
Neue Geschichten. Hefte 1–18.
es 819. DM 16,–

Géza Róheim
Psychoanalyse und Anthropologie
Drei Studien über die Kultur und das Unbewußte,
es 839, DM 10,–

Ernst Kris
Die ästhetische Illusion.
Phänomene der Kunst in der Sicht der Psychoanalyse,
es 867, DM 9,–

Frances F. Piven, Richard A. Cloward
Regulierung der Armut.
Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Mit einem Vorwort von Stephan Leibfried.
es 872, DM 12,–

T. Leithäuser, B. Volmerg, G. Salje, U. Volmerg, B. Wutka
Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins,
es 878. DM 9,–

Stanley Cohen, Laurie Taylor
Ausbruchsversuche
Identität und Widerstand in der modernen Lebenswelt,
es 898. DM 8,–

In allen Buchhandlungen
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1

Robert Jungk
Aus den Katakomben des Atomstaats

Ein Brief an die Nachgeborenen, sofern es sie noch gibt

Diesen Brief, liebe Freunde in der Zukunft, die ich euch wohl nicht mehr erleben werde, will ich in einem der Stahlcontainer verstecken, die wir übermorgen in die Entsorgungsanlage »Klinken Nord-Ost« transportieren. Ich weiß, daß diese Container, die voller gläserner Kugeln sind, in welche hochaktive Abfälle eingeschmolzen wurden, nicht früher als in jetzt dreißig Jahren kontrolliert werden. Aber auch nicht später. Wenn ich dann wider Erwarten noch leben sollte, kann es mir auch nichts mehr ausmachen, wenn sie mich nach Canton Island oder Annekoog verbannen. Ich bin heute schließlich schon dreißig und die durchschnittliche Lebenserwartung, die schon jetzt auf bescheidene sechzig Jahre gesunken ist (Statistiken darüber werden zwar nicht veröffentlicht, aber ein Freund in der Behörde hats mir verraten), wird dann wahrscheinlich weiter abgesackt sein: auf fünfzig vielleicht. Ihr kennt ja die Gründe: Frühvergreisung – als Folge von? Na, das wißt ihr ja auch.

Aber um von uns Kadern zu reden. Wir haben immerzu mit dem heißen Stoff zu tun. Als ich mich bei den »Hellgrünen« bewarb, dachte ich erst, die würden mich gar nicht nehmen. Wenns nur mein »hohes« Alter gewesen wäre. Aber ich hatte mich auch noch mit der Stamokap-Verdächtigung herumzuschlagen, und dann: Betriebsrat bei *Interatom* und natürlich entlassen, nach acht Jahren, weil ich den Mund nicht halten konnte. Danach lange arbeitslos. Und das mit Familie.

Also mußten Papas alte Beziehungen ein wenig nachhelfen. Da war dieser Doktor Bergius vom IRS, dem Institut für Reaktorsicherheit. Ein guter Mann, dems wirklich um Zuverlässigkeit in unserem Geschäft ging. Sein Gebiet: hypothetische Störfälle beim SNR 4. Bergius hat wohl als erster angeregt, einen neuen Kern zu konstruieren, der diese heterogene Mischung aus Spalt- und Brennstoffelementen vorsah. Viel zuverlässiger als die alten. Er hat auch unablässig darauf gedrängt, erst einmal alle, aber wirklich alle Sicherheitsprobleme bis zu ihrer vollständigen Lösung zu untersuchen, bevor man so einen Brüter baut. Aber mit diesem Perfektionismus ist der Gute einfach nicht durchgekommen. Immerhin jedoch war sein Ansehen bei denen von der Sicherheit groß genug, um mich durchzuboxen. Ich habe dann alle Prüfungen glatt bestanden, sogar den Lügendetektortest und die

Stimmenanalyse, obwohl ich nicht übel gemogelt hab. Aber der Typ, der mich durchhecheln sollte – ein heimlicher Schwarzbruder, schätze ich – hatte es gerade eilig und ließ mich passieren. Mein Gott, wie wertvoll diese Leute sind! Wie sollte man überhaupt überleben, wenns nicht immer wieder Leute gäbe, die es nicht so genau nehmen. Hoch die Nachlässigen, Pflichtvergessenen und Schussligen! Und die Bestechlichen nicht zu vergessen! Die sorgen wenigstens dafür, daß überhaupt noch was läuft.

Ich bin also ein »Hellgrüner« geworden: Mitglied jener »nuklearen Priesterschaft« der hundertprozentig Präzisen und Zuverlässigen, die Alvin Weinberg (ihr erinnert euch, das ist der Mensch, nach dem sie den *Atompark IV* benannt haben) als unentbehrliche Voraussetzung für das Wohlergehen der »nuclear community« bezeichnet hat. Weinbergs Artikel aus *Science,* in dem er sein Modell im Jahre 1973 entworfen hat, haben wir, in deutscher Übersetzung, während unserer Ausbildung zum Teil Wort für Wort auswendig lernen müssen. Daß Meister Alvin 1989 dann plötzlich seine Meinung geändert hat, weil ihm die Atucha-Katastrophe in die Glieder gefahren ist, wissen nur wir in den Katakomben. Ich habe sogar ein »Samisdat«-Tonband mit seinem Widerruf, der mit den Worten beginnt: »I certainly misjudged human nature«, zu deutsch: Ich habe mich tatsächlich in der Beurteilung der menschlichen Natur geirrt. Dieses Band kennt der KTSD, der Kerntechnische Sicherungsdienst natürlich auch. Aber der befolgt die Anweisung des Psychiaters Professor Hacker: »Auf keinen Fall Märtyrer schaffen!« »Eiserne Faust im samtnen Handschuh« – das ist die wichtigste Verhaltensregel für uns »Hellgrüne«. Im Kursus »Zwischenmenschliche Beziehungen« wurde uns beigebracht, daß die Bürger einen Anspruch auf Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und eine nicht unbeträchtliche Wochenration von Streicheleinheiten haben. Schon das Lehrbuch über »Akzeptanz« von Otway und Fishbein (Wien 1984) weist immer wieder darauf hin, daß die Nukleartechnik nur dann eine Chance hätte, von den Bürgern angenommen zu werden, wenn es gelänge, das widersinnige Vorstellungsbild einer menschenfeindlichen Technologie systematisch abzubauen.

Ist uns das gelungen? Ganz und gar nicht. Da mußte dann schon die »eiserne Faust« durchgreifen. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Einsatz von Gorleben. Was hat man da nicht getan, um die Leute zufriedenzustellen. Die hatten von den Betreibern der Aufbereitungsanlage buchstäblich alles bekommen, was man sich nur wünschen kann: Sportplatz, Hallenbad, Rennstrecke für Motorräder, Freilichtkino mit Gratiseintritt, Naturschutzpark und eine von den Japanern gestiftete Schule für Blumenarrangements; als Dank für die hiesige Aufnahme des japanischen Atommülls, heißt es. Sogar ein Krankenhaus speziell zur Krebsbekämpfung, von der Pharmaindustrie gestiftet, haben sie eingerichtet. Obwohl man das Ding

wahrhaftig besser woanders hätte aufstellen sollen, bei der WAFKB zum Beispiel. Denn vor allem im Umkreis der WAFKB, der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe, war ein starkes Ansteigen von Blutkrebs und Schilddrüsenkarzinomen zu erwarten. Weshalb nur den Bewohnern sowas direkt vor die Nase setzen, so daß sie über den täglichen Ortsklatsch hören oder bei Spaziergängen sehen konnten, wie es ihnen vielleicht einmal selber ergehen würde?

Ein paar von diesen Unglücklichen haben sich aus dem Spital geschlichen und das Wärterhaus am Eingang zum Werksgelände in der Nacht angezündet, als das Personal auf Patrouille war. So ein Unsinn! Kein großer Schaden, gewiß. Und am nächsten Tag sind die Wirrköpfe natürlich sofort eingefangen worden. Und dann? Als die grüne Minna mit den vier Leuten gerade von der »Emil Heinz Graul-Pflegeanstalt« abfahren wollte, wurde ihr der Weg durch einige Dutzend aufgeregter Bürger verstellt. Die Leute legten sich einfach auf die Straße und wollten den Polizeiwagen partout nicht durchlassen. Überredung half nichts. Drohungen wurden nicht zur Kenntnis genommen. So mußte leider CS-Gas eingesetzt werden. Unangenehm. Die Medien haben wie üblich nichts über den peinlichen Vorfall berichtet.

Doch damit war die Sache nicht erledigt. Ein Jahr danach zum gleichen Datum erreichte die Landesregierung in Hannover ein eingeschriebener Brief, in dem es hieß, ich zitiere aus »Hellgrün-Intern« No. 327:

»Wir waren bis vorigen Monat in der WAFKB Gorleben beschäftigt. Im Laufe der letzten drei Jahre haben wir genügend PU 239 beiseitegebracht, um eine PU-Bombe zu bauen. Das Werk Gorleben ist eine öffentliche Gefahr für Gesundheit und Leben der Bevölkerung. Wir verlangen daher seine sofortige Schließung, den Abtransport der technischen Anlagen unter Beachtung der gängigen Strahlensicherungs-Maßnahmen, ihre Verschrottung und Lagerung als Atommüll. Wir werden den Fortgang dieser Arbeiten beobachten. Ihr habt ein Jahr Zeit. Ist die Demontage bis zu diesem Datum nicht erfolgt, so zünden wir unsere Waffe über dem Zentrum einer deutschen Stadt unserer Wahl. Die Anti-Gäule.«

Da diesem Erpresser-Schreiben der Schaltplan einer Spaltbombe beigelegt war und im vorhergehenden Jahr bei der Kontrolle des Spaltmaterials tatsächlich ein MUF (Material unaccounted for factor), das heißt das Fehlen von Plutonium in der Menge von beinahe acht Kilo festgestellt worden war, ein Verlust, den die Verantwortlichen bis dahin nicht auf Diebstahl sondern auf das schlechte Funktionieren einer neuen Trocken- und Mischapparatur zurückgeführt hatten, klang die Drohung durchaus glaubhaft. Dennoch beschlossen die Behörden, den Erpressern nicht nachzugeben. Ein traumatisches Warten begann. Zum Glück stellte sich dann nach Ablauf der Jahresfrist heraus, daß man es mit Wichtigtuern zu tun hatte. Sie waren

allerdings informiert genug, um den Behörden zwölf Monate lang Angst und Schrecken einzujagen.
Heute denke ich an die Zeit, in der derartige Drohungen noch nicht so ernstgenommen werden mußten, als an eine Zeit der Idylle zurück. Inzwischen aber haben wir erfahren, daß individueller Atom-Terror bitterer Ernst sein kann. Wie hoch die Zahl der Bombendrohungen bis heute ist, weiß ich in meiner Position natürlich nicht. Aber sie dürfte beträchtlich sein. Wie oft sind alleine in den letzten drei Jahren ganze Städte »zur Vorbeugung geräumt« worden. Und in mindestens sieben Fällen – ich weiß freilich nicht, ob sich in der Dritten Welt noch mehr solcher Katastrophen ereignet haben – sind die PU-Bomben, die PUBOS auch hochgegangen. Ich will den Atom-Terror nun an drei beliebigen Beispielen skizzieren. Denn sonst erfahrt ihr möglicherweise nichts von alledem. Schließlich neigt die offizielle Geschichtsschreibung dazu, diese so entscheidende Erscheinung unserer Epoche kurzerhand zu unterschlagen. Und ich möchte hinzufügen, daß diese Ereignisse mehr als irgend etwas anderes auch für den Zerfall des Mannschaftsgeistes bei den »Hellgrünen« verantwortlich sind. Denn es ist schwer, gewissenhaft zu bleiben, wenn gewissenlose Widersacher unsere Sicherheitsbemühungen ständig aufs Neue erschüttern.

Paris, 14. Juli 1986

Eine Abteilung des SSN, des Service Sécurité Nucléaire, die mit der Sicherung der Zentrale Nogent sur Seine beauftragt worden war, verlangte am Nationalfeiertag den sofortigen Rücktritt der Volksfrontregierung Rosenvallon. Ministerpräsident Michel Rocard und der Vorsitzende des Senats Servan-Schreiber appellierten vergeblich an die Vernunft der Verschwörer. In einer hitzigen Debatte warf die »antinukleare Opposition«, die nur noch über vier Abgeordnete der Ökologie-Partei verfügte, der Regierung vor, daß sie seinerzeit dem Druck der Rechten und des Zentrums nachgegeben und das vom CEA, dem Commissariat a l'Energie Nucléaire gemeinsam mit dem staatlichen Elektrizitätsunternehmen EDF entworfene Atomprogramm fast ohne Abstriche übernommen habe. Jetzt müsse man den Pressionen einer militanten Ultrarechten weichen, die sich inzwischen in der Atomindustrie eingenistet habe.
Noch während der Regierungschef auf die Vorwürfe antwortete, wurde bekannt, daß die Verschwörer das Bürogebäude und den öffentlichen Informationspavillon von Nogent als Zeichen der Warnung gesprengt hätten. Um eine Katastrophe zu verhindern, bot Rosenvallon seinen sofortigen Rücktritt an. Durch diese gelungene Erpressung kam in Frankreich ein Regime ans Ruder, das unter der Parole »Energie Française« nicht nur das Nuklearprogramm vorangetrieben hat, sondern darüber hinaus den

»Staat ohne Parteienzank«, den »Staat der perfekten Ordnung« und den »Staat der Vernunftherrschaft« versprach.

Kairo, 17. Oktober 1997

Über der großen Moschee wurde eine PUBO gezündet. Die Angaben über die Zahl der Opfer schwanken zwischen 80 000 (*Al Ahram,* Cairo) und 120 000 (*Bildwelt*, Hamburg). Die Täter kamen vermutlich aus Lybien. Auf Flugblättern, die von der Gruppe »Stimme des Propheten« gezeichnet waren, drohten sie an, als nächstes Gebäude das »Cairo Hilton« hochgehen zu lassen, sofern nicht alle Amerikaner binnen einer Woche das Land verließen. Ein schnelles Durchgreifen der Sicherheitskräfte führte zur Verhaftung von mehreren tausend Verdächtigen. Trotz dieser Verhaftungswelle wurde am dafür angekündigten Tag in der Heizzentrale des Hilton eine PUBO gefunden, die glücklicherweise nicht funktioniert hatte. Die Verwüstungen des Anschlags auf die Moschee aber sind enorm. Wir haben sie in einem Instruktionsfilm vorgeführt bekommen. Um das Gebiet ist mit amerikanischer Hilfe eine insgesamt 7,2 Kilometer lange Mauer gezogen worden, die sogenannte »Seaborg Mauer«, die von vielen Künstlern aus aller Welt mit Wandgemälden geschmückt wurde. Während des Baues und der Malarbeiten mußten die damit Beschäftigten selbstverständlich komplette Schutzkleidung tragen. Zwar sollte die Sperre des verseuchten Gebietes nur auf unbestimmte Zeit gelten, aber sie wird auch heute noch, dreizehn Jahre später, strikt aufrechterhalten, da die radioaktive Kontamination noch nicht abgeklungen ist.

Roōpur (Bangla-Desh), August 2003

Bis heute ist nicht geklärt, ob der Druckwasser-Reaktor infolge eines Anschlages oder von Unvorsichtigkeit geborsten ist. Ich tippe eher auf die in den Ländern der Dritten Welt übliche Unvorsichtigkeit im Umgang mit kerntechnischen Anlagen. Von den uns, der Kadertruppe, intern mitgeteilten ernsthaften Störfällen ereigneten sich bisher etwa 70 Prozent in den Entwicklungsländern. Beinahe bei jedem Störfall haben nachträgliche Untersuchungen den »Faktor Mensch«, das heißt Ungenauigkeit, Schlamperei, Müdigkeit und fehlende Kaltblütigkeit in schwierigen Situationen als Ursache ausgemacht. So ging »Laguna Verde 2« (Mexiko) hoch, weil die ganze Truppe am Neujahrstag schlicht immer noch besoffen war, und »Narora 2« (Indien) wurde an besonders sensitiven Stellen ausgerechnet von Leuten gewartet, die gerade erst aus dem Ausbildungskurs der Internationalen Atombehörde kamen. Am schlimmsten hat es »Halileh« getroffen, wo die Kraftwerksunion die Blöcke Iran I und Iran II gebaut hatte. Auch da ist nie

wirklich geklärt worden, ob das Unglück die Folge einer Havarie war, die durch leichte Erderschütterung ausgelöst wurde oder auf einen Sabotageakt zurückging. Es spricht leider manches für die Sabotage. Denn das Beben hatte, nach der Richterskala, nur die Stärke 5 bis 6, und das reicht nach Aussagen der Erlanger Firma nicht aus, um die speziell für derartige Fälle verstärkten Strukturen zu gefährden. Immerhin: schon in der Planungsphase von 1977 war bekannt gewesen, daß diese Paradestücke deutscher Kernkraftwerksbauer in einer seismisch sehr aktiven Zone erbaut würden. Man hat diese Tatsache damals aber eher heruntergespielt. An einschlägigen Warnungen hat es jedenfalls da unten nicht gefehlt. Die nur 18 Kilometer entfernte Hafenstadt Bushehr ist sicherheitsmäßig auch nur schwer in den Griff zu kriegen. Besser sollte ich sagen: *war*. Denn Bushehr ist heute genauso Wüste wie der ganze Küstenstreifen. Die Kontamination ist besonders schlimm, weil die Vergiftung der Salzbetten kaum zu beseitigen ist. Übrigens: die deutschen Kader, die diese Situation zunächst überlebten, sind von den Einheimischen, diesen Barbaren, auf die scheußlichste Weise abgeschlachtet worden. »Rache für Bushehr«? Welch ein widerliches Schlagwort. Wir wollten doch nichts weiter als helfen.

Liebe Freunde! Über weitere gewollte oder ungewollte Störfälle berichte ich euch ein anderes Mal. Ich bin, wie die meisten von uns, etwas entmutigt, weil ich merke, daß alle unsere Sicherheitsbemühungen nicht restlos zu genügen scheinen. Dabei haben wir ein wirklich so gut wie lückenloses Netz gesponnen, durch das, wenns mit rechten Dingen zugeht, eigentlich niemand durchschlüpfen kann. Aber unsere Feinde halten sich nicht einmal an die selbstverständlichsten Gesetze. Das fängt schon bei so lapidaren Geschichten an, daß sie auf der Flucht in Einbahnstraßen gegen die vorgeschriebene Richtung fahren.

Ich kann von alledem ein Lied singen, denn sie haben mich ja in die Katakomben eingeschleust, und ich verbringe wenigstens einen Teil meiner Zeit mit den Elementen, die uns ablehnen. Weshalb eigentlich? Wir sind doch keine Unmenschen. Wer friedlich ist, sich nur um seine Familie kümmert, kein dummes Zeug redet, die angebotenen Möglichkeiten für Bildung und Information nutzt, anstatt sich an »Samisdat«-Tonbändern und ominösen Fotokopien aufzugeilen, hat nicht nur ein Anrecht auf Wohnung, Nahrung, Unterhaltung, sondern auch auf volle präventive und tatsächliche medizinische Betreuung. Und die ist in der Tat wichtig. Denn so richtig gesund ist eigentlich keiner mehr. Ob das nun an der Radioaktivität, dem Streß oder, wie behauptet wird, an den vielen chemischen Zusätzen in der Nahrung liegt, das weiß wohl niemand so genau. Die Fachleute sind allerdings davon überzeugt, daß das vor fünf Jahren angelaufene Programm »Gesund ins Hundertste« allmählich wirksam werden wird. Wenn die Erfolge des Programms bis jetzt noch nicht zu spüren sind, dann

hat das auch damit zu tun, daß die Leute einfach nicht machen, was die Ärzte ihnen sagen. Das sei zu viel, sei übertrieben und man versitze seine Freizeit in den Wartezimmern, hört man die Leute reden.
Was glaubt ihr wohl, was ich darum gäbe, nur einen winzigen Bruchteil von dem Geld zu haben, das die weggeworfenen oder in den »Gesundheitskästen« verkommenden Arzneimittel gekostet haben. Neulich haben ein paar junge Burschen ein ganzes Arztlabor aus purem Mutwillen zerschlagen. Wie das nachher ausgesehen hat: all das Blut, der Urin, die Scheiße und was da sonst noch aus den kaputten Reagenzgläsern herausgequollen ist. Ich kann nicht einmal daran denken, ohne daß mir gleich schlecht wird.
Gegen diese schmutzige Mentalität gibt es aber ein Gift, und zwar die penible Reinlichkeit. Mich und alle übrigen Kaderleute haben sie auf höchste Reinlichkeit getrimmt. Kein Stäubchen, kein Keim, kein Virus, sondern alle fast hundertprozentig steril. Wir wissen eben auch, daß ein reinlicher Mensch ein ordentlicher Mensch ist. Schon beim Feindbild-Unterricht ist uns überzeugend klargemacht worden, daß die Gegner – wir nennen sie am liebsten die »Verlausten« – Schmutzfinke sind. Es war daher vermutlich gar kein schlechter Gedanke, in »Super-Nadis«, das ist die neue Zentraldatenanlage im früheren Berliner Springerhaus, als Kategorie 144 »Hygiene« einzuführen. Dieses Novum hat bei der vorbeugenden Erkenntnisermittlung schon unschätzbare Hilfen erbracht. Von den 7,3 Millionen Erwachsenen, die in der Vereinigten Freien Deutschen Republik als »suspekt« angesehen werden müssen, wird die Kategorie 144 bei etwa 68 Prozent als »negativ« ausgewiesen. Die Pionierleistung auf diesem Gebiet der Datenerfassung unserer Bürger hat anerkennenswerterweise die »Sozialdatenbank« gesetzt, die der einstige SPD-Minister Walter Arendt mit zäher Energie gegen die reaktionären Bedenken einiger seiner fortschrittsfeindlichen Genossen schon Ende der siebziger Jahre durchzusetzen in der Lage war. Denn erst dank dieser Errungenschaft konnte endlich erfaßt werden, was empfindliche alte Tanten die »Intimsphäre« zu nennen pflegten.
Wenn ich das schon höre: Intimsphäre! Diese Enklaven der Romantik und der privaten Versteckspielerei sind heute abgeschafft. Wir sind eine offene Gesellschaft. Kein ehrlicher Mensch hat mehr etwas zu verbergen. Und wer kein schlechtes Gewissen hat, braucht sich vor nichts zu fürchten. Natürlich muß es auch Geheimnisträger geben. Wie sonst sollten Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden. Obwohl die Leute flüstern – bei uns gibts schließlich Gerüchte noch und noch –, daß auch die Führung von Staat und Wirtschaft in mindestens einer Datenbank genau erfaßt wird. Da würde ich ja verdammt gerne mal reinschauen.
Aber solche Überlegungen sind, ich gebe es zu, falsche Gedanken. Wenn ich mich mal einer Selbstkritik zu unterziehen habe, werde ich eingestehen

müssen, daß mich mein Kontakt mit den Katakomben ganz schön korrumpiert hat. Doch im Grunde bin ich ganz in Ordnung. Denn der Dienst zur Sicherung der KKWs ist so ermüdend, daß man sowieso kaum mehr nachdenkt. Neulich bin ich, als sie das »Fest der tausend Lichter« feierten und das große Feuerwerk abbrannten, zweimal vor der Glotze eingeschlafen. Wen wunderts, bei der Belastung! Eigentlich ist das ja auch wirklich keine gute Sache, daß wir »Hellgrünen« immer mehr aufgepackt bekommen. Zuerst waren wir nur so eine Art verbesserter TÜV. Dann begannen sie plötzlich, uns bei Fahndungen einzusetzen, wegen unserer »technischen Fachkenntnisse«, versteht sich. Und heute ist kaum mehr ein Unterschied zwischen uns »Hellgrünen« (wir heißen offiziell übrigens KKÜV, d. h. Kernkraft-Überwachungsverein, das V lesen böse Zugen als »Verschleiß«) und dem KWSD. Nur daß die KWSDler das Sagen haben und wir die Dreckarbeit machen dürfen.
Klar natürlich, daß die Strahlenbelastung unserer Leute überdurchschnittlich hoch ist. Wir sind ja sozusagen in der vordersten Linie. Vor zwei Wochen etwa lag ein vervielfältigter Wisch im Umkleideraum, auf dem ein Anonymus verlangte: »Rente ab 40 für die ›Hellgrünen‹«. Ich habe ihn nicht abgegeben. Hätte mir doch nur Scherereien gebracht: »Wo haben sie das Papier gefunden? Wann? Haben Sie eine Erklärung, wie das dort hinkommt? Weshalb haben Sie nicht sofort Ihre Kollegen verständigt?« und so weiter und so weiter. Zu meinen Gunsten hätte ich natürlich darauf verweisen können, daß ich meine »Selbstdarstellung«, wie jeden Monat, pünktlich bei Gehaltsempfang abgeliefert und den »großen Check-Up« schon dreimal in den letzten beiden Jahren ohne irgendwelche Einwände bestanden habe. Aber die hätten mir das mit Sicherheit trotzdem als »disziplinloses Verhalten« angekreidet und auf Strafpunkte in der Itzehoer Beamtenkartei bin ich nun wirklich nicht scharf. Denn das Karteienkonto bringt pro Punkt ein Prozent Abzug vom Ruhestandsgeld. Da überlegt man sich so eine Sache verdammt genau.
Und daß ich noch eine ganz gute Nummer mache, will ich mir nicht unnötig verderben. Schließlich haben sie mich zur »Aufklärungsarbeit« herangezogen, und das zeigt ja wohl, daß ich vorläufig noch Vertrauen genieße. Obwohl auch diese Rolle gar nicht so einfach durchzuhalten ist. So ist es mir bei meinem ersten Bericht an die Behörde offen gestanden nicht eben leicht gefallen, die Katakomben-Kumpels genauso zu beschreiben, wie die oben es von uns verlangen. Denn die Kumpels sind, wenn mans genau nimmt, prima Leute. Sind nur etwas zu weich für unsere Zeit. Können nichts aushalten. Aber Schmusen! Vom Schmusen, davon kriegen die nie genug.
Übrigens: Ich habe tatsächlich die Wahrheit geschrieben, als ich in meinem Bericht vermerkte: »Die ›Sonnenblumen-Leute‹ sind bestimmt keine Terro-

risten. Sie sind Spinner, Träumer, Däumchendreher. Die ›Harten‹ müssen wir ganz woanders suchen.«
Nur wo? Etwa bei den Verrückten? Die sind doch total kontrolliert. Wir haben doch nicht umsonst hunderte von psychohygienischen Ambulanzen und Kliniken geschaffen und dazu noch all diese segensreichen Psychodrogen verteilt, die die Aufgeregten beruhigen und die Ärgerlichen besänftigen. Also bei den »Lumpen«? So nennen wir die früheren Kernkraft- und Wiederaufbereitungsarbeiter, die ausgemustert werden mußten, weil sie zuviel abbekommen haben. Oder auf einer der »Brüter-Inseln«, wo gelegentlich ein paar Leute durchdrehen, weil sie die Isolation nicht aushalten? Oder in Afrika, Asien, Lateinamerika, wo wir bis jetzt nur wenig Einblick haben? Oder vielleicht – soll ichs aussprechen? – bei den Herren vom »Atom-Forum«? Wo immer wir die »Harten« suchen, jedenfalls muß etwas geschehen, denn die Atom-Terror-Statistik zeigt eine immer steilere Kurve. Und in den Medien tauchen Nachrichten auf, die man so oder so verstehen kann. Da sitzen scheinheilige Schreibtischtäter, die über unsere Sicherheitsvorschriften so übertrieben und dabei noch begeistert schreiben, daß die Leser meinen könnten, wir lebten alle in einem großen Zuchthaus.
Aber ehrlich: soweit ist es noch nicht. Aber zugegebenermaßen könnte es dahin kommen. Vielleicht muß es sogar dahin kommen, denn der Kernkraft-Staat verlangt den totalen Schutz, wie es im »Leitfaden« auf Seite 27 richtig heißt. Das bedeutet: wenn wir konsequent wären, müßten wir z. B. alles Papier rationieren und kontrollieren. Denn Papier verleitet nur zu falschen Gedanken. In Punkto Radiobatterien für Transistorgeräte sind wir schon so vorgegangen. Abwehr von Katakomben-Sendern! Eigentlich dürften im Funk und auf den Bildschirmen nur vorher aufgezeichnete und genau geprüfte Sendungen laufen. Und eigentlich sollten wir vielleicht die Elektrizität ab . . . Aber nein, nein, nein! So weit darf es nicht kommen.
Liebe Freunde, nun langts erst mal. Ich bin auch ganz schön verwirrt. Ruhe, wenns die nur gäbe. Endlich einmal abschalten können. Haben die in den Katakomben etwa doch recht?
Herzlich Euer No 334 IV 72 a

Klaus Stiller Traumberufe

Traumberufe
Von
Klaus
Stiller
Carl
Hanser
Verlag

112 Seiten. Brosch. 16.80 DM.

„Stiller gehört mit F.C.Delius und dessen Dokumentarsatiren zu den witzigsten und gescheitesten jungen Schriftstellern, die vorgefundenes Material, Belegstücke unserer Wirklichkeit, einem analytischen literarischen Verfahren unterwerfen.
Er spürt Werbemustern nach, die mit Berufen auch gleichzeitig die Erfüllung von Jedermanns-Wünschen verheißen: die großsprecherischen Stellenanzeigen, diese ikonographischen Schilder auf der Wunschroute zu einem erfüllten Dasein."
Die Weltwoche

Hanser Verlag

Politik:

Ansgar Skriver
DAS KONZEPT DER HILFE IST FALSCH
Entwicklung in Abhängigkeit
Friedenspolitische Konsequenzen
Bd. 8
116 Seiten - DM 8.--

WIDERSTAND GEGEN ATOMKRAFTWERKE
Informationen für Atomkraftwerkgegner und solche, die es werden wollen
H. Buchholtz / L. Mez / T. von Zabern
ca. 200 Seiten - ca. DM 9.80

U. Borsdorf / L. Niethammer (Hg)
ZWISCHEN BEFREIUNG UND BESATZUNG
Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945
352 Seiten - DM 24.--

3. Welt:

Eduardo Galeano
SCHLACHTHOF DER WORTE. Begegnungen, Beobachtungen, Ausblicke
ca. 200 Seiten - DM 16.--

DIE OFFENEN ADERN LATEINAMERIKAS
Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
392 Seiten - DM 18.--

James Matthews
SO IST DAS NUN MAL, BABY! Der Alltag der Schwarzen in Südafrika. Erzählungen
128 Seiten - DM 12.--

Kajo Niggestich (Hg)
STÄDTE IN LATEINAMERIKA
180 Seiten - DM 18.--

Angela Zago
TAGEBUCH EINER GUERILLAKÄMPFERIN
216 Seiten - DM 20.--

PETER HAMMER VERLAG
5600 Wuppertal 2

Peter Below / Herbert Stubenrauch
Mit Geld und Macht gegen die Zukunft

Anatomie einer Bürger-Initiative der Rechten gegen »das Bündnis der Roten mit den Faulen«, am Beispiel des »Hessischen Elternvereins«

Schulkampf von rechts . . .

Wo gibt's denn sowas? Tatsächlich kann es einen Schulkampf von rechts eigentlich nicht geben. Denn die Bourgeoisie hat Schule und öffentliche Erziehung seit nun mehr als 150 Jahren fest in ihrer Hand. Sie hat die Organisationen und Inhalte der Anstalt Schule als herrschende Präge-Instanz bestimmt; sie hat es, wenn auch hin und wieder mit erheblichen Verzögerungen, verstanden, die Institution Erziehung in dieser Gesellschaft ganz ihren ökonomischen und ideologischen Interessen anzupassen. Die Ausbildung der heranwachsenden Generationen – für die künftigen »Offiziere des Kapitals« als »Bildung« verklärt – wurde wie selbstverständlich im »natürlichen«, »gewachsenen«, eben dreigliedrigen Schulsystem trainiert, und eine Unzahl von Ministerial-, Regierungs- und Studienräten, von Professoren, Prüfungskammern und sonstigen Kommissionen verordnet den Anstaltsbetrieb Schule per Erlaß, Plan, Dienstanweisung und Disziplinarordnung. Wozu in aller Welt also ein Schulkampf von rechts: die Prüfungskriterien der Industrie- und Handelskammern gelten schließlich nach wie vor, die Unternehmer stellen die Lehrlinge ein oder auch nicht ein, und autoritäre Schulräte tun ihre verinnerlichte Beamten-Pflicht. Kurzum: das Schulwesen müßte für die Bourgeoisie im Grunde »ein Geschenk des Himmels« sein. Und dennoch – dennoch schließen sich Ärzte und Rechtsanwälte, Unternehmer und grüne Witwen, Oberstudienräte und andere Mitesser der Bourgeoisie in rechtsgewirkten Kampfverbänden zusammen: »in Sorge um das Wohl ihrer Kinder«, sagen sie. In Sorge um – und wogegen? Gegen eine schul- und bildungspolitische »Revolution«, von der sie ihre ureigensten Interessen bedroht fühlen. Fürwahr eine Bürger-Initiative!

. . . gegen Bürger von »links«

1972 hat es angefangen: der »Hessische Elternverein« wird gegründet. Zwei Jahre vorher hatten etwa 50 Eltern und Lehrer, sogenannte Antiautoritäre, die Bürgerinitiative »Verändert die Schule – jetzt!« ins Leben gerufen. Sie hatte kleine Klassen, mehr Freude der Schüler beim Lernen, mehr emotio-

nale als didaktische Zuwendung beim Lernstoff, eine interessen- wie emanzipationsorientierte Aneignung der Lebenswirklichkeit und weniger Stoff- und Leistungsdruck zum Ziel. Sie wollte Schulunterricht und Schulorganisation verändern und hatte dabei soziale Ideale im Sinn: Erziehung sollte nicht länger unterrichten sondern aufrichten, nicht verengen, auslesen, trennen, vereinzeln, unterdrücken, sondern sie sollte erweitern, zusammenführen, widerstandsfähig machen und zur Neugier am Neuen befähigen.
Diese Bürgerinitiative hatte sowohl in Frankfurt als auch in anderen Städten und Bundesländern beträchtlichen Erfolg. Aus den unterschiedlichsten Motiven taten sich hier und dort Eltern zusammen: die einen, weil sie sich durch ihre Arbeit bessere Aufstiegschancen für ihre Sprößlinge versprachen, die anderen, weil sie an der alltäglichen Schulmisere, gemeinsam mit ihren direkt betroffenen Kindern, unsäglich litten.
Zwei Initiativen stehen sich, wenn auch zeitlich etwas verschoben, somit gegenüber: eine »linke«, die »Verändert die Schule jetzt!« fordert, und eine rechte, die »Laßt alles beim Alten!« tönt und es mit Bravour versteht, finanziell und personell landauf-landab immer mehr Bürger um sich zu versammeln.

Was hat die Rechten so verstört?

Um den politischen Kern dieser Kulturkampf-Bewegung des Bürgertums verstehen zu können, müssen wir uns die bildungspolitische Situation vergegenwärtigen, wie sie für das Land Hessen Ende der 60er Jahre charakteristisch war:
Verunsichert, aber auch zugleich angetrieben durch die linke Studentenrevolte hatte die sozialliberale Regierungskoalition in Wiesbaden ein umfassendes Reformprogramm für Schule und Hochschule in Angriff genommen. Schon in der Ära des Kultusministers Schütte und der bildungspolitisch exponierten Staatssekretärin Hildegard Hamm-Brücher war die Einrichtung integrierter Gesamtschulen und die Umorientierung der Lehrpläne aller Schulen auf stufenbezogene, und nicht mehr schulformbornierte, Rahmenrichtlinien eingeleitet worden. Mit diesem Programm sollten alte sozialdemokratische Bildungsvorstellungen endlich zur Geltung kommen. Schüttes Nachfolger, der SPD-Linke Ludwig von Friedeburg, setzte die so begonnene Reformpolitik engagiert fort. Überall in Hessen, vor allem auf dem Lande, wurden additive oder integrierte Gesamtschulen errichtet und zahlreiche Kommissionen tüftelten Rahmenrichtlinien aus, die die bisher gültigen Lehrpläne aus dem Jahre 1957 (!) ersetzen sollten.
Was waren die inhaltlichen Ziele dieser Schulreform?

– Schaffung eines differenzierteren Bildungsangebots vor allem für Jugendliche, die auf dem Land leben.

– Hinausschieben der oft lebensentscheidenden Auslese im 10. Lebensjahr (Wechsel aufs Gymnasium) auf einen späteren Zeitpunkt. (Förderstufe)
– Öffnung der bisher weitgehend verschlossenen Zugänge zu qualifizierten Schulabschlüssen vor allem für die Arbeiterkinder, die der »soziale Erbgang« bis dato quasi automatisch auf die Hauptschule verwies. (Integrierte Gesamtschule)
– Entrümpelung der Lehrpläne vom bloß formalen Wissensballast und Beendigung ihrer philologischen (Gymnasium) oder volkstümlichen (Hauptschule) Fixierung.

Im Kontext der breit entfalteten Curriculumrevision war damit der Versuch einer Neubestimmung des Begriffs der Politischen Bildung verbunden: Nicht mehr die entfremdende und überfordernde Anhäufung rein institutionsbezogenen Wissens sollte Ziel des Unterrichts sein, sondern ein Denken-Lernen in gesellschaftlichen und geschichtlichen Kategorien.
Wenn wir uns diese Reformziele vor Augen führen, dann erscheint es zunächst völlig ausgeschlossen, daß auch nur ein einziger mit Vernunft begabter Bürger dieser Republik ernsthaft an ihnen Anstoß nehmen kann. Denn sie alle entsprechen einem unstrittigen Konsens in der erziehungswissenschaftlichen Diskussion und sind darüber hinaus aus dem formalen Chancengleichheitsgebot des Grundgesetzes zwingend ableitbar. Das bedeutet: Wer gegen dieses Programm Einwände vorbringen wollte, der mußte dies in der sattsam bekannten und eigentümlichen Denkfigur tun, die den Linken noch aus der Zeit der Straßendemonstrationen in den Ohren klingt: »Mit den Zielen sind wir zwar einverstanden, aber sooo: Sitzstreik, Sprechchöre, Hausbesetzungen – das geht uns doch entschieden zu weit!« Das heißt: Die inhaltliche Gegnerschaft artikuliert sich nicht mit Argumenten, sondern kleidet sich in die Empörung über Äußerlichkeiten und die formale Gestalt.
Was treibt nun aber, so muß ermittelt werden, die Bürger aus ihren Villen? Was verführt sie dazu, gegen diese nicht eben revolutionären Ziele einer seit langem überfälligen Veränderung des Bildungssystems einen Verein zu gründen, Versammlungen abzuhalten und teure Anzeigen in Zeitungen zu finanzieren? Das Bündel der Gründe läßt sich auf drei Pakete verteilen:
1. Es ist die tiefsitzende Furcht, daß Lerninhalte, Selektionsmechanismen und Verkehrsformen sich auch für die Söhne und Töchter des Bürgertums so verändern könnten, daß, nach getaner Arbeit der Reform, weder mehr die Eintrittskarten in privilegierte Positionen (Abitur und Studium) noch die ewige soziale-familiäre Wertordnung garantiert werden können.
2. Es ist die Angst, daß die traditionellen Rechtfertigungsfassaden und elitären Besitztitel, die durch die bürgerliche Bildung verkörpert sind: Das Wahre, Schöne, Gute / Streichquartett und Dichterlesung / De Bello Gallico und Integralrechnung, daß all diese Selbstverständlichkeiten sich in Dunst auflösen könnten.
Die Söhne und Töchter der *Groß*-Bourgeoisie, der Kapitalisten also im engeren Sinn, hatten dabei nichts zu befürchten. Denn ihre Karrieren waren

auch schon vor der geplanten Bildungs-»Revolution« nicht auf das klassische Gymnasium angewiesen. Sie nämlich hatten schon immer genügend Macht und Geld parat, sich, wenn sie für ein Gymnasium zu »blöde« waren, in ein beschauliches Tessiner Internat zurückzuziehen und sich dort auf ihre Großkopfeten-Zukunft ohne Pein und Müh' vorzubereiten. Die Groß-Bourgeoisie hat sich, dessen gewiß, in den Streit um die Schulreform auch nur mit gebremster Verve eingemischt.

Vorangetrieben hat den Streit vielmehr die Schicht von Leuten, die zur Aufrechterhaltung ihrer bürgerlichen Idylle insbesondere auf den *Bildungsbetrieb* angewiesen ist, da ihr vom *Produktionsbetrieb* selber nichts gehört. Würde die elitäre Weihe, die sich dadurch auszeichnet, von den heiligen Gütern der Bildung gekostet zu haben, auf dem Wege politischer Experimente egalitär entweiht: dann, so mußten diese Bildungsbürger befürchten, gerieten ihre Kinder in eine allzu vehemente Phase der Identitätszerstörung und Aufstiegskonkurrenz, die ihnen nicht lieb sein konnte. Wenn also das erklärte Ziel der Schulreform in dem Übel bestand, die Segregation durch soziale Integration zu ersetzen, dann mußte allein schon diese eine Vorstellung Furcht und Zittern bei denen auslösen, die sich mit Hilfe ihrer Bildungsgüter und in vornehmer Abkapselung von der »Masse« seit alters her auf ein Leben in Chefetagen vorbereiten.

3. Zu guter Letzt sahen sich die Bürger durch die Reformidee im Kern ihres politischen Weltverständnisses getroffen. Denn immerhin hatte die von Weniger u. a. geprägte geisteswissenschaftliche Schule der pädagogischen Wissenschaft ein- für allemal klargestellt, daß »Autonomie« und »Wertneutralität« der öffentlichen Erziehung bedeute, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse als »natürlich« zu akzeptieren und alle Kritik und Skepsis als »einseitig« und »politisch indoktrinär« zu beargwöhnen. In gutem Einvernehmen mit dieser Tradition aber haben sich die Bürger darauf eingerichtet, als »unpolitisch« all jenes zu bezeichnen, was der Verteidigung und Rechtfertigung des Bestehenden dient und als »kommunistisch« zu diffamieren, wer oder was zum Ziel hat, die versteinerten Verhältnisse wenigstens dadurch ein wenig zum Tanzen zu bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt.

Das sozialdemokratische Versprechen und ein überlegener Gegner

Heute läßt sich thesenartig festhalten: Die Bürger, die sich im rechten Kampfbund des »Hessischen Elternvereins« organisiert haben, haben die von der Schulreform für sie ausgehende Gefahr *überschätzt*. Die wenigen linken Sozialdemokraten, Sozialisten und GEW-Gewerkschaftler, die die Reform engagiert zu vertreten sich bemühten, haben dagegen die Mobilisierungsfähigkeit und Macht der Bürger *unterschätzt*.

Die Reformer verhedderten sich in den Fesseln eines grundlegenden Widerspruchs. Ihnen schwebte das verteidigenswerte Ziel einer neuen Schule und neuen Erziehung vor, aber es gab keine relevante soziale Bewegung, die eine neue Gesellschaft erkämpfen wollte. So haben die Reformer den Bürgern ihre Ideen mit bildungsökonomischen Argumenten schmackhaft zu machen versucht. In Anlehnung an Georg Pichts Thesen von der drohenden Bildungskatastrophe in der Bundesrepublik (1965) stützten sie ihre für die Bürger ketzerische Forderung nach »mehr Bildung für alle« mit dem Hinweis, daß die industrielle Entwicklung immer zahlreicher besser ausgebildete und mobilere Arbeitskräfte benötigte. Diese Argumentationskette aber, so können wir angesichts von mehr als einer Million Arbeitslosen und mehr als 100 Tausend Jugendlicher ohne Arbeit heute feststellen, war und ist nicht so reißfest wie einst angenommen. Sozialer Aufstieg durch Bildung ist in dieser Gesellschaft nur begrenzt realisierbar, »höhere« Positionen sind knapp, der Bewerber dafür sind viele, Konkurrenz und Leistungsauslese sind groß.

Das sozialdemokratische Versprechen auf Chancengleichheit hat mit zu vielen Unbekannten gerechnet: Dieses Versprechen hat die ihm entgegenstehenden ökonomischen Tatsachen der Klassengesellschaft zu wenig berücksichtigt. Eben darin hat die (oft mißbrauchte) Formel vom »Betrug mit der Bildungsreform« ihren rationalen Kern; diese Reform wurde vom Engagement derer getrieben, die die ökonomisch verursachten Ungerechtigkeiten mit dem Hebel eines gerechteren Schulsystems beseitigen wollten. Das Scheitern dieses Experiments aber war nahezu programmiert, weil es von einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung nicht begleitet wurde.

Zum zweiten hatte sich die Reformfraktion der linken Sozialdemokraten, Sozialisten und GEW-Gewerkschaftler auf ein Terrain gewagt, auf dem sie genuin keine Verbündeten, sondern nur Gegner, die Gegnerschaft der Gymnasialbürger zu erwarten hatte. Denn Bildung und Schule waren und sind, das macht die Geschichte des Bildungsbürgertums verstehbar, seit jeher die wichtigste Domäne für die ideologische und soziale Sinnstiftung der oberen Mittelschicht. Sie sind also ein Terrain, auf dem sich der Gegner ganz zu Hause fühlt und sich bestens auskennt, und auf dem diejenigen, für deren Chancengleichheit die Reformer sich schlugen, die Arbeiterfamilien, sich in aller Regel so unsicher bewegen, wie sie sich bewegen, wenn sie mit Behörden überhaupt zu tun haben.

Schließlich symbolisierte sich in der »Sinnstelle« Bildungswesen die gesamte finanzielle, personelle und organisatorische Verteidigungskraft des Bürgertums gegen etwas weit Allgemeineres: gegen die seiner Ansicht nach drohende Machtübernahme im Staate durch die »Sozialisten« in Bonn. Daß nicht mehr Herren vom eigenen Holz, vom Schlage der Adenauer und Mende die politischen Geschäfte betreiben sollten, war den Bürgern, die an

eine derartige Besetzung des »geschäftsführenden Ausschusses des bürgerlichen Staates« seit immerhin mehr als 150 Jahren gewöhnt waren, ein fürchterlicher Alp. Ohne diesen, über den Bereich der Bildung hinausgehenden, allgemeinen und für die Bürger seinerzeit beklemmend nahen politischen Trendwechsel ist das wilde Geschrei des »Hessischen Elternvereins«, dieses Panikorchesters der Privilegierten, nicht ganz zu verstehen.

Strategie der Rechten: von den Linken gelernt

Innerhalb weniger Jahre hat sich der Hessische Elternverein (HEV) von einer kleinen, wenn auch lautstarken Gruppe unter einer Vielzahl meist anonymer Wähler-Initiativen, staatsbürgerlicher Vereinigungen, Aktionsgruppen und Postfachorganisationen zur Mobilisierung des konservativen Wählerpotentials für einen CDU-Sieg 1972 zu einem mehrere tausend Mitglieder starken rechten »Kampfverband« entwickelt: mit landesweiter Resonanz in der Presse, mit zahlreichen Großveranstaltungen und mehreren erfolgreich geführten Prozessen in strittigen Fragen der Schulreform. Wie konnte dieser Coup gelingen?
Es ist verblüffend, aber wahr: die bürgerlichen Eltern haben von den Linken profitiert! Sie haben Strategien übernommen, die in der Studentenbewegung in emanzipatorischer Absicht praktiziert wurden. Eben dieser Strategien bediente sich nun der HEV, um die liberalen Ansätze der hessischen Schulreform erst öffentlich zu diffamieren und schließlich zu blockieren:
– Einzelne Eltern oder kleinere Elterngruppen griffen reale Mißstände an »ihren« Schulen auf und verallgemeinerten Einzelfälle zu Exempeln für die »Auswüchse« und fatalen Folgen der sozialliberalen Reform. Sie konnten die Aufmerksamkeit der Presse und des Hessischen Kultusministeriums erregen und mit Unterstützung der CDU und der Reformgegner innerhalb der sozialliberalen Koalition das Problem Schule bis vor das Forum des Hessischen Landtags tragen.
– Die Elternfunktionäre des HEV lernten, Großveranstaltungen zu »sprengen« – so geschehen im Dezember 1972 beim »Hessenforum« über die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre – und eine Professoren-Debatte in ein Tribunal für ihre Anklagen gegen die Schulpolitik der SPD umzufunktionieren.
– Wohl vorbereitete Rednerbeiträge, gezielte und frühzeitige Besetzung von Rednerlisten, geschickte Verteilung der »Diskussionsredner« im Saal, kluge Selbstdarstellung von eifrigen Elternfunktionären als »besorgte« Väter- und Mütterschar, die Konzentration von Sympathisanten und Mitgliedern aus der näheren und weiteren Umgebung an »Brennpunkten«, notfalls

mit zentral organisierten Omnibusfahrten: all das machte es möglich, daß der HEV seine große öffentliche Wirksamkeit erlangte.
– Landesweite Leserbriefkampagnen, in denen CDU-Funktionäre oder Mitglieder des HEV als »einfache« »Bürger« und »Eltern« auftraten und gleichlautende Anklagen gegen die »Gleichmacherei« der integrierten Gesamtschulen und die »Klassenkampfhetze« der Rahmenrichtlinien vorbrachten, stimulierten die »staatsbürgerliche Betroffenheit« des »Nachbarn von nebenan«.
Wie bewußt sich die Vereinseltern dieser Anpassung an linke Strategien waren, macht ein Leserbrief aus dem Umfeld des HEV deutlich, der sich auf das Buch *Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung?* bezieht:

»Diese geschickt getarnte, extrem marxistische Lektüre gibt sehr brauchbare Informationen über Mittel und Wege, sich gegen Gewalt von oben zu wehren und Änderungen unerwünschter Zustände herbeizuführen. Ich bin der Meinung, daß wir als verantwortungsbewußte Eltern etwas von dieser Strategie radikaler Gruppen lernen sollten, um gegen die einseitigen Veränderer antreten zu können und um vor allem denjenigen Lehrkräften Rückhalt bieten und Solidarität beweisen zu können, die nicht mit den diktatorischen Absichten des Ministers konform gehen.«

Ein personelles Dilemma. Die SPD und die Linken

Dieser Trick der strategischen Anpassung an die Methoden des Gegners führte aber nur deshalb zu großer Breitenwirkung, weil die bürgerliche Gegenbewegung an tatsächlich wunde Punkte der Bildungsreform anknüpfen konnte und auf einen schwachen und ängstlichen Kontrahenten traf. Denn in ganz Hessen gab es nur einige Dutzend linker Sozialdemokraten und Sozialisten, die versuchten, die Schulreform konsequent durchzusetzen. Mit Rücksicht auf die unzureichende personelle Absicherung der eigenen Reformpolitik setzte der Reformflügel der SPD anfangs auf die aktive Mitarbeit der Linken innerhalb der Schulen. Die Partei bediente sich besonders in der Anfangsphase, beim Aufbau der ersten Gesamtschulen und bei der Entwicklung der curricularen Konzepte, der Arbeitskraft, Phantasie und pädagogischen Produkte der Linken. So saßen Linke gemeinsam mit Sozialdemokraten in den verschiedenen Expertengruppen, die zur Umsetzung der Reformziele eingerichtet worden waren. Die *Mehrheit* der mittleren und kleineren Funktionäre der SPD in Stadt und Land verstand jedoch weder die Ziele der inneren (Rahmenrichtlinien) noch die der äußeren Schulreform (integrierte Gesamtschule), noch war sie bereit, sich in den Schulen und in der Öffentlichkeit dafür einzusetzen. So blieb die Sozialdemokratie als Partei weitgehend stumm, während HEV, CDU, Philologenverband und Industrie- und Handelskammern überall im Land mobil machten.

»In den Elternbeiräten«, klagt ein sozialdemokratischer Schulmann, »sind einige Sozialdemo-

kraten und Freidemokraten vertreten, die jedoch mangels Erfahrung, Durchblick und Courage nicht in Erscheinung treten.«
Und ein anderer kommt zu dem Urteil: »Unser SPD-Landtagsabgeordneter steht allein, er erfährt von keiner Seite Unterstützung und sieht sich machtlos einer massierten Front von CDU, Kirche und Elternbeiräten gegenüber.«

Wie wenig selbst die ansonsten gut geölte sozialdemokratische Parteidisziplin wirkte, verdeutlichten Absetzbewegungen einiger sozialdemokratischer »Schulmänner«. Während der Auseinandersetzungen um die Rahmenrichtlinien *Gesellschaftslehre* und *Deutsch* ergreifen sie als einige der ersten sehr entschieden Partei gegen die neuen Bildungspläne, sprechen auf öffentlichen Veranstaltungen für den HEV, werden schließlich sogar Mitglieder und verlassen die SPD. So tritt z. B. ein Frankfurter Schulrat schon Anfang der 70er Jahre aus GEW und SPD aus, schließt sich dem HEV und später der CDU an. Als Gründe nennt er die »Radikalisierung der SPD nach links« und Forderungen der GEW nach dem Streikrecht für Beamte. Ähnlich verläuft der Weg eines anderen langjährigen Mitglieds der SPD, Jurist beim Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands: Er wird Mitglied des HEV, rückt bald in dessen Vorstand auf, die SPD schließt ihn aus, er selbst tritt später in die CDU ein.
Aber auch die Mehrzahl der Linken war nicht in der Lage, die Reformziele adäquat umzusetzen und sich mit ihnen zu identifizieren: Die einen überschätzten die Schule als einen Hebel zu gesellschaftlicher Veränderung und gingen im Hau-ruck-Verfahren daran, langfristige Reformziele in individualistischen Einzelaktionen ohne Rücksicht auf die schulischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten umzusetzen; die anderen standen allen Veränderungsversuchen im »bloßen« Reproduktionsbereich skeptisch bis ablehnend gegenüber, praktizierten einen gymnasial angepaßten »linken« Unterricht und predigten in ihrer Freizeit die »Weltrevolution« und die Mobilisierung der »Volksmassen« für den Klassenkampf. Sowohl die linke Überals auch Unterschätzung des Faktors Schule aber verhinderten praktische Schritte in der Reformarbeit, verschlissen die Linken in ihrer beruflichen Arbeit und lieferten vordergründige Argumente gegen die Reformziele.
Existenziell verschärfend kam hinzu, daß die seit 1971/72 einsetzenden Berufsverbote und Disziplinarverfahren, die von seiten der Sozialdemokratie in die Wege geleitet wurden, die Linken entweder in die bildungspolitische innere Emigration oder in eine offene Kehrtwendung gegenüber dem sozialdemokratischen Reformwerk zwangen. Die von seiten der Administration nur halbherzig betriebenen Innovationen; die wachsende Arbeitsbelastung für die an den Reformen beteiligten Lehrkräfte; die trotz des Engagements für die »Versuchsschulen« nach wie vor akzeptierte Übermacht der traditionellen »Normalschulen«; die ungleiche Ausbildung und

Entlohnung der an den Reformschulen tätigen Lehrer; und später die wachsende ängstliche Vorwegnahme möglicher Einwände des »Elternvereins«, die der mehrheitlich konservativen Kultusbürokratie und auch der »Reformfraktion« im Hessischen Landtag als »Sachzwang« aufgenötigt wurde: all diese Enttäuschungen taten ein übriges und ließen viele engagierte Linke in Hessens Reformschulen daran zweifeln, ob es sich denn überhaupt noch lohne, für ein derart verstümmeltes Experiment die Haut zu Markte zu tragen. (So traten dann Opportunisten und Karrieristen, die berüchtigten pragmatischen Macher, an die Stelle der Linken und sorgten für Ruhe.)

Die Pferdefüße der Reform

Neben der ungenügenden personellen Absicherung der Reform spielten ihre *inneren Widersprüche* den rechten Gegnern Argumente in die Hände:
– Die integrierte Gesamtschule sollte die Chancengleichheit für die sozial benachteiligten Schüler herbeiführen; zugleich wurden die Rahmenbedingungen einer normalen Halbtagsschule aber beibehalten. Das hatte zur Folge, daß oft zusätzliche Fördermaßnahmen und Freizeit-Angebote nicht oder nur in geringem Maße angeboten werden konnten.
– Die Reformschulen haben meist mit jungen, noch unterrichtsunerfahrenen Lehrern ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Einsatz bot einerseits die Chance, neue Lehr- und Lernmethoden in den Unterricht einzuführen, bedeutete jedoch andererseits insofern eine zusätzliche Belastung, gerade in der Aufbauphase, als viele von ihnen die Reformziele im täglichen Unterricht nicht adäquat umsetzen konnten. Schwierigkeiten junger Kollegen in ihren Lerngruppen schlachteten skeptische »Bürger« und Elternfunktionäre als Beweis für die Untauglichkeit der Methoden überhaupt aus: »Die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Klasse unserer Kinder (sind) auf Unterrichtsinhalte und Erziehungsmethoden (zurückzuführen), die mit denen der Rahmenrichtlinien Deutsch und Gesellschaftslehre übereinstimmen«, heißt es in einem Schreiben des HEV.
– Die integrierten Gesamtschulen sollten soziales Lernen möglich machen. Als Mammutschulen mit oft mehr als 2000 Schülern und einer komplizierten Organisationsstruktur blieben sie aber für Lehrer, Schüler und Eltern häufig unüberschaubar. Statt »sozialem Lernen« widerfuhr den Schülern oft »soziale Desorientierung«.
– Anstatt die Gesamtschule von Anfang an offensiv als die bessere Alternative für die Hauptschüler zu propagieren, ließen sich die Reformer auf einen selbstmörderischen Vergleich mit dem Gymnasium ein. Dadurch geriet die Gesamtschule in einen fatalen Legitimationszwang gegenüber der bewährten Domäne des Bürgertums. Die anfänglich beabsichtigte enge Koopera-

tion der Lehrer, Eltern und Wissenschaftler bei der Entwicklung der neuen Curricula wurde nicht genügend realisiert. Die neuen Bildungspläne wurden vielmehr in von der Schul- und Unterrichtsbasis abgehobenen Expertengremien und in einer nur Fachleuten verständlichen Expertensprache verhandelt. Letztere mußte vielen – auch gutwilligen Lehrern, Eltern, Partei- und Gewerkschaftsleuten – wie ein Pädagogen-Chinesisch vorkommen.

Die »Pornographie« und andere rechte Hits

Als sich die massive Kritik und kompromißlose Ablehnung aus dem Lager der Rechten als langfristig geplante, gut koordinierte Gegenstrategie entpuppte, versuchten die Reformer in unermüdlichem Einsatz an den bildungspolitischen Brennpunkten zu retten, was zu retten war.
Aber auch das Wenige war den Rechten zuviel. Die Damen und Herren waren gegen das Ganze. Da jedoch der materielle Kern ihres bildungspolitischen Kahlschlags nicht zu überzeugen vermochte, mußten sie formale Mängel oder die Verletzung geheiligter Tabus zum Vehikel ihrer Demontage machen. Und auf diese Weise gerieten folgende Dauerthemen in die Diskussion:
– Wenn etwa junge, unerfahrene Lehrer sich bemühten, eine Art »ausgleichender Gerechtigkeit« mit zugegebenermaßen untauglichen Mitteln und im Alleingang zu erzwingen: mit Hilfe von Einheitsnoten auch bei gravierend unterschiedlichen Leistungen oder durch grundsätzlich bessere Beurteilung von Arbeiterkindern, dann isolierten diese Lehrer sich nicht nur selbst unter ihren Kollegen, sondern mobilisierten sie ebenso die Deklassierungsängste der feinen Leute. Deren Parolen waren handlich und einprägsam: »Das Bündnis der Roten mit den Faulen«, »Nivellierung statt Förderung«, oder »Gute Noten sollen die Eltern über den wahren Leistungsstand ihrer Kinder täuschen«: dies waren schulpolitische Hits der rechten Angstmacher, die die verunsicherten Bürger vom abendlichen Kaminfeuer in die reaktionären Bürger-Initiativen lockten.
– Ein unerschöpflicher Quell zur Diffamierung der sozialdemokratischen Schulpolitik waren Verletzungen sexueller Tabus, sei es, daß Lehrer im Unterricht ein weniger verklemmtes Aufklärungsbuch einsetzten, sei es, daß sittsame Eltern obszöne Kinderreime just in einem Buch entdeckten, das von den Rahmenrichtlinien empfohlen wurde, sei es, daß Lehrer die sexuelle Neugier ihrer Schüler unbefangen diskutierten: Fix fand sich ein »verantwortungsbewußter« Vater, der sich mit Abscheu in der Stimme auf die »Pornographie im Unterricht« warf. Welch doppelbödige Moral aber offenbart sich, wenn distingierte Herrschaften des HEV auf öffentlichen Veranstaltungen Kinderreime von dieser Güte vortrugen:

»Von den blauen Bergen kommen wir
sind vom Fick-Klub 1804
und wir spritzen unseren Samen
in den Unterleib der Damen.«

Ganz gleich, ob es ein obszöner Kinderreim oder die Darstellung sexueller Probleme bei Strafgefangenen war, wie etwa in dem Buch von Burkhardt Driest, *Die Verrohung des Franz Blum:* Die Saubermänner und -frauen des HEV verfolgten die »schlüpfrigen Machwerke« bis in die kleinsten Nebensätze hinein und sorgten alsdann für gebührende Öffentlichkeit – Pornographie und Schulreform: sie behandelte der HEV bald wie synonyme Begriffe. In den Rahmenrichtlinien seien, merkte der Vorsitzende des HEV in der *reformrundschau* an, »eine Vielzahl von Büchern mit staatszersetzendem oder pornographischem Inhalt« zitiert.

– Gewalttätigkeit unter Jugendlichen, Zerstörungswut, Alkoholismus und das Drogenelend, die *alle* Schulen und *alle* Einrichtungen der Jugendarbeit beschäftigen, sind weitere Spitzenreiter in der bildungspolitischen Hitparade. Indem er Ursache und Wirkung kurzerhand auf den Kopf stellt, erkennt der HEV auch in diesen Problemen das unheilvolle Wirken der Bildungsreform. Als z. B. zwei Frankfurter Gesamtschulen eine Initiative zur Verbesserung der außerschulischen Betreuung der mehr als 3000 Jugendlichen in der Frankfurter Nordweststadt ergreifen, drehen die rechten Vereinseltern den Spieß einfach um und verketzern die Gesamtschulen als den Nährboden dieser Jugendprobleme. »Die Saat geht auf« verkünden sie in ihrem Vereinsblatt und unterstellen, daß die integrierten Gesamtschulen mit ihrem freieren Erziehungskonzept des Übels Wurzel seien. (Heute sehen Dregger, Albrecht und Biedenkopf in Rahmenrichtlinien und Gesamtschulen auch eine der Ursachen für den Terrorismus.) Sie können auf diese Weise verdrängen, daß es »ihre« feine bürgerliche Gesellschaft ist, die durch die Arbeitslosigkeit, die inzwischen chronische Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit und ihre offenen und verdeckten Aggressionen gegen Kinder und Heranwachsende den Alkoholismus von 11jährigen usw. erzeugt.

– Sozialismus-Angst und Eigentums-Traumata mobilisiert für die Villen-Bürger ein Unterricht, der gesellschaftliche Konflikte und die ungleiche Verteilung von Macht und Lebenschancen in »unserer« Gesellschaft thematisiert. »Schulerziehung zum Klassenkampf« heißt es prompt in einer Zeitungsanzeige, und schnell ist man sich einig, daß die »einseitige ideologische Fixierung des Unterrichts« in Hessens Schulen an der Tagesordnung sei. Als Zeuge dafür wird z. B. der Geschichtslehrer vorgeführt, »der zwar alle Einzelheiten über die Bedeutung Bebels für die Arbeiterbewegung vermittle, die Epoche Karls des Großen aber ausspare«, oder die Grundschullehrerin, die schon mit den Kleinsten das »Hetzlied vom Baggerführer Willibald« singt. Und warum singt sie? Weil die »Jugend radikalisiert

werden soll, und zwar zu einem ganz bestimmten Zweck und Ziel: Überwindung des gegenwärtigen Systems in neomarxistischer Weise«.
– Nicht nur Deklassierungsängste, verletzte Sexualtabus und der angekratzte Lack beschaulichen Harmoniedenkens trieben die Bürger aus ihren Wohnzimmern auf die bildungspolitischen Barrikaden. Hinzu kam der heftig aufbrechende und sich oft politisch artikulierende Generationenkonflikt innerhalb der bürgerlichen Klasse selbst. Während die im Gammel-Look herumlaufende Tochter sich als Sprecherin einer Juso-AG an die »lieben Genossen« wendet und ihre Briefe »mit sozialistischen Grüßen« unterzeichnet, klagt die Mutter, Mitglied des HEV, in Eingaben an den Hessischen Kultusminister über »indoktrinierte absolute Selbstherrlichkeit der Schüler«, über »empfindliche Störung in der Entwicklung der individuellen Persönlichkeit« und »Überbewertung der eigenen Meinung und Wünsche«. Auf was sonst als auf »die Inflation an Lehrexperimenten und den Konflikttenor neuer Richtlinien, vor allem in den von der SPD regierten Ländern«, sollte diese zunehmende »Entfremdung zwischen Kindern und Eltern« wohl zurückgehen?, sekundiert die *Welt* am 10. 1. 1974 die Entrüstung solchermaßen geplagter Eltern.

Who is who? Vom Millionärsbalkon, da komm ich her . . .

Wer sind die Aktiv-Bürger im HEV? Um das herauszukriegen, muß man sich die Region ansehen, in der der HEV seine wesentlichen Aktivitäten entfaltet hat und in der seine Aktivisten leben und arbeiten. Diese Region umfaßt den »Millionärsgürtel« im Rhein-Main-Gebiet, der sich von Hanau über Frankfurt, über die Taunusgemeinden, den sog. »Millionärsbalkon« oder »Bildungshügel«, nach Wiesbaden und in den Rheingau hineinzieht: eine Konzentration von akademischer Bildung, wirtschaftlicher Macht und persönlichem Reichtum in ausgedehnten Villenvierteln, wie es nur wenige in der BRD gibt. Diese Stätten sind das früheste und fruchtbarste Rekrutierungsfeld des HEV; eine akademische Elite, die ohne »ihr« Gymnasium nicht leben kann. Es sind dies die Ärzte und Rechtsanwälte, die Regierungs- und Studienräte, die Kaufleute, Chemiker und Diplomingenieure, die Freiberuflichen und leitenden Angestellten sowie die mittleren Unternehmer und Handwerker mit Tradition, die via Bildung ihrer Kinder ihre eigene Identität absichern.
Diese »Bildungs«-Bürger haben innerhalb von nur fünf Jahren einen Verein auf die Beine gestellt, der mittlerweile mehrere tausend Mitglieder vorzeigen kann, in allen Stadt- und Landkreisen durch Bezirksverbände und oft durch weitere Zweigstellen vertreten ist und sich eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle leistet. In vielen Schul-, Kreis- und Stadtelternbeiräten bestimmt der HEV die Politik und übt durch Eingaben an Landesregierung,

Kultusministerium und Regierungspräsidien seinen Einfluß aus. Auf seine Initiative hin haben sich gesinnungsgleiche Elternvereine aus Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz 1975 zu einer »Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvereine« auf Bundesebene zusammengetan. Der Vorsitzende ist ein rechter Hesse.

Für Sie gelesen. »Aufklärung« gegen die Aufklärung

Der HEV hat weniger durch die Qualität seiner Argumente von sich reden gemacht als vielmehr durch die ständige Wiederholung der immer gleichen, aber geschickt variierten Gefühls-Propaganda, und durch die Vielfalt seiner Kampfmittel, die er mit zielstrebiger Härte einsetzt.
Da gibt es die publizistischen »Dregger-Orgeln«, mit denen der HEV im Bürgertum mobil machte: Zunächst den *Elternbrief. Eltern informieren Eltern,* eine verbandsoffizielle Mitgliederzeitung, mit der der HEV sich an seine Kämpfer wendet. Der *Elternbrief* wird – unaufgefordert – den Elternbeiräten zugeschickt und z. B. an Ärzte in Hessen mit der Bitte verteilt, ihn im Wartezimmer auszulegen. Mit einer Auflage von inzwischen mehreren tausend Exemplaren und mit vier bis fünf Ausgaben im Jahr findet der *Elternbrief* weite Verbreitung. Seit der HEV den Vorstand des Landeselternbeirates in Hessen stellt (1976) – des Gremiums, das die gesetzliche Mitbestimmung der Eltern wahrnimmt –, veröffentlicht er Erlaßentwürfe, Stellungnahmen u. ä. als »Informationen aus dem Landeselternbeirat«. Einen vergleichbar guten Zugang zu diesen Informationen gibt es anderswo weit und breit nicht. Weiter gehts mit der Schriftenreihe *Bildung und Erziehung in der Diskussion,* in der ausführliche Gutachten und Stellungnahmen zu einzelnen Fragekomplexen der Schulpolitik studiert werden können. Dabei bedient sich der HEV der aktiven Mithilfe von Universitätsprofessoren wie Hitpaß, Brezinka, Nipperdey, Nicklis u. a. Diese Schriftenreihe und die Professoren-Riege sollen den Halbwahrheiten und der Polemik des HEV die Weihe der wissenschaftlichen Objektivität verleihen. Ferner: *Materialdienst – Schon gehört?,* eine Art Dokument der Selbstbestätigung der Positionen und Aktivitäten des Vereins. In ihm werden Presseartikel serviert, die die Öffentlichkeitsarbeit des HEV wiedergeben oder vereinseigene Positionen stützen. Die inzwischen eingeschlafene Informationsreihe *Wir lasen für Sie – zum Beispiel* sollte den Vereinseltern die Mühe ersparen, alle anstößigen Bücher selber lesen zu müssen. Meist auf einer DIN-A-4-Seite, vorn und hinten bedruckt, waren die »Kernstellen« der »pornographischen« und/oder »neomarxistischen« Schriften zusammengestellt. Das funktionierte so prächtig, daß die diversen Elternfunktionäre auf öffentlichen Veranstaltungen nur einen Zettel aus der Brusttasche zu ziehen brauchten, und schon konnten sie die deftigsten Statements zum

Besten geben, ohne das beanstandete Buch auch nur in der Hand gehabt zu haben. Für eine blitzschnelle Mobilisierung allseitiger Entrüstung war so stets gesorgt.

Der Paukenschlag des Panikorchesters aber war die Anzeigenkampagne unmittelbar vor den Hessischen Kommunalwahlen im Oktober 1972, mit welcher der HEV sich der lokalen Öffentlichkeit vorstellte und gegen die hessische, insbesondere aber die Frankfurter Schulpolitik erstmals Front machte: »Revolution im Klassenzimmer« war das Leitwort. Diese Anzeigenkampagne warf die Frage nach den Geldgebern der mehr als 100 000 DM teuren Aktion auf, denn angesichts der Tatsache, daß der HEV erst wenige Wochen vorher gegründet worden war und daher über eine größere beitragzahlende Mitgliedschaft noch nicht verfügen konnte, war dieser Betrag erheblich. Wenn sich auch nie stichhaltig beweisen ließ, daß »Millionäre am Werk (waren), die sich in diesem Lande Elternvereine halten«, wie Erich Frister 1973 auf einer Gewerkschaftsveranstaltung behauptet hat (er wurde zur Zurücknahme dieser Behauptung verurteilt), so verweisen doch etliche öffentliche Äußerungen des HEV auf finanzstarke Hintermänner, die dem CDU-Wirtschaftsrat und der »IG Adel und Banken« in der Frankfurter CDU nahestehen: z. B. auf die Bankiersfamilie Bethmann. Ob nun durch eine Summe von Einzelspenden oder durch gezielte Unterstützung weniger Reicher, etwa von seiten der Bethmanns oder der anonymen »Aktion SOS Schule«: dieser finanzielle Kraftakt ließ ahnen, in wessen Interessen hier wer wen finanziert.

Ein bewährtes Kampfmittel des HEV ist, neben dem Geld, die Ausnutzung des »Elternrechts« für die Zwecke und Ziele des Vereins. Mit einer langen Reihe von einstweiligen Verfügungen, Verfassungsbeschwerden und Verwaltungsgerichtsverfahren hat der Verein direkt oder als Kostenträger klagender Eltern etwa die Erprobung der Rahmenrichtlinien in den Schulen, die Einführung der Reformierten Oberstufe, die Umwandlung eines Gymnasiums in eine integrierte Gesamtschule oder die Errichtung einer Förderstufe erfolgreich zu verhindern gesucht. Dieses ewig drohende juristische Damoklesschwert mag mit dazu beigetragen haben, daß die Kultusbürokratie heute selbst bescheidene Ansätze der Reformpolitik, wenn überhaupt, nur noch defensiv vorbringt.

Von Anzeigen- und Justizkampagnen unterstützt, trat der HEV den langen Marsch durch die Institutionen der gesetzlichen Elternvertretungen an: zwar saßen die Eltern, die die aktivere Mitgliedschaft des HEV stellen, schon immer in den Elternbeiräten »ihrer« Gymnasien, während gewerkschaftlich organisierte oder sozialdemokratische Eltern dort stets eine unbedeutende Minderheit blieben. Neu aber war, daß der HEV diesen vereinzelten und verunsicherten Eltern wichtige Hilfen bieten konnte: Er versorgte sie mit Informationen über schulrechtliche Fragen, er half ihnen, ihr

Unbehagen in wenige griffige Formulierungen zu übersetzen, er besorgte ihnen Informationen über die »Revolution« an anderen Schulen, er vermittelte dem von der sozialliberalen Schulpolitik »überrumpelten« Bildungsbürgertum ein Gefühl der Stärke und der Sicherheit. Auch eilte der HEV mit finanzieller und personeller Unterstützung herbei, wenn es um rechtliche Schritte gegen das Reformwerk ging: Rechtsanwälte des HEV treten als Prozeßvertreter klagender Eltern auf, der HEV übernimmt entstehende Prozeßkosten. Schließlich kann der rechte Verein bei den Wahlen zu Elternvertretungen auf verschiedenen Stufen als Clearing-Stelle fungieren und dadurch erreichen, daß seine Vertreter, selbst bei zahlenmäßiger Unterlegenheit, sich durch geschlossenes Vorgehen erfolgreich behaupten. So ist es kaum verwunderlich, daß der HEV innerhalb von rund drei Jahren die Mehrheit im Mitbestimmungsorgan der Eltern auf Landesebene errungen hat. Damit verfügt er über eine Schlüsselposition, von der aus er viele Reformmaßnahmen blockiert: die meisten Erlasse und alle Bildungspläne bedürfen heute der Zustimmung des Landeselternbeirates.

Gestatten, mein Name ist Löwenthal

Als einen Repräsentanten des konservativen Bürgertums kann man den HEV aber nur durchschauen, wenn man zugleich die personelle, konzeptionelle und finanzielle Verknüpfung mit anderen Institutionen und Organisationen der westdeutschen Restauration beschreibt.
Daß der HEV eine der CDU sehr nahestehende Vereinigung ist, steht außer Zweifel und ist hinlänglich bekannt. Neben gleichartigen schulpolitischen Zielvorstellungen und abgestimmten Aktionen zwischen CDU und HEV gibt es, besonders in Schlüsselpositionen des HEV, eine Reihe von Doppelmitgliedschaften. Die Initiative zur Gründung des HEV geht auf CDU-Kommunalpolitiker und CDU-Mitglieder im Taunusgebiet und Frankfurt zurück. CDU-Mitglieder hatten im Vorstand des HEV von Anfang an ein deutliches Übergewicht; Förderer und Spender des HEV stehen dem CDU-Wirtschaftsrat und der »IG Adel und Banken« nahe. Wir stoßen immer wieder auf Namen, Institutionen und Organisationen, die im rechten Lager von sich reden gemacht haben, wenn es um die Abwehr von »linken Systemveränderern« und die Mobilisierung des konservativen Wählerpotentials ging: Vertreter der Markenartikel-Industrie, die Firma Asbach & Co, Ludwig Eckes, CDU-Wirtschaftsrat, anonyme CDU-Wähler-Initiativen wie die »Konzentration Demokratischer Kräfte«, der »Arbeitskreis soziale Marktwirtschaft«, Heinrich Seewald und sein reaktionärer Verlag, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, Wilfried Ahrens und die Illustrierte *Quick*, und nicht zu vergessen die Professoren-Riege des »Bundes Freiheit der Wissenschaft«.

Aus diesem Interessen- und Personenverbund greifen wir abschließend einmal eine besonders aktive Figur heraus: einen Wiesbadener Rechtsanwalt. Im Umkreis des HEV taucht er auf, als seine Anwaltspraxis in der Aufbauphase des HEV als Zweigstelle fungiert. Dieser Rechtsanwalt, Syndikus der Firma Asbach & Co in Rüdesheim und Geschäftsführer des Schutzverbandes der Deutschen Spirituosen-Industrie, betätigte sich mehrmals als anonymer Wahlhelfer der CDU. So nahm er als Vertreter der Firma Asbach & Co im Januar 1972 am sogenannten 4. Kronberger Gespräch teil, auf dem die Marken-Artikel-Industrie Millionenbeträge für den Wahlkampf der CDU locker machte und über einen »Arbeitskreis soziale Marktwirtschaft« eine Anzeigenserie gegen die SPD bundesweit schalten ließ. Er trat 1972 als Organisator und Unterzeichner von Wahlanzeigen zugunsten der CDU in Erscheinung und organisierte als Sprecher der »Konzentration Demokratischer Kräfte« in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle eine spektakuläre Veranstaltung gegen die hessischen Rahmenrichtlinien unter der Schlagzeile »Freiheit oder Kulturrevolution?« Als Referenten machten die bundesweit bekannten Rechtsausleger Dr. Hanna Renate Laurien (damals Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Kultusministerium), Professor Werner Conze (Vorsitzender des Verbandes Deutscher Historiker) und Professor Erwin Scheuch mit. Die Leitung lag in den rechten Händen des ZDF-Moderators Gerhard Löwenthal. Mit diesen reaktionären Repräsentanten auf dem Podium konnte der HEV stolz darauf verweisen, daß er erfolgreich dabei sei, den Vormarsch von »Marx statt Recht(s)-Schreibung« in den Schulen zu stoppen.

Wen wunderts? Wenn die Linken sich in Initiativen organisieren, um der Zerstörung ihrer Lebens- und Lernwelt Einhalt zu gebieten, müssen sie ihre kollektiven Lernschritte selbst entdecken und sich auf ihre eigene Veränderung einlassen. Wenn die rechten Funktionäre sich organisieren, um alles beim Alten zu lassen, können sie eine personelle, organisatorische und finanzielle Maschinerie in Bewegung setzen, die ihnen bereits zur Verfügung steht.

Diese rechten Funktionäre haben eine Melodie zu intonieren verstanden, mit welcher sie die bewußten und unbewußten Ängste einer verunsicherten Bürger- und Aufsteigerschicht zum Mitsingen verleiten konnten. Von der Virtuosität dieses Panikorchesters beeindruckt und verschreckt, haben die Reformmusiker sehr bald ihre Instrumente eingepackt und, anstelle des Linksliberalen von Friedeburg, den einstigen Kasseler Polizeipräsidenten Hans Krollmann als neuen kulturpolitischen Kapellmeister bestellt.

Seither ist Pause.

Kate Chopin
Geschichte einer Stunde
Erzählungen und der Roman
The Awakening

Deutsche Erstausgabe

Inhalt

Erzählungen: Geschichte einer Stunde / La Belle Zoraide / Eine ehrbare Frau / Der Sturm / Ein Paar Seidenstrümpfe

The Awakening. Roman

Anhang:
Kate Chopin. Biographische Notiz / Louisiana
Ideologie der Weiblichkeit: Cult of True Womanhood
Rezeptionsgeschichte

herausgegeben und übersetzt von Barbara Becker, Petra Bräutigam, Josefine Carls, Miriam Hansen, Iris Klose, Sibylle Koch-Grünberg, Rita Maier, Heide Schlüpmann, Petra Stein

ca. 350 Seiten, ca. DM 20.-

„Die Geschichte ist uns vertraut genug. Eine Frau ist verheiratet, ohne zu wissen, was es heißt zu lieben. Ihr Mann ist nett, aber durchschnittlich. Er achtet übermäßig auf Konventionen; sie empfindet diese als Hindernis für die freie Entwicklung ihrer launenhaften Persönlichkeit und schüttelt sie ab, als das 'Erwachen' über sie kommt. . .Ihrem zerrütteten Gemüt erscheint Selbstzerstörung als der einzige Ausweg, und die Tragödie wird auf malerische Weise vollendet. Die Geschichte ist einfach, nicht ohne Charme, aber insgesamt nicht heilsam."

The Dial, Nr.27, August 1899

„Kate Chopin verdient vielmehr Beachtung: einmal, weil sie ihrer Zeit in der Beschreibung sexueller Leidenschaft und der verwickelten familiären und persönlichen Gefühle von Frauen weit voraus war—aber auch, weil sie eine ungewöhnlich unterhaltsame Schriftstellerin ist . . . wie Maupassant, den sie übersetzte und von dem sie stark beinflußt war."

The New York Review, Sept. 1971

Fordern Sie bitte unseren kostenlosen Almanach an!

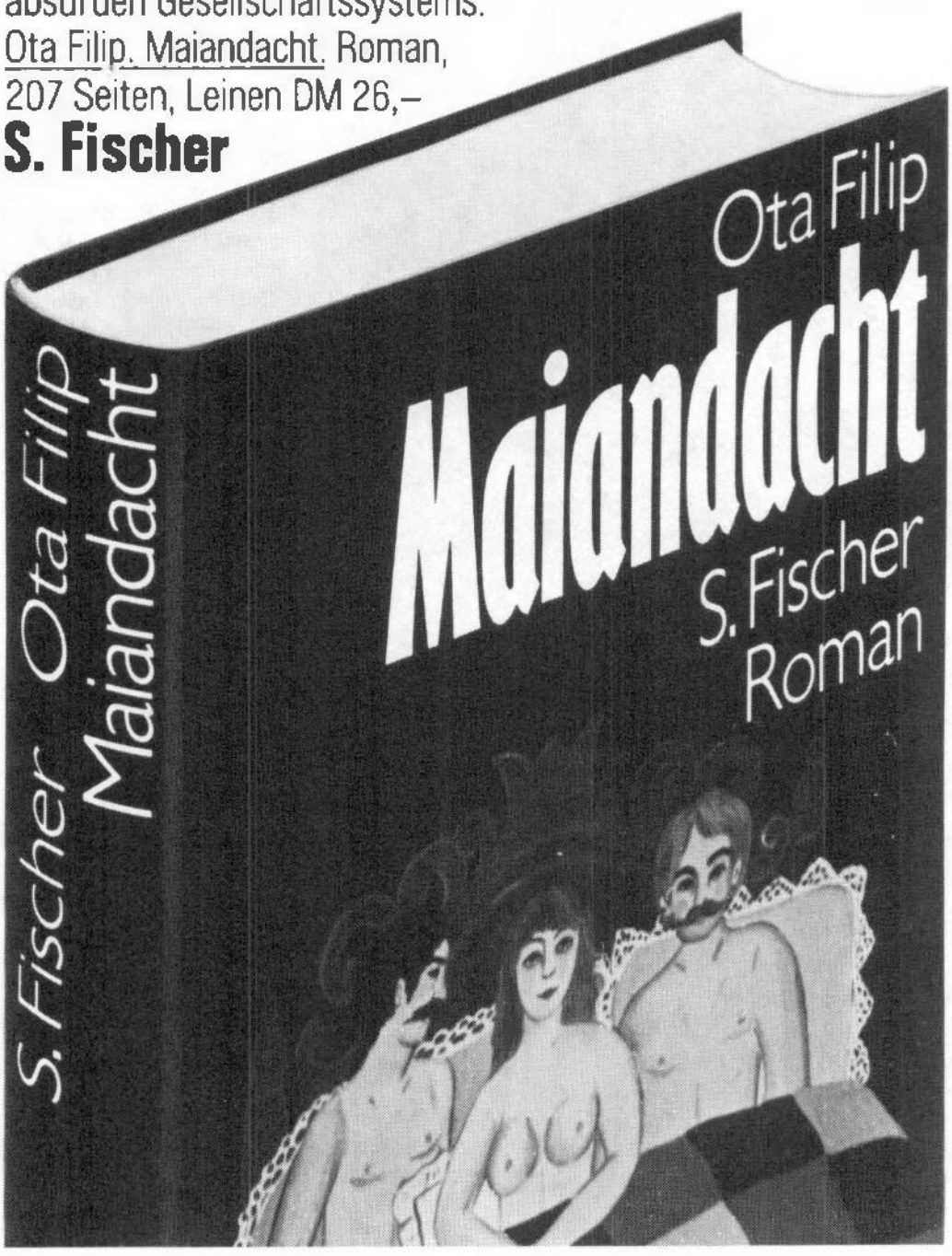
Verlag Roter Stern · Postfach 180147 · 6000 Frankfurt

Aus dem Leben eines Taugenichts in einer sozialistischen Provinzstadt.

Mit großer Fabulierlust erzählt Ota Filip die Geschichte von Hugo Hugon, dem Doktor der Archäologie aus einer sozialistischen Provinzstadt, der sich im Netz seiner Träume ebenso verfängt wie im Netz staatlicher Bespitzelung, bis ihm zuletzt doch der Ausbruch aus seiner Gefängnisexistenz gelingt.
Vom Untergang bedroht sind alle Gestalten dieses burlesken Romans. Bis ins Groteske hinein enthüllt der Autor die Schwächen seiner Figuren, er zeichnet sie als Marionetten eines absurden Gesellschaftssystems.

Ota Filip. Maiandacht. Roman,
207 Seiten, Leinen DM 26,–

S. Fischer



Hans Ulrich Luther
Zum Beispiel Singapur
Bürgerinitiativen als Ordnungsagenten

Über »Anti-Ausspucken«, »Schlange-Stehen« und andere Staatskampagnen gegen die politische Umweltverschmutzung einer Nation

> »Es wird unsere Schuld sein, wenn die jungen Leute in zehn Jahren zu Halbstarken, Gangstern und Rowdies geworden sind. Man muß sie also darauf drillen, anders zu sein. Selbst Tiere können abgerichtet werden, wie es sich an unseren Polizeischulen gezeigt hat, wo Hunde auf einen Pfiff hin durch einen Reifen springen, sich auf Kommando hinlegen oder jene angreifen, die anzugreifen man ihnen befiehlt.«[1]
> Lee Kuan Yew, Premierminister von Singapur, 1967

Dritte Welt

Bürgeraktionen und Volksbewegungen in der sogenannten Dritten Welt? Wie ein Blick nach Asien zeigt, sind sie etwas Alltägliches: Guerillakämpfe in den ländlichen Gebieten, massenhafte Streiks des städtischen Proletariats, antiimperialistische Demonstrationen der Arbeiter, Bauern und Studenten, Rebellionen gesellschaftlicher Minderheiten wie etwa die der Moslems in den Süd-Philippinen. Auch im Ausland bekannt wurden in den Jahren 1973/74 die Demonstrationen der Bevölkerung von Bangkok und Jakarta gegen das massive Eindringen japanischen Kapitals und die Hungermärsche der malaiischen Bauern in Baling, die nur noch mit Polizeigewalt unterdrückt werden konnten. Oder: das Engagement japanischer Bürgergruppen gegen den Bau von Flugplätzen wie den von Narita bei Tokyo und gegen den Militär-Kolonialismus der USA auf Okinawa und Guam; der erbitterte Widerstand der Bewohner von Tondo, eines Armenviertels von Manila, gegen die sogenannte Slumsanierungspolitik des autoritären Marcos-Regimes; schließlich die Rebellionen der Stämme in den Nord-Philippinen, wo ganze Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Siedlungen vertrieben wurden, weil ihre fruchtbaren und seit Jahrhunderten terrassierten Täler zur Versorgung japanischer Industrieprojekte mit Hydroenergie zu Talsperren werden sollten.
Schon diese Beispiele zeigen: auch in der Dritten Welt existieren spontane, breite, antikapitalistisch orientierte Bürgerinitiativen und Volksbewegungen, ausgelöst durch eine Realität, in welcher der Konflikt zwischen den vitalen Interessen der Menschen mit den herrschenden Kapitalinteressen die Politisierung der Lebensverhältnisse und des Bewußtseins zur Folge haben. Auch diese Volksbewegungen waren und sind eine Art »Volkshochschul

fürs Volksgewuhl«, so, wie die Bürger von Wyhl im Elsaß ihren Protest verstanden, und sie ähneln in ihrem Grundmuster den Bürgerinitiativen, wie wir sie auch in der Bundesrepublik in den letzten Jahren kennengelernt haben.

Was aber über Singapur zu berichten ist, geht über den Rahmen des bei uns Bekannten hinaus: es nimmt in seiner Struktur vielleicht auch hiesige Formen des Konflikts vorweg und kann daher, als *eine* mögliche Zukunftsperspektive, auch für uns in Deutschland lehrreich sein.

In Singapur wurde der Protest der Bürgerinitiativen und »Volksfronten« vom Staat bereits in den 60er Jahren mit Erfolg unterdrückt. Seitdem hat die Regierung selber die Initiative übernommen und versucht, den Protest der Bevölkerung mit von oben organisierten Kampagnen unter Kontrolle zu halten. Staatlich initiierte Bewegungen produzieren ein möglichst hohes Maß an Systemloyalität, und ein Netz von staatlich angeleiteten Basisorganisationen dient der Administration als Frühwarnsystem bei sozialen Konflikten. Auf diese Weise wird oft schon auf der untersten Ebene getestet, inwieweit Konflikte integrierbar sind und kanalisiert bzw. umfunktioniert werden können oder ob sich neue gefährliche und systemsprengende Entwicklungen abzuzeichnen beginnen, denen der Staat dann mit Verhaftungen, Ausweisungen und dem reichen Arsenal seiner Sondergesetze begegnet. Die vielfach erprobte Methode dieser ›Politisierung von oben‹ ist eine *manipulierte Politisierung der Öffentlichkeit*, ihr Ziel ist die Systemstabilisierung. Diffuse Feindbilder werden geschaffen und jeweils den politischen Bedürfnissen des Tages gemäß definiert. Allen »Störenfrieden« und »anti-sozialen Elementen« wird das eherne Gesetz von Law and Order entgegengestellt, ein bewußter Rückgriff auf die legalistisch-konfuzianistische Tradition, die noch immer fester Bestandteil der ›political culture‹ der Überseechinesen ist.

Eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in Singapur gehört demnach eigentlich in den Bereich der Faschismus-Diskussion. Sie ist aber gerade auch im Zusammenhang mit der Problematik von Bürgerinitiativen relevant, weil an ihrem Beispiel gewissermaßen ein *fortgeschrittenes* Stadium der Repression: das kalte Ausschalten von Bürgerinitiativen durch eine konsequente und ›legitimierte‹ Disziplinierung der Bevölkerung von oben gezeigt werden kann. Das mutet auf den ersten Blick paradox an, weil Singapur, an westeuropäischen Standarts gemessen, zu den sogenannten unterentwickelten Ländern zählt. Im Vergleich mit seinen südostasiatischen Nachbarländern, also unter den besonderen Bedingungen des Kapitalismus an der Peripherie aber ist Singapur gerade unter dem Aspekt der Repression tatsächlich ein fortgeschrittener Staat.

Singapur

Die Republik Singapur ist ein Stadt-Staat und nach Fläche (584 qkm) und Bevölkerung (2,5 Mio.) etwas größer als Westberlin. Singapura (sanskrit, d. h. Löwenstadt) wurde 1819 von Sir Stamford Raffles als Handelsstützpunkt des britischen Empires gegründet und liegt an der Südspitze der malaiischen Halbinsel, nur durch einen schmalen Damm mit dem benachbarten Malaysia verbunden. Die Inselrepublik ist dicht besiedelt (4300 Einw. pro qkm) und hat eine ethnisch sehr heterogene Bevölkerung: 77% Chinesen, 10% Malaiien und 8% Inder. Nach ihrem Wahlsieg übernahm 1959 die People's Action Party (PAP) unter Führung des Rechtsanwalts Lee Kuan Yew die Regierung und erreichte 1965 die formale politische Unabhängigkeit von Großbritannien. Seit den Wahlen von 1968 verfügt die PAP über alle Sitze im Parlament. Seitdem gibt es in Singapur keine parlamentarische Opposition mehr.

Wichtigste Wirtschaftstätigkeit war bisher der Zwischenhandel, bedingt durch die koloniale Vergangenheit und begünstigt durch die geographische Lage der Insel am Seeweg nach Fernost und Ozeanien. Um die ökonomische Basis zu diversifizieren und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wurde seit etwa 10 Jahren mit einer rapiden Industrialisierung, überwiegend gestützt auf ausländisches Großkapital, begonnen. Aufgrund der kleinen Fläche der Insel gibt es nur einen marginalen Agrarsektor. 70% der Bevölkerung arbeiten im Handel und im Dienstleistungsbereich. Heute lebt bereits die Hälfte der Einwohner Singapurs in sog. ›Sozialwohnungen‹ (low-cost-high-rise-flats), und bis 1980 sollen 75% der Bevölkerung dort untergebracht werden! Obwohl der Stadt-Staat das (nach Japan) zweitgrößte Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen in Asien aufweist, lebt, und das sogar nach den regierungsoffiziellen Statistiken, ein Drittel der Singapurer Bevölkerung an der Armutsgrenze und darunter. Die Einkommensunterschiede haben sich seit dem Ende der Kolonialzeit also eher noch vergrößert und sind heute gewaltig.[2]

Voraussetzung für die schnelle Industrialisierung des Landes mit Hilfe westlicher Kapitalinvestitionen und für den Ausbau der Inselrepublik zu einem »Profitzentrum« waren vor allem ein konstant niedriges Lohnniveau, die Verhinderung von Streiks in den Fabriken und die damit verbundene Desorganisierung aller Oppositionsgruppen. Parallel zu dieser Entwicklung wurden von dem Einparteien-Parlament Anti-Arbeitergesetze verabschiedet, deren Bestimmungen einerseits Streiks fast unmöglich machen und andererseits den Unternehmern Reallohnsenkungen bis zu 30% erlauben.[3] Singapur wurde damit, wie sich in einer Investitionsbroschüre der Deutsch-Asiatischen Bank nachlesen läßt, zum »Traum eines Industriellen«.[4] Hinzu kamen staatlich initiierte Disziplinierungskampagnen, die auch der Steige-

rung der Produktivkräfte dienten, da die Massen durch sie an die neuartigen Anforderungen der Industrialisierung angepaßt wurden. Gleichzeitig waren diese Kampagnen aber auch die Antwort der Regierung auf die immer deutlicher hervortretenden Widersprüche innerhalb der Gesellschaft: ihr erklärtes Ziel war die langfristige Internalisierung von Disziplin und Gehorsam gegenüber der staatlichen und industriellen Gewalt.

Bürgerinitiativen: »Augen und Ohren« der Staatspartei

Die staatlich organisierten Anpassungs-Kampagnen begannen anfangs recht harmlos. Um eine kurzfristige Reisknappheit zu überwinden, die durch schlechte Ernten in den benachbarten Reis-exportierenden Ländern verursacht war, ordnete die Regierung von Singapur im Jahre 1967 eine *Eßt-mehr-Weizen*-Kampagne an. Danach wurde es für die Bevölkerung zur *nationalen Pflicht*, mehrmals in der Woche Brot anstelle von Reis zu essen, was besonders bei dem chinesischen Teil der Bevölkerung sehr unpopulär war. Denn eine gefüllte Reisschale auf dem Tisch zu haben, gilt bei den Chinesen noch immer als Zeichen für Wohlstand und ist traditionell die wichtigste Legitimation jeder Regierung. 1969 folgte dann eine Kampagne zur Einübung von *Schlangestehen*, in deren Verlauf das disziplinierte Sich-Anstellen und Warten an Bushaltestellen und auf öffentlichen Ämtern geübt wurde. Das Lernen ordnungsgemäßen Wartens und »Schlangestehens« hat aus der Sicht der PAP-Führung offenbar eine so große Bedeutung für die Einübung von diszipliniertem Sozialverhalten, daß es laut Parteibeschluß noch 1972 zu den »wichtigsten Zielen für die nächsten 5 Jahre« deklariert wurde.[5]

Im gleichen Jahr startete die Singapurer Regierung ihre erste *Anti-Moskito*-Kampagne, die ursprünglich nur die Vernichtung von Moskito-Brutstätten zum Ziel hatte. Seitdem stöbern Regierungsbeamte in Privathäusern, Gärten und Kellern herum, um nach Moskitolarven zu suchen und um gegen den Grundstücksbesitzer, bei dem sie fündig werden, eine empfindliche Strafe zu verhängen. Diese Aktionen, und das ist der springende Punkt, bieten den Behörden jedoch gleichzeitig eine gute Gelegenheit, ohne Hausdurchsuchungsbefehl Informationen aller Art zu sammeln. Es folgte die Kampagne *Singapur – Grün und Sauber*, die später durch die Kampagne *Singapur – Gartenstadt* abgelöst wurde. Um Singapur auch optisch als ›Hauptquartier‹ für multinationale Konzerne attraktiv zu machen und die Stadt zu einem ›Schaufenster Südostasiens‹ herauszuputzen, mußte die arme Bevölkerung größere Summen für Blumen, Grünpflanzen und Springbrunnen aufbringen. Parallel dazu liefen Kampagnen wie *Anti Ausspucken, Anti Schmutz auf den Straßen, Anti Drogenmißbrauch, Gegen Verschwendung*

von Wasser und schließlich die auch überregional bekannt gewordenen Kampagnen *Anti Umweltverschmutzung* und *Gegen lange Haare und soziale Verseuchung.*

Alle diese Regierungskampagnen hatten eine Reihe gemeinsamer Merkmale. Ihr Ausgangspunkt waren meist einsichtige und häufig in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen (vorbereitend?) kritisierte öffentliche Mißstände, wie z. B. Abfälle auf den Straßen (Bakteriengefahr), die allseits beklagte Moskito-Plage (Krankheiten) oder der Mangel an Trinkwasser in den regenarmen Jahreszeiten. Dem tatsächlichen Interesse der Bevölkerung an der Beseitigung dieser Mißstände verlieh der Staat nun die Weihe eines höheren »Allgemeininteresses«, indem er dessen planmäßige Durchsetzung zu einem politisch-integrativen Ziel und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit machte. Um Verstöße abschreckend zu ahnden, erließ die Regierung eine Reihe von drakonischen Gesetzen. So wurde z. B. das Wegwerfen eines Zigarettenstummels als vorsätzliche »Umweltverschmutzung« bezeichnet und mit umgerechnet 500 Mark Geldbuße bestraft. (Dagegen verhält sich die Regierung gegenüber der petrochemischen Industrie, die Singapurs Küsten täglich mit ihren Abwässern vergiftet, bedeutend zurückhaltender; denn die große Toleranz in diesem Bereich gehört mit zu dem Bündel von Investitionsanreizen für ausländische Konzerne.) Das *Gesetz gegen den Vandalismus,* das ebenfalls im Rahmen der Anti-Umweltverschmutzungs-Kampagne erlassen wurde, sieht für das »Anmalen von Parolen und Slogans«, die angeblich die Häuserwände besudeln, oder für das »Verteilen von Handzetteln«, die dann weggeworfen werden *könnten* und dadurch die Straßen verschmutzen, neben Gefängnis auch noch eine Prügelstrafe vor. Wer nachweislich Wasser verschwendet, hat mit einer hohen Geldbuße zu rechnen, obwohl die weiten Rasenflächen und Golfanlagen der Reichen auch in der heißen Jahreszeit täglich besprengt werden.

Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kampagne *Gegen lange Haare.* Im Rahmen dieser landesweiten Disziplinierungsaktion wurden alle Langhaarigen aufgefordert, »sauber« und »mit ordentlich geschnittenen und gekämmten Haaren« in der Schule bzw. zur Arbeit zu erscheinen. Schüler und Studenten, die sich nicht millimetergenau an diese Vorschrift hielten, mußten die Schule verlassen, und ihre Lehrer erhielten obendrein eine Geldstrafe. Pop-Musiker wurden von Zivilpolizisten von der Bühne geholt und zum Friseur geschleppt. Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst mußten mit einer Kündigung oder mit Lohnkürzung rechnen, wenn ihr Haar nicht »ordentlich« war. Über die Länge der Haartracht erließ die Regierung genaue Vorschriften: »Unordentliches Haar ist definiert als Haar, das über den Hemdkragen fällt, die Ohren bedeckt oder über die Augenbrauen reicht.« Plötzlich waren an allen Postämtern und Behördenschaltern große Plakate zu sehen mit einem Bild

der geforderten Haarlänge und der Aufschrift: »Wer lange Haare trägt, wird zuletzt bedient.« Selbst Schülerinnen wurden auf dem Höhepunkt der Kampagne aufgefordert, ihr Haar in Zukunft nur noch schulterlang zu tragen. Den Lehrlingen wurde erklärt, langes Haar störe den Industrialisierungsprozeß, denn es könne leicht »in die Maschinen geraten«.

Daß es der Regierung mit ihrer Aktion gegen lange Haare um mehr ging als nur um das gepflegte Aussehen der Singapurer Jugend, zeigt z. B. die Reaktion des Erziehungsministeriums, als sich an einer Oberschule eine Gruppe von Schülern aus Protest gegen diesen staatlichen Eingriff in ihre Privatsphäre die Köpfe nun einfach ganz kahl scheren ließ. Sie wurden noch am gleichen Tag von Sicherheitsbeamten verhört und wiederholt gefragt, welche *politischen* Gründe sie zu einer solchen Aktion gegen die Regierung veranlaßt hätten. Ein nervöser Polizeioffizier rief den Rektor der Schule an und fragte: »Are they carrying banners?«[6]

Singapurs »Operation Schnipp-Schnipp«, wie die spektakuläre Kampagne der Regierung gegen lange Haare bald in den Nachbarländern genannt (und teilweise auch nachgeahmt) wurde, war also nichts anderes als Repression im Gewand staatlicher Fürsorge. Denn die nationale Haarschnittkampagne wurde durch andere Kontrollaktionen gegen »soziale Umweltverschmutzer« und gegen »anti-soziale Elemente« ergänzt. Die verschiedenen Kampagnen waren aufeinander abgestimmt. Schmutz und »unordentliche Personen« (z. B. Studenten mit langen Haaren oder auch einfach arme Leute) wurden als widerlich, unpatriotisch und als potentiell gemeingefährlich hingestellt. Diesen »subversiven Kräften«, die sich nicht an die nationalen Reinlichkeitsregeln halten mochten (oder aus Armut nicht halten konnten), stand die von der Regierung und den Kosmetikfirmen propagierte ideologisch immunisierte »Volksgemeinschaft« normen- und sauberkeitsbewußter Menschen gegenüber. Bürger, die bei den Kampagnen nicht mittaten und nicht den von der Regierung vorgeschriebenen Wegen folgen wollten – und zu diesen Bürgern wurden politische Gegner ebenso wie Hippies, Langhaarige, Wasserverschwender und Haschischraucher gerechnet –, wurden ex cathedra zu Außenseitern der New Society abgestempelt und verfemt. Die gesellschaftsschädlichen »drop outs« konnten nach Auffassung der Singapurer Regierung erst nach sorgfältigen Reinigungsriten (öffentliche Erklärung ihrer »Irrtümer« bei politischen Widersachern/Kurzschneiden der Haare, Militärdienst und Aufnahme einer geregelten Arbeit bei ›Hippies‹) wieder in die Gesellschaft aufgenommen werden.

Bei all diesen Kampagnen stellte der Staat stets eine enge Verbindung zwischen *politischer* und materieller *Umweltverschmutzung* her. Im Laufe der Zeit sind auf diese Weise die Grenzen zwischen anti-nationalem Verhalten (politische Opposition oder Streiks) und anti-sozialem Verhalten (ruhestörender Lärm, Verschmutzung der öffentlichen Anlagen oder Tragen von

langem Haar) immer unschärfer geworden. Der Anti-Moskito-Krieg wurde schließlich wie eine großangelegte Kampagne gegen Stadtguerillas geführt, deren versteckte Nester es schnell auszuheben galt, bevor sie den »gesunden Volkskörper« mit ihrer zersetzenden Ideologie infizieren konnten.
Die Kampagnen, die als »vernünftige« Umweltschutzmaßnahmen mit Zustimmung der Bürger begonnen hatten, wurden vom Staat also zu kalkulierten Aktionen sozialer Disziplinierung umfunktioniert und verselbständigten sich in den Händen übereifriger Beamter. Mit der systematischen Verdächtigung der Bevölkerung verstärkte sich auch die Rechtsunsicherheit: so gerieten Autobesitzer in das kuriose Dilemma, ob sie nun ihr staubiges Auto waschen sollten (»keep clean«) oder nicht (»save water«). Andererseits wurde das Tragen von langen Haaren, das Fahren schmutziger Autos oder das unbekümmerte Wegwerfen einer Zigarettenkippe angesichts der hohen Strafen zu einem (oft bewußten) Akt des Protests gegen eine anscheinend omnipotente und überall präsente Staatsmacht: ein verstaubtes Auto als Ausdruck von Zivilcourage.
Den Höhepunkt der Kampagnenpolitik bilden die in Singapur alljährlich wiederkehrenden *Anti-Kommunismus-Kampagnen*, die von den Regierungsorganen gewöhnlich mit einer Verhaftungswelle eingeleitet werden. Hauptzielgruppe dieser Nacht- und Nebel-Aktionen sind aber nicht die »Kommunisten« selbst, denn diese arbeiten (nach offizieller Meinung) im Untergrund und sind daher nur schwer zu fassen, sondern sog. »Pro-Kommunisten« oder »Sympathisanten«. Gelingt es den unermüdlichen Geheimagenten und Spitzeln, eine solche »Verschwörung« aufzudecken, dann werden die Verdächtigten ohne Gerichtsverhandlung in Isolationshaft genommen und dort so lange verhört und gefoltert, bis sie schließlich bereit sind, im Fernsehen zur Hauptsendezeit öffentlich und ausführlich ihre »Linkstendenzen« einzugestehen und dann zu widerrufen. Nach dem Gelingen des Exorzismus werden die Beschuldigten in der Regel wieder freigelassen, mit der Auflage, sich nie wieder politisch zu betätigen.
Die Mobilisierungskampagnen in Singapur werden hauptsächlich von halbstaatlichen »Graswurzelorganisationen« getragen. Im Laufe ihrer Machtkonsolidierung war es der Staatspartei gelungen, die verschiedenen intermediären Organisationen auf Bezirksebene gleichzuschalten und zum Transmissionsriemen ihrer Innenpolitik zu machen. Die 190 Gemeindezentren, die »People's Associations« und »Citizens' Consultative Committees« (Gemeinderäte) gelten als »Augen und Ohren« der Staatspartei. Sie befassen sich normalerweise mit freiwilligen Straßenbau-Aktionen, Kanalisationsarbeiten bei Überschwemmungen und der Wahlkampfvorbereitung in den Gemeinden. Den Gemeindezentren sind Kindergärten, Freizeitstätten und eine Gesundheitsstelle angeschlossen, um – nach den Worten Lee Kuan Yew's – diesen wichtigen Bereich »nicht den Kommunisten zu überlassen«.

Diese vielfältigen Basisorganisationen dienen einerseits der politischen Aktivierung der Bevölkerung im Sinne der Regierungspolitik, und sie sind andererseits ein institutionalisiertes Frühwarnsystem der Administration, das die Aufgabe hat, oppositionelle Regungen im Volk nach oben zu melden, noch bevor sich Initiativgruppen formieren können und die Kritik öffentlich wird. Die halb-staatlichen Kontrollorgane werden von dem sog. »Vigilante Corps« unterstützt, einer paramilitärischen Bürgerwehr, die mit ihren Patrouillengängen rund um die Uhr für Ruhe und Ordnung sorgen soll, und zu der sich junge Männer anstelle des obligatorischen Wehrdienstes melden können. Eine ähnliche »Bürgerwehr«, die sog. »Rukun tětangga« (malaiisch, d. h. Stützen des Bezirks) wurde 1975 auch im benachbarten Malaysia aufgestellt. Selbst deutsche Geschäftsleute und Entwicklungshelfer müssen in Malaysia in ihrem Wohnbezirk nächtlich Wache schieben, um »die Aktivitäten der Kommunisten einzudämmen«.[7] Schließlich gibt es in Singapur die ebenfalls paramilitärisch organisierte »Arbeitsbrigade«, die aus Arbeitslosen besteht und bei Streiks als offizielle und staatlich legitimierte Streikbrechertruppe auftritt.
Mit Hilfe dieser loyalen Massenorganisationen versucht der Staat seine Basis in der Bevölkerung zu vergrößern oder doch zumindest eine breite Unterstützung seiner Politik vorzutäuschen. Durch seine fast lückenlose Kontrolle aller organisierten Gruppen an der Basis hat der Staat nicht nur ein Monopol auf die Initiierung von Kampagnen und Bewegungen eingerichtet, sondern gleichzeitig wurden alle außerhalb des amtlichen Beschwerdeweges angesiedelten Protestkanäle verstopft.

»Aktion Kühltruhe« und New Society

In den fünfziger und sechziger Jahren hatten sich unter dem Eindruck der wachsenden Macht des Staates auch in Singapur Bürgerinitiativen gebildet, ähnlich wie wir sie aus der Bundesrepublik kennen. Der Grund für ihr Entstehen waren Umsiedlungsprogramme und sog. Slumsanierungen, die parallel zu der mit fremdem Kapital angekurbelten Industrialisierung durchgeführt wurden. Aufgrund staatlich verfügter Umsiedlungen hunderttausender Menschen in öde Mietskasernen verloren Teilzeit-Gärtner, -Fischer und -Kleinhändler ihre kleinen Nebeneinkommen und wurden somit vollständig lohnabhängig. Vorher hatten sie in ihren Squattersiedlungen nur geringe Kosten für Miete oder Pacht gehabt, nun mußten sie plötzlich relativ hohe Mieten aufbringen. Nach Untersuchungen der Universität von Singapur verringerte sich durch die Umsiedlungen das verfügbare Familienbudget für Nahrungsmittel um bis zu 35%. Unter dem Motto *Housing Creates Poverty* organisierten sich ländliche Bürgerinitiativen wie

die »Gemeinschaft der Holz- und Schilfhüttenbewohner« und die »Gemeinschaft der Singapurer Landleute«. Sie verbündeten sich mit den zu jener Zeit noch existierenden linken Gewerkschaften und der wichtigsten Oppositionspartei, den *Barisan Sosialis*. Als die ersten Bulldozer des staatlichen Bauamts ihre Hüttensiedlungen umzulegen begannen, warfen sich ihnen verzweifelte Frauen und Kinder in den Weg. Kurz danach kam es in den Bezirken, in denen sich Bürgerinitiativen gebildet hatten, zu mehreren großen Flächenbränden. Die Schilfhüttenbewohner behaupten bis heute, Regierungsbeauftragte hätten das Feuer gelegt, um die Durchführung der Sanierungsprogramme beschleunigen zu können.[8]

Die Regierung dagegen diffamierte die rebellischen Dorfarmen pauschal als »Obskurantisten, die sich den Entwicklungs- und Modernisierungsbemühungen des Staates in den Weg stellen« – im übrigen eine interessante Parallele zu den Argumenten, die heute auch gegen die internationale Anti-Kernkraft-Bewegung vorgebracht werden. Als der Widerstand dennoch nicht zerbröckelte, sondern infolge der brutalen Repression eher noch zunahm, wurden die Gegner der Umsiedlungsaktionen von der Regierung zur kommunistischen Front erklärt und ihre Organisationen über Nacht verboten. Der Illegalisierung der selbständigen Bürgerinitiativen folgten später die Zerschlagung der linken Gewerkschaften sowie eine Verhaftungswelle gegen fast alle Oppositionspolitiker. Mit dieser Aktion, die den passenden Namen »Operation Cold Storage« (Aktion Kühltruhe) trug, war bis auf weiteres jede organisierte Form von Widerstand kaltgestellt und das Fundament für die Etablierung einer kontrollierten und disziplinierten Gesellschaft gelegt: der *New Society* von Singapur.

Zur wichtigsten Legitimationsquelle des Staates der New Society wurde propagandistisch das Wirtschaftswachstum, und zwar in engem Zusammenhang mit dem »Überleben der Nation« (survival). Die »Labour Force«, d. h. die arbeitende Bevölkerung, wurde von der Regierung in die Produktionsschlacht geschickt. Wachstumsindikatoren und Börsenkurse nahmen zeitweilig den Charakter von Kriegsberichten an und gelten bis heute als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Regierung, obwohl das Singapurer »Wirtschaftswunder vom Fließband« mit hoher Kapitalabwanderung ins Ausland und extrem ungleicher Verteilung verbunden ist und nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung möglich wurde. Die magische Formel von der »Modernisierung« bedeutet heute im offiziellen Singapurer Sprachgebrauch: Technologie und Transformation zum einen und zum anderen: Loyalisierung der Massen und Blanko-Zustimmung der Bevölkerung zu allen Ansichten und Maßnahmen, die die Regierung für richtig hält.[9]

Den »Partikularinteressen« (z. B. der Arbeiter an Lohnerhöhungen) stellt sich die Regierung als Repräsentant eines All-Klassen-Interesses der Nation

entgegen. Je disziplinierter sich die Menschen jedoch verhalten, um so weniger Terror und Repression müssen zur Systemerhaltung aufgeboten werden. Terror wird zunehmend subtiler und nur noch selektiv angewendet: in Form exemplarischer und demonstrativer, publikumswirksamer Gewalt. Zum Zweck der Legitimierung des selektiven Terrors wird die Gesellschaft in eine »Volksgemeinschaft« (The People) und in »Volksfeinde« (anti-national elements) aufgeteilt. Die gleichgeschalteten Massenmedien und ideologischen Apparate sind permanent damit beschäftigt, grobe Feindbilder zu entwerfen, die sich in die Zielrichtung der Kampagnen einfügen. So gelten z. B. die leicht aufrührerischen und für einen Hungerlohn in Singapur arbeitenden chinesischen Gastarbeiter aus Malaysia als besonders »streikfreudig« und sind, angeblich aufgrund ihrer mangelnden staatsbürgerlichen Erziehung, eine »leichte Beute der Kommunisten«.
Doch gegen Arbeiter richtet sich der staatliche Terror nur im ohnehin seltenen Fall von Streiks. Meist ziehen Regierung und Massenmedien gemeinsam gegen *periphere* Gruppen wie Studenten, Journalisten, »Pro-Kommunisten« oder Hippies zu Felde, gegen Gruppen also, die im Rahmen der Produktion keine Bedeutung haben und an denen die Wirkung des Terrors ausprobiert und exemplarisch vorgestellt werden kann.[10] Die von den herrschenden Normen abweichenden Protestgruppen sind somit der »Exerzierplatz der staatlichen Repression«. An der Peripherie der Gesellschaft, dem »Zentrum des Terrors«, werden auf diese Weise Methoden der Gewaltanwendung vorweggenommen, die sich im Ernstfall einer Herrschaftskrise als ultima ratio auch auf die übrige Bevölkerung ausdehnen lassen; diese Methoden bilden eine latente Krisenreserve. Das Repressionsarsenal wird exemplarisch vergrößert und mit flankierenden Sondergesetzen legal abgesichert, um es am Tage X parat zu haben. Lee Kuan Yew: »Im Moment sind die Kommunisten vollkommen wirkungslos. Aber das mag in zehn Jahren anders sein. Doch wenn wir heute schon das Richtige tun, haben sie auch in zehn Jahren keine Chance, uns Ärger zu machen.«[11]

»Science-Fiction«-Wirklichkeit

Die Erfolge der Regierungskampagnen in Singapur zuverlässig einzuschätzen, ist schwer. Doch die »Beliebtheit« der PAP-Regierung bei der Mehrheit der Bevölkerung ist unverkennbar und wird mit Hilfe der ideologischen Apparate ständig aufpoliert. Bei den Wahlen von 1976 gaben nur etwa 25% der Wähler ihre Stimme den Oppositionsparteien, die aufgrund des Direktwahlsystems trotzdem kein einziges Mandat bekamen. Jene Wähler, die trotz massiver Einschüchterung durch Lee Kuan Yews PAP nicht gewählt hatten, wurden von der Regierung als »Protestwähler« ver-

teufelt, obwohl sie nur ihrem Wahlrecht nachgekommen waren. Ein gewisser Modellcharakter ist der Entwicklung in Singapur nicht streitig zu machen, denn in den Nachbarländern Malaysia, Thailand und den Philippinen gibt es bereits Experimente mit ähnlichen Kampagnen. Dennoch ist das »Singapurer Modell« nur mit Einschränkungen generalisierbar. Bedingt durch die kleine Fläche des Stadt-Staates werden politische Kontrollen und die Durchsetzung staatlicher Politik wesentlich erleichtert. Von den Kolonialbehörden hat der post-koloniale Staat einen gutgeölten Repressionsapparat übernommen und diesen seitdem der politischen Situation immer wieder neu angepaßt und verbessert. Und im Laufe der Zeit ist eine von oben nach unten extrem kontrollierte und reglementierte Gesellschaft entstanden, deren Wirklichkeit den Science-Fiction-Romanen der Gewalt zunehmend ähnlicher geworden ist. Nichtsdestoweniger ist die ›Stärke‹ des Singapurers Staates auch seine ›Schwäche‹, anfällig für politische Krisen und Volksbewegungen.[12] Denn seine Widersprüche sind so kraß, daß auch der perfekteste Propagandaapparat sie nicht verschleiern kann. Der besonders brutalen Repression der Mächtigen entspricht ein, wenigstens tendenziell, besonders erbitterter Widerstand des Volkes. Diesen Widerstand zu brechen oder zu neutralisieren – das ist die Aufgabe der staatlich initiierten Bürgerinitiativen. Der Premierminister: »Es ist mir ein Trost zu wissen, daß es selbst im finsteren Mittelalter Städte wie Venedig gegeben hat, die weitherum ihren Glanz verbreiteten und den Weg in die Renaissance erleuchtet haben. Und vielleicht ist dies die Rolle, die Singapur heute zu spielen hat.«[13]

Anmerkungen

1 T. J. S. George, *Lee Kuan Yew's Singapore*, London 1973, S. 194.
2 Iain Buchanan, *Singapore in Southeast Asia*, London 1972, S. 189 f.
3 Goh Mong Hak, *Effects of Singapore's New Labour Legislation*, University of Singapore, Juli 1969, S. 28 f.
4 *Deutsch-Asiatische Bank. Wegweiser nach Singapur*, Hamburg 1971, S. 16.
5 *The Straits Times*, Singapur, 30. Okt. 1972, S. 8.
6 *New Nation*, Singapur, 16. März 1973, S. 3.
7 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Juni 1976, V 2, »Arbeitsbedingungen in Malaysia«.
8 Robert E. Gamer, *The Politics of Development in Singapore*, London 1972, S. 66 f.
9 Hans U. Luther, »The Function of Elites and Westernized Systems in the Dependent Reproduction of Developing Countries«, in: Dahm/Draguhn, *Politics, Society and Economy in the Asian States*, Wiesbaden 1975, S. 129 f.
10 Brian D. Maurice, *Lee Kuan turns the Srew*, London 1977.
11 *New Nation*, 30. April 1973, S. 9.
12 Vgl. Hans U. Luther, »Ökonomie, Klassen und Staat in Singapur«, unveröffentlichte Dissertation, Bielefeld 1976. Zur Rolle des Staates besonders: S. 296 ff. und S. 332 ff.
13 Iain Buchanan, a.a.O., S. 13.

Büchertisch

Gebrauchswertliteratur zum Thema

1. Allgemeine Literatur

Aus der Frühzeit der Beschäftigung mit Bürgerinitiativen möchte ich zwei Bücher nennen: *Heinz Großmann (Hg.), Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?, Fischer, Frankfurt 1971, DM 3,80.* Im dokumentarischen Teil dieses »Klassikers« ist noch keine Umweltschutzinitiative vertreten. Im analytischen Teil entfaltete Claus Offe seine vielen sicherlich bekannte Kritik der Bürgerinitiativen als »bürgerliche Selbsthilfeorganisationen« und »Frühwarnsysteme« für die Verwaltung. Diese Kritik war für das schwierige Verhältnis der Linken zu den Bürgerinitiativen lange Zeit bestimmend.

Positiv fällt die Einschätzung der Bürgerbewegungen dagegen aus in: *Hans-Eckehard Bahr (Hg.), Politisierung des Alltags – Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens, Luchterhand, Darmstadt/Neuwied 1972, DM 10,80.* In diesem Buch wird versucht, neben der objektiven Veränderung auch die subjektiven Lernerfahrungen der Beteiligten in den Initiativgruppen herauszustellen. Stichwort: Ohnmachtsüberwindung.

Der Band: *Bürger initiativ. Mit Beiträgen von W. H. Batz, Karl Dzuck u. a., Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1974, DM 19,80* bemüht sich nach eigenen Angaben um einen Überblick. Er versammelt vier Dokumentationen, einen interessanten Essay von Sebastian Haffner und eine Offe-Kritik von Kurt Oeser, dem Umweltschutzbeauftragten der Evangelischen Kirche. Ein »Handbuch« ist der Band allerdings nicht.

Auch: *Hanspeter Knirsch / Friedhelm Nickolmann, Die Chance der Bürgerinitiativen. Ein Handbuch, P. Hammer Verlag, Wuppertal 1976, DM 12,–* ist kein Handbuch. Im ersten Teil ihres Buches ist den Autoren allerdings eine »verständliche Einordnung der Bürgerinitiativen in den gesamtgesellschaftlichen politischen Prozeß« gelungen. Der Dokumententeil ist dagegen arg flüchtig zusammengestellt. Die 15 Seiten »Hinweise für Initiatoren und Mitarbeiter von Bürgerinitiativen in praktisch-organisatorischer und rechtlicher Hinsicht« sind wiederum hilfreich. Problematisch ist jedoch die Auskunft, Bürgerinitiativen sollten die politische Entscheidungsfindung lediglich beratend beeinflussen. Sie wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß Hanspeter Knirsch Vorsitzender der Jungdemokraten war.

Eine ähnliche Position vertritt auch *Peter Cornelius Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, rowohlt, Reinbek 1976, DM 7,80.* Der Untertitel »Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem« deutet an, in welche Richtung diese »erste umfassende Analyse der Bürgerinitiativbewegung« zielt. Es ist die Position des liberalen Politologen, der den Parteien-, Verbände- und Verwaltungsstaat durchaus kritisch beurteilt, die Bürgerinitiativen als Form der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen uneingeschränkt begrüßt, direkten aktiven Widerstand von Bürgerinitiativen jedoch als »Sprengung der Repräsentationsidee« ablehnt. Mayer-Taschs Fazit: Bürgerinitiativen tragen zur »Systemstabilisierung« bei, zur »Steigerung der Verfassungseffizienz und damit auch zur Schließung der eingangs aufgezeigten

Plausibilitätslücke« (102). Schadenfroh spricht er »von der enttäuschten Abwendung der äußeren Linken von den Bürgerinitiativen«, weil diese sich nicht zu »einem tauglichen Instrument des Klassenkampfes formen« ließen. (153) Richtig – aber ebensowenig zu einem Instrument der Verwaltung. Mayer-Tasch unterschätzt die Radikalität vieler Bürgerinitiativen; durch großzügigere behördliche Informationspraxis lassen sich die grundsätzlichen Konflikte, an denen Bürgerinitiativen entstehen, nicht aus der Welt schaffen. Trotzdem: Pflichtlektüre sollte dieser Band schon wegen seiner umfassenden Literaturaufbereitung sein.

Das nicht so einfach Integrierbare an den Bürgerinitiativen hat *Reimer Gronemeyer, Integration durch Partizipation? Arbeitsplatz/Wohnbereich Fallstudien, Fischer, Frankfurt 1973, DM 4,80* sehr überzeugend herausgearbeitet. Sein Fazit: »Basisdemokratie ist kein vorindustrieller Romantizismus ... Wo Ohnmacht punktuell durchbrochen wird, setzen neue folgenreiche Machterfahrungen ein. Wem man den kleinen Finger reicht, der will bald die ganze Hand!«

Wie Wissenschaft im Solde von Politik und Verwaltung zur Domestizierung des Unruhepotentials der Bürgerinitiativen sich hergibt, dafür zwei Beispiele:
Barbara Borsdorf-Ruhl, Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet, SVR, Essen 1973. Um den Kommunen im Ruhrgebiet Empfehlungen zur »Bürgerbeteiligung an Planungsaufgaben« machen zu können, wurde vom Siedlungsverband Ruhrkohlen-Bezirk eine empirische Untersuchung durchgeführt. Ergebnis: Frühzeitige Information soll die Arbeit der Verwaltung erleichtern und Schwierigkeiten bei der Planungsrealisierung reduzieren. Ob dadurch auch die Interessen der betroffenen Bürger besser berücksichtigt werden, liegt außerhalb des Fragehorizontes dieses Buches.

Batelle-Institut, Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn 1975. Diese Untersuchung sollte Informationen über die Bürgerinitiativen im Kaiserstuhl sowie im Ballungsraum Ludwigshafen – Mannheim liefern und Handlungsvorschläge zur besseren Durchsetzung von Atomkraftwerken machen. Aufgrund dieser Vorschläge (z. B. Planungsschock vermeiden) wurde vom Forschungsministerium der sog. »Bürgerdialog Kernenergie« gegründet, wie man sieht ohne rechten Erfolg. Bei einem zweiten ähnlichen Projekt wurden die Frankfurter Forscher von den Bauern und Winzern in Wyhl aufgefordert, ihre Arbeit einzustellen.

2. *Initiativen gegen Atomkraftwerke*

Hier ist an erster Stelle der Band zu nennen: *Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten. Inform Verlag, Freiburg 1976, DM 10,80.* Dies ist ein schönes und aufregendes Buch, welches das besondere Kolorit der Volksbewegung am Oberrhein in fast jeder Zeile deutlich werden läßt: ihre Verwurzelung in der Liebe zur Heimat und in der Sorge für die zukünftigen Generationen. Der Band ist eine Chronik eigener Art: nicht in geschlossener verobjektivierter Darstellung, sondern als durchaus subjektiver Bericht der Betroffenen von ihren Erfahrungen und Erlebnissen wird die Geschichte des Widerstands geschrieben. »Meinungen überkreuzen sich darin und die Palette der Beiträge entfaltet sich beim Lesen als Uneinheitlichkeit. Also ein Buch, das den Pluralismus einer Bewegung repräsentiert: deren Stärke und Schwächen«. Auf die straffende Hand eines Redaktors, der aus den verschiedenen Beiträgen »ein Manifest progressiver Einheit« gemacht hätte, »das nur unseren Wünschen entspricht«, war bewußt verzichtet worden.

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht. Und wie man sich dabei verändert, Wagenbach, Berlin-West 1976, DM 9,50. Der lange Titel gibt erschöpfend darüber Auskunft, worum es geht. Diese von Nina Gladitz zusammengestellten Gespräche mit Bauern und Winzern am Kaiserstuhl sind ebenso wie ihr gleichnamiger Film ein Dokument des Volkszorns, der sich gegen die »Stuttgarter Herre« richtet. Erstaunlich ist die Radikalität der Kapitalismus- und Technokratiekritik: hier äußern sich Menschen, die in ihrem Widerstand gegen den Nuklearfaschismus (der Vergleich mit Hitler fällt einige Male) bereit sind, bis zum äußersten zu gehen. Falsch wäre es jedoch, die gesamte Bewegung am Oberrhein mit diesen Äußerungen zu identifizieren. Deswegen ist die Polemik der Herausgeberin gegen Verhandlungen und Gerichtsurteile im Nachwort auch unangebracht.

Verglichen mit diesen beiden Büchern ist *Hans-Helmuth Wüstenhagen, Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?, rowohlt, Reinbek 1975, DM 3,80,* nur für diejenigen zu empfehlen, die wenig Geld und wenig Zeit zum Lesen haben. Wüstenhagen, 5 Jahre lang Vorsitzender des BBU, war in Wyhl zeitweilig dabei, hat aber die Chronik mehr als Außenstehender geschrieben. Die Informationen sind zuverlässig; die abgedruckten Dokumente können jedoch die Anschaulichkeit, die dem Band insgesamt fehlt, nicht ersetzen.

Der von der *Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe* zusammengestellte Band: *Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden, Verlag Association, Hamburg 1977, DM 11,–* ist eine Dokumentation des Widerstandes gegen das geplante AKW Brokdorf. Obwohl wie das Wyhl-Buch von am Ort aktiven Atomkraftgegnern verfaßt, ist es von diesem himmelweit unterschieden. Hier erzählen nicht Einzelne von ihren Lernprozessen und Erfahrungen, sondern die Entwicklung einer Bewegung (von der Verhandlungsphase bis zum praktischen Widerstand) wird sozusagen von höherer Warte aus und eher nüchtern-statistisch rekonstruiert. Der strategische Aspekt: »den Kampf gegen Atomanlagen in Zukunft erfolgreicher zu führen«. Die Warnung, hinter schon erreichte Protestformen nicht zurückzufallen und das nur beiläufige Eingehen auf den großen Konflikt innerhalb der Bürgerinitiativen über die Demonstration am 19. Februar in Brokdorf verraten, daß hier um jeden Preis eine Einheitlichkeit einer Bewegung zur Schau gestellt werden soll, die es in der Realität nicht gibt.

Till Gast und Winfried Wolf, Wir spielen nicht mit im Atomverein, JSP-Verlag, Frankfurt 1977, DM 7,50, beschäftigen sich am Beispiel Brokdorf kritisch mit der Rolle der radikalen Linken, K-Gruppen wie Unorganisierte: Abgrenzungswahn und Aktionismus werden als der Bewegung schadende Entwicklungen verurteilt. Sie warnen vor einer Überschätzung des Standes und der Bedeutung der uneinheitlich zusammengesetzten ökologischen Massenbewegung: erst die Einbeziehung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen würde sie zu einer gesellschaftsverändernden Kraft machen. Hinweise darauf, wie das geschehen könne, gibt der Band allerdings nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Volksbewegung gegen Truppenübungsplätze in Frankreich erwähnen, die mit dem Kampf der Bauern im Larzac begonnen hat und noch immer von diesem mutmachenden Beispiel des Widerstands gegen Staat und Armee bestimmt wird. Die Entwicklung bis 1974 dokumentiert *G. Wittenberg in: »Ästhetik und Kommunikation«,* H. 17, 1974.

Autorengruppe des Projektes SAIU an der Universität Bremen, Zum richtigen Verständnis der Kernenergie. 66 Erwiderungen, Oberbaum-Verlag, Berlin-West 1975, DM 7,20. Dieser Band gehört inzwischen zur Grundausstattung jedes Atomkraftgegners. Die Bremer Naturwissen-

schaftler nehmen die Propagandaschrift der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) und der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NKW) Punkt für Punkt auseinander: 66 Fragen: 66 Antworten zum besseren Verständnis der Kernenergie, und widerlegen so die Standardlüge der Kernindustrie, Atomenergie sei »billig, sauber und sicher«. Ein gelungenes Beispiel für Wissenschaft im Dienste des Menschen.

Wer eine zusammenhängende Darstellung des notwendigen kritischen Wissens in Sachen Atomenergie sucht, sei auf die *KKW-Fibel für Bürgerinitiativen, hg. v. Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz, Darmstadt, VSA, Berlin-West 1977, DM 12,–* verwiesen. Die Fibel wurde von denen geschrieben, die diese Informationen in ihrem Kampf gegen die Errichtung eines weiteren Reaktorblocks in Biblis selbst benutzen. Praktische Empfehlungen (wie gründet man eine Bürgerinitiative? etc.) bilden das Schlußkapitel der Fibel, deren Didaktik allerdings einige Wünsche offenläßt.

Ähnlich gründlich informiert über Technik der Atomenergie, biologische Schäden durch Radioaktivität etc. ein *Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner. Ein Leitfaden für den Widerstand von der Ökologiegruppe Frankfurt, Trikont Verlag, München 1977, DM 10,–.* Besonders aufschlußreich und lesenswert ein Kapitel über Durchsetzungsstrategien von Staat und Industrie, in dem die Autoren den Zynismus offizieller Risiko- und Nutzenanalysen, sprich die Verniedlichung der mit der Atomenergie gegebenen Gefahren schonungslos aufdekken. Erhellender als lange Strategieanalysen ein Brief von Walter aus Wyhl an die Stadtindianer zu den Fragen: Gewalt, K-Gruppen, Interventionismus. Ein Zitat: »Wir wollen nicht aussehen wie die Polizei, mit Helm, Schild und Knüppel. Das heißt nicht, daß wir wie die Lämmer davon schleichen, das habt ihr ja in den letzten Jahren gesehen. Aber: wir wollen keine Schlachten verlieren, sondern Menschen gewinnen.«

Hans-Christoph Buchholtz, Lutz Mez u. a., Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftgegner und solche, die es werden wollen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, DM 9,80. Dieser aus dem Berliner Projektverband der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung hervorgegangene Band wirkt in Anlage und Stil wissenschaftlicher als die zuvor genannten Handbücher (was nicht unbedingt ein Vorteil ist). Er konzentriert sich (bis auf einen Artikel über den atomindustriellen Komplex in der BRD) auf Einzelprobleme des Kampfes gegen Atom-Kraftwerke am Beispiel von Wyhl: Die Rolle der Massenmedien, die Volkshochschule Wyhler Wald, die Motive der Atomkraftgegner. Ein Kapitel über Perspektiven des Widerstands bleibt verhältnismäßig blaß. Hilfreich hingegen: Chronologie der Bewegung, Verzeichnis der maßgeblichen Initiativen, Katalog der Widerstandsmethoden, Juristischer Ratgeber.

Ein weiterer Klassiker ist *H. Strohms, Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Kernkraftwerke, Association, Hamburg 1976, 3. Aufl., DM 16,–.* Das erste Buch, das gegen die herrschende Lehre von der Ungefährlichkeit der Kernenergieanwendung in der BRD geschrieben wurde und umfassend die atomenergiekritischen Forschungsresultate aus den USA referiert. Gewidmet ist das Buch den Bürgerinitiativen, die gegen AKW kämpfen. Diese Widmung macht ein Dilemma deutlich:
Für die Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen ist es besonders wichtig, *wie* die kritischen Argumente vorgeführt werden. Es fehlen meines Wissens Vorlagen für Standardvorträge zu den Gefahren der Atomenergie, die in öffentlichen Versammlungen einsetzbar wären. Diese Funktion erfüllen auf anspruchsvolle Weise zwei glänzende Essays, die mit bohrender Schärfe die Schwachstellen der Sicherheitskonzeption von Atomkernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen bloßlegen. Der eine: *Jürgen Dahl, Auf Gedeih und Verderb. Kommt Zeit kommt*

Unrat. Zur Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung, Langewiesche-Brandt, Ebenhausen 1977, DM 4,80. »Entsorgung. Was die Sprache verbergen sollte, haben die Worterfinder selber erst aufgedeckt. Auch die perfekteste Müllagerung vermag die Bürger nicht zu ›entsorgen‹«. Daß es bislang kein überzeugendes technisches Konzept für die atomare Wiederaufbereitungsanlage gibt, zeigt der andere Essay, eine detaillierte Analyse der *Arbeitsgruppe »Wiederaufarbeitung« an der Universität Bremen, Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum, rowohlt, Reinbek 1977, DM 5,80.* Das Buch erschien, kurz bevor Gorleben als Standort von der niedersächsischen Landesregierung benannt wurde, eine Entscheidung, die sogleich eine starke Protestbewegung am Ort hervorrief.

Die beiden aktuellsten Probleme der Debatte behandelt der von H. Strohm herausgegebene Band *Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitungsanlagen, Association, Hamburg 1977, DM 10,–.* Dieser Band erscheint in der Reihe Politische Ökologie, in der H. Strohm bereits mehrere Dokumentationen zur Gefährdung durch Atomkraftwerke herausgegeben hat.

In dem bei Rowohlt erscheinenden Magazin *Technologie und Politik 7, April 1977, DM 7,80,* das Verschiedenes zu Brokdorf und zur Atomenergie zusammenstellt, scheint mir am wichtigsten die Untersuchung von Lutz Mez über die Atomindustrie in Westeuropa. Absicht des Verfassers ist es, »eine allgemeinverständliche Analyse« vorzulegen, »die zum Weiterstudium und zur konkreten Anwendung anregen soll«. Allerdings fällt es schwer, angesichts der Milliardeninvestitionen und der internationalen Verflechtung der Atomindustrie (als Schlüsselindustrie des Spätkapitalismus) sich noch hoffnungsvolle Widerstandsperspektiven zu bewahren, zumal wenn die Gewerkschaften nicht mitmachen.

Warum die Gewerkschaften der Anti-AKW-Bewegung distanziert gegenüberstehen, dieser Frage geht der Band *L. Mez / M. Wilke (Hg.), Der Atomfilz. Gewerkschaften und Atomkraft, Olle & Wolter, Berlin-West 1977, DM 12,80* nach.
Bekanntlich hat Heinz Brandt auf der Itzehoer Demonstration scharf die Atomfilze in den Gewerkschaften angeklagt, was nervöse Reaktionen in der IG Metall bis hin zur Einleitung eines Ausschlußverfahrens zur Folge hatte. Der Band dokumentiert nicht nur den Fall Brandt, er versucht vor allem, das innergewerkschaftliche Strukturproblem des »Filzes« und die gewerkschaftliche Atompolitik zu analysieren. Er ist ein Appell an die Gewerkschaften, sich nicht wegen der angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze zum Wegbereiter des Atomstaates machen zu lassen.

Hilfreich für die Diskussion der oft gestellten Frage, wie denn eine Energiepolitik ohne Ausbau der Atomenergie aussehen könnte, ist das Gutachten, das von der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg (dort zu beziehen) vorgelegt wurde. *Alternative Möglichkeiten der Energiepolitik. Ein Gutachten, Heidelberg 1977.* Darin wird nachgewiesen, daß bei rationellerer Energienutzung, verringertem Energiewachstum, intensiverer Erforschung und Nutzung regenerierbarer Energiequellen auch ohne Kernenergie im Jahre 1990 oder 2000 nicht die Lichter ausgehen müssen.

Weniger beachtet als der Widerstand gegen Atom- und Kohlekraftwerke wird der Protest gegen Truppenübungs- und Bombenabwurfplätze. Dabei gab es schon 2 Jahre vor Wyhl und 4 Jahre vor Brokdorf in Nordhorn die Besetzung eines Bombenabwurfplatzes durch die Bevölkerung, die in einem der größten Polizeieinsätze Niedersachsens nur mit massiver Gewalt wieder vertrieben werden konnte. Der Bericht von *Sabine Eckstein, Nordhorn-Range. Bürgerinitiative zwischen Anpassung und Widerstand. Der Kampf gegen den NATO-Bomben-*

abwurfplatz, Verlag Roter Stern, Frankfurt 1974, DM 7,– ist engagiert geschrieben und bemüht sich um eine differenzierte Auseinandersetzung mit der ambivalenten Rolle der Bürgerinitiativen am Ort.

3. Bürgerinitiativen gegen Stadtteilzerstörung

»Leute mit kleinen Kindern sollten an den Stadtrand ziehen, bis sie ungefähr 55 Jahre alt sind. Dann sollen sie wieder in die City zurückkehren, damit die Häuser wieder für Familien mit Kindern frei werden. Die Bevölkerung muß mobil sein. Die Leute dürfen nicht am Stadtteil hängen.«
Rolf Dantscher, Bürgerinitiativen. Modell Maxvorstadt München, Burckhardthaus Verlag Gelnhausen 1974, DM 24,–. Stellvertretend für andere Berichte über Bürgerinitiativen, die sich gegen menschenfeindliche Stadterneuerung zur Wehr setzen, nenne ich diese Dokumentation und Analyse der Aktion Maxvorstadt in München. Nicht zuletzt deswegen, weil der Band sehr gut gemacht ist: mit vielen Fotos, Grafiken, Tabellen, Karikaturen: Anregung und Praxisanleitung für ähnliche Gruppen.

Bürgerinitiativen im Stadtteil sind eine in Frage Stellung der herkömmlichen Gemeinwesenarbeit, die bislang als Anpassungs- und Integrationshilfe Öl ins Getriebe des wohlfahrtsstaatlichen Alltags goß. Die Selbstorganisation von Bürgern zur Beseitigung der Mißstände in ihrem Gemeinwesen hat zu einem neuen Konzept der konfliktorientierten bzw. aktivierenden Gemeinwesenarbeit und damit auch zu einer neuen Rollenbeschreibung für Sozialarbeiter geführt. *Brigitte Höbel / Ulrich Seibert, Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit, Juventa, München 1973, DM 12,80* vertreten die Auffassung, daß »Gemeinwesenarbeit nur als Dienstleistung für Bürgerinitiativen eine Berechtigung hat«. Das Buch ist leider nicht sehr anregend geschrieben.

Theoretische Begründungen der neuen Gemeinwesenarbeit mit Praxisberichten aus Oberhausen, Essen, Osnabrück und Berlin verbindet der Band *H.-E. Bahr / R. Gronemeyer (Hg.), Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Niederlagen und Modelle, Luchterhand, Neuwied/ Darmstadt 1974, DM 14,80.*

Albrecht Sigbert Seippel, Handbuch Aktivierende Gemeinwesenarbeit Bd. I: Bedingungen. Konzepte. Strategien. Methoden; Bd. II, Stadtteilarbeit im Ruhrgebiet. Zwei Fallstudien, Burckhardthaus-Verlag, Gelnhausen 1976, DM 9, 30/23,–. Von den »Methoden aktivierender Gemeinwesenarbeit«, wie Seippel sie im 4. Teil seines umfassend angelegten Handbuches vorstellt, können auch in Bürgerinitiativen Tätige viel lernen: z. B. Methoden zur Selbstanalyse der eigenen Gruppenprozesse, die ja dem Aktionsziel nicht selten entgegenstehen. Besonders hilfreich: die Fragebogen-Muster für eine Aktionsuntersuchung.

Außerordentlich hilfreich für Bürgerinitiativen, die sich gegen die Stadtzerstörung durch Sanierung und Verkehr wehren, ist der Band von *R. Günter / R. Hasse, Handbuch für Bürgerinitiativen. Argumente, Berichte, Erfahrungen, VSA, Berlin-West 1976, DM 12,–.* Die beiden Autoren, seit 10 Jahren als Berater und Geburtshelfer von Bürgerinitiativen landauf, landab tätig, haben ihre Erfahrungen und ihr Wissen in übersichtlicher Form so zusammengestellt, daß die Betroffenen sich damit wirksam gegen Politiker und Verwaltung zur Wehr setzen können. »Wie kann man in Versammlungen gegen Stadtzerstörung argumentieren?«, »Wie verschaffen wir uns Planungswissen?«, »Wie durchleuchten wir Gutachten?« sind nur drei von vielen Ratschlägen, die für die antikapitalistische Tagespolitik in den Städten

unentbehrlich sind. Gleichzeitig kommt die Analyse der Ursachen und Wirkungen der Sanierungspolitik der Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen nicht zu kurz.

Der Initiative von R. Günter ist es entscheidend zu danken, daß die älteste deutsche Arbeitersiedlung, Eisenheim in Oberhausen, nicht wegsaniert wurde. Den Kampf gegen diese spezifische Form der Zerstörung lebendiger Stadtteile dokumentiert der Band *J. Boström / R. Günter (Hg.), Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet. Berichte über Selbstorganisation im Ruhrgebiet, VSA, Berlin-West 1976, DM 14,–*. Auffallendes Merkmal des Widerstands der Bewohner von Arbeitersiedlungen ist die regionale Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen.
Der Band hat allerdings die fragwürdige Tendenz, Initiativen, nur weil es *Arbeiter*initiativen sind, besonders zu idealisieren.

4. Initiativen im Bereich Erziehung/Bildung

Exemplarisch drei Titel: Eine der wenigen linken Bürgerinitiativen im Sinne sozialer Selbsthilfe ist die Kinderladenarbeit, die aus der antiautoritären Studentenbewegung hervorgegangen ist. Als Kritik an autoritärer Erziehung und Spielfeindlichkeit in Kleinfamilie und öffentlichen Kindergärten wollten die Kinderläden nicht nur eine neue Pädagogik inaugurieren, sondern zielten auf Veränderung der Verhältnisse und neue Lebensformen. In dem von ihm herausgegebenen Band: *Was kommt nach den Kinderläden? Ergebnisprotokolle, Wagenbach, Berlin-West 1977, DM 11,50,* beschreibt L. v. Werder die Entwicklung der Kinderlädenarbeit im Zusammenhang der Veränderungen der linken Bewegung und der Gesellschaft in der Bundesrepublik. Sechs Berichte über verschiedene Projekte in Hamburg, Berlin und Gießen vermitteln einen guten Einblick in den gegenwärtigen Stand der Arbeit. Ein Ergebnis: die Einbeziehung von Arbeiterfamilien in die Eltern–Kind-Gruppen scheint gescheitert.

S. Doormann (Hg.), Verändert die Schule jetzt. Elterninitiativen gegen Schulnotstand, Beltz, Weinheim 1976, DM 20,–. Dieser Band bringt die erste zusammenfassende Darstellung der schulpolitischen Bürgerinitiativen-Arbeit in der Bundesrepublik seit 1970. Da Schulmisere und Schulstreß trotz Bildungsreform eher größer geworden sind, ist die Darstellung von großer Aktualität und enthält Argumente gegen den gegenwärtigen roll-back im Bildungswesen.

Johannes Niermann, Der Kinderspielplatz. Ein Handbuch zur Planung, Gestaltung und Betreuung von Spielplätzen für Kinder. Du Mont-Verlag, Köln 1976, DM 28,–. Obwohl Spielplatzbürgerinitiativen große Erfolgschancen haben, weil sie der Verwaltung lästige Aufgaben abnehmen, steht es um die Kinderspielplätze in der BRD immer noch miserabel. Dieses Buch ist eine Fundgrube für diejenigen, die in diesem Bereich aktiv werden wollen.

Zusammengestellt und kommentiert von Hans Jürgen Benedict

Walter Moßmann, geb. 1941, lebt als freier Journalist in Bremen. Seine neueste Schallplatte heißt »Neue Flugblattlieder«. In *Kursbuch 39* hat er über Wyhl geschrieben.

Helmut Gollwitzer, geb. 1908, lebt in Berlin. Von ihm erschienen u. a. *Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube* und *Kapitalistische Revolution.*

Martin Henkel, geb. 1943, studierte Theologie und Sozialwissenschaften, war 4 Jahre in der Jugendarbeit tätig und ist z. Z. Wiss. Assistent an der Ruhr-Universität Bochum.

Rolf Taubert, geb. 1947, studierte Sozialwissenschaften, promovierte 1976 mit einer historischen Untersuchung über die »Arbeiterpresse 1848/49«. Zur Zeit arbeitet er am Zeitungsforschungsinstitut in Dortmund.

Hermann Pfütze, geb. 1941, studierte Soziologie, Philosophie und Religionswissenschaften. Seit 1972 lehrt er an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin.

Marianne Gronemeyer, geb. 1941, war 8 Jahre Lehrerin und arbeitet heute in der Friedens- und Partizipationsforschung. Ihre Dissertation *Motivation und politisches Handeln* ist 1976 als Buch erschienen.

Lutz Mez, geb. 1944, lernte Industriekaufmann, studierte Politologie und promovierte mit einer Arbeit über »Ziviler Widerstand in Norwegen«.

Eckart Hohmann, geb. 1946, hat Rechtswissenschaften, Politik und Philosophie studiert und ist heute Rechtsanwalt in Eppenhain bei Frankfurt.

Karl-Heinz Ladeur, geb. 1943, ist Assistenzprofessor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen. Veröffentlichungen zusammen mit Helmut Ridder.

Robert Jungk, geb. 1913, lebt in Salzburg. Sein neustes Buch *Der Atomstaat* ist soeben erschienen.

Peter Below, geb. 1938, studierte Deutsch und Geschichte, ist Lehrer und z. Z. pädagogischer Leiter der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt.

Herbert Stubenrauch, geb. 1938, studierte Pädagogik und Psychologie und war bis Anfang 1977 pädagogischer Leiter der Ernst-Reuter-Schule I in Ffm. Er ist Mitarbeiter des Sozialistischen Büros und der Redaktion von *päd-extra.*

Hans Ulrich Luther, geb. 1940, studierte Soziologie und Ökonomie der Entwicklungsländer. Er lebte 5 Jahre in Südostasien und arbeitet z. Z. an der Universität Bielefeld.

Kursbuch 51 Leben gegen Gewalt März 1978

Viele Leser erwarten vom Kursbuch eine Stellungnahme in der heutigen schlimmen Situation. Aber »das Kursbuch« kann nicht Stellung nehmen, es ist immer nur so klug wie die (stets wechselnden) Autoren, die darin schreiben. Deshalb erscheint es uns auch nicht richtig, heute so zu tun, als spreche aus dem Kursbuch eine Art Gruppenmeinung; wir wenden uns vielmehr betont an Einzelne, Betroffene, damit sie die in der Linken allzulange unterdrückte oder an irgendwelche Autoritäten oder Objektivitäten delegierte Frage nach dem Grund und Ziel ihrer Haltung beantworten: aus den eigenen, (lebens)geschichtlichen Erfahrungen heraus. *Warum* ist heute der und jener »links« oder »radikal« oder einfach »kritisch«? Wo liegt der *Sinn* seiner Unruhe, seiner Entscheidung für ein »Leben gegen Gewalt«?

Kursbuch 52 Utopien – Lust an der Zukunft Juni 1978

Albrecht, Ulrich: Was sagt die NATO? *Kursbuch 46*, 1975; S. 182
Alexander, Bernd: Morgens um sechs ist die Welt nicht in Ordnung. Vom kleinen Angestellten zum aufgeweckten Kleinbürger *Kursbuch 45*, 1976; S. 80
Alliata, Vittoria: Eine Bourgeoisie in Zement *Kursbuch 42*, 1975; S. 183
Amanda/Helene/Maria/Pia/Ulla: Schwester wohin geht die Reise? Skizzen eines wundersamen Aufenthalts *Kursbuch 47*, 1977; S. 185
Andreas/Micki/Thomas/Ute: Was lange gärt, wird endlich Wut! *Kursbuch 48*, 1977; S. 119
Arndt, Jürgen: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Arbeitsorganisation in der DDR *Kursbuch 43*, 1976; S. 159
Aumeier, Kurt: Im Großraumbüro *Kursbuch 43*, 1976; S. 52

Bahr, Hans-Dieter: Das unheimliche Heim oder die schaurige Geborgenheit bürgerlichen Wohnens *Kursbuch 42*, 1975; S. 45
Baier, Lisa: Angstlust *Kursbuch 49*, 1977; S. 49
Below, Peter / Stubenrauch Herbert: Mit Geld und Macht gegen die Zukunft. Anatomie einer Bürgerinitiative der Rechten *Kursbuch 50*, 1977; S. 149
Benedict, Hans Jürgen: Bürger, Linke und Gewalt. Ein subjektives Plädoyer für einen radikalen Pazifismus der Bürgerinitiativen *Kursbuch 48*, 1977; S. 137
Benedict, Hans Jürgen: Büchertisch. Gebrauchswertliteratur zum Thema Bürgerinitiativen *Kursbuch 50*, 1977; S. 179
Birkwald, Reimar: Über die gewerkschaftlichen Ideen zur Humanisierung. Ein Gespräch mit dem Tarifexperten der IG Metall *Kursbuch 43*, 1976; S. 59
Bouguereau, Jean Marcel: Die Krise des Mythos. Anmerkungen zur Neuen Linken in Frankreich und Italien *Kursbuch 48*, 1977; S. 1
Bourdieu, Pierre / Delsaut, Yvette: Die neuen Kleider der Bourgeoisie *Kursbuch 42*, 1975; S. 172

Darmstadt, Christine: siehe Petermann, A., *Kursbuch 47*, 1977; S. 57
Debray, Régis: Frankreich ist nicht Chile. Ein Gespräch mit Arno Münster *Kursbuch* 46, 1976; S. 77
Delsaut, Yvette: siehe Bourdieu, P. *Kursbuch 42*, 1975; S. 172
Dienstag, Matthis: Gier und Ekel. Notate auf dem Rand einer Speisekarte *Kursbuch 49*, 1977; S. 91
Dombois, Rainer / Schumann, Michael: Mindestnormen als Humanisierung. Überlegungen zu einem Konzept gewerkschaftlicher Arbeitsgestaltungspolitik *Kursbuch 43*, 1976; S. 82
Dorn, Anne: Außenansicht *Kursbuch 42*, 1975; S. 67
Dossier: Unsere Bourgeoisie – Beschreibung einer Lücke. Materialien zur Naturgeschichte und zum Sozialcharakter der in Deutschland herrschenden Klasse *Kursbuch 42*, 1975; S. 19, bzw. 115
Duden, Barbara: Das schöne Eigentum. Zur Herausbildung des bürgerlichen Frauenbildes an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert *Kursbuch 47*, 1977; S. 125

Engelhardt, Knut: Die Logik der Kriminalisierung. Bemerkungen zur Dialektik von Konformität und Kriminalität *Kursbuch 44*, 1976; S. 86
Engelmann, Bernt: Eure Elite *Kursbuch 42*, 1975; S. 133
Enzensberger, Hans Magnus: Von der Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgertums. Eine soziologische Grille *Kursbuch 45*, 1976; S. 1

Faber, Richard: Subversive Ästhetik. Zur Rekonstruktion kritischer Kultur-Theorie *Kursbuch 49*, 1977; S. 159
v. Friedeburg, Ellen: Bürgerliche Attrappen *Kursbuch 42*, 1975; S. 5

Gabel, Wolfgang: Der Boß *Kursbuch 44*, 1976; S. 149
Gerhardts, Christiane / Rauch, M. / Schirmbeck, S.: Portugal: Sozialistische Verfassung und soziale Realität *Kursbuch 46*, 1976; S. 131
Gerhards, Ernst: Bourgeoisie in Frankreich *Kursbuch 42*, 1975; S. 155
Gerhardt, Marlis: Wohin geht Nora? Auf der Suche nach der verlorenen Frau *Kursbuch 47*, 1977; S. 77
Gollwitzer, Helmut: Citoyen oder Bourgeois. Über neue Abenteuer des bürgerlichen Bewußtseins *Kursbuch 50*, 1977; S. 23
Gronemeyer, Marianne: Aufgewacht aus dem Tiefschlaf. Von der Unzufriedenheit zum Protest *Kursbuch 50*, 1977; S. 81

Haasis, Hellmut G.: Fiat – Legende und Wirklichkeit. Humanisierung als technisches Instrument gegen die Arbeiterkämpfe *Kursbuch 43*, 1976; S. 102
Häußler, Hans: siehe Kurt der Eierdieb *Kursbuch 44*, 1976; S. 38
Hartung, Klaus: Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen *Kursbuch 48*, 1977; S. 14
Haupt, Heinz-Gerhard: Die »schwankende Klasse«. Zur Bedeutung des Kleinbürgertums für die Arbeiterbewegung am Beispiel der Pariser Commune *Kursbuch 45*, 1976; S. 171
Havemann, Robert: Volksfront im Westen – Sozialismus im Osten: ein Widerspruch? *Kursbuch 46*, 1976; S. 169
Henkel, Martin / Taubert, Rolf: Was läuft? Minima historica aus der politischen Werkstatt unserer Vorfahren *Kursbuch 50*, 1977; S. 35
Héron, André: Der Taylorismus. Grundsätze, Methoden, Doktrin *Kursbuch 43*, 1976; S. 1
Herzog, Marianne: Als Akkordarbeiterin in der Metallindustrie. Im Sommer 1975 mitten in der Krise *Kursbuch 43*, 1976; S. 29
Herzog, Werner: Spanien: Der Faschismus, die »Demokratische Opposition« und die revolutionäre Linke *Kursbuch 46*, 1976; S. 107
Heuer, Andreas: Zock in Deutschland *Kursbuch 44*, 1976; S. 53
Hickel, Rudolf: Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse *Kursbuch 42*, 1975; S. 141
Hofmann, Claudio: Abgrenzungsübungen eines Aufsteigers *Kursbuch 42*, 1975; S. 71
Hofmann, Claudio: Die Lust am Haben und die Angst vor den Dingen *Kursbuch 49*, 1977; S. 79
Hohmann, Eckart: Bürger-Recht. Verfassungstheoretische Notizen zur Legalität von Bürgerinitiativen *Kursbuch 50*, 1977; S. 113
Homo-Strich. Zwei Interviews von Jochen Schickedanz *Kursbuch 44*, 1976; S. 64
Hoyer, Helmut / Knuth, Matthias: Die teilautonome Gruppe. Strategie des Kapitals oder Chance für die Arbeiter? *Kursbuch 43*, 1976; S. 118

Jaeggi, Urs: Zwischen den Mühlsteinen. Der Kleinbürger oder die Angst vor der Geschichte *Kursbuch 45*, 1976; S. 151
Jović, Anja: Die »alte« Welt, die »neue« Welt *Kursbuch 45*, 1976; S. 92
Jungk, Robert: Aus den Katakomben des Atomstaats. Ein Brief an die Nachgeborenen, sofern es sie noch gibt *Kursbuch 50*, 1977; S. 139

Kalka, Joachim: »Irgendwo begannen mächtige Maschinen zu dröhnen . . .« Arbeit als abstrakte Exotik in der science fiction *Kursbuch 43*, 1976; S. 89

Kallscheuer, Otto: Völker und Fronten. Modelle für die Zukunft Europas *Kursbuch 46*, 1976; S. 33
Kallscheuer, Otto: Das »System des Marxismus« ist ein Phantom. Argumente für den theoretischen Pluralismus der Linken *Kursbuch 48*, 1977; S. 59
Karpenstein, Christa: »Bald führt der Blick das Wort ein, bald leitet das Wort den Blick«. Sehen, Sprechen und der sprachlose Körper *Kursbuch 49*, 1977; S. 59
Kleines Glossar *Kursbuch 43*, 1976; S. 27
Klöckner, Beate: Unter lauter Männern *Kursbuch 47*, 1977; S. 27
Kluge, Alexander / Reiz, Edgar: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod *Kursbuch 41*, 1975; S. 41
Knuth, Matthias: siehe Hoyer, H. *Kursbuch 43*, 1976; S. 118
Krippendorff, Ekkehart: Italien: der Historische Kompromiß *Kursbuch 46*, 1976; S. 55
Krovoza, Alfred / Oestmann, Axel R.: Kleinbürger in Deutschland. Soziale und politische Konturen einer »verhinderten Klasse« *Kursbuch 45*, 1976; S. 28
Kuby, Thomas / Marzahn, Christian: Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen *Kursbuch 48*, 1977; S. 153
Kurt der Eierdieb. Protokoll Hans Häußler *Kursbuch 44*, 1976; S. 38

Ladeur, Karl-Heinz: Bürgerinitiativen – Vierte Gewalt? Eine verfassungspolitische Skizze *Kursbuch 50*, 1977; S. 122
Laermann, Klaus: Alltags-Zeit. Bemerkungen über die unauffälligste Form sozialen Zwangs *Kursbuch 41*, 1975; S. 87
Laermann, Klaus: siehe Schneider, G. *Kursbuch 49*, 1977; S. 36
Liebreich, Jenny: Ein bißchen über dem Strich *Kursbuch 44*, 1976; S. 76
Luther, Hans Ulrich: Zum Beispiel Singapur. Bürgerinitiativen als Ordnungsagenten *Kursbuch 50*, 1977; S. 167
Lutz/Klaus/Volker/Monika: Wir da unten, die da oben. Berichte aus der Frankfurter Unterwelt *Kursbuch 44*, 1976; S. 1

Mahler, Horst: Ausbruch aus einem Mißverständnis *Kursbuch 48*, 1977; S. 77
Maire, Edmond: Frankreich: dem »Gemeinsamen Programm« Beine machen. Ein Gespräch Ernst Gerhards mit dem Generalsekretär der CFDT *Kursbuch 46*, 1976; S. 90
Mathes, Werner, Unterwelt en miniature *Kursbuch 44*, 1976; S. 27
Mendner, Jürgen H.: »Humanisierung« oder Automatisierung? Zur Zukunft der kapitalistischen Arbeit *Kursbuch 43*, 1976; S. 135
Mez, Lutz: Bürgerprotest und Theorie. Thesen über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Bewegung *Kursbuch 50*, 1977; S. 101
Michel, Karl Markus: Unser Alltag: Nachruf zu Lebzeiten *Kursbuch 41*, 1975; S. 1
Michel, Karl Markus: Wir Überbauarbeiter. Ein Brief über mich und Meinesgleichen *Kursbuch 45*, 1976; S. 9
Michel, Karl Markus: Schön sinnlich. Über den Teufel und Seinesgleichen, das Fummeln, Schnüffeln und anderen Kitzel *Kursbuch 49*, 1977; S. 1
Moeller-Gambaroff, Marina: Emanzipation macht Angst *Kursbuch 47*, 1977; S. 1
Molsner, Michael: Von uns aus gesehen *Kursbuch 45*, 1976; S. 49
Morgen, Meta: Die Lust am Bösen *Kursbuch 49*, 1977; S. 113
Morgenthaler, Fritz: Verkehrsformen der Perversion und die Perversion der Verkehrsformen. Ein Blick über den Zaun der Psychoanalyse *Kursbuch 49*, 1977; S. 135
Moßmann, Walter: Der lange Marsch von Wyhl nach Anderswo *Kursbuch 50*, 1977; S. 1

Nachrichten aus einer völlig anderen Welt *Kursbuch 41*, 1975; S. 163

Negt, Oskar: Interesse gegen Partei. Über Identitätsprobleme der deutschen Linken. Ein Gespräch mit Harald Wieser *Kursbuch 48*, 1977; S. 175

Oestmann, Axel R.: siehe Krovoza, A. *Kursbuch 45*, 1976; S. 28

Parin, Paul. Zuschauen bei der Arbeit in der Volksrepublik China *Kursbuch 43*, 1976; S. 170
Parin, Paul: Die hoffnungsvolle Kindheit und das gefährliche Leben des Kleinbürgers. Eine ethnologisch-psychoanalytische Betrachtung *Kursbuch 45*, 1976; S. 120
Paris, Rainer: Befreiung vom Alltag? *Kursbuch 41*, 1975; S. 107
Petermann, Anna / Darmstadt, Christine: Frauen in Kneipen *Kursbuch 47*, 1977; S. 57
Pfütze, Hermann: Zur Topografie des Protests. Historische Bilder und aktuelle Reflexionen *Kursbuch 50*, 1977; S. 57

Rauch, Malte: siehe Gerhards, Ch. u. a. *Kursbuch 46*, 1976; S. 131
Reitz, Edgar: siehe Kluge, A. *Kursbuch 41*, 1975; S. 41
Reschke, Karin: Anschaffen und Aufräumen . . . *Kursbuch 41*, 1975; S. 150
Reschke, Karin: Liebe macht blind *Kursbuch 45*, 1976; S. 61
Reschke, Karin: Frauenfest *Kursbuch 47*, 1977; S. 71
Reschke, Karin: Power Frauen! Eine Ansprache *Kursbuch 47*, 1977; S. 175
de Ridder, Martina: »Dat is ja wat wert, dat Mädchen«. Ökonomie und Interaktion in einem Nachtlokal *Kursbuch 47*, 1977; S. 45

Sahlberg, Oskar: Kleinbürger, Jahrgang 1933, von innen *Kursbuch 45*, 1976; S. 109
Savier, Monika / Wildt, Carola: Rockerbräute, Treberinnen und Schulmädchen – zwischen Anpassung und Gegenwehr. Ein Beitrag über die Diskriminierung von Mädchen *Kursbuch 47*, 1977; S. 161
Scharf, Alfons: Unsere B. *Kursbuch 42*, 1975; S. 1
Schickedanz, Jochen: siehe Homo-Strich *Kursbuch 44*, 1976; S. 64
Schirmbeck, Samuel: siehe Gerhards, Chr. u. a. *Kursbuch 46*, 1976; S. 131
Schmied, Dietmar: Die Anstrengung *Kursbuch 42*, 1975; S. 83
Schmiederer, Ursula: Skandinavien: die Volksfront auf der Regierungsbank? Die Sozialdemokratie und die Linke in Schweden, Norwegen und Dänemark *Kursbuch 46*, 1976; S. 153
Schneider, Gisela / Laermann, Klaus: Augen-Blicke. Über einige Vorurteile und Einschränkungen geschlechtsspezifischer Wahrnehmung *Kursbuch 49*, 1977; S. 36
Schneider, Michael: Von der alten Radikalität zur neuen Sensibilität *Kursbuch 49*, 1977; S. 174
Schöfthaler, Ele: Troubadora und Meisterin *Kursbuch 47*, 1971; S. 115
Schülein, Johann August: Von der Studentenrevolte zur Tendenzwende oder der Rückzug ins Private. Eine sozialpsychologische Analyse *Kursbuch 48*, 1977; S. 101
Schumann, Michael: siehe Dombois, R. *Kursbuch 43*, 1976; S. 82
Schuster, Paul: Würde man meine Schwiegermutter fragen . . . Alltag – aus (nichtalltäglicher) rumänischer Sicht *Kursbuch 41*, 1975; S. 173
Schwendter, Rolf: Produktionseinheit Föhrenwald. Impressionen aus dem Jahre 2043 *Kursbuch 43*, 1976; S. 177
Seifert, Jürgen: Von den Notstandsgesetzen zum vorverlegten Notstand *Kursbuch 48*, 1977; S. 45
Stubenrauch, Herbert: siehe Below, P. *Kursbuch 50*, 1977; S. 149
Stuttgarter Arbeiter: »Tarifbombe mit Zeitzünder«. Erfahrungen mit dem »Meilenstein« von Baden-Württemberg *Kursbuch 43*, 1976; S. 68

Taubert, Rolf: siehe Henkel M. *Kursbuch 50*, 1977; S. 35

Thenior, Ralf: Die schnelle Mark auf St. Pauli. Notizen aus dem Vergnügungsviertel *Kursbuch 44*, 1976; S. 20
Traub, Rainer: Lenin und Taylor. Die Schicksale der »wissenschaftlichen Arbeitsorganisation« in der frühen Sowjetunion *Kursbuch 43*, 1976; S. 146
Traub, Rainer: siehe Wieser, H. *Kursbuch 46*, 1976; S. 1

Unternehmer-Schulung. Public-Relations-Entscheidungstraining in einem Jungunternehmer-Seminar *Kursbuch 42*, 1975; S. 105
Ulla/Birgit/Susan/Sabine/Barbara: »Ich möchte lernen, ich selbst zu sein«. Siebzehnjährige Oberschülerinnen schreiben über sich *Kursbuch 47*, 1977; S. 143

Vahrenkamp, Richard: Taylors Lehren – ein Mittelklassentraum. Überlegungen zu einem Rätsel *Kursbuch 43*, 1976; S. 14

Wawrzyn, Lienhard: Feste: Die Zerstörung der Zumutungen des Alltags *Kursbuch 41*, 1975; S. 117
Werkentin, Falco: Jenseits der Kriminalstatistik. Überlegungen zur zunehmenden Gefährdung unserer inneren Sicherheit *Kursbuch 44*, 1976; S. 177
Wieser, Harald: Von Masken und Menschen. Ein paar Szenen aus dem Alltag des Genossen X *Kursbuch 41*, 1975; S. 133
Wieser, Harald: Oberwelt als Unterwelt *Kursbuch 44*, 1976; S. 122
Wieser, Harald / Traub, Rainer: Die Volksfront. Zur Entstehung, Geschichte und Theorie *Kursbuch 46*, 1976; S. 1
Wildt, Carola: siehe Savier, M. *Kursbuch 47*, 1977; S. 161
Wormbs, Brigitte: Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . . *Kursbuch 46*, 1976; S. 137
v. Wysocki, Gisela: Frauen-Bilder im Aufbruch. Hinweise auf ihren Gebrauch *Kursbuch 47*, 1977; S. 91
v. Wysocki, Gisela: An freien Tagen, deine Erfindungen: und wenn sie dich werktags anfallen? *Kursbuch 49*, 1977; S. 151

Zahl, Peter-Paul: Die Zerstörung der Mitmenschlichkeit: Lumpen im Schließfach *Kursbuch 44*, 1976; S. 163

Kursbogen: Berufsstruktur in der BRD *Kursbuch 41*, 1975
Kursbogen: Historischer Roman *Kursbuch 42*, 1975
Kursbogen: »Wenn Taylor nicht geboren wäre, müßte er erfunden werden« *Kursbuch 43*, 1976
Kursbogen: Wacht auf Verdammte dieser Erde *Kursbuch 46*, 1976

Jetzt schlägt's

Taschenbücherei

Jetzt schlägt's 13
Eine Anthologie zum dreizehnjährigen Bestehen des Verlages. Hrsg. Klaus Wagenbach. WAT 40. 192 Seiten. DM 7,-

Erich Mühsam · Fanal
Eine exemplarische Auswahl der wichtigsten Texte eines deutschen „Sympathisanten". Herausgegeben von Kurt Kreiler.
WAT 22. 192 Seiten. DM 8,50

Kurze Geschichte der Französischen Revolution
von Albert Soboul. Mit einem Nachwort zum deutschen Jakobinismus.
WAT 23. 160 Seiten. DM 7,50

Baudelaire 1848: Gedichte der Revolution
Auswahl und Interpretationen der wichtigsten Gedichte. Herausgegeben von Oskar Sahlberg. WAT 35. 160 Seiten. DM 8,-

Freiheit heilt
Bericht über die demokratische Psychiatrie in Italien von Sil Schmid. Mit zahlreichen Dokumenten, Bildern, Interviews.
WAT 41. 128 Seiten. DM 7,50

Lessings „Nathan"
Der Autor, der Text, seine Umwelt, seine Folgen. Herausgegeben von Helmut Göbel.
WAT 43. 272 Seiten. DM 8,50

Quarthefte

Tintenfisch 11
Jahrbuch: Deutsche Literatur 1977
Herausgegeben von Klaus Wagenbach.
Quartheft 85. 128 Seiten. DM 7,80

Tintenfisch 12 · Thema: Natur
Oder: Warum ein Gespräch über Bäume heute kein Verbrechen mehr ist.
Herausgegeben von Christoph Buch.
Quartheft 87. 128 Seiten. DM 9,80

Brendan Behan · Die Geisel
Sämtliche Stücke des bedeutenden irischen Dramatikers: aufsässig, blasphemisch und von ordinärer Grazie.
Quartheft 88. 212 Seiten. DM 17,80

Erich Fried · Die bunten Getüme
Gedichte, Fabeln, Empörungen: eine Einmischung ins Handgemenge der täglichen Umstände. Quartheft 90. 80 Seiten. DM 8,80

Breyten Breytenbach
Kreuz des Südens, schwarzer Brand
Gedichte aus Südafrika: Für die „bastartheit" und gegen den „Wundbrand der Unterdrückung".
Quartheft 89. 96 Seiten. DM 9,80

Politik

C. u. J. Broyelle, E. Tschirhart
Zweite Rückkehr aus China
Ein Bericht über zwei Jahre chinesischen Alltag. Politik 77. 276 Seiten. DM 14,50

Ernest Mandel/W. Wolf
Ende der Krise oder Krise ohne Ende. 1974/77
Eine Analyse des Zusammenhangs von Wirtschaftskrise und Gesellschaftskrise.
Politik 78. 240 Seiten. DM 14,50

Ernst Köhler, Arme und Irre
Unser „Netz der sozialen Sicherheit" als Fortsetzung der Armenpolitik des 19. Jh.: „Fürsorge" gegen die Armen.
Politik 79. 240 Seiten. DM 12,50

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv
Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert.
Herausgegeben von Nina Gladitz.
Politik 65. 176 Seiten. DM 9,50

Verlag Klaus Wagenbach

Ret Marut (B. TRAVEN)

Der Ziegelbrenner

592 Seiten Preis 18 DM

Beiträge zur Biographie des B. Traven

des Autors von „Baumwollpflücker" und „Totenschiff" B. Traven mit dem Herausgeber des „Ziegelbrenner" aus der Münchener Räte-Zeit, dem Gefährten Gustav Landauers, Erich Mühsams und Ernst Tollers – Ret Marut, Tänzer, Schauspieler, Poet, Revolutionär.
Rolf Recknagel gibt Aufschluß . . .

462 SEITEN 19.80 DM

B. Traven

DAS FRUEHWERK

Das Frühwerk B. Travens – das sind die Kurzgeschichten, Novellen und Novelletten des Schauspielers, Tänzers, Schriftstellers, Sozialrevolutionärs und Adepten Max Stirners – Ret Marut.

9.80 DM

ERNST TOLLER

2 STÜCKE DER REVOLUTION

ENTHÄLT: » DIE MASCHINENSTÜRMER «
UND » MASSE – MENSCH «

12 DM

DIE WANDLUNG

7 DM

Erich Mühsam

ALLE WETTER 10 DM

——BEI BESTELLUNG TITEL ANKREUZEN——

Name _____

Anschrift _____

_____

PER NACHNAHME/VORAUSSCHECK

Verlag Klaus Guhl
1000 Berlin 19 Postfach 191532

POLITKON

Nr. 57 – Nov. '77: Interview mit arbeitslosen Akademikern/ Kommentare und Berichte zur Suspendierung von Peter Brückner, zum Konflikt um die Herausgeber der 'Buback-Dokumentation' u. zur Suspendierung des Göttinger ASTA/ Mai'68 und Strategien der Neuen Linken in den Kämpfen der LIP-Belegschaft

Probeexemplare bei der Redaktion Politikon, 34 Göttingen, Postfach 640. Bitte Rückporto (70 Pf. in Briefmarken) beilegen.

Soeben erschienen Heft 3/4 mit Schwerpunktthema: Die 'kritische Psychologie' und ihr Marburger Kongreß.

PSYCHOLOGIE UND GESELLSCHAFT

Eine Zeitschrift gesellschaftskritischer Psychologen und Sozialwissenschaftler, die es sich zur Aufgabe macht, bürgerliche Psychologie in Theorie und Praxis zu kritisieren und auf der Basis dieser Kritik Alternativen zu nennen.

ZEITSCHRIFT ZUR KRITIK BÜRGERLICHER PSYCHOLOGIE

1977 - 1 JAHRGANG - HEFT

PSYCHOLOGIE UND GESELLSCHAFT
erscheint mit 4 Heften im Jahr.

Einzelheft	DM 5,–
Doppelheft	DM 10,–
Jahresabo (auch rückwirkend)	DM 16,–
Studentenabo (auch rückwirkend)	DM 12,–
zuzüglich Porto	DM 2,40

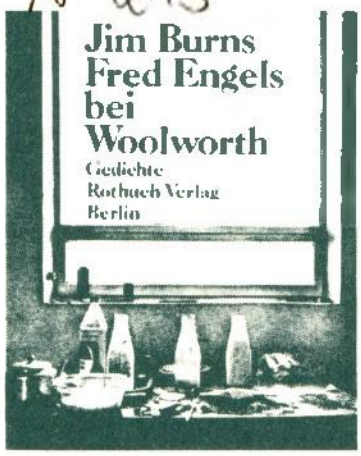
Bestellungen über jede linke Buchhandlung, viele gute Buchhandlungen oder an den Verlag.

focus verlag Postfach 2328
Tel.: 0641/34760
6300 Giessen

Rotbuch

Einige Titel aus dem Herbstprogramm 1977:

78-215



P. Gratzik: Transportpaule
oder wie man
über den Hund kommt
Rotbuch 171. DM 10.-

J. Burns:
Fred Engels
bei Woolworth
Rotbuch 173. DM 7.-

Ein toter Vater wäre vielleicht
Ein besserer Vater gewesen. Am besten
Ist ein totgeborener Vater.
Immer neu wächst Gras über die Grenze.
Das Gras muß ausgerissen werden
Wieder und wieder das über die
Grenze wächst.

Heiner Müller

H. Müller:
Germania Tod in Berlin
Rotbuch 176. DM 8.-

P. P. Zahl:
Alle Türen offen
Rotbuch 178. DM 7,-

R. Duhm/
U. Mückenberger (Hg.)
Arbeitskampf im
Krisenalltag
Rotbuch 170.
DM 8.- (Abo 7)

Zwei »junge« Klassiker – zwei repräsentative Gesamtausgaben: Das ideale Geschenk

Gesammelte Werke

Ernest Hemingway

»Ich versuche, immer nach dem Prinzip des Eisbergs zu schreiben. Auf jeden sichtbaren Teil kommen sieben Achtel, die sich unter Wasser befinden ... Es kommt auf den Teil an, den man nicht sieht.«

Taschenbuchausgabe in 10 Bänden mit Geschenkkassette
Sie sparen DM 20,–
Subskriptionspreis bis 31.12.77: DM 78,–.
Danach DM 98,–.

Bibliophil gebundene Dünndruck-Ausgabe in 6 Bänden.
Subskriptionspreis bis 31.12.1977: DM 220,–
Danach DM 250,–.

Kurt Tucholsky

»Dieses ganze dicke, runde, zum Schmökern geradezu einladende Buchpaket kostet ganze DM 98,–. Was soll man da anderes empfehlen als: zugreifen?«
Frankfurter Rundschau

10 Bände in Geschenkkassette DM 98,–

rororo